



Aufgaben- und Finanzplan 2015-2017

Botschaft der Regierung mit Beilagen

Zusammenfassung

Die Planung für die Jahre 2015 bis 2017 zeigt folgende Ergebnisse:

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
Aufwand der laufenden Rechnung	4'580.6	4'676.5	4'816.9	5'038.1
Ertrag der laufenden Rechnung	4'550.5	4'667.7	4'840.9	5'060.8
Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung	30.1	8.9		
Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung			24.0	22.8

Die Ergebnisse enthalten den gesamten Aufwand und Ertrag der Planjahre inklusive der Aufwendungen und Erträge für die Gesetzesvorhaben und die Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite. Eingerechnet sind ein Steuerfuss von 115 Prozent, Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von rund 40 Mio. Franken pro Jahr sowie jährliche Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital in der Höhe von 25.6 Mio. Franken. Zusätzlich sind die mit dem Entlastungsprogramm 2013 (EP 2013) beschlossenen einmaligen Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital von 25.0 Mio. Franken (2015) bzw. 17 Mio. Franken (2016) in den Planwerten enthalten.

Die Zahlen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2015–2017 zeigen das schrittweise Wirksamwerden der Massnahmen des EP 2013 und die konsequente Umsetzung der Massnahmen der vergangenen Sparpakete I und II. Die Ergebnisverbesserungen liegen zwar leicht unter den Erwartungen, die noch nach der Beratung des EP 2013 gemacht werden konnten, doch ist mit Ertragsüberschüssen ab 2016 die Haushaltskonsolidierung in greifbare Nähe gerückt. In der Folge dürfte der Bestand des freien Eigenkapitals Ende 2015 den Tiefpunkt von rund 145 Mio. Franken erreicht haben und sich ab 2016 wieder zu erholen beginnen.

Auch wenn die Ergebnisse erfreulich ausfallen, gilt unverändert, dass die finanzpolitische Disziplin gewahrt werden muss. So wird die Eigenkapitaldecke noch über längere Zeit dünn bleiben und nur sehr beschränkt ungünstige Haushaltsentwicklungen auffangen können. Gleichzeitig bleibt die Aufwandsentwicklung weiterhin sehr dynamisch. Während im Jahr 2015 noch von einem moderaten bereinigten Aufwandswachstum von 1.4 Prozent ausgegangen werden kann, beträgt die Wachstumsrate im Jahr 2017 bereits wieder 3.0 Prozent. Die Kosten steigen in verschiedenen Leistungsbereichen, so im Spitalbereich, in der sozialen Wohlfahrt (Ergänzungsleistungen AHV und IV) sowie im öffentlichen Verkehr. Weiter ist aufgrund der grossen Investitionsvorhaben und der Ausfinanzierung der Versicherungskassen ein markanter Anstieg der Abschreibungen zu bewältigen.

Die Ertragsentwicklung – auch wenn sie im Zeitraum 2014 bis 2017 bedeutende 4.0 Prozent pro Jahr beträgt – wird mit dieser Aufwand-Dynamik längerfristig nicht mithalten können. Die sorgfältige Überprüfung der von den kantonalen Stellen wahrgenommenen Aufgaben und die Zurückhaltung bei der Übernahme von neuen Aufgaben und Leistungen werden deshalb auch weiterhin die zentrale Richtschnur der Voranschlags- und Finanzplanungsprozesse sein.

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen mit dieser Vorlage Botschaft und Entwurf des Aufgaben- und Finanzplans 2015–2017.

1 Einleitung

Der gemäss Art. 16d des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1; abgekürzt StVG) jährlich auszuarbeitende Aufgaben- und Finanzplan (AFP) verfolgt die nachstehenden Zielsetzungen:

- Konsolidierte Zusammenstellung der zentralen Grundlagen für die mittelfristige Planung und Steuerung von Aufgaben und Finanzen;
- Übersichtliche Darstellung der mutmasslichen finanziellen Veränderungen in den kommenden Jahren;
- Schaffung der notwendigen Grundlagen für mittelfristig orientierte finanzpolitische Entscheide und Vorhaben.

Zu diesem Zweck werden zunächst die relevanten Planungsgrundlagen und Sachplanungen dargestellt (Kapitel 2). Darauf aufbauend wird für die Jahre 2015 bis 2017 die Entwicklung von Ertrag und Aufwand der laufenden Rechnung sowie von Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung aufgezeigt und kommentiert (Kapitel 3). Weiter werden die anstehenden Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite vorgestellt und die finanziellen Folgen aufgezeigt (Kapitel 4 und 5).

2 Grundlagen der Planung

2.1 Finanzleitbild und finanzpolitische Grundlagen

Den allgemeinen Rahmen des AFP bilden das Finanzleitbild und die darin festgehaltenen finanzpolitischen Ziele, die im Jahr 2002 für den Kanton verabschiedet wurden (vgl. Anhang 1 zum Finanzplan 2003–2005, 33.02.04). Die Ziele betreffen die Bereiche Ausgaben- und Einnahmenpolitik, Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit sowie Aufgabenteilung. Besonders zu erwähnen sind:

Ausgabenpolitik: Die Gesamtausgaben des Kantons werden so gesteuert, dass die Staatsquote nicht weiter ansteigt. Deshalb sind bei neuen Aufgaben deren finanzielle Auswirkungen abzuklären und mögliche Kompensationen der Mehrausgaben für neue Aufgaben durch Einsparungen bei bisherigen Aufgaben zu prüfen.

Einnahmenpolitik: Die Steuerquote des Kantons steigt nicht weiter an; mittelfristig wird eine Senkung angestrebt. Erhöhungen des Staatssteuerfusses sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Der Kanton weist sowohl für natürliche Personen als auch für Unternehmungen im interkantonalen Vergleich eine konkurrenzfähige Steuerbelastung aus. Gezielte, tarifarische Steuerentlastungen haben gegenüber allgemeinen Senkungen des Steuerfusses Vorrang.

Begrenzung der Verschuldung und Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit: Der Kanton verschuldet sich nicht für laufende Ausgaben. Die laufende Rechnung muss ausgeglichen sein. Der Voranschlag darf maximal einen Aufwandüberschuss in der Höhe des Ertrags von 3 Prozent der einfachen Steuer vorsehen.¹ Ein allfälliger Aufwandüberschuss in der laufenden Rechnung ist dem Voranschlag des übernächsten Jahres zu belasten, soweit er nicht durch Eigenkapital gedeckt werden kann.²

Die Verschuldung für Investitionen wird auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten gering gehalten. Zu diesem Zweck werden Investitionen innerhalb von fünf bzw. zehn Jahren abgeschrieben.³ Grosse Schwankungen des jährlichen Investitionsvolumens werden vermieden. Das Eigenkapitalvolumen wird konjunkturgerecht gesteuert; in wirtschaftlich günstigen Phasen ist freies Eigenkapital aufzubauen.

Ausgleich des Voranschlags: Der Staatssteuerfuss wird so festgesetzt, dass der Aufwandüberschuss im Voranschlag der laufenden Rechnung den geschätzten Ertrag von 3 Prozent der einfachen Steuer nicht übersteigt. Er kann gesenkt werden, wenn das freie Eigenkapital den geschätzten Ertrag von 20 Prozent der einfachen Steuer übersteigt.⁴

Aufgabenteilung: Der Kanton beachtet im Verhältnis zu den Gemeinden das Subsidiaritätsprinzip und respektiert die Gemeindeautonomie. Der Kanton sorgt dafür, dass zwischen den Gemeinden keine zu grossen Unterschiede im kommunalen Leistungsangebot und in der Steuerbelastung bestehen.

¹ Dies entspricht heute einem Betrag von 33.9 Mio. Franken (vgl. Botschaft zum Voranschlag 2014, S. 91).

² Vgl. Art. 61 StVG.

³ Vgl. Art. 50 StVG und Art. 10 der Finanzhaushaltsverordnung, sGS 831.1. Mit der Massnahme S1 des Sparpakets II wurden die Abschreibungsfristen für Spitalbauten auf 25 Jahre verlängert; vgl. Kantonsratsbeschluss «Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushalts» vom 6./7. Juni 2012 (33.12.09).

⁴ Vgl. Art. 61 StVG.

2.2 Finanzielle Grundlagen

2.2.1 Rechnungsabschlüsse der Vorjahre und mutmassliche Rechnung 2013

Die Rechnungsabschlüsse der Jahre 2010 bis 2012 sowie der mutmassliche Rechnungsabschluss für das Jahr 2013 zeigen folgendes Bild:

in Mio. Fr.	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Mutmasslich 2013
Laufende Rechnung				
Aufwand	4'330.6	4'461.8	4'490.9	4'481.4
Ertrag	4'395.3	4'397.0	4'485.6	4'472.5
Ertrag vor Bezug freies Eigenkapital	4'170.3	4'272.0	4'285.6	4'392.5
Aufwandüberschuss vor Bezug freies Eigenkapital	160.3	189.8	205.3	88.8
Bezug freies Eigenkapital	225.0	125.0	200.0	80.0
Aufwandüberschuss		64.8	5.3	8.8
Ertragsüberschuss	64.7			
Investitionsrechnung				
Ausgaben	191.5	198.4	211.2	239.7
Einnahmen	51.8	46.2	37.2	109.9
Nettoinvestition	139.7	152.2	174.0	129.8
Finanzierung				
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	85.8	96.9	99.8	106.4
Saldo der laufenden Rechnung	64.7	-64.8	-5.3	-8.8
Selbstfinanzierung	150.6	32.1	94.5	97.6
Nettoinvestition	139.7	152.2	174.0	129.8
Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag (-)	10.9	-120.1	-79.6	-32.2
Selbstfinanzierungsgrad	108%	21%	54%	75%
Eigenkapital (Bestand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	718.2	528.3	323.0	234.2
Besonderes Eigenkapital	521.8	467.1	428.4	367.2
Gesamtes Eigenkapital	1'239.9	995.4	751.4	601.4

Nach mehreren Jahren mit positiven Abschlüssen wies die Rechnung 2010 nur dank eines hohen Eigenkapitalbezugs kein Defizit aus. Die Rechnungen 2011 und 2012 schlossen dann – trotz ebenfalls hoher Eigenkapitalbezüge – mit einem Defizit ab. Auch für das Jahr 2013 ist bei einem Bezug aus dem freien Eigenkapital von 80 Mio. Franken von einem Aufwandüberschuss von 8.8 Mio. Franken auszugehen. Der Bestand des gesamten Eigenkapitals nahm vom Höchststand von 1.4 Mrd. Franken Ende 2009 auf rund 750 Mio. Franken per Ende 2012 ab. Ende 2013 wird das gesamte Eigenkapital voraussichtlich noch rund 600 Mio. Franken betragen, wobei das freie Eigenkapital noch einen Bestand von 234.2 Mio. Franken aufweisen wird.

Für das Jahr 2013 wurde ein Aufwandüberschuss von 27.0 Mio. Franken budgetiert. Die mutmassliche Rechnung 2013 lässt eine Verbesserung in der Grössenordnung von 18 Mio. Franken erwarten. Die Verbesserung ist einerseits auf höhere kantonale Steuererträge (Gewinn- und Kapitalsteuern, Nachzahlungen im Bereich der Einkommens- und Vermögenssteuern sowie den Erbschafts- und Schenkungssteuern) und Mehreinnahmen bei den direkten Bundessteuern zurückzuführen und andererseits auf tiefere Aufwendun-

gen im Bereich der öV-Abgeltungen, Behinderteneinrichtungen und Beiträgen an innerkantonale öffentliche Spitäler. Diese Verbesserungen kompensieren Mehrbelastungen in den Bereichen ausserkantonale Hospitalisationen, Berufsfachschulen und Schuldzinsen ebenso wie Mindereinnahmen aus Anteilen an Bundes-einnahmen (insbesondere Verrechnungssteuern) und Bundesfinanzausgleich.

Im Bereich der Investitionsrechnung ist im Jahr 2013 gegenüber den Vorjahren ein Rückgang bei den Nettoinvestitionen auf rund 130 Mio. Franken zu erwarten. Dabei liegen sowohl die Investitionsausgaben als auch Investitionseinnahmen über den Vorjahreswerten, was jedoch auf das einmalige Ereignis des Übertrags des Gebäudes der Fachhochschule St.Gallen vom Kanton an die Fachhochschule zurückzuführen ist (Umwandlung der Hochbaute im Verwaltungsvermögen in ein Darlehen im Verwaltungsvermögen).

2.2.2 Voranschlag 2014

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014
Aufwand	4'500.6	4'580.6
Ertrag	4'473.5	4'550.5
Ertrag vor Bezug freies Eigenkapital	4'393.5	4'500.5
Aufwandüberschuss vor Bezug freies Eigenkapital	107.0	80.1
Bezug freies Eigenkapital	80.0	50.0
Aufwandüberschuss	27.0	30.1

Der Voranschlag 2014 sieht einen Aufwandüberschuss von 30.1 Mio. Franken vor. In diesem Wert enthalten sind Bezüge aus dem freien Eigenkapital von 50 Mio. Franken und dem besonderen Eigenkapital von 25.6 Mio. Franken. Das bereinigte Aufwandwachstum beträgt im Jahr 2014 rund 1.7 Prozent.

2.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturaussichten für die Schweiz sind gemäss jüngster Konjunkturprognose der Expertengruppe des Bundes (Herbstprognose 2013) positiv. Bereits im Jahr 2013 dürfte die Schweizer Wirtschaft ungeachtet des herausfordernden internationalen Konjunkturmehrfeldes ein Wachstum von 1.8 Prozent erreichen. Ausschlaggebend ist dabei die robuste Inlandkonjunktur, die durch die stetige Zuwanderung, die tiefen Zinsen und die fehlende Inflation getragen wird.

Mit Blick auf das Jahr 2014 wird von einer nochmaligen Verstärkung der inländischen Konjunktur dynamik ausgegangen. Gleichzeitig wird mit einem positiven Umschwung im Exportsektor gerechnet, der sich infolge der Frankenstärke, der anhaltenden Rezession in der EU und der konjunkturellen Abkühlung in den Schwellenländern bislang verhalten entwickelt hat. Inzwischen kann dank der langsamen Erholung der Weltkonjunktur und des Euroraums von einer Stärkung der Auslandsnachfrage ausgegangen werden. Diese Erwartung wird unterstützt durch die Erholung in der Tourismusbranche und die aufgehellte Stimmung in der Industrie gemessen etwa am Anstieg des Einkaufsmanagerindex. Insgesamt rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) für das Jahr 2014 mit einem BIP-Zuwachs von 2.3 Prozent.

Im Zuge der sich festigenden Konjunktur dürfte auch bei der Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr allmählich eine Trendwende nach unten einsetzen. Für das Jahr 2014 rechnet das Seco mit einer Arbeitslosenquote von 3.2 Prozent.

Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) bestätigt in seiner Herbstprognose 2013 die Einschätzung des Seco. Es ergänzt, dass ausgehend von der erwarteten Preisentwicklung die SNB vorerst noch keinen Anlass haben wird, die Zinsen anzuheben. Das konjunkturelle Umfeld wird es der SNB aber erleichtern, die Nullzinspolitik zu beenden, so dass ab 2015 mit einem langsamen Anstieg der Kurzfristzinsen zu rechnen ist. In der Folge werden dann auch die langfristigen Zinsen steigen.

Vor dem Hintergrund der guten Konjunkturperspektiven ist im Kanton St.Gallen mit einer positiven Entwicklung der Steuererträge zu rechnen. Es ist davon auszugehen, dass die im letztjährigen AFP 2014–2016 eingestellten Steuererträge insgesamt erreicht werden.

2.4 Entlastungsprogramm 2013 und Sparpakete I und II

Mit dem Kantonsratsbeschluss zum Entlastungsprogramm 2013 (abgekürzt EP 2013; 33.13.09) erteilte der Kantonsrat im August 2013 der Regierung den Auftrag, im AFP 2015–2017 Bericht über die Umsetzung der entsprechenden Massnahmen zu erstatten.

Das EP 2013 sieht eine Entlastungswirkung (einschliesslich Aktualisierungen) von dauerhaft 117.4 Mio. Franken im Jahr 2015 und 158.9 Mio. Franken im Jahr 2016 vor. Diese Entlastungen werden im AFP 2015–2017 grundsätzlich umgesetzt, wobei für das Jahr 2017 die Entlastungswirkung des Jahres 2016 fortgeschrieben wird. Eine kleinere Änderung ergibt sich wie bereits im Voranschlag 2014 bei der Massnahme E48, welche die Einführung einer Nutzungsentschädigung für die Interstaatliche Hochschule für Technik Buchs (NTB) in der Höhe von 360'000 Franken vorsieht. Da die abschliessende Klärung, inwiefern die Erhebung einer Nutzungsentschädigung vom NTB rechtlich zulässig ist, noch aussteht, wurde die Entlastung in den Zahlen nicht berücksichtigt.

Noch pauschal eingestellt sind die Massnahmen E66 «Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung» und E67 «Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in Verbindung mit der Massnahme E66», die beide ab dem Jahr 2015 wirksam werden (vgl. Rechnungsabschnitt 5509 «Verschiedene Aufwendungen und Erträge»). Die konkrete Umsetzung ist noch zu bestimmen und wird im Rahmen des Budgetprozesses 2015 geklärt. Aufgenommen wurden auch die Arbeiten und erforderlichen Abklärungen im Bereich der strukturellen Massnahmen des EP 2013 (S-Massnahmen). Eine detaillierte Berichterstattung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht.

Die Massnahmen der Sparpakete I und II (Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushaltes [33.11.09] sowie Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushalts [33.12.09]) sind grundsätzlich ebenfalls integral im AFP 2015–2017 enthalten, sofern sie nicht durch nachträgliche Beschlüsse rückgängig gemacht wurden.⁵

Eine wesentliche Ausnahme bildet die Massnahme Nr. 43 aus dem Sparpaket I «Übertragung kantonspolizeilicher Aufgaben an die Stadtpolizei St.Gallen: Reduktion der Entschädigung auf tatsächliche Kosten oder Kündigung der Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben mit der Stadt». Mit dem Sparpaket I beschloss der Kantonsrat, die Entschädigung des Kantons an die Stadt St.Gallen für übertragene kantonspolizeiliche Aufgaben auf die tatsächlichen Kosten zu reduzieren (vgl. Art. 24 Abs. 2 des Polizeigesetzes, sGS 451.1; abgekürzt PG). Regierung und Kantonsrat erwarteten dabei aufgrund der seitens des Kantons vorgenommenen Schätzungen ein Sparvolumen von rund 4.4 Mio. Franken jährlich ab dem Jahr 2014. Im Hinblick hierauf kündigte die Regierung vorsorglich die Vereinbarung mit dem Stadtrat über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen (sGS 451.17), bekundete aber von Anfang an die Absicht, eine neue Vereinbarung zur Weiterführung der Aufgabenübertragung abzuschliessen, zumal die Kantonspolizei mit ihrem Personalbestand nicht in der Lage gewesen wäre, die bis anhin der Stadtpolizei übertragenen Aufgaben auf Stadtgebiet selbst zu erfüllen. Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Aufgaben um die Überwachung des rollenden Verkehrs sowie die Durchführung des Verkehrsunterrichts an den städtischen Schulen. Auf dieser Basis – Beschränkung auf Quantifizierung der verkehrspolizeilichen Aufgaben – beruhte die Schätzung des Kantons, wonach das mögliche Sparvolumen rund 4.4 Mio. Franken betragen würde. Auch der Bericht «Finanzielle Auswirkungen einer Zusammenlegung der Polizeikörpers», der als Anhang 3 zur Botschaft der Regierung zum Sparpaket II erarbeitet wurde (33.12.09), gelangte bei der Minimalvariante der Rücknahme der verkehrspolizeilichen Aufgaben auf ein geschätztes Sparvolumen von rund 4.0 Mio. Franken.

⁵ Hierzu gehört die in der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 abgelehnte Kürzung der Ergänzungsleitungen um 4.4 Mio. Franken (Massnahme Nr. 13 aus dem Sparpaket I).

In den Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton musste in der Folge anerkannt werden, dass die Stadtpolizei im Rahmen ihrer verkehrspolizeilichen Aufgaben, aber auch bei der Erfüllung der – gemeindepolizeilichen – Aufgaben der Sicherheitspolizei (vgl. Art. 13 Bst. a PG) wesentliche Leistungen zugunsten der Kantonspolizei, namentlich der Kriminalpolizei auf Stadtgebiet, erbringt. In einer detaillierten Leistungsmatrix wurden die von der Stadtpolizei erbrachten Leistungen sorgfältig analysiert und unter Berücksichtigung des angemessenen Kräfteeinsatzes (der sich einerseits an einem kantonsweiten Vergleich, andererseits aber auch an den besonderen Bedürfnissen der Stadt bemisst) quantifiziert und dem Kanton bzw. der Stadt zugerechnet. Als Ergebnis dieser Analyse ist davon auszugehen, dass die Leistungen der Stadtpolizei einen Umfang von 65 Personaleinheiten umfassen. Diesen Personaleinsatz müsste die Kantonspolizei, wenn sie die kantonspolizeilichen Aufgaben auf Stadtgebiet selbst erfüllen müsste, aufwenden. Im Sinn einer Nettobetrachtung wurden dabei die Kosten pro Personaleinheit auf 100'000 Franken vereinbart. Die Stadt sorgt für die Kosten der Ausbildung, der Ausrüstung, der Entlohnung, des Einsatzes usw., kann aber im Gegenzug Bussenerträge weiterhin einbehalten. Damit ergibt sich eine Abgeltung für die übertragenen kantonspolizeilichen Aufgaben von 6.5 Mio. Franken jährlich. Gegenüber der bis 2013 bezahlten Entschädigung von 8.4 Mio. Franken resultiert für den Kanton ein Sparvolumen von 1.9 Mio. Franken; das Ziel von 4.4 Mio. Franken – bzw. von 4.0 Mio. Franken gemäss Anhang 3 zum Sparpaket II – wird damit allerdings um 2.5 Mio. bzw. 2.1 Mio. Franken verfehlt.

Weitere kleinere Abweichungen von den ursprünglichen Entlastungszielen, die bereits früher mit dem AFP 2014–2016 bzw. Voranschlag 2014 kommuniziert wurden, betreffen das Sparpaket II. Dort wird die Massnahme K44 «Verzicht auf das weitere Engagement beim Polizeikooperationszentrum in Schaanwald (FL)» statt 2014 im Jahr 2016 umgesetzt, da eine Pensionierung abgewartet wird. Darüber hinaus wird die Massnahme K52 «Enge Kooperation der Spitalverbunde 3 und 4» nicht umgesetzt, da sich die Einsparungen nicht in der vorgesehenen Form realisieren lassen.

Nachstehende Tabelle zeigt jene Massnahmen aus dem EP 2013 und den Sparpaketen I und II, bei denen die ursprüngliche Entlastungswirkung im AFP 2015–2017 nicht oder nicht vollständig erreicht wird:

	Entlastung AFP 2015		Entlastung AFP 2016	
	gemäss KR	gemäss AFP	gemäss KR	gemäss AFP
<i>Entlastungsprogramm 2013:</i>				
E48: Leistungsabbau und Kostenoptimierung bei der Gebäudebewirtschaftung	-1'705'000	-1'345'000	-1'705'000	-1'345'000
<i>Sparpaket II:</i>				
K44: Engagement beim Polizeikooperationszentrum in Schaanwald	-130'000	0	-130'000	-130'000
K52: Kooperation der Spitalverbunde 3 und 4	-650'000	0	-650'000	0
<i>Sparpaket I:</i>				
Nr. 43: Entschädigung Stadtpolizei St.Gallen	-4'400'000	-1'900'000	-4'400'000	-1'900'000
Total Minderentlastung		3'640'000		3'510'000

2.5 Investitionsplanung

Die Regierung nahm im April 2013 eine Priorisierung der Investitionen unter Berücksichtigung bestehender Sachplanungen vor und verabschiedete daraufhin das Investitionsprogramm 2014–2023. Der Kantonsrat hat mit seiner Vorgabe, das Investitionsvolumen für Investitionen und Investitionsbeiträge (ohne Finanzierungen, ohne Strassenbau) ab dem Jahr 2012 von 135 Mio. Franken auf 180 Mio. Franken im 5-Jahres-Durchschnitt anzuheben, den Spielraum im Bereich der Investitionen erhöht. Das vorliegende Investitionsprogramm 2014–2023 hält diese Vorgabe bis im Jahr 2016 ein. Ab 2017 steigt das 5-Jahres-Mittel hingegen auf über 200 Mio. Franken an. Nachfolgende Übersicht zeigt für die einzelnen Jahre des Abschreibungsbeginns die voraussichtlichen Investitionsvolumen (Abschreibungsaufwand zu Lasten des Kantons) sowie das 5-Jahres-Mittel:

in Mio. Fr.	Investitionsvolumen (ohne Strassenbau und Finanzierungen)	5-Jahres-Mittel (vorlaufend)
Rechnung 2008	126	
Rechnung 2009	131	
Rechnung 2010	114	
Rechnung 2011	41	
Rechnung 2012	72	97
Voranschlag 2013	48	81
Voranschlag 2014	26	60
AFP 2015	64	50
AFP 2016	430	128
AFP 2017	193	152

Nicht Bestandteil der dargestellten Zahlen sind die Finanzierungen. Diesen kommt aufgrund der hohen einmaligen Ausgabe von 300 Mio. Franken im Jahr 2014 im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der Versicherungskassen in dieser Finanzplanperiode eine besondere Bedeutung zu. Würden die Finanzierungen in den fortlaufenden 5-Jahres-Mittelwert mit eingerechnet, resultierte ein bedeutend höheres Investitionsvolumen.

3 Finanzielle Mehrjahresplanung

3.1 Gesamtergebnis

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
Laufende Rechnung				
Aufwand	4'580.6	4'676.5	4'816.9	5'038.1
Ertrag	4'550.5	4'667.7	4'840.9	5'060.8
Aufwandüberschuss	30.1	8.9		
Ertragsüberschuss			24.0	22.8
Entwicklung des bereinigten Aufwands				
Gesamtaufwand	4'580.6	4'676.5	4'816.9	5'038.1
– Ertragsanteile Dritter (340-344)	–354.5	–372.4	–389.9	–411.2
– Durchlaufende Beiträge (37)	–263.8	–255.8	–255.0	–250.3
– Fondierungen (38)	–14.3	–13.7	–13.6	–13.1
– Interne Verrechnungen (39)	–426.5	–462.7	–512.4	–607.1
– Globalkredite (Erträge)	–4.3	–4.3	–4.3	–4.3
Bereinigter Aufwand	3'517.2	3'567.7	3'641.7	3'751.9
Bereinigtes Aufwandwachstum	1.7%	1.4%	2.1%	3.0%

Nachdem der Voranschlag 2014 ein Defizit von rund 30 Mio. Franken aufweist, lässt die Finanzplanung für das Jahr 2015 noch ein Defizit von rund 9 Mio. Franken erwarten. In den beiden Folgejahren kann nach heutigem Stand der Erkenntnisse von einem Ertragsüberschuss von jährlich 23 Mio. bis 24 Mio. Franken ausgegangen werden.

Die Planwerte enthalten die Aufwendungen und Erträge für die bestehenden Staatsaufgaben sowie die finanziellen Folgen der geplanten Gesetzesvorhaben und der Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite. Die Steuererträge basieren auf einem Staatssteuerfuss von 115 Prozent. Ebenfalls eingerechnet sind Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital von jährlich 25.6 Mio. Franken. Zusätzlich sind die mit dem EP 2013 beschlossenen einmaligen Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital von 25 Mio. Franken (2015) bzw. 17 Mio. Franken (2016) in den Planwerten enthalten. Schliesslich enthalten die Zahlen weiterhin Gewinnausschüttungen der SNB von jährlich 40 Mio. Franken. Diese Fortführung gründet in der Vereinbarung zwischen der SNB und dem Eidgenössischen Finanzdepartement vom November 2011, mit welcher eine Verstetigung der Ausschüttungen angestrebt wurde. Sollte es dennoch zu einem Ausfall der Gewinnausschüttung kommen, müsste dies über einen Bezug aus dem freien Eigenkapital aufgefangen werden.

In den Jahren 2014 bis 2017 liegt das durchschnittliche jährliche Wachstum des Gesamtaufwandes bei 3.2 Prozent. Es liegt damit unter dem Wachstum des Gesamtertrages von 4.0 Prozent (unter Ausklammerung des Bezugs aus dem freien Eigenkapital im Jahr 2014). Wird das Aufwandwachstum um aufwand- und ertragsseitige Doppelzählungen und nicht ausgabenwirksame Fondierungen bereinigt, beläuft sich die Aufwandsteigerung auf 1.4 Prozent im Jahr 2015 und steigt danach schrittweise auf 3.0 Prozent bis im Jahr 2017. Das Aufwandwachstum ist wesentlich von den zusätzlichen Abschreibungen getrieben (vgl. Abschnitt 3.2.4).

Die Ergebnisverbesserungen in den Jahren 2014 bis 2016 sind auf das schrittweise Inkrafttreten der Massnahmen des EP 2013 zurückzuführen. Trotzdem liegen die Verbesserungen leicht unter den Erwartungen, die im Rahmen der Erarbeitung des EP 2013 gemacht wurden. Während sich der Aufwandüberschuss im Voranschlag 2014 noch mit den Prognosen deckte, konnte basierend auf dem Beratungsergebnis des EP 2013 in den beiden Folgejahren von Ertragsüberschüssen von 11 Mio. Franken (2015) bzw. rund 53 Mio. Franken (2016) ausgegangen werden. Die Abweichungen sind auf korrigierte Prognosen in den Bereichen kantonale Steuern und innerkantonale Hospitalisationen sowie auf den Abschreibungsaufwand des Sonderkredits «Arbeitsplatz der Zukunft» ab 2015 und weitere Ausbauprojekte im Rahmen des 5. öV-Programms ab 2017 zurückzuführen.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
Investitionsrechnung				
Ausgaben	516.8	272.3	309.4	433.8
Einnahmen	59.4	49.3	48.1	54.5
Nettoinvestition	457.4	223.0	261.3	379.3
Finanzierung				
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	128.0	152.4	182.6	234.6
Saldo der laufenden Rechnung	-30.1	-8.9	24.0	22.8
Selbstfinanzierung	97.9	143.5	206.6	257.4
Nettoinvestition	457.4	223.0	261.3	379.3
Finanzierungsfehlbetrag	359.5	79.5	54.7	121.9
Selbstfinanzierungsgrad	21.4%	64.4%	79.1%	67.9%
Eigenkapital (Bestand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	154.1	145.3	169.2	192.0
Besonderes Eigenkapital	341.6	291.0	248.4	222.8
Gesamtes Eigenkapital	495.7	436.2	417.6	414.8

Nachdem infolge der Ausfinanzierung der St.Galler Pensionskasse die Investitionsausgaben im Voranschlag 2014 einen Höchststand von über 500 Mio. Franken erreichen, belaufen sich die Nettoinvestitionen im Finanzplanjahr 2015 auf gut 220 Mio. Franken. Bis im Jahr 2017 steigen sie auf knapp 380 Mio. Franken an, was vor allem durch die jährlichen Mittelabflüsse für die Spitalbauvorhaben bedingt ist. Als Folge steigen der Abschreibungsbedarf wie auch der jährliche Finanzierungsfehlbetrag, der neue Mittelaufnahmen nach sich zieht.

Dank dem Übergang zu positiven Rechnungsergebnissen kann die Eigenkapitaldecke stabilisiert werden. Beim freien Eigenkapital dürfte der Tiefststand mit rund 145 Mio. Franken im Jahr 2015 erreicht sein. Bis Ende 2017 ist aus heutiger Sicht wieder mit einem Bestand von rund 190 Mio. Franken zu rechnen. Das besondere Eigenkapital wird einerseits jährlich um 25.6 Mio. Franken vermindert – von der maximalen jährlichen Bezugstranche von 30.6 Mio. Franken werden 5 Mio. Franken für Gemeindefusionsprojekte reserviert. Andererseits sollen in den Jahren 2015 und 2016 gemäss Beschluss der Übergangsmassnahme Ü1 des EP 2013 zusätzlich 25 Mio. bzw. 17 Mio. Franken aus dem besonderen Eigenkapital bezogen werden, um den höheren Vergütungsanteil für stationäre Spitalbehandlungen (vorübergehend) zu finanzieren.⁶ Am Ende der Berichtsperiode dürften das besondere Eigenkapital bei noch gut 220 Mio. Franken und das gesamte Eigenkapital bei 410 bis 420 Mio. Franken liegen.

⁶ Vgl. Botschaft zur Umsetzung des Entlastungsprogramms 2013, Sammelvorlage 1, vom 12. November 2013; 22.13.12.

3.2 Erläuterungen

Das Gesamtergebnis lässt sich weiter in folgende Aufwand- und Ertragsarten gliedern:

in Mio. Fr.		Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
30	Personalaufwand	706.2	690.9	701.8	704.7	-0.1%
31	Sachaufwand	433.6	439.5	443.4	444.0	0.8%
32	Passivzinsen	27.8	28.7	31.1	36.1	9.1%
33	Abschreibungen	149.5	174.0	204.2	256.2	19.7%
34	Anteile und Beiträge ohne Zweck- bindung	595.0	614.6	632.6	655.6	3.3%
35	Entschädigungen an Gemeinwesen	73.2	72.9	72.8	73.1	0.0%
36	Staatsbeiträge	1'890.6	1'921.5	1'947.7	1'995.6	1.8%
37	Durchlaufende Beiträge	263.8	255.8	255.0	250.3	-1.7%
38	Fondierungen	14.3	13.7	13.6	13.1	-2.9%
39	Interne Verrechnungen	426.5	465.1	514.8	609.5	12.6%
	Aufwand	4'580.6	4'676.5	4'816.9	5'038.1	3.2%
40	Steuern	1'951.8	2'021.0	2'097.6	2'169.5	3.6%
41	Regalien und Konzessionen	14.7	15.3	15.3	15.3	1.3%
42	Vermögenserträge	161.8	165.2	169.3	173.9	2.4%
43	Entgelte	292.7	286.1	285.2	285.1	-0.9%
44	Anteile und Beiträge ohne Zweck- bindung	600.6	613.8	625.4	637.8	2.0%
45	Rückerstattung Gemeinwesen	126.5	126.1	127.0	127.1	0.2%
46	Beiträge für eigene Rechnung	612.5	618.1	641.4	660.1	2.5%
47	Durchlaufende Beiträge	263.8	255.8	255.0	250.3	-1.7%
48	Defondierungen	99.6	101.2	109.7	132.3	9.9%
49	Interne Verrechnungen	426.5	465.1	514.8	609.5	12.6%
	Ertrag	4'550.5	4'667.7	4'840.9	5'060.8	3.6%

3.2.1 Personalaufwand

in Mio. Fr.		Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
	Personalaufwand	706.2	690.9	701.8	704.7	-0.1%
	abzüglich allgemeiner Personalaufwand (Konto 5600.308)	-4.6	-4.1	-10.8	-13.9	
	abzüglich a. o. Leistungsprämie	-1.9	-2.0	-2.0	-2.0	
	Personalaufwand bereinigt	699.7	684.8	689.0	688.8	-0.5%

Der Personalaufwand nimmt zwischen 2014 und 2016 leicht ab. Wird der Personalaufwand um die pauschalen Besoldungskorrekturen (Konto 308, zentral im Finanzdepartment eingestellt) und die in den Departementen eingestellten ausserordentlichen Leistungsprämien bereinigt, so nimmt der Personalaufwand um insgesamt 11.9 Mio. Franken oder jährlich 0.5 Prozent ab.

Die im Herbst 2012 vom Kantonsrat für den Voranschlag 2013 beschlossene Kürzung des Personalaufwands um 1 Prozent (-6.9 Mio. Franken) wird noch bis Ende 2015 weitergezogen. Ab 2015 wird die Massnahme E66 des EP 2013 (Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung) umgesetzt, von deren Entlastungsziel von 10 Mio. Franken rund zwei Drittel durch Kürzungen im Personalaufwand erreicht werden sollen.

Trotz dieser Kürzungsvorgaben enthält der AFP 2015–2017 folgende Stellenschaffungen (die mit * bezeichneten Stellen sind refinanziert):

Amt	Stellenfunktion	Veränderung der Stellenprocente		
		AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
Amt für öffentlichen Verkehr	Umsetzung der Gesetzesvorlage Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI) und Neuordnung der öV-Finanzierung	–	–	+170%
Amt für Kultur	Umsetzung des Teils Denkmalschutz des Gesetzesvorhabens Planungs- und Baugesetz	–	+180%	–
Amt für Kultur	Umsetzung des neuen Bibliotheksgesetzes	–	+80%	–
Amt für Volksschulen	Qualitätssicherung Volksschulen (Ersatz für flächendeckende obligatorische Schulevaluation in der Volksschule)		+300%	–
Kantonales Steueramt	Steuerkommissäre gemäss Massnahme E38 des EP 2013	+700%*	–	–
Kantonales Steueramt	Personalabbau infolge Einführung eTaxes für Arbeitgeberabrechnung Quellensteuer (K32 Sparpaket II)	–250%	–	–
Kantonales Steueramt	Abbau Steuerkommissäre infolge Einführung Veranlagungsunterstützung juristische Personen (K36 Sparpaket II).	–250%	–	–
Kantonspolizei	Aufstockung Polizeikorps um jährlich 10 Aspiranten und Einstellung zweier Fachspezialisten	+450%	+1'000%	+1'000%
Amt für Justizvollzug	Zusätzlicher Werkmeister für die geschlossene Betreuungsabteilung im Massnahmenzentrum Bitzi..	+100%	–	–
Strassenverkehrsamt	Zusätzliche Prüfaxperten zur Reduktion bzw. Stabilisierung des Rückstands bei den Fahrzeugprüfungen	+600%*	–	–
Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	Zusätzliche tierärztliche Stellen für den Vollzug des Hundegesetzes.	+200%*	–	–
Stellenschaffungen total		+1'550%	+1'560%	+1'170%
davon refinanziert		+1'500%	–	–

3.2.2 Sachaufwand (inkl. Informatikaufwand)

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Sachaufwand	433.6	439.5	443.4	444.0	0.8%
<i>davon</i>					
Dienstleistungen und Honorare (318)	148.6	157.9	159.8	160.1	2.5%
Informatikaufwand (312)	61.2	62.9	61.9	62.2	0.5%
– Investitionskosten	7.1	10.5	10.5	10.5	13.7%
– Betriebskosten	54.1	52.4	51.4	51.7	–1.5%
Anteil Informatik am Sachaufwand	14.1%	14.3%	14.0%	14.0%	

Der Sachaufwand weist im Zeitraum 2014 bis 2017 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 0.8 Prozent auf, was einer Zunahme von 10.4 Mio. Franken entspricht. Bei den beiden grössten Positionen innerhalb des Sachaufwandes, den Dienstleistungen und Honoraren sowie dem Informatikaufwand, resultieren Wachstumsraten von +2.5 Prozent bzw. von +0.5 Prozent.

Der Anstieg bei den Dienstleistungen und Honoraren um 11.5 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die höheren Projektierungskosten im Hochbauamt zurückzuführen, für die im Voranschlag 2014 mit 9.0 Mio. Franken budgetiert sind, während der AFP 2015–2017 jährlich 20 Mio. Franken vorsieht.

Beim Informatikaufwand wird in den Finanzplanjahren wieder das vormalige Investitionsniveau von 10.5 Mio. Franken pro Jahr erreicht. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die Investitionen in den «Arbeitsplatz der Zukunft 2015» (APZ 2015) bzw. den zukünftigen elektronischen Arbeitsplatz der kantonalen Verwaltung, wofür der Kantonsrat in der Novembersession 2013 den Sonderkredit von 40.5 Mio. Franken gutgeheissen hat. Dieser ist Bestandteil der Investitionsrechnung.

Bei den Informatik-Betriebskosten ist zu berücksichtigen, dass ab 2015 die Betriebskosten der bisherigen Informatik-Arbeitsplätze (Strategische Basisinfrastruktur [SBI] 2008) durch die Betriebskosten des APZ 2015 abgelöst werden. Da der Kanton mit diesem Wechsel die Informatikinfrastruktur anschafft und nicht mehr von einem externen Anbieter mietet, sinken die Betriebskosten, da diese keinen Amortisationsanteil mehr aufweisen. Umgekehrt steigt der Abschreibungsaufwand, da der Sonderkredit in sechs Jahren abgeschrieben wird. Aus Letzterem ergibt sich ab 2015 eine jährliche Belastung der laufenden Rechnung von 6.75 Mio. Franken (vgl. Konto 5055.331).

3.2.3 Zinsensaldo

Der Zinsensaldo ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Passivzinsen und der Vermögenserträge, korrigiert um den Saldo der internen Verzinsung.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Passivzinsen (Aufwand)	25.0	25.9	28.4	33.3	10.0%
Interne Verzinsung	0.2	0.5	1.1	1.2	
Vermögenserträge	-67.7	-68.6	-69.7	-70.6	1.4%
Zinsensaldo (Nettozinsertrag)	-42.5	-42.2	-40.2	-36.1	-5.3%

Der Nettozinsertrag reduziert sich von 42.5 Mio. Franken im Jahr 2014 auf rund 36 Mio. Franken im Jahr 2017. Diese Verschlechterung ist auf die notwendige Aufnahme von neuem Fremdkapital zurückzuführen, was einen Anstieg der Schuldzinsen zur Folge hat. Die höheren Vermögenserträge sind neben voraussichtlich höheren Zinserträgen aus kurzfristigen Festgeldern und Kontokorrentguthaben vor allem auf Zinserträge aus Darlehen, die an Behinderteneinrichtungen gewährt werden, zurückzuführen.

3.2.4 Abschreibungen

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen, Investitionsbeiträgen					
Bisherige Objekte	81.6	76.6	77.1	101.0	
Neue Objekte		13.8	26.0	13.6	
Finanzierung aus allgemeinen Mitteln	81.6	90.4	103.1	114.6	12.0%
Strassenbauprojekte (Finanzierung aus Strassenfonds)	46.3	62.0	79.5	120.0	37.4%
Total Abschreibungen im Verwaltungsvermögen	128.0	152.4	182.6	234.6	22.4%

Aus allgemeinen Mitteln werden die planmässigen Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen und Investitionsbeiträgen sowie die nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmenden Abschrei-

bungen auf Studiendarlehen finanziert. Aus zweckgebundenen Mitteln des Strassenverkehrs (Strassenfonds) werden dagegen die Abschreibungen auf dem Strassenbau gedeckt.

Die aus allgemeinen Mitteln zu finanzierenden Abschreibungen steigen von rund 82 Mio. Franken im Jahr 2014 auf rund 115 Mio. Franken im Jahr 2017. Die folgende Tabelle liefert eine Übersicht über die neuen Objekte (ohne Strassen) nach der Abschreibungsdauer, der Höhe der Investitionskosten sowie den resultierenden jährlichen Abschreibungstranchen:

Abschreibungsdauer von	bis	Objekt	Investitions- kosten	in Mio. Fr. Abschreibungstranchen		
				2015	2016	2017
2015	2019	Südostbahn, techn. Verbesserungen 2013	4.4	0.9	0.9	0.9
2015	2019	KAPOgoesMobile	4.0	0.8	0.8	0.8
2015	2019	Heilpädagogische Vereinigung Gossau-Untertoggen- burg-Wil, Erweiterung Schule und Neubau Internat	9.0	1.8	1.8	1.8
2015	2019	Fischereizentrum Steinach, Neubau	11.0	1.1	1.1	1.1
2015	2019	Verwaltungsgebäude Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	25.0	2.5	2.5	2.5
2015	2020	Arbeitsplatz der Zukunft 2015	40.5	6.8	6.8	6.8
Beginn 2015			93.8	13.8	13.8	13.8
<hr/>						
2016	2020	Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2014	4.5		0.9	0.9
2016	2020	HGV-Verlängerung Goldach-Rorschach, Publikums- anlagen Rorschach Stadt	9.0		1.8	1.8
2016	2020	Verwaltungsgebäude Lämmli brunnenstrasse 54 St.Gallen, Innensanierung	5.0		1.0	1.0
2016	2020	Landwirtschaftliches Zentrum SG; Teilabbruch und Ersatzneubau Schulgebäude	32.0		3.2	3.2
2016	2020	Klanghaus Toggenburg, Neubau	23.0		2.3	2.3
2016	2020	Kantonsschule Sargans, Teilabbruch und Erweiterung . .	49.9		5.0	5.0
2016	2020	Psychiatrische Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	16.0		1.6	1.6
2016	2040	Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung 1. Teilkredit	105.0		4.2	4.2
2016	2040	Kantonsspital St.Gallen, Haus 07A Neubau 1.Teilkredit .	150.0		6.0	6.0
Beginn 2016			394.4		26.0	26.0
<hr/>						
2017	2021	Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2015	3.5			0.7
2017	2021	Polizeiposten Wil, Erwerb und Neubau	6.0			1.2
2017	2021	Spital Wil, Umbau und Erweiterung Notfall / Labor / Verwaltung	8.0			1.6
2017	2021	Psych. Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	8.0			1.6
2017	2021	Theater St.Gallen, Umbau und Sanierung	22.0			2.2
2017	2021	Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg: Erneuerung und Erweiterung	23.0			2.3
2017	2041	Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung 2. Teilkredit	100.0			4.0
Beginn 2017			170.5			13.6

Der Abschreibungsaufwand im Strassenbereich steigt zwischen 2014 und 2017 um über 70 Mio. Franken und ist schwergewichtig auf die Grossprojekte Brücke Pfäfers-Valens und die Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen. Die Abschreibungen der Strassenbauprojekte werden dem Strassenfonds belastet.

3.2.5 Innerkantonaler Finanzausgleich

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Finanzausgleichsbeiträge an Gemeinden .	231.2	232.8	233.2	234.9	0.5%
– <i>Ressourcenausgleich</i>	98.0	98.3	99.7	102.4	1.5%
– <i>Allgemeiner Sonderlastenausgleich</i>	117.2	118.3	117.1	115.9	–0.4%
– <i>Individueller Sonderlastenausgleich</i>	8.7	8.8	8.9	9.0	1.1%
– <i>Partieller Steuerfussausgleich</i>	7.0	7.1	7.2	7.3	1.4%
– <i>Übergangsausgleich</i>	0.3	0.3	0.3	0.3	0.0%
Nachzahlungen	2.0	2.0	2.0	2.0	0.0%
Rückzahlungen	–2.0	–2.0	–2.0	–2.0	0.0%

Mit dem vom Kantonsrat in der Novembersession 2013 verabschiedeten II. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz (22.13.05) und II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz (22.13.06) wird der innerkantonale Finanzausgleich per Anfang 2014 teilweise revidiert. Nebst der Einführung eines soziodemografischen Sonderlastenausgleichs (Teil des Ressourcenausgleichs) wird der Sonderlastenausgleich Schule um ein separates Gefäss für Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen ergänzt. Im Sonderlastenausgleich Stadt St.Gallen fällt dagegen die Abgeltung der Zentrumslasten weg. Weiter wird zur Begrenzung der maximalen Steuerbelastung während einer Übergangsphase der Übergangsausgleich reaktiviert. Während diese Anpassungen im Vergleich zum Jahr 2013 zu einem erhöhten Mittelbedarf seitens des Kantons führen – die durch die vollständige Übernahme der Pflegefinanzierung durch die Gemeinden per Anfang 2014 kompensiert werden – wird für die nächsten Jahre von einem moderaten Wachstum der Beiträge von durchschnittlich 0.5 Prozent pro Jahr ausgegangen.

3.2.6 Staatsbeiträge

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die grössten Staatsbeiträge. In jenen Bereichen, bei denen der Kanton vom Bund, anderen Kantonen oder den Gemeinden wesentliche Beiträge für die genannten Institutionen bzw. Bereiche erhält, ist in Klammern zusätzlich der Nettostaatsbeitrag aufgeführt.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Laufende Beiträge	1'845.5	1'879.5	1'913.5	1'955.4	1.9%
<i>davon</i>					
an Kantone und interkant. Organisationen	253.1	256.2	259.5	264.2	1.4%
– <i>Ausserkantonale Hochschulen</i>	43.5	44.7	45.3	45.7	1.6%
– <i>Konkordats-Fachhochschulen</i>	45.2	44.7	45.3	46.9	1.2%
– <i>Ausserkantonale Fachhochschulen</i>	33.8	34.3	34.8	35.4	1.6%
– <i>Ausserkantonale Spitäler</i>	95.0	97.2	98.2	100.2	1.8%
an eigene Anstalten	846.1	866.6	879.5	902.8	2.2%
– <i>Universität St.Gallen</i>	111.4	112.4	112.8	114.2	0.8%
	(45.4)	(44.7)	(43.6)	(44.1)	
– <i>Pädagogische Hochschule St.Gallen</i>	33.1	32.1	31.6	31.9	–1.2%
– <i>Spitalverbunde und psychiatrische Dienste</i> ..	340.7	348.9	351.2	357.9	1.7%
– <i>Ergänzungsleistungen AHV und IV</i>	283.9	292.0	302.3	313.5	3.4%
	(201.2)	(207.3)	(214.9)	(223.1)	
– <i>Pflegefinanzierung</i>	63.8	67.0	70.4	73.9	5.0%
	(0.0)	(0.0)	(0.0)	(0.0)	
an gemischtwirtschaftliche Unternehmen	108.0	107.1	120.8	125.0	5.0%
– <i>Transportunternehmen</i>	103.4	102.7	116.5	129.0	7.6%
	(51.0)	(50.7)	(57.7)	(72.2)	
an private Institutionen	383.8	385.9	382.9	385.7	0.2%
– <i>Sonderschulen</i>	117.5	117.2	117.2	117.2	–0.1%
	(67.0)	(71.2)	(71.2)	(71.2)	

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
– Behinderteninstitutionen	129.0	131.2	130.9	132.9	1.0%
– Innerkantonale Privatspitäler	43.9	45.4	46.0	46.6	2.1%
an private Haushalte	211.7	216.7	223.3	229.5	2.7%
– Individuelle Prämienverbilligung	193.2	194.7	198.8	203.1	1.7%
	(56.8)	(55.6)	(56.9)	(58.3)	
Investitionsbeiträge	45.1	40.9	43.4	41.2	–3.0%

Die Staatsbeiträge nehmen zwischen 2014 und 2017 um durchschnittlich 1.9 Prozent pro Jahr zu und steigen um rund 110 Mio. Franken auf gegen 2 Mrd. Franken. Sie belaufen sich in allen Jahren auf rund 40 Prozent des Gesamtaufwands. Berücksichtigt man die wesentlichen Beiträge von Bund, Kanton und Gemeinden an diesen Aufwendungen steigt die Nettobelastung in den Jahren 2014 bis 2017 von rund 1'390 Mio. auf 1'470 Mio. Franken.

Die Mehraufwendungen gründen vor allem in den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (+29.7 Mio. Fr., brutto), den inner- und ausserkantonalen Hospitalisationen (+20.0 Mio. bzw. 5.2 Mio. Fr.) und dem öffentlichen Verkehr (+25.6 Mio. Fr., brutto). Die Mehraufwendungen im Bereich der tertiären Bildung beschränken sich auf die Beiträge für St.Galler Studierende an ausserkantonalen Universitäten und Fachhochschulen. Die Beiträge an eigene Hochschulen sowie Konkordats-Fachhochschulen sind netto rückläufig.

3.2.7 Steuererträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Einkommens- und Vermögenssteuern . . .	1'060.7	1'091.2	1'130.9	1'158.4	3.0%
Gewinn- und Kapitalsteuern	206.8	222.5	237.3	254.8	7.2%
Spezialsteuern	173.9	178.5	182.4	187.3	2.5%
– Quellensteuer	56.6	58.4	60.1	62.5	3.4%
– Grundstückgewinnsteuer	77.1	79.9	82.1	84.6	3.1%
– Erbschafts- und Schenkungssteuern . . .	40.2	40.2	40.2	40.2	0.0%
Steuerstrafen	3.9	3.9	3.9	3.9	0.0%
Total Kantonale Steuern	1'445.3	1'496.1	1'554.5	1'604.4	3.5%
Anteil Direkte Bundessteuern	118.7	125.0	130.6	137.0	4.9%
Steuerertrag (Saldo)	1'564.0	1'621.1	1'685.1	1'741.4	3.6%

Vor dem Hintergrund der guten Konjunkturprognosen und den sich in der mutmasslichen Rechnung 2013 abzeichnenden positiven Entwicklungen kann aus heutiger Sicht von einem Anstieg der kantonalen Steuererträge von durchschnittlich 3.5 Prozent pro Jahr ausgegangen werden.

Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern, der wichtigsten Ertragsquelle des Kantons, wird im Zeitraum 2014 bis 2017 mit einem jährlichen Wachstum des Nettoertrags von 3.0 Prozent gerechnet. Diese Berechnungen basieren auf der Annahme, dass die massgebenden Einkommen in den Jahren 2015 und 2016 um 1.5 Prozent (progressionsbereinigt 2.25 Prozent) und im Jahr 2017 um 1.75 Prozent (progressionsbereinigt um 2.5 Prozent) zunehmen werden. Bei den Vermögen wird von einem jährlichen Zuwachs von 2 Prozent ausgegangen. Ab 2016 sind zudem die Mehrerträge von rund 16 Mio. Franken aus der Reduktion des Pendlerabzugs in den Zahlen berücksichtigt.

Im Bereich der Gewinn- und Kapitalsteuern wird mit einem Anstieg der massgebenden Gewinne um je 5 Prozent in den Jahren 2015 und 2016 bzw. 7.5 Prozent im Jahr 2017 gerechnet. Bei der Quellensteuer wird von einer Zunahme der massgebenden Einkommen um 3 Prozent (2015 und 2016) bzw. 4 Prozent (2017) ausgegangen. Die Schätzung der Grundstückgewinnsteuer beruht auf der Erwartung, dass der Boom in der Baubranche etwas abflachen, aber grundsätzlich noch anhalten wird.

3.2.8 Vermögenserträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Vermögenserträge (42)	161.8	165.2	169.3	173.9	2.4%
<i>davon</i>					
Dividenden St.Galler Kantonalbank (Finanz- und Verwaltungsvermögen)	45.8	45.8	45.8	45.8	0.0%
Gewinnausschüttung Nationalbank	40.5	40.5	40.5	40.5	0.0%
Ertrag Nutzungsentschädigungen	38.1	41.4	44.7	48.3	8.2%

Die Vermögenserträge nehmen zwischen 2014 und 2017 um rund 12 Mio. Franken zu. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die höheren Erträge aus den Nutzungsentschädigungen (insbesondere im Spitalbereich) zurückzuführen, die infolge der mutmasslich höheren künftigen Kapitalbeschaffungskosten ansteigen.

Unverändert eingestellt bleibt der Ertragsanteil an der Gewinnausschüttung der SNB von 40.5 Mio. Franken. Zwar bestehen aufgrund der hohen Abhängigkeit der Jahresergebnisse der SNB von der Entwicklung der Gold-, Devisen- und Kapitalmärkte Unsicherheiten über die Gewinnsituation und damit grundsätzlich auch über die ausschüttbaren Mittel. Da die SNB zwecks Verstetigung der Ausschüttungen an Bund und Kantone eine Ausschüttungsreserve gebildet hat und sich in der Vereinbarung mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement vom November 2011 grundsätzlich zu einer gleichbleibenden Ausschüttung verpflichtet hat, besteht derzeit kein Anlass, die Ertragsanteile nach unten zu korrigieren.

3.2.9 Bundesfinanzausgleich

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Nettoertrag aus Bundesfinanzausgleich	392.2	397.7	402.7	407.7	1.3%
– <i>Ressourcenausgleich</i>	397.5	403.0	408.0	413.0	1.3%
– <i>Geograf.-topograf. Lastenausgleich</i>	2.2	2.2	2.2	2.2	0.0%
– <i>Härteaustausch</i>	–7.4	–7.4	–7.4	–7.4	0.0%

Die Beiträge des Ressourcenausgleichs, die vom Bund sowie den ressourcenstarken Kantonen alimentiert werden, können sich von Jahr zu Jahr erheblich verändern. Eine Veränderung kann sich aufgrund von Anpassungen bei der kantonseigenen Ressourcenstärke ergeben, aber auch aufgrund der Veränderung des gesamten Ressourcenpotenzials aller Kantone. Weitere Unsicherheiten erwachsen aus Forderungen zu grundlegenden Anpassungen am Finanzausgleichssystem, dies insbesondere seitens der Geberkantone und im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform III. Auch wenn die letztgenannten Unsicherheiten kaum die Berichtsperiode des AFP 2015 bis 2017 betreffen, ist trotzdem nicht auszuschliessen, dass die effektiven Beiträge an den Kanton St.Gallen erheblich von den veranschlagten Zahlen abweichen werden.

Aufgrund der Prognosen für alle Kantone wird für den Kanton St.Gallen in den Planjahren 2015 bis 2017 im Ressourcenausgleich von einem moderaten Wachstum um jährlich 5 Mio. Franken ab 2014 ausgegangen. Die Berechnungen des Wirtschaftsberatungsinstitutes BAK Basel gehen davon aus, dass sich das gesamte Ressourcenpotenzial aller Kantone im Jahr 2015 bis 2017 geringfügig erhöhen wird. Das Ressourcenpotenzial des Kantons St.Gallen dürfte sich dabei leicht unterdurchschnittlich entwickeln, sodass dem Kanton St.Gallen voraussichtlich per Saldo nur wenig mehr Mittel aus dem Ressourcenausgleich zufließen werden.

Die Zahlen zum geografisch-topografischen Lastenausgleich sowie zum Härteaustausch werden unverändert weitergeführt. Zwar sind infolge der geringeren Dotierung des Härteaustauschfonds ab 2016 gewisse Entlastungen für den Kanton St.Gallen zu erwarten. Andererseits können sich beim Empfängerkreis des Härteaustauschfonds Änderungen ergeben, welche umgekehrt eine belastende Wirkung entfalten.

3.2.10 Investitionsrechnung

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Hochbauten, Investitionsbeiträge, technische Einrichtungen					
Ausgaben	116.2	168.1	186.8	266.0	31.8%
Einnahmen	16.6	10.1	7.8	9.0	-18.4%
Nettoinvestition	99.6	158.1	178.9	257.0	37.1%
<i>davon</i>					
– Bildung (netto)	25.0	37.1	50.3	66.0	38.1%
– Gesundheit (netto)	10.5	82.1	72.5	126.7	129.4%
Strassenbau					
Ausgaben	68.2	81.0	99.5	145.2	28.7%
Einnahmen	21.9	19.0	20.0	25.2	4.9%
Nettoinvestition	46.3	62.0	79.5	120.0	37.3%
Darlehen und Beteiligungen					
Ausgaben	332.4	23.2	23.2	22.6	-59.2%
Einnahmen	21.0	20.2	20.3	20.3	-1.1%
Nettoinvestition	311.4	3.0	2.9	2.3	-80.6%

Im Bereich der Hochbauten, Investitionsbeiträge und technischen Einrichtungen steigen die Nettoinvestitionen von rund 100 Mio. Franken im Jahr 2014 auf gegen 260 Mio. Franken im Jahr 2017. Der Anstieg gründet primär in den ab 2015 einsetzenden Investitionsausgaben im Zuge des geplanten Neubaus der Häuser 07A und 07B des Kantonsspitals St.Gallen sowie der Erneuerungen und Erweiterungen der Regionalspitäler (2015: 72 Mio. Fr./ 2016: 57 Mio. Fr./ 2017: 105 Mio. Fr.). Daneben führen die Ausbau- und Sanierungsvorhaben an den Kantonsschulen Sargans und Wattwil, dem Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen (GBWZ) sowie dem Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg zu höheren Investitionsausgaben.

Im Bereich des Strassenbaus steigen die Nettoinvestitionen von rund 46 Mio. Franken auf 120 Mio. Franken. Dieser starke Anstieg ist schwergewichtig auf die Ausgaben im Zusammenhang mit den Grossprojekten Brücke Pfäfers-Valens und den Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen, welche im Rahmen des 16. Strassenbauprogramms realisiert werden. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt ausschliesslich über den Strassenfonds und hat keine Auswirkungen auf die Staatsrechnung.

Bei den Darlehen und Beteiligungen pendeln sich die Nettoinvestitionen ab 2015 auf dem Niveau von 2 bis 3 Mio. Franken ein, nachdem sie im Jahr 2014 durch die Ausfinanzierung der St.Galler Pensionskasse die einmalige Spitze von über 300 Mio. Franken erreicht haben.

3.3 Ergebnisse der einzelnen Departemente

Nachfolgend werden für jedes Departement die Ergebnisse des AFP 2015–2017 dargestellt und die wesentlichen Faktoren kommentiert, welche den ausgabenrelevanten Aufwand der laufenden Rechnung verändern. Die detaillierten Differenzbegründungen zur gesamten laufenden Rechnung sind im Anhang aufgeführt. Vertiefte Angaben zur Belastung der laufenden Rechnung durch Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite finden sich in den Kapiteln 4 und 5.

3.3.1 Räte und Staatskanzlei

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	22.8	21.8	22.2	21.9	-1.3%
– Personalaufwand	9.1	9.1	9.3	9.2	0.1%
– Sachaufwand	11.9	11.9	12.2	11.9	0.0%
– Staatsbeiträge	0.4	0.4	0.4	0.4	0.0%
Ertrag der laufenden Rechnung	10.9	10.9	10.9	10.9	-0.1%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	11.9	10.9	11.3	11.0	-2.5%

Der Aufwandüberschuss der Räte nimmt bis ins Jahr 2017 um 0.8 Mio. Franken von 6.4 Mio. Franken im Jahr 2014 auf 5.6 Mio. Franken im Jahr 2017 ab. Die Abnahme ist auf den Wegfall der Verrechnungen der Aufwendungen für die Erneuerungen im Kantonsratssaal (Ersatz der Abstimmungs-, Audio- und Videoanlage) im Jahr 2014 zurückzuführen. Auch der Aufwandüberschuss der Staatskanzlei geht bis ins Jahr 2017 leicht zurück.

3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	454.9	454.5	473.3	483.6	2.1%
– Personalaufwand	58.4	58.7	58.7	58.8	0.2%
– Sachaufwand	15.7	15.6	15.9	16.1	1.0%
– Staatsbeiträge	136.4	144.4	160.9	173.5	8.4%
Ertrag der laufenden Rechnung	344.2	341.2	348.3	355.2	1.1%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	110.7	113.2	125.0	128.4	5.1%

Im Volkswirtschaftsdepartement steigt der Aufwandüberschuss um rund 18 Mio. Franken auf gegen 130 Mio. Franken im Jahr 2017, was einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 5.1 Prozent pro Jahr entspricht.

Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die höheren Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr und insbesondere die höheren Abgeltungen für das bestellte Verkehrsangebot zurückzuführen (+17.9 Mio. Fr.). Die Ursache liegt einerseits in der Übernahme der Finanzierung des Ortsverkehrs durch den Kanton, welche im Rahmen der Neuordnung der öV-Finanzierung ab 2016 vorgesehen ist. Andererseits ist im Planjahr 2017 ein Angebotsausbau im Regionalverkehr gemäss 5. öV-Programm mit Mehrkosten von insgesamt 8.2 Mio. Franken in den Zahlen enthalten. Da sich die Gemeinden zur Hälfte an diesen Mehrkosten beteiligen, reduziert sich der Mehraufwand für den Kanton insgesamt auf netto rund 13 Mio. Franken. Ob der Ausbau in diesem Umfang möglich ist, hängt von der generellen Haushaltslage, der Nachfrage- bzw. Ertragsentwicklung und der Verlässlichkeit der Bundesfinanzierung im Regionalverkehr ab.

Zunahmen des Nettoaufwandes sind im Weiteren im Landwirtschaftsamt und im Amt für Natur, Jagd und Fischerei zu verzeichnen, wo die Abschreibungen der Bauvorhaben am landwirtschaftlichen Zentrum SG in Salez (ab 2016) bzw. des neuen Fischereizentrums Steinach (ab 2015) beginnen.

Der Personalaufwand bleibt im Volkswirtschaftsdepartement weitgehend stabil. Für die Umsetzung der Gesetzesvorlage Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) bzw. die Neuordnung der öV-Finanzierung wird indes mit einem Bedarf an neuen Stellen in der Höhe von 170 Stellenprozenten gerechnet. Die damit verbundenen Mehrkosten sind in den Planwerten des Jahres 2017 enthalten.

3.3.3 Departement des Innern

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	861.6	879.2	888.0	905.9	1.7%
– <i>Personalaufwand</i>	26.9	27.0	27.2	26.9	0.1%
– <i>Sachaufwand</i>	18.6	19.8	19.6	19.9	2.3%
– <i>Staatsbeiträge</i>	543.8	558.8	564.8	582.5	2.3%
Ertrag der laufenden Rechnung	260.5	266.3	273.4	276.7	2.0%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	601.1	612.8	614.6	629.2	1.5%

Im Departement des Innern steigt der Aufwandüberschuss um rund 28 Mio. Franken auf knapp 630 Mio. Franken im Jahr 2017. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 1.5 Prozent pro Jahr.

Obwohl im Amt für Kultur ab 2016 für die Umsetzung des neuen Bibliotheksgesetzes und der Umsetzung des Teils Denkmalschutz des Gesetzesvorhabens Revision Baugesetz zusätzliche Stellen im Umfang von 80 bzw. 180 Stellenprozenten eingestellt sind, bleibt der Personalaufwand insgesamt stabil.

Einen starken Zuwachs von insgesamt gegen 40 Mio. Franken verzeichnen dagegen die Staatsbeiträge. Im Vordergrund stehen die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, wo die Aufwendungen zwischen 2014 und 2017 um 22.5 Mio. Franken zunehmen. Darin eingerechnet ist der Wegfall der ausserordentlichen Ergänzungsleistungen ab 2016 (–7.7 Mio. Fr.), der mit dem EP 2013 beschlossen wurde. Der Bund trägt von den Mehraufwendungen im Bereich der Ergänzungsleistungen insgesamt 7.7 Mio. Franken, so dass der Aufwand für den Kanton um netto rund 15 Mio. Franken steigt.

Die Staatsbeiträge nehmen auch im Amt für Soziales zu, welches die laufenden Beiträge an die Behinderteneinrichtungen (+4.1 Mio. Fr.) und den Jugendschutz (+1.2 Mio. Fr.) erhöht. Die um rund 10 Mio. Franken steigenden Staatsbeiträge im Bereich der Pflegefinanzierung werden durch entsprechend höhere Gemeindebeiträge vollständig kompensiert.

Steigende Nettoaufwendungen verzeichnet schliesslich das Amt für Kultur, wo ab 2016 bzw. 2017 die Abschreibungen für den Neubau des Klanghauses Toggenburg bzw. den Umbau und die Sanierung des Theater St.Gallen einsetzen.

3.3.4 Bildungsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	862.5	851.5	853.8	858.7	–0.1%
– <i>Personalaufwand</i>	252.5	251.0	249.9	248.4	–0.5%
– <i>Sachaufwand</i>	71.1	70.5	69.9	69.5	–0.7%
– <i>Staatsbeiträge</i>	465.6	460.0	458.4	462.4	–0.2%
Ertrag der laufenden Rechnung	309.9	306.1	307.8	309.2	–0.1%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	552.7	545.4	546.0	549.5	–0.2%

Im Bildungsdepartement nimmt der Aufwandüberschuss um 3.8 Mio. Franken auf rund 550 Mio. Franken im Jahr 2017 ab. Dies entspricht einer durchschnittlichen Abnahme von 0.2 Prozent pro Jahr.

Die erwartete demografische Entwicklung führt dazu, dass die Zahl der erforderlichen Lehrkräfte an den Berufsfach- und auch den Mittelschulen allmählich abnimmt. Im vorliegenden AFP liegt der Personalaufwand der Berufsfachschulen im Jahr 2017 deshalb um 3.1 Mio. Franken unter dem Wert von 2014, bei den Mittelschulen um 1.5 Mio. Franken. Ein Anstieg im Personalaufwand ist dagegen im Amt für Volksschulen

zu verzeichnen, wo im Bereich der Qualitätssicherung der Volksschulen ab 2016 drei zusätzliche Stellen geplant sind.⁷

Im Bereich der Staatsbeiträge ist der Rückgang insbesondere auf den ab 2016 wegfallenden Beitrag an die katholischen Kantonssekundarschule St.Gallen (–2.1 Mio. Fr.), die geringeren Stipendienauszahlungen (–1.3 Mio. Fr.) und die tieferen Beiträge an die Pädagogische Hochschule St.Gallen (–1.1 Mio. Fr.) zurückzuführen. Bei den Sonderschulen bleibt der Aufwandüberschuss auf der bisherigen Höhe, da sich Mehr- und Minderbelastungen des neuen Sonderpädagogik-Konzepts für den Kanton ausgleichen.

Demgegenüber steigen die Staatsbeiträge an die Universität St.Gallen (+2.8 Mio. Fr.), die Konkordats-Fachhochschulen (+1.7 Mio. Fr.) und die ausserkantonalen Universitäten und Fachhochschulen für die Aufnahme von St.Galler Studierenden (+2.2 Mio. bzw. +1.6 Mio. Fr.). Dank steigenden Beiträgen des Bundes und der anderen Kantone nimmt die Nettobelastung durch die Universität, die Konkordats-Fachhochschulen und die Pädagogische Hochschule allerdings insgesamt ab (–0.4 Mio. Fr.).

3.3.5 Finanzdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	645.8	679.8	735.0	819.6	8.3%
– Personalaufwand	44.6	38.1	48.1	51.3	4.8%
– Sachaufwand	44.9	42.1	39.5	42.7	–1.7%
– Passivzinsen	27.8	28.6	31.1	36.0	9.1%
– Abschreibungen	140.1	164.6	194.9	246.9	20.8%
– Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung . . .	351.3	369.1	386.6	407.9	5.1%
Ertrag der laufenden Rechnung	2'706.6	2'789.8	2'899.4	3'018.3	3.7%
– Steuern	1'803.1	1'871.8	1'947.9	2'019.3	3.8%
– Vermögenserträge	111.1	112.0	113.1	114.0	0.8%
– Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung . . .	548.1	560.9	572.2	584.4	2.2%
– Entnahme aus Eigenkapital	75.6	50.6	42.6	25.6	–29.8%
Ertragsüberschuss laufende Rechnung . .	2'060.8	2'110.1	2'164.5	2'198.7	2.2%

Im Finanzdepartement nimmt der Ertragsüberschuss zwischen dem Jahr 2014 und dem Jahr 2017 um rund 140 Mio. Franken auf knapp 2.2 Mrd. Franken im Jahr 2017 zu. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 2.2 Prozent pro Jahr.

Der Aufwand steigt in diesem Zeitraum um insgesamt über 170 Mio. Franken oder mehr als 8 Prozent pro Jahr an. Dieser Anstieg geht zu über 60 Prozent auf den steigenden Abschreibungsaufwand zurück, welcher bis 2017 auf gegen 250 Mio. Franken zunimmt. Ein höherer Aufwand ergibt sich auch im Bereich Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung, wo die Anteile von Gemeinden, Kantonen und Bund am (steigenden) Steuerertrag deutlich ansteigen (+56.6 Mio. Fr.). Weiter nehmen die Passivzinsen infolge von notwendigen Mittelaufnahmen in den Jahren 2014 bis 2017 zu (+7.7 Mio. Fr.).

Der Personalaufwand steigt um 6.7 Mio. Franken. Darin enthalten sind Mehraufwendungen im allgemeinen Personalaufwand von 9.2 Mio. Franken, die sich aus den kumulierten Effekten des Stufenanstiegs (abzüglich Mutationsgewinnen) und den Beförderungen in der gesamten Kantonsverwaltung ergeben. Umgekehrt führt die Umsetzung der Massnahme E66 «Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung» des EP 2013 zu Reduktionen im Personalaufwand. Letztere sind in der Aufgaben- und Finanzplanung ebenfalls zentral im Finanzdepartement erfasst.

⁷ Ersatz für den im Rahmen des EP 2013 beschlossenen Verzicht auf eine flächendeckende obligatorische Schulevaluation in der Volksschule (Massnahme E28bis).

Im Finanzdepartement selbst steigt der Personalaufwand beim kantonalen Steueramt. Dort ist entsprechend der Massnahme E48 des EP 2013 für das Jahr 2015 die Anstellung von sieben weiteren Steuerkommissäre vorgesehen. Gleichzeitig führt die Umsetzung der Massnahmen K32 (Einführung von eTaxes für die Arbeitgeberabrechnung der Quellensteuer) und K36 (Einführung der elektronischen Veranlagungsunterstützung im Bereich der juristischen Personen) des Sparpakets II zu einem Abbau von fünf Stellen. Von den Veränderungen im Steueramt abgesehen, bleibt der Personalaufwand im Finanzdepartement (d.h. ohne den zentral für die gesamte Verwaltung eingestellten Personalaufwand) stabil.

3.3.6 Baudepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	373.4	412.6	439.9	489.3	9.4%
– Personalaufwand	67.6	67.8	67.6	67.6	0.0%
– Sachaufwand	138.4	149.8	156.3	157.8	4.5%
– Staatsbeiträge	38.9	39.6	41.4	41.2	1.9%
Ertrag der laufenden Rechnung	291.8	323.0	350.2	395.0	10.6%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	81.7	89.7	89.7	94.3	4.9%

Im Baudepartement steigt der Aufwandüberschuss um rund 13 Mio. Franken auf über 90 Mio. Franken im Jahr 2017. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 4.9 Prozent pro Jahr.

Die Veränderungen sind zu einem wesentlichen Teil auf den Bereich Verwaltung der Staatsliegenschaften und dort auf rein buchhaltungstechnische Gründe zurückzuführen. Während im Voranschlag 2014 die Aufwendungen für Bauten und Renovationen dezentral in den Zahlen der Departemente enthalten sind, sind in den AFP-Jahren die Aufwendungen mit einer Höhe von unverändert 28 Mio. Franken zentral im Baudepartement eingestellt.

Einen effektiv steigenden Nettoaufwand verzeichnet dagegen der Bereich Gewässer, wo für die Projektierung und den Ausbau von Kantonsgewässern gemäss neuem Wasserbaugesetz der Sachaufwand um 11.2 Mio. Franken zunimmt. Dank Bundes- und Gemeindebeiträgen reduziert sich der zusätzliche Aufwand des Kantons auf netto rund 4 Mio. Franken.

Der Anstieg bei den Staatsbeiträgen geht primär auf den V. Nachtrag zum Energiegesetz zurück, in dessen Rahmen das kantonale Förderungsprogramm Energie mit zusätzlichen Ressourcen im Umfang von 4.1 Mio. Franken (davon 0.8 Mio. Bundesbeiträge) ausgestattet werden soll (vgl. Abschnitt 4.6.1).

3.3.7 Sicherheits- und Justizdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	560.3	580.5	601.2	641.8	4.6%
– Personalaufwand	185.2	188.7	190.6	192.3	1.3%
– Sachaufwand	106.3	108.7	109.2	105.2	–0.3%
– Staatsbeiträge	2.2	2.3	2.3	2.3	1.5%
Ertrag der laufenden Rechnung	442.7	460.5	478.6	520.6	5.6%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	117.6	120.0	122.5	121.2	1.0%

Im Sicherheits- und Justizdepartement steigt der Aufwandüberschuss um rund 80 Mio. Franken auf rund 640 Mio. Franken im Jahr 2017. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 4.6 Prozent pro Jahr.

Die grossen Veränderungen des Aufwands und auch des Ertrags sind im Wesentlichen auf den Strassenfonds zurückzuführen, wo sowohl die Verrechnungen zu Gunsten der Kantonsstrassen als auch die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung zwischen 2014 und 2017 um rund 73 Mio. Franken zunehmen.

Der Personalaufwand steigt um 1.3 Prozent pro Jahr oder um gesamthaft 7.1 Mio. Franken zwischen 2014 und 2017. Dies widerspiegelt in erster Linie den geplanten Korpsausbau bei der Kantonspolizei um zehn Mitarbeiter pro Jahr sowie die sechs zusätzlichen Prüfexperten im Strassenverkehrsamt, die zur Reduktion des Rückstands bei den Fahrzeugprüfungen eingesetzt werden sollen (vgl. auch Abschnitt 3.2.1). Die Prüfexperten sind durch entsprechend höhere Gebühreneinnahmen refinanziert.

3.3.8 Gesundheitsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	755.8	752.8	759.8	773.4	0.8%
– Personalaufwand	30.1	18.1	17.9	17.8	–16.0%
– Sachaufwand	18.5	12.8	12.6	12.5	–12.3%
– Staatsbeiträge	702.6	717.7	725.0	738.8	1.7%
Ertrag der laufenden Rechnung	170.0	155.8	158.2	160.9	–1.8%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	585.7	597.0	601.6	612.6	1.5%

Im Gesundheitsdepartement nimmt der Aufwandüberschuss um rund 27 Mio. Franken auf gut 610 Mio. Franken im Jahr 2017 zu. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 1.5 Prozent pro Jahr.

Der Aufwandzuwachs geht zum einen auf die steigenden Aufwendungen für die innerkantonalen und ausserkantonalen Hospitalisationen zurück, die zwischen 2014 und 2017 um 20.9 Mio. bzw. 5.2 Mio. Franken zunehmen. Neben dem Anstieg des kantonalen Vergütungsanteils für die Behandlung von st.gallischen Patientinnen und Patienten von 54 auf 55 Prozent im Jahr 2015, wird mit einer jährlichen Zunahme der Fallzahlen um 0.5 Prozent (SwissDRG-Bereich) bzw. 1.0 Prozent (Psychiatrie und Rehabilitation) sowie einer Zunahme des durchschnittlichen Schweregrads (Case Mix Index) von 1.0 Prozent gerechnet.

Neben den Beiträgen an die Spitäler steigen die Aufwendungen für individuelle Prämienverbilligungen (IPV). Zwischen 2014 und 2017 steigen die ausgerichteten Mittel um knapp 10 Mio. Franken. Da die Bundesbeiträge im gleichen Zeitraum um 8.3 Mio. Franken zunehmen, fällt die zusätzliche Nettobelastung allerdings viel tiefer aus.

Die Rückgänge im Personal- und Sachaufwand sind im Wesentlichen auf die Verselbständigung der Heimstätten Wil zurückzuführen, die auf das Jahr 2015 geplant ist. Ein Anstieg des Personalaufwands ergibt sich dagegen im Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen, wo zwei tierärztliche Stellen für den Vollzug des revidierten Hundegesetzes beantragt werden. Die Stellen sollen durch Überweisung eines Teils der Hundesteuern von den Gemeinden an den Kanton finanziert werden (vgl. Abschnitt 4.8.1).

3.3.9 Gerichte

in Mio. Fr.	Voranschlag 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017	jährliches Wachstum
Aufwand der laufenden Rechnung	43.6	43.8	43.8	43.8	0.2%
– Personalaufwand	32.0	32.4	32.4	32.4	0.4%
– Sachaufwand	8.3	8.3	8.3	8.3	0.1%
Ertrag der laufenden Rechnung	13.9	14.0	14.1	14.1	0.4%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	29.7	29.8	29.7	29.7	0.1%

Bei den Gerichten bleibt der Aufwandüberschuss bei knapp 30 Mio. Franken stabil.

4 Gesetzesvorhaben

4.1 Übersicht

In diesem Kapitel werden die in den kommenden Jahren geplanten Gesetzesvorhaben und deren mutmassliche finanzielle Auswirkungen dargestellt. Die nachstehende Tabelle zeigt die in Vorbereitung stehenden Vorhaben im Überblick:

in Fr. (+ Mehraufwand bzw. Minderertrag / – Minderaufwand) n.v. steht für nicht verfügbar	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
Volkswirtschaftsdepartement			
II. Nachtrag zum Jagdgesetz	0	n.v.	n.v.
Agrarpolitik 2014–2017	+253'000	+253'000	+135'500
Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)	0	0	n.v.
Departement des Innern			
Revision Baugesetz (Teil Denkmalpflege und Kantons archäologie)	0	+237'000	+237'000
Nachtrag Gemeindegesetz	0	0	0
Bildungsdepartement			
Hochschulkonkordat (HFKG)	n.v.	n.v.	n.v.
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	0	n.v.	n.v.
Finanzdepartement			
Reduktion des Selbstbehalts bei freiwilligen Zuwendungen ...	0	+1'150'000	+1'150'000
Entlastungen beim steuerbaren Eigenmietwert	0	+1'150'000	+1'150'000
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	0	0	0
Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung	0	0	0
Baudepartement			
Nachtrag zum Energiegesetz	+3'300'000	+3'300'000	+3'300'000
Geoinformationsgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Kataster öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen	0	0	0
Revision Baugesetz	0	n.v.	n.v.
Gesetz über die Nutzung des Untergrundes	n.v.	n.v.	n.v.
Sicherheits- und Justizdepartement			
Neugestaltung der Verwaltungsjustiz	0	0	n.v.
Gesundheitsdepartement			
Revision Hundegesetz	0	0	0
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	0	0	0
Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung	0	0	0
Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.v.	n.v.	n.v.
Total laufende Rechnung	+3'553'000	+6'090'000	+5'972'500

In der vorstehenden Übersicht und in den nachfolgenden Ausführungen nicht aufgeführt, sind die Gesetzesanpassungen, die im Zusammenhang mit dem EP 2013 notwendig werden. Diese sind dem Kantonsrat

in einem ersten Teil im Rahmen der ersten Sammelvorlage (22.13.12) bereits zugeleitet worden. Die zweite Sammelvorlage mit den restlichen Vorlagen wird dem Kantonsrat im Jahr 2014 zugestellt.⁸

4.2 Volkswirtschaftsdepartement

4.2.1 Nachtrag zum Jagdgesetz

Das kantonale Jagdgesetz (sGS 853.1; abgekürzt JG) hat sich im Grundsatz bewährt. In einigen Punkten genügt es aber den heutigen Anforderungen nicht mehr. Es ist geplant, mit einem II. Nachtrag verschiedene Teilbereiche des Jagdgesetzes zu revidieren. Von der Revision sind neben den Bestimmungen über die Reviervergabe, den Lebensraumschutz und das Wildschadenverfahren auch die Bestimmungen über die Regaleinnahmen betroffen. Das teilrevidierte Jagdgesetz soll rechtzeitig auf die neue Pachtperiode 1. April 2016 bis 31. März 2024 in Kraft gesetzt werden. Die jetzigen Finanzflüsse bleiben bis zum Beginn der neuen Pachtperiode bestehen.

Neu sollen die Pachtzinseinnahmen nur noch die Kosten der Jagd decken und keine zusätzlichen Mittel in den Staatshaushalt und an die Gemeinden mehr fliessen. Wie die Regierung im letzten Entwurf des teilrevidierten Jagdgesetzes bestätigte, ist es nicht zu rechtfertigen, dass ein Teil des Pachtzinses statt der Jagd dem allgemeinen Haushalt zufließt, während private Jäger in ihrer Freizeit eine öffentliche Leistung für die Allgemeinheit erbringen. Zudem sollen mit dem Pachtzins auch Wildschäden in der Landwirtschaft und im Wald abgegolten werden, weil die Jagd über die Bestandsregulation der Wildtiere einen gewissen Einfluss auf die Schadensentwicklung hat. Schliesslich soll ein Teil der Pachtzinseinnahmen dem Erhalt des immer mehr eingegengten und bedrohten Lebensraums der Wildtiere sowie Artenschutzprojekten bedrohter Wildarten (Säugetiere und Vögel) zufließen.

Die Kosten der Jagd im Amt für Natur, Jagd und Fischerei (Löhne, AG-Beiträge, Spesen, Material, Gutachten usw.) sind in den letzten Jahren aufgrund der zunehmenden Aufgaben, neuen Wildarten (Grossraubtiere, Biber, Neozoen) und vermehrten Konflikten von Wildtieren mit Nutzungen des Menschen gestiegen und belaufen sich heute auf rund 1.4 Mio. Franken. Die Kostenfolgen des II. Nachtrags zum Jagdgesetz ergeben sich aus der konkreten Gesetzesvorlage, die dem Kantonsrat in der ersten Hälfte des Jahres 2014 zugeleitet wird.

4.2.2 Agrarpolitik 2014–2017

Unter der Bezeichnung «Agrarpolitik 2014–2017» («AP 2014–2017») treten auf den 1. Januar 2014 Änderungen in der nationalen Landwirtschaftsgesetzgebung in Kraft, die insbesondere eine Ausweitung der Direktzahlungsverordnung des Bundes zu Folge haben. Aktuell vollzieht der Kanton v.a. die Beurteilung und Auszahlung folgender Beitragsarten:

- Ökologischer Leistungsnachweis (ÖLN)
- Bio-Landbau (Bio)
- Besonders tierfreundliche Stallhaltung (BTS)
- Regelmässiger Auslauf ins Freie (RAUS)
- Beiträge gemäss Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)
 - Flächen mit Qualität (ÖQV-Q)
 - vernetzte Flächen (ÖQV-V)

⁸ Es handelt sich hierbei um folgende Gesetzesanpassungen zu den folgenden Massnahmen des EP 2013 bzw. Sparpakets II:

- E2: Verzicht auf Supportleistungen und Überprüfung der Planungs- und Steuerungsinstrumente (Staatsverwaltungsgesetz, sGS140.1)
- E16: Streichung der ausserordentlichen Ergänzungsleistung (Ergänzungsleistungsgesetz, sGS 351.5)
- E33: Einführung mehrjähriger Leistungsvereinbarungen mit der Universität St.Gallen und Erhöhung der Autonomie (Anpassung des Gesetzes über die Universität St.Gallen, sGS 217.11)
- E34: Einführung mehrjähriger Leistungsvereinbarungen mit der Pädagogischen Hochschule St.Gallen und Erhöhung der Autonomie (Gesetz über die Pädagogische Hochschule St.Gallen, sGS 216.0)
- E1 (aus Sparpaket II): Begrenzung des Pendlerabzugs (Steuergesetz, sGS 811.1)

Zu diesen bestehenden Beitragsarten kommen per 1. Januar 2014 weitere dazu, die in etwa gleich aufwändig sind wie die bisherigen:

- Landschaftsqualitätsbeiträge (LQB)
- Biodiversität in Sömmerungsgebieten (BFB im Sö-Gebiet)
- Ressourceneffizienzbeiträge (REB)
- graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF)

Zudem wird für die Prüfung der Beitragsberechtigung die Verwendung von Flächendaten aus dem Geo-Informationen-System (GIS) obligatorisch.

Für den Kanton bedeuten die zusätzlichen Beitragsarten einen dauerhaft erhöhten Vollzugaufwand. Im Landwirtschaftsamt soll für die Bewältigung der Mehraufgaben deshalb eine Stelle geschaffen werden. Für den Aufbau der LQB-Projekte entsteht zudem ein Initialaufwand zur Unterstützung der Projektträgerschaften. Dieser soll mit der Besetzung zweier 50 Prozent Stellen befristet auf drei Jahre (2014–2016) beim Landwirtschaftlichen Zentrum St.Gallen (LZSG) abgedeckt werden.

In Zukunft sind mindestens drei statt der bisherigen zwei jährlichen Direktzahlungstranchen vorgesehen. Zudem wird es nötig sein, den Landwirten und Gemeinden Merkblätter über die neuen gesetzlichen Vorschriften der AP 2014–2017 zuzustellen. Damit steigt auch der Sachaufwand moderat an.

Die jährlich wiederkehrenden Staatsbeiträge werden mit dem Finanzierungsschlüssel 90 Prozent Bund, 5 Prozent Kanton, 5 Prozent Gemeinden abgedeckt. Da der Vollzug sämtlicher neuen Beitragsarten ab 1. Januar 2014 gewährleistet sein muss, sind die zusätzlichen Kosten und die Finanzierungsanteile von Bund und Gemeinden ab dem Voranschlag 2014 in die Planung integriert.

4.2.3 Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)

Um Betrieb, Substanzerhalt und Ausbau der Bahninfrastruktur langfristig auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, will der Bundesrat mit einem neuen Bahninfrastrukturfonds (BIF) und zusätzlichen Einnahmen die dafür nötigen Mittel sichern. Eine stark wachsende Nachfrage im Bahnverkehr macht einerseits weitere Investitionen in den Ausbau der Bahninfrastruktur notwendig. Andererseits haben vertiefte Abklärungen ergeben, dass für Betrieb und Substanzerhalt des SBB-Netzes bis zu 500 Mio. Franken fehlen. Mit den bestehenden Finanzierungsinstrumenten kann der ausgewiesene Mittelbedarf mittel- und langfristig nicht gesichert werden.

Der Ausbau der Bahninfrastruktur soll künftig in Schritten vorgenommen werden. Grundlage der Ausbauschritte sind die Langfristperspektive für die Bahn sowie das Strategische Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur (STEP), welches auf den Planungsarbeiten für die Bahn 2030 basiert. Das Projekt Bahn 2030 wird inhaltlich durch STEP abgelöst. STEP umfasst Investitionen von rund 42.6 Mrd. Franken, die in zwei Dringlichkeitsstufen eingeteilt sind. Die erste Dringlichkeitsstufe deckt einen Zeithorizont bis 2025 ab.

Der Bund möchte mit der FABI-Vorlage neue Rahmenbedingungen für die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur setzen. Die Finanzierung der Bahninfrastruktur soll einfacher und übersichtlicher werden: die Kosten für Substanzerhalt, Betrieb und Ausbau werden aus einem einzigen Fonds gedeckt, dem neu zu schaffenden BIF. Die bisherigen Mittel des FinöV-Fonds werden in den BIF überführt und weitere Finanzierungsquellen zur Alimentierung des BIF herangezogen. Die heute bestehende finanzielle Lücke für den Substanzerhalt und den Ausbau wird mit zusätzlichen Beiträgen von allen Beteiligten – Bund, Kantonen und Nutzern – gedeckt.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung, dass die Kantone neu die sogenannten Publikumsanlagen in den Bahnhöfen finanzieren (geschätztes Volumen ca. 500 Mio. Franken pro Jahr) und der Bund im Gegenzug die Finanzierung der Privatbahninfrastruktur und bisherige objektbezogene Drittbeiträge zu 100 Prozent übernimmt (Entlastung der Kantone: 300 Mio. Franken, netto 200 Mio. Franken Mehrbelastung der Kanto-

ne), wurde vom Bundesparlament in der Sommersession 2013 abgelehnt. Die Eidgenössischen Räte sprachen sich für eine pauschale Einlage an den BIF von 500 Mio. Franken durch die Kantone ab 2017 aus.

In Bezug auf STEP wird der Bundesrat dem Bundesparlament im Abstand von vier bis acht Jahren einzelne Ausbauschnitte vorlegen. Die erste Dringlichkeitsstufe deckt einen Zeithorizont bis 2025 ab. Aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung des BIF ist es möglich, bis ungefähr 2030 einen zweiten Ausbauschnitt umzusetzen, welcher rund 8 bis 10 Mrd. Franken umfasst. Damit kann auf Entwicklungen im öffentlichen Verkehr sowie Projektfortschritte flexibel eingegangen werden. STEP wird als rollende Planung verstanden. Einmal pro Legislatur legt der Bundesrat einen entsprechenden Bericht mit allfälligen Anpassungen von STEP dem Parlament vor.

Das Bundesparlament hat die Vorlage in der Sommersession 2013 verabschiedet. Die Volksabstimmung wird am 9. Februar 2014 stattfinden.

Mit der Verabschiedung der Massnahme K4 «Neuordnung der öV-Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden» gemäss Botschaft zu den Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushalts (Sparpaket II, 33.12.09) hat der Kantonsrat in der Junisession 2012 einer angepassten Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden bei der Infrastrukturfinanzierung der Privatbahnen zugestimmt. Dies hat zur Folge, dass die Gemeinden nebst der bereits bestehenden Beteiligung von 50 Prozent an den Abgeltungen der Privatbahninfrastruktur ab 2013 auch 50 Prozent der Darlehensbeiträge an die Privatbahnen übernehmen.

Die Beteiligung des Kantons und der Gemeinden an der Infrastrukturfinanzierung der Privatbahnen (Abgeltung und Darlehen) entfällt mit der Umsetzung von FABI ab 2017. Der Abschluss von neuen Leistungsvereinbarungen mit den Privatbahnen erfolgt ab diesem Datum durch den Bund ohne Kostenbeteiligung der Kantone. Im Gegenzug tragen die Kantone die pauschale Einlage an den BIF von 500 Mio. Franken. Welcher Anteil davon auf den Kanton St.Gallen (und die Gemeinden) entfällt und welche (Netto-)Mehrbelastungen sich für den Kanton insgesamt ergeben, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Deshalb wurden im Finanzplan 2015–2017 für das Jahr 2017 die bisherigen Beteiligungen an der Infrastrukturfinanzierung der Privatbahnen fortgeschrieben.

Es ist davon auszugehen, dass die Beschlüsse der Eidgenössischen Räte zu FABI auch Auswirkungen auf die Höhe der Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des Regionalverkehrs gemäss eidgenössischer Verordnung über die Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr (SR 742.101.2; abgekürzt KAV) haben werden. Durch den Wegfall des Parameters «Privatbahnlänge» zur Berechnung der strukturellen Voraussetzungen gemäss Art. 5 und 6 KAV werden sich die Kantonsanteile voraussichtlich ändern. Die finanziellen Auswirkungen sind zurzeit ebenfalls noch nicht absehbar.

Mit FABI/STEP wird den Kantonen die Aufgabe der Planung der weiteren Ausbauschnitte der Bahninfrastruktur in Planungsregionen zugewiesen. Diese neue Aufgabe umfasst die Planung des Regionalverkehrsangebots, der notwendigen Infrastrukturen inkl. Abstimmung mit Fern- und Güterverkehr. Die Ergebnisse bilden jeweils Grundlage für Kreditfreigaben des Bundes. Die aktive Gestaltung von Angebot und Infrastruktur, die enge Begleitung der Planungsschnitte mit STEP und die Wahrung der Interessen des Kantons St.Gallen setzen voraus, dass entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Im Amt für öffentlichen Verkehr ist deshalb mit einem zusätzlichen Personalbedarf im Beschäftigungsumfang von 170 Stellenprozenten zu rechnen. In diesem Zusammenhang sei an die Massnahmen K2 bis K4 des Sparpakets II erinnert, die mittels des Gesetzesvorhabens «Anpassung der öV-Finanzierung», welchem das Parlament in der Juni-Session 2013 zugestimmt hat, umgesetzt wurden. In Massnahme K4 «Neuordnung der öV-Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden», welche den Kanton finanziell deutlich entlastet hat, ist die Planung des Ortsverkehrs durch den Kanton ab dem Jahr 2016 vorgesehen. Auch diese Massnahme ist im Amt für öffentlichen Verkehr mit einem Anstieg der zu bewältigenden Aufgaben und der erforderlichen Ressourcen verbunden.

4.3 Departement des Innern

4.3.1 Revision Baugesetz (Teil Denkmalpflege und Kantonsarchäologie)

Das neue Baugesetz, dessen Vollzugsbeginn für den 1. Januar 2016 geplant ist, überträgt der kantonalen Denkmalpflege und der Kantonsarchäologie neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem Schutz des kulturellen Erbes im Kanton: Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht vor, dass jede Gemeinde innert zehn Jahren seit Vollzugsbeginn in Zusammenarbeit mit der zuständigen kantonalen Stelle (kantonale Denkmalpflege, Kantonsarchäologie) ein Schutzinventar für Baudenkmäler und archäologischen Denkmäler erstellt. Zudem ist vorgesehen, dass die zuständigen kantonalen Stellen im Schutzinventar die Objekte von kantonalen Bedeutung festsetzen und darüber hinaus die Aufnahme der vom Bund bezeichneten Objekte von nationaler Bedeutung sichern. Die Schutzinventare bedürfen der Genehmigung durch das zuständige Departement (Departement des Innern). Gemäss Gesetzesentwurf müssen Unterschutzstellungen von Baudenkmälern und archäologischen Denkmälern von kantonalen Bedeutung zudem neu durch die kantonale Denkmalpflege bzw. Kantonsarchäologie genehmigt werden. Schliesslich verpflichtet der Gesetzesentwurf den Kanton dazu, inventarisierte oder unter Schutz gestellte archäologische Denkmäler, die nicht erhalten werden können, vor ihrer Zerstörung von der Kantonsarchäologie untersuchen zu lassen.

Sowohl für die Initialisierung als auch für die eigentlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der vorzunehmenden Neuinventarisierung und im Zusammenhang mit Unterschutzstellungen und der wissenschaftlichen Untersuchung und Sicherung von archäologischen Denkmälern werden zusätzliche Personalressourcen notwendig sein. In diesem Aufgabenbereich besteht seit längerer Zeit ein ausgewiesener und von der Regierung anerkannter Nachholbedarf beim Personal.⁹

Zur Umsetzung der Gesetzesvorlage sind ab dem Jahr 2016 deshalb zusätzliche personelle Ressourcen mit einem Aufwand von knapp 240'000 Franken notwendig. Erforderlich sind 180 Stellenprozent, die sich zu 100 Stellenprozent bei der Archäologie (Organisation und Kontrolle der Ausgrabungsprojekte im ganzen Kanton, Tätigkeit im Feld sowie bei der Restaurierung, Lager und Inventarerstellung) und 80 Stellenprozent bei der Denkmalpflege (Umsetzung «Inventar-Modell», Bezeichnung der Kantons- und Bundesobjekte und Genehmigung der Inventare) zusammensetzen.

4.3.2 Nachtrag zum Gemeindegesetz

Das heutige Gemeindegesetz (sGS 151.2) ist seit über drei Jahren in Vollzug. Aus den bisherigen Erfahrungen zeigt sich, dass einige Bestimmungen redaktionell und teilweise materiell angepasst werden müssen. Die materiellen Anpassungen ergeben sich vor allem wegen Unsicherheiten in der Auslegung. Ausserdem sind Anpassungen aufgrund der Einführung von HRM2 für die Gemeinden notwendig. Je nach gewählter Variante werden dies lediglich redaktionelle Anpassungen oder umfassende Anpassungen sein. Die Vorlage wird für den Kanton weder personelle noch finanzielle Auswirkungen haben.

⁹ Sowohl die Abteilung Archäologie und als auch die Abteilung Denkmalpflege sind seit Jahren unterdotiert, weshalb bei zusätzlichen Aufgaben im Zuge des Planungs- und Baugesetzes bzw. der Einführung von Inventaren der Nachholbedarf noch drängender wird. Beispielsweise hat die Regierung auf die Einfache Anfrage 61.11.20 «Weltkulturerbe schützen – auch im Boden» am 12. Juli 2011 geantwortet: «Angesichts der engen personellen und (teilweise auch finanziellen) Verhältnisse der Kantonsarchäologie (vgl. Interpellation 51.09.38 «Aufgaben und Personalbestand der Kantonsarchäologie», schriftliche Antwort der Regierung vom 11. August 2009) ist eine Stellenaufstockung um 200 Prozent vorgesehen, sobald es die finanzielle Situation des Kantons erlaubt. Damit soll eine auch längerfristig sach- und fachgerechtere Betreuung von Fundstellen und Funden sichergestellt werden. Die Kapazitäten der Kantonsarchäologie blieben damit nach wie vor weit unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Längerfristig ist deshalb ein weiterer personeller Ausbau notwendig. Dies auch im Hinblick darauf, dass der Kanton seit Ende Juni 2011 über zwei Weltkulturerbestätten (Stiftsbezirk St.Gallen und neu Pfahlbauten am Zürich- und Obersee), die adäquate archäologische Betreuung erfordern, sowie das Weltnaturerbe Tektonikarena Sardona verfügt.

4.4 Bildungsdepartement

4.4.1 Hochschulkonkordat (HFKG)

Gemäss Artikel 63a der Bundesverfassung (SR 101) sorgen Bund und Kantone gemeinsam für einen wettbewerbsfähigen und qualitativ hochstehenden Hochschulraum. Ein gemeinsamer Hochschulraum Schweiz ist nur möglich, wenn Bund und Kantone gemeinsame Ziele verfolgen. Hauptziel der gemeinsamen Koordination ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen, durchlässigen und hohen Qualitätsansprüchen genügenden Hochschulraum Schweiz. Die Grundlagen dazu sind im Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) festgelegt. Das HFKG wird die bisherigen unterschiedlichen Erlasse des Bundes für die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen ablösen und sorgt damit für eine wesentliche Vereinfachung und Vereinheitlichung der Koordination des schweizerischen Hochschulbereichs.

Das HFKG setzt diese Verfassungsbestimmungen auf der gesetzlichen Ebene um. Zusätzlich müssen Bund und Kantone eine Zusammenarbeitsvereinbarung abschliessen, um gemeinsame Organe einzurichten und ihnen die entsprechenden Kompetenzen zu übertragen. Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten, die diesen übertragen werden können und legt die Grundsätze von Organisationen und Verfahren der Koordination fest. Kantonsseitig ist für den Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Bund und zur Übertragung der Befugnisse auf die gemeinsamen Organe ein interkantonales Hochschulkonkordat erforderlich.

Am 20. Juni 2013 hat die EDK-Plenarversammlung das neue Hochschulkonkordat verabschiedet. Damit können nun die kantonalen Beitrittsverfahren beginnen. Im Kanton St.Gallen wird das parlamentarische Verfahren voraussichtlich bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Kann dieser Fahrplan auch von den anderen Kantonen eingehalten werden, ist ein Inkrafttreten des Hochschulkonkordats auf Anfang des Jahres 2015 möglich. Es lässt sich heute nicht abschätzen, ob und in welchem Umfang für den Kanton St.Gallen Mehr- oder Minderkosten resultieren.

4.4.2 Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil

Die Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil vom 19. September 2000 (sGS 234.211; im Folgenden: Trägervereinbarung) wurde unter den damaligen vier Trägerkantonen Zürich, St.Gallen, Schwyz und Glarus abgeschlossen und regelt Bestand und Zweck, Organisation, Finanzhaushalt sowie weitere Fragen betreffend der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt «Hochschule für Technik Rapperswil» (HSR). Träger der HSR sind seit dem 1. Oktober 2008 die Kantone St.Gallen, Schwyz und Glarus. Der Kanton Zürich hatte seine Mitträgerschaft an der HSR auf Ende des Studienjahrs 2007/08 gekündigt. Der Kantonsrat St.Gallen hat mit Beschluss vom 5. Juni 2007 zugestimmt, bis längstens 30. September 2016 die durch den Austritt des Kantons Zürich verursachten Mehrkosten in der Trägerfinanzierung alleine zu tragen (Übergangsfinanzierung). Dabei wurde in Aussicht gestellt, die Trägervereinbarung auf das Jahr 2016 hin zu überarbeiten.

Die heutige Trägervereinbarung der HSR sieht keine Regelung für die Kostentragung der Investitionen vor. Die Kantone St.Gallen, Schwyz und Glarus führten in Bezug auf die Finanzierung des Forschungszentrums, dessen Bau für alle drei Träger eine unbestrittene Notwendigkeit darstellt, verschiedene Verhandlungen. Die Regierung des Kantons St.Gallen hat am 31. Mai 2011 nach eingehender Prüfung beschlossen, dem Kantonsrat St.Gallen die alleinige Finanzierung des Forschungszentrums durch den Kanton St.Gallen zu beantragen. Im Beschluss wurde auch festgehalten, dass mit den Kantonen Schwyz und Glarus Verhandlungen über die Neufassung der Trägervereinbarung aufgenommen werden sollen.

Die Vorsteher bzw. die Vorsteherin der Bildungsdepartemente der Träger haben am 4. Juli 2011 eine Absichtserklärung betreffend Verhandlungen einer neuen Trägervereinbarung abgesprochen und damit bestätigt:

1. ihr grosses Interesse, die gemeinsame Trägerschaft der HSR längerfristig zu sichern;
2. Verhandlungen zur Neufassung der Trägervereinbarung aufzunehmen;
3. für die Verhandlungen zur Neufassung der Trägervereinbarung eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der drei Trägerkantone einzusetzen sowie in einem Lenkungsausschuss Einsitz zu nehmen;
4. im Rahmen der Neufassung der Trägervereinbarung auch die gemeinsame Kostentragung betreffend Neubau Forschungszentrum zu verhandeln;
5. die Neufassung der Trägervereinbarung – unter Vorbehalt der jeweiligen Verfahren in den einzelnen Kantonen – auf spätestens 1. Oktober 2016 (Ende der Übergangsfinanzierung) in Kraft zu setzen.

Der Kantonsrat stimmte dem «Kantonsratsbeschluss über den Neubau des Forschungszentrums der Hochschule für Technik Rapperswil» (sGS 234.291) am 24. April 2012 zu. Dieser Beschluss wurde von den Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen am 23. September 2012 bestätigt.

Eine Revision der Trägervereinbarung lässt sich nicht auf die Neuregelung der Trägerfinanzierung beschränken, sondern hat eine Vielzahl von zum Teil umstrittenen Themen zum Gegenstand wie:

- Neuregelung Aufteilung der Betriebskosten auf die Träger;
- Finanzierung des geplanten Forschungszentrums;
- spätere Handhabe für allfällig weitere Bauvorhaben;
- Personalrecht und Pensionskassenlösung (Übernahme Personalrecht des Kantons St.Gallen und Wechsel von der Pensionskasse des Kantons Zürich zur Pensionskasse des Kantons St.Gallen).

Es muss in Betracht gezogen werden, dass Nichtsitzkantone bei Anwendung der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (sGS 234.031; abgekürzt FHV) mit Ausnahme des fehlenden Mitspracherechts keine Nachteile zu gewärtigen haben, wenn sie aus der Trägerschaft einer Hochschule austreten. Dank der auf Hochschulebene herrschenden Freizügigkeit haben Studierende unabhängig von einer Mitträgerschaft ihres Wohnsitzkantons uneingeschränkten Zugang zu den Hochschulen. Die beiden Kantone Schwyz und Glarus hätten bei einem Austritt aus der Trägervereinbarung keine Nachteile zu gewärtigen. Mit einem Austritt würde jedoch die jährliche Restkostenmitfinanzierung im Rahmen der Betriebsrechnung durch die Kantone Schwyz und Glarus entfallen. Um den Bestand der HSR und deren Weiterentwicklung am Standort Rapperswil sicherzustellen, ist somit die Trägerschaftsfrage ab 1. Oktober 2016 zu klären. Für die Neuverhandlung der Trägervereinbarung zwischen den Kantonen St.Gallen, Schwyz und Glarus sowie für die Ausarbeitung der Neufassung hat die Regierung des Kantons St.Gallen am 9. Oktober 2012 den Projektauftrag erteilt. In der Folge wurde durch die Regierungen der Trägerkantone eine gemeinsame Projektorganisation bestehend aus Vertretern der Bildungs- und Finanzdepartemente der drei Trägerkantone eingesetzt. Die Projektorganisation stellt auch den punktuellen Einbezug der HSR sicher und nahm ihre Arbeit im November 2012 auf. Sie hat Lösungsansätze für verschiedene zu klärende Fragestellungen erarbeitet und in wesentlichen Bereichen bereits vertiefte Abklärungen für mögliche Lösungen getroffen (Trägerfinanzierung, Ausgestaltung der Organe, Finanzierung baulicher Infrastruktur). Das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten bedarf im Verlauf des Jahres 2013 der Diskussion bei den Trägern St.Gallen, Schwyz und Glarus, damit für die Projektorganisation klar ist, in welche Richtung die Neuverhandlung der Trägervereinbarung weitergeführt werden soll. Stimmen die Regierungen der dazumal getroffenen Verhandlungslösung zu, so ist diese rechtlich in eine neue Trägervereinbarung zu fassen sowie die dazugehörige Botschaft zu erstellen. Die Regierungen leiten die Vorlage – nach allfälligen Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren – dem Kantons- bzw. dem Landrat zur Beratung und Beschlussfassung zu.

Die Kostenfolgen sind ausdrücklich Gegenstand der Neuverhandlungen. Es lässt sich heute nicht abschätzen, ob und in welchem Umfang für den Kanton St.Gallen Mehr- oder Minderkosten resultieren.

4.5 Finanzdepartement

4.5.1 Reduktion des Selbstbehalts bei freiwilligen Zuwendungen

Gestützt auf die Forderungen der Motion 42.13.03 «Steuerlicher Selbstbehalt von Fr. 100.– für Zuwendungen auch im Kanton St.Gallen» wird der Selbstbehalt beim Abzug für freiwillige Zuwendungen von 500 Franken auf 100 Franken gesenkt. Der Kanton orientiert sich dabei an den direkten Bundessteuern, welche bereits heute einen Selbstbehalt von 100 Franken kennen, sowie an einem Grossteil der Kantone, bei welchen der Schwellenwert ebenfalls bei 100 Franken liegt. Dadurch werden die Steuerabzüge zunehmen und die geschätzten Steuereinnahmen um rund 1.15 Mio. Franken (1 Mio. Franken einfache Steuer) abnehmen.

4.5.2 Entlastungen beim steuerbaren Eigenmietwert

Gestützt auf die gutgeheissene Motion 42.12.23 «Entlastungen beim steuerbaren Eigenmietwert» werden im Bereich des steuerbaren Eigenmietwerts zwei Entlastungen vorgenommen. Erstens wird in Härtefällen (vor allem bei Rentnern) der steuerbare Eigenmietwert herabgesetzt. Die konkrete Umsetzung der Entlastung ist noch zu bestimmen. Mögliche Massnahmen sind eine Herabsetzung des Eigenmietwertes, sofern dieser einen prozentualen Anteil des Bruttoeinkommens übersteigt und gleichzeitig das steuerbare Vermögen unter einem noch zu definierenden Maximalbetrag liegt.

Als zweites entlastendes Element soll der Marktmietwert bei Unternutzung wie bei der direkten Bundessteuer herabgesetzt werden. Als Unternutzung wird bezeichnet, wenn wegen Verminderung der Wohnbedürfnisse dauerhaft nur noch ein Teil des selbst bewohnten Eigenheims tatsächlich genutzt wird. Bereits neun Kantone kennen diesen Abzug, jedoch in unterschiedlicher Ausprägung.

Die Härtefallreduktion und der Unternutzungsabzug werden einen Steuerausfall von rund 1.15 Mio. Franken (1 Mio. Franken einfache Steuer) verursachen.

4.5.3 Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit

Der Austausch von Personen- und Objektdaten zwischen Behörden aller Staatsebenen erfolgt zunehmend nicht mehr in der herkömmlichen Form von schriftlichen Dokumenten, sondern über Datenbanken, das heisst über Sammlungen von Daten, deren Speicherung und Bearbeitung unter Zuhilfenahme von Informatiksystemen und Informatikanwendungen erfolgen. Die solcherart gespeicherten Daten werden vielfach nicht mehr nur von einer einzigen Behörde erstellt und genutzt; vielmehr sind öfters mehrere Behörden beteiligt. Der Einsatz und der Betrieb von Datenbanken dienen der wirtschaftlichen und wirksamen Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Sie bilden die Basis für den elektronischen Verkehr nicht nur zwischen den Behörden, sondern ebenso zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Behörden. Dabei werden die Datenbanken in vielen Bereichen nicht nur von Behörden derselben Staatsebene, also etwa der Behörden der Gemeinde oder des Kantons, genutzt, vielmehr stehen die Datenbanken vielfach den Behörden unterschiedlicher Staatsebenen zur Verfügung. Auch werden Datenbanken nicht ausschliesslich von einer einzigen Behörde errichtet und betrieben, sondern sie sind als gemeinsame oder zentrale Datenbanken für mehrere beteiligte Behörden im Einsatz.

Diese auf Errichtung, Betrieb und Nutzung von Datenbanken bezogene Zusammenarbeit der Behörden, d.h. die E-Government-Zusammenarbeit, darf sich nicht in einem rechtsfreien Raum abspielen. Die Rechte und Pflichten der Behörden bedürfen einer gesetzlichen Normierung. Mit einem Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit soll das rechtliche Fundament in diesem an Bedeutung gewinnenden Bereich gestärkt werden. Aus diesem Vorhaben sind keine direkten Kostenfolgen zu erwarten.

Die im Sommer 2012 überarbeitete und von Kanton und Gemeinden verabschiedete E-Government Strategie 2013–2017 legt die strategischen Ziele, die organisatorischen Grundlagen und die Finanzierung fest. Für die Umsetzung der E-Government Strategie 2013–2017 sind Investitionen von total 5 Mio. Franken vorgesehen. Der entsprechende Sonderkredit in der Höhe von 5 Mio. Franken wurde vom Kantonsrat an der Novembersession 2012 verabschiedet.

4.5.4 Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung

Das Gesetz über die Gebäudeversicherung (sGS 873.1) stammt aus dem Jahr 1960 und ist bisher mit zwei Nachträgen (1976 und 1996) aktualisiert worden. Unterdessen ergibt sich weiterer Revisionsbedarf, einerseits als Antwort auf neue äussere Rahmenbedingungen und Herausforderungen, andererseits weil sich gewisse Bestimmungen anderweitig überholt haben.

Die Schwerpunkte der Revision (III. Nachtrag) bilden:

- bessere Abstützung der Elementarschadenprävention;
- Neuregelung der Folgen von konstruktiven Mängeln eines Gebäudes;
- Anpassungen bei der Tarifordnung;
- Umsetzung der neuen Grundsätze zur Public Corporate Governance;
- Abstimmung mit den Erfordernissen der geplanten neuen Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER;
- ergänzende punktuelle Anpassungen des Gesetzes.

Das Ziel ist, dass der Gesetzesnachtrag ab 2016 zur Anwendung kommen kann. Dies erfordert die Beratung und Verabschiedung der Vorlage durch den Kantonsrat im Jahr 2015. Ihre Verabschiedung durch die Regierung und Zuleitung an den Kantonsrat soll bis spätestens Ende 2014 erfolgen. Aus der Vorlage ergeben sich für den Kanton keine personellen und finanziellen Auswirkungen.

4.6 Baudepartement

4.6.1 Nachtrag zum Energiegesetz

Mit dem V. Nachtrag zum Energiegesetz wird sichergestellt, dass dem kantonalen Förderungsprogramm Energie zu den bisherigen Ressourcen ab dem Jahr 2015 zusätzliche kantonale Mittel von jährlich 3.0 Mio. Franken zur Verfügung stehen (exkl. Aufwände für die Gesuchsabwicklung). Die Erhöhung der kantonalen Mittel löst zudem Bundesmittel von voraussichtlich 0.8 Mio. Franken aus. Mit den zusätzlichen Mitteln von insgesamt 3.8 Mio. Franken soll im Rahmen des kantonalen Förderungsprogramms insbesondere die Einführung oder Verbreitung von Geräten und Techniken beschleunigt werden, welche die Stromeffizienz erhöhen oder dazu beitragen, dass dezentral hergestellter Strom vermehrt beim Produzenten verwendet wird. Zudem soll der Wissens- und Technologietransfer im Energiebereich zwischen den Unternehmen im Kanton gefördert werden. In Anknüpfung an das energienetz GSG und andere vergleichbare Netzwerke – soll unter der Bezeichnung «Energie-Cluster St.Gallen» ein Angebot geschaffen werden, das die Einstiegshürden für eine Zusammenarbeit der Unternehmen vermindert, die verschiedenen Unternehmen verstärkt vernetzt und gezielt unterstützt.

Der V. Nachtrag zum Energiegesetz wurde vom Kantonsrat in der Novembersession 2013 in zweiter Lesung beschlossen. Als Gegenvorschlag der Regierung zur Einheitsinitiative «Energiewende – St.Gallen kann es!» unterliegt der Beschluss dem obligatorischen Finanzreferendum. Er soll dem Volk im Juni 2014 zur Abstimmung vorgelegt werden (gleichzeitig mit der Initiative).

Für die Abwicklung der zusätzlichen Förderungsgesuche wird mit Kosten von 0.3 Mio. Franken gerechnet. Insgesamt entstehen für den Kanton ab dem Jahr 2015 Mehrausgaben von 3.3 Mio. Franken je Jahr. Die Abwicklung der Förderungsgesuche soll der Energieagentur St.Gallen GmbH übertragen werden.

Der V. Nachtrag zum Energiegesetz ist eine notwendige und massvolle Reaktion auf die intensivierete Energie- und Klimapolitik des Bundes. Weil finanzielle Anreize der öffentlichen Hand immer ein Mehrfaches an privaten Investitionen erfordern, trägt der Nachtrag mit einem günstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis zur Verminderung der CO₂-Emissionen sowie einer sicheren Energieversorgung bei und vermindert deren Auslandsabhängigkeit. Weiter erleichtert er es insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen rasch und mit innovativen Lösungen auf die Herausforderung im Energiebereich zu reagieren.

4.6.2 Geoinformationsgesetz

Am 1. Juli 2008 ist das Bundesgesetz über Geoinformation (SR 510.62; abgekürzt GeolG) zusammen mit zehn neuen bzw. revidierten Verordnungen in Kraft getreten. Gesetz und Verordnungen sehen zahlreiche Neuerungen und Anpassungen im Geoinformationsrecht des Bundes vor, für deren Umsetzung die Kantone und Gemeinden in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind. Dies erfordert eine Revision der kantonalen Gesetzgebung im Bereich Geoinformation, die bis 1. Juli 2011 abzuschliessen gewesen wäre.

Mit dem Erlass eines kantonalen Geoinformationsgesetzes kann die Erlassstruktur des Bundes berücksichtigt werden; bisher nicht geregelte Themen können integriert und neue Formulierungen können einfach eingeführt werden. Zudem können dadurch die Komplexität der Materie mit einfachen Strukturen verringert und künftige Revisionen vereinfacht werden.

Das Geoinformationsgesetz ist unmittelbar abhängig von der Geodatenstrategie des Kantons St.Gallen und der St.Galler Gemeinden. Das E-Government Kooperationsgremium hat am 7. August 2013 den entsprechenden Projektauftrag zur Erarbeitung einer gemeinsamen Geodatenstrategie freigegeben. Seit Anfang 2013 ist die Federführung und somit die Verantwortung für die Erstellung der Geodatenstrategie Kanton und Gemeinden beim E-Government Kooperationsgremium. Damit soll sichergestellt werden, dass die Staats-ebenen übergreifende Strategie erfolgreich erstellt werden kann. Unumgänglich ist eine kantonale Anschlussgesetzgebung zum Bundesgesetz über Geoinformation. Die Ergebnisse der Geodatenstrategie müssen in die entsprechende Anschlussgesetzgebung einfließen.

Die Genehmigung der Geodatenstrategie durch die Regierung sowie durch die VSGP soll in der ersten Hälfte 2014 erfolgen. Danach können die Arbeiten am Geoinformationsgesetz weitergeführt werden.¹⁰ Die Entwürfe von Gesetz und Botschaft sollen im Herbst 2014 im Kantonsrat beraten werden.

Für die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes muss mit finanziellen Auswirkungen im Millionenbereich (Personal, Drittaufträge, Beiträge) gerechnet werden. Dabei werden ab dem Jahr 2015 insbesondere die Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen und damit der Geoportal-Bereich grosse Ressourcen beanspruchen (siehe nachfolgender Abschnitt). Die genauen Kostenfolgen und personellen Konsequenzen des Gesetzesvorhabens lassen sich erst zusammen mit der Botschaft genauer bestimmen.

4.6.3 Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen

Wer in der Schweiz Land besitzt, ist Nutzungsbeschränkungen unterworfen. Die Rahmenbedingungen, die Gesetzgeber und Behörden vorschreiben, sind einzuhalten. Dabei ist eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und behördlichen Einschränkungen – die sogenannten öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) – zu beachten. Jedoch gestaltet es sich heute äusserst schwierig, einen vollständigen Überblick über alle notwendigen Informationen zu erhalten. Weil bei den Einschränkungen verschiedenste Behörden involviert sind, ist die komplette Informations- und Unterlagenbeschaffung ein komplizierter und aufwändiger Prozess. Der ÖREB-Kataster soll nun Abhilfe schaffen. Im neuen Kataster sind die wichtigsten Beschränkungen pro Grundstück verbindlich zusammengefasst und für alle Interessierten übersichtlich dargestellt. Eingeführt wird der ÖREB-Kataster in zwei Etappen. Bis 2015 werden acht Pilotkantone (TG, ZH, BE, OW, NW, NE, JU, GE) den Kataster aufbauen. Die übrigen Kantone sollen von diesen Vorarbeiten profitieren und den Kataster anschliessend bis Ende 2019 ebenfalls einführen.

Der Bund legt die strategische Ausrichtung fest und bestimmt die minimalen Anforderungen an den Kataster bezüglich Organisation, Verwaltung, Harmonisierung, Datenqualität, Methoden und Abläufe. Er hat die Oberaufsicht über den ÖREB-Kataster dem Bundesamt für Landestopografie swisstopo delegiert. Die Kantone regeln die Organisation für die Führung des Katasters und bestimmen die verantwortlichen Organe. Bund und Kantone teilen sich die Führung des ÖREB-Katasters und tragen auch gemeinsam die Kosten.

¹⁰ Einzelne Teilprojekte der Gesetzgebungsarbeiten wurden bereits früher vorangetrieben (2011 Geobasisdatenkatalog, 2012 GeoGoV-Bus).

Die Erfahrungen der Pilotkantone zeigen, dass die vorhandenen Ressourcen für die Erfüllung der vielfältigen Anforderungen des ÖREB-Katasters in der Regel nicht ausreichen und zusätzliche Dienstleistungen Dritter erforderlich werden. Es ist mit Gesamtkosten in der Grössenordnung von mehreren Hunderttausend Franken zu rechnen. Die Erfahrungen der Pilotkantone sind abzuwarten.

4.6.4 Revision Baugesetz

Das bestehende Baugesetz stammt aus dem Jahr 1972. Im Verlauf der Zeit wurde der Erlass verschiedenen Teilrevisionen unterzogen. Heute besteht erneut ein erheblicher Revisionsbedarf, weshalb die Regierung mit der Motion «Revision Baugesetz» (42.05.05) eingeladen wurde, dem Kantonsrat ein neues, schlankes und zeitgemässes Baugesetz zu unterbreiten. Die Vorphase zur Totalrevision wurde mit der zustimmenden Kenntnisnahme der Hauptziele durch den Kantonsrat im Dezember 2010 beendet. Im ersten Teil der Hauptphase fanden die eigentlichen redaktionellen Gesetzgebungsarbeiten statt, anschliessend wurde eine interne und externe Vernehmlassung durchgeführt. Am 14. Mai 2013 nahm die Regierung den Bericht über das Ergebnis der Vernehmlassung zu Kenntnis und beauftragte das Baudepartement mit der Überarbeitung des Gesetzestextes sowie die Ausarbeitung des Verordnungstextes und der Botschaft.

Parallel dazu haben die Eidgenössischen Räte am 11. Dezember 2009 mit einer Änderung des Gewässerschutzgesetzes (SR 814.20), des Bundesgesetzes über den Wasserbau (SR 721.100), des Energiegesetzes (SR 730.0) und des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (SR 211.412.11) einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser» (07.060) beschlossen. Da die Ausscheidung des Gewässerraumes seine Grundlage ebenfalls im Baugesetz findet, wird das Gesetzesvorhaben «III. Nachtrag zur eidgenössischen Gewässerschutzgebung» in das Gesetzesvorhaben «Revision Baugesetz» integriert.

Die Anliegen und Ansprüche an das neue Baugesetz sind vielfältig. Es soll insbesondere:

- das Bauen im Kanton St.Gallen vereinfachen und beschleunigen;
- einen verlässlichen Rahmen für die Bauwilligen setzen;
- die Steuerung der räumlichen Entwicklung des Kantons verbessern;
- den Kanton St.Gallen als Wirtschaftsstandort fördern;
- den funktionalen Räumen vermehrt Rechnung tragen;
- den Verwaltungsaufwand durch einfache Gesetzgebung reduzieren;
- die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden klarer regeln;
- das Erhaltenswerte aus dem bestehenden Baugesetz übernehmen;
- mit Regelungen ergänzt werden, die im geltenden Baugesetz nicht oder nur mangelhaft geregelt wurden;
- das Schützenswerte verlässlicher schützen.

Hinsichtlich der erwähnten Änderungen des Bundesrechts im Bereich Gewässerschutz müssen verschiedene kantonale Gesetze und Verordnungen angepasst werden. Davon betroffen sind unter anderem auch das Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgebung (sGS 752.2) und die zugehörige Vollzugsverordnung (sGS 752.21). Im Vordergrund stehen dabei Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften im Zusammenhang mit dem Vollzug der neu geschaffenen Aufgaben. Dies sind namentlich die Ausscheidung des Gewässerraums, die Planung und Ausführung von Revitalisierungen von Gewässern und die Sanierungen betreffend Schwall und Sunk sowie Geschiebehalt.

Bis Mitte 2014 sollen der Gesetzestext überarbeitet und der Verordnungstext sowie die Botschaft ausgearbeitet werden. Anschliessend ist eine konferenzielle Vernehmlassung geplant. Gestützt auf die daraus resultierenden Rückmeldungen soll die Vorlage in der zweiten Hälfte 2014 an das Parlament überwiesen werden. Das neue Baugesetz trifft frühestens anfangs 2016 in Kraft.

Die genauen Kostenfolgen und personellen Konsequenzen des Gesetzesvorhabens lassen sich erst zusammen mit der Botschaft genauer bestimmen.

4.6.5 Gesetz über die Nutzung des Untergrundes

Die Konkordatskommission für Erdöl hat beschlossen, den Kantonsregierungen zu empfehlen, die Konzession der SEAG (Aktiengesellschaft für schweizerisches Erdöl) nicht zu verlängern. Die Regierung des Kantons St.Gallen hat am 7. Mai 2013 ein Gesuch der SEAG um Verlängerung ihrer Konzession abgewiesen. Das Erdölkongordat wird per Ende 2013 beendet. Die Konkordatskommission hat den Wunsch geäussert, dass eine interkantonal zusammengesetzte Arbeitsgruppe (in der auch der Kanton St.Gallen vertreten ist) in Zusammenarbeit mit einem externen Experten für die Kantone Mustervorschriften über die Nutzung des tiefen Untergrundes ausarbeiten soll. Dabei sollen nicht nur die Erdöl- und Erdgasnutzung, sondern ganz allgemein die Nutzungen des tiefen Untergrundes (namentlich die Tiefengeothermie) geregelt werden. Solche Mustervorschriften können auch dazu dienen, dass die kantonalen Rechtsordnungen aufeinander abgestimmt werden, was u.a. Vorteile bei Projekten bringt, welche die Kantonsgrenzen überschreiten. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Herbst 2013 vorliegen.

Unabhängig davon laufen auch beim Bund Bestrebungen, gesetzliche Vorgaben für die Nutzung des tiefen Untergrundes festzulegen. Dies im Rahmen einer weiteren Revision des Raumplanungsgesetzes. Basierend auf den Entwurfstexten des Bundes ist zu prüfen, wie die Thematik im Kanton St.Gallen umgesetzt werden soll; betroffen sind dabei insbesondere das Gewässernutzungsgesetz, das Bergbaugesetz und allenfalls auch das Baugesetz.

Allfällige personelle Konsequenzen und weitere Folgekosten des Gesetzesvorhabens lassen sich derzeit nicht bestimmen.

4.7 Sicherheits- und Justizdepartement

4.7.1 Neugestaltung der Verwaltungsjustiz

In der Februarsession 2010 hat der Kantonsrat die Motion 42.10.01 «Neugestaltung der Verwaltungsjustiz» gutgeheissen. Die Regierung ist damit beauftragt, die Strukturen der Verwaltungsjustiz umfassend zu überprüfen und den Instanzenzug auf das Bundesgerichtsgesetz abzustimmen.

Es sind mehrere Lösungsmodelle für die Ausgestaltung der Verwaltungsrechtspflege zu prüfen. Insbesondere sind die Zuständigkeiten der erstinstanzlichen Verwaltungsgerichte (Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht) sowie Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Verfahren des zweitinstanzlichen Verwaltungsgerichtes zu überprüfen und zu definieren.

In zeitlicher Hinsicht muss die Gesetzesvorlage so rechtzeitig erarbeitet und umgesetzt sein, dass die Verwaltungsjustiz auf Beginn der neuen Amtsdauer der kantonalen Gerichte, d.h. am 1. Juni 2017, in allenfalls neuen Strukturen ihre Arbeit weiterführen kann.

Die personellen Folgen der Neugestaltung der Verwaltungsjustiz können im jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden. Diese werden Gegenstand der Gesetzesbotschaft sein.

4.8 Gesundheitsdepartement

4.8.1 Revision Hundegesetz

Das Hundegesetz des Kantons St.Gallen stammt aus dem Jahr 1985. Viele Bestimmungen sind zwar nach wie vor zweckmässig. Insbesondere im Bereich der auffälligen Hunde sind jedoch der Vollzug und die Verantwortung neu zu regeln und an die heutigen Vorgaben der Tierschutz- und Tierseuchenvorschriften einerseits und an die Strafprozessordnung andererseits anzupassen.

Das revidierte Hundegesetz hat zum Zweck, die Sicherheit und die Gesellschaftsverträglichkeit der Hundehaltung sicher zu stellen. Es enthält präventiv wirkende Haltungsvorschriften für alle Hundehalterinnen und Hundehalter. Überdies werden unabhängig der Rasse repressive Massnahmen zur Einschränkung der Hundehaltung im Einzelfall festgelegt, wenn Hunde auffällig, übermässig aggressiv oder gefährlich sind. Die zuständigen Behörden sollen sachgerecht auf problematische Hunde und ihre Halterinnen und Halter reagieren können. Das revidierte Hundegesetz regelt im Weiteren die Zuständigkeiten und den Datenaustausch zwischen den Behörden sowie den Einzug und die Verwendung der Hundetaxe.

Das neue Hundegesetz soll folgenden Anforderungen gerecht werden:

- Schlankes Hundegesetz: Mittels griffiger, aber pragmatischer Massnahmen soll für die Sicherheit und die Gesellschaftsverträglichkeit der Hundehaltung gesorgt werden.
- Vollzug bei auffälligen Hunden beim Veterinärdienst: Es wird eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Kanton (Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen) und Gemeinden vorgeschlagen.
- Verantwortung bleibt beim Hundehalter: Für Schäden durch ihren Hund sollen die Halter im Rahmen einer obligatorischen Haftpflichtversicherung belangt werden können.
- Prävention: Der Kanton fördert und unterstützt geeignete Präventionsmassnahmen.
- Verzicht auf Rasseliste: Abklärungen in denjenigen Kantonen, welche eine Rasseliste führen, haben ergeben, dass keine Verminderung der Bissvorfälle stattgefunden hat.
- Aufteilung der Mittel: Ein Teil der von den Gemeinden eingezogenen Hundesteuern fallen an den Veterinärdienst zur Finanzierung des Vollzugs und der Präventionsmassnahmen.

Im Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) werden für den Vollzug des Hundegesetzes zwei zusätzliche tierärztliche Stellen erforderlich. Zusätzlich müssen für die Präventionsmassnahmen Mittel bereit gestellt werden. Der Mehraufwand beläuft sich insgesamt auf 500'000 Franken. Um diese Kosten zu decken, soll ein Drittel der Einnahmen aus den Hundesteuern an den Kanton überwiesen werden. Für den Kanton fällt die Vorlage damit kostenneutral aus.

Die Gesetzesvorlage soll dem Kantonsrat im Jahr 2014 unterbreitet werden.

4.8.2 Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung

Aufgrund der Rechtsprechung des st.gallischen Verwaltungsgerichtes muss die Berechnungsgrundlage für die ordentliche individuellen Prämienverbilligung (IPV) formell-gesetzlich neu geregelt werden. Weitere Anpassungen betreffen die Neuregelung der Antragsfrist für die ordentliche IPV, die Bestimmungen zur Anspruchsberechtigung von in Ausbildung stehenden Personen bis zum vollendeten 25. Altersjahr sowie die Bestimmungen zur Rückerstattung einer unrechtmässig bezogenen ordentlichen IPV.

Die Neuregelungen erfordern eine Anpassung des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung (sGS 331.11). Die Gesetzesvorlage soll dem Kantonsrat in der ersten Hälfte des Jahres 2014 unterbreitet werden. Die Vorlage hat keine Kostenfolgen.

4.8.3 Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung

Mit der Motion «Strategische Mitsprache des Kantonsrates in der St.Gallischen Spitalplanung» (42.12.01) wurde die Regierung eingeladen, dem Kantonsrat einen Nachtrag zum Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung zu unterbreiten. Mit dem Nachtrag soll die Schaffung eines Instruments vorgeschlagen werden, mit dem der Kantonsrat in einer frühen Phase der Spitalplanung strategische Verantwortung übernehmen kann.

Die Gesetzesvorlage wird im Jahr 2014 ausgearbeitet. Aus der Vorlage erwachsen keine Kostenfolgen.

4.8.4 Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014

Für 20 Prozent der in der Schweiz lebenden Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren ist der Alkoholkonsum ein Problem: Sie belasten sich, ihre Familien und die Gesellschaft. Übermässiger Alkoholkonsum ist nicht nur ein Problem der Erwachsenen, sondern zunehmend auch von Kindern und Jugendlichen. Die Motion «Alkoholkonsum bei Jugendlichen» (42.08.05) lädt die Regierung ein, das Gesetz dahingehend anzupassen, dass nicht nur der Alkoholverkauf an Jugendliche unter 16 Jahren verboten, sondern auch der Alkoholkonsum bei Jugendlichen stark eingeschränkt wird.

Vor diesem Hintergrund hat die St.Galler Regierung im Mai 2010 ein durch das Gesundheitsdepartement erarbeitetes Massnahmenpaket verabschiedet. Übergeordnete Zielsetzung dieses kantonalen Alkohol-Aktionsplans 2010–2014 (KAAP) ist eine Reduktion des Anteils der risikoreich Alkoholkonsumierenden auf deutlich weniger als 20 Prozent der St.Galler Bevölkerung. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Reduktion des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen.

Zur Erreichung dieses Ziels wird die Schaffung folgender gesetzlicher Grundlagen angestrebt:

- Verkaufsverbot für vergorene Getränke (Bier, Wein, Most) im Kleinhandel;
- Verbot des Verkaufs von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 18 Jahren im Kleinhandel zwischen 22.00 Uhr und 07.00 Uhr;
- Verbot der privaten Weitergabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16-jährige und von Spirituosen an unter 18-jährige Jugendliche;
- Alkohol-Konsumverbot für Jugendliche unter 16 Jahren in der Öffentlichkeit;
- Einschränkung der Alkoholwerbung auf öffentlichem Grund oder auf privatem, aber von öffentlichem Grund her einsehbarem Grund.

Die Regierung unterbreitet dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage bis Mitte 2014 oder wenn das vom Bund neu ausgearbeitete Alkoholgesetz abschliessend beraten ist. Nähere Informationen zu den Kostenfolgen und personellen Auswirkungen werden erst zum Zeitpunkt der konkreten Ausführung der gesetzlichen Grundlagen vorliegen.

5 Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

5.1 Volkswirtschaftsdepartement: 5. öV-Programm

Nach Art. 21 lit. a des Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (sGS 710.5; abgekürzt GöV) beschliesst der Kantonsrat jeweils ein mehrjähriges Programm über die geplanten Fördermassnahmen und deren Finanzierung. Im Frühjahr 2013 hat die Regierung ein weiteres Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2014 bis 2018 (5. öV-Programm 2014–2018) zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.

Im Rahmen des EP 2013 hat der Kantonsrat am 24. Juni 2013 an der ausserordentlichen Junisession 2013 beschlossen, den geplanten Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu reduzieren und diverse öV-Massnahmen mit einem Abgeltungsbedarf von 3.5 Mio. Franken (Nettokosten Kanton 1.75 Mio. Franken) zurückzustellen. Gemäss 5. öV-Programm 2014–2018 hätten diese Massnahmen im Jahr 2016 eingeführt werden sollen. Daraus ergeben sich Verschiebungen zwischen den geplanten Massnahmen 2016 und 2017.

Die durch die neue S-Bahn St.Gallen vorgegebene Knotenstruktur mit halbstündlicher Bedienung der grösseren Bahnstationen soll im Sinn von durchgängigen Wegketten mit einem attraktiven Busangebot mit der Region verknüpft werden. Dadurch werden die Vorteile der neuen S-Bahn St.Gallen auf das ganze Kantonsgebiet ausgeweitet. Die Benutzerumfragen zeigen – bei insgesamt verbesserten Werten – im Wochenend- und Abendangebot unbefriedigende Werte, bzw. zeigen weiterhin Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Bedienung während den Nebenverkehrszeiten. Der Ausbau des Abend- und Wochenendangebotes war bereits Teil des 4. öV-Programms 2009–2013. Durch die Sparbeschlüsse des Kantonsrates konnten jedoch die im 4. öV-Programm 2009–2013 aufgeführten Ausbaumassnahmen teilweise nicht umgesetzt werden.

Mit dem 5. öV-Programm 2014–2018 wird vorgeschlagen, das Angebot des öffentlichen Verkehrs weiter zu systematisieren und entsprechend den Zielsetzungen der Angebotsstandards insbesondere während des Abends und an den Wochenenden auszubauen. Ob der Ausbau in diesem Umfang möglich ist, hängt von der generellen Haushaltslage, der Nachfrage- bzw. Ertragsentwicklung und der Verlässlichkeit der Bundesfinanzierung im Regionalverkehr ab. Konkret sind folgende Massnahmen vorgesehen:

Bahnangebot:

Inbetriebnahme Durchmesserlinie Appenzeller-Bahnen (Fr. 300'000)
Einführung durchgängiger Halbstundentakt S1 (Fr. 1'200'000)
Einführung durchgängiger Viertelstundentakt S81 (Fr. 1'000'000)
Nachtangebot Rapperswil-St.Gallen an den Wochenenden (Fr. 200'000)

St.Gallen-Bodensee:

Stadt St.Gallen: Optimierung Linie 12 (Fr. 200'000) und Verdichtung der Linien 1, 4 und 7 in den Hauptverkehrszeiten (Fr. 1'100'000)
Linie 152 Herisau-Winkeln-Säntispark: Verdichtung Sonntagsangebot (Fr. 200'000)
Überprüfung Busangebot im Zusammenhang mit der Einführung der Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen (Fr. 700'000)

Rheintal:

Altstätten-Oberriet(-Buchs): Ausbau Abendangebot zu Halbstundentakt (Fr. 500'000)
Schliessung Taktlücken und einzelne Taktverdichtungen am Abend (Fr. 300'000)

Sarganserland-Werdenberg:

Viertelstundentakt Buchs-Grabs mit Durchbindung Schaan/Vaduz (Fr. 400'000)
Viertelstundentakt Buchs-Haag mit Durchbindung Richtung Bendorf/Nendeln (Fr. 500'000)
Neues Buskonzept Bad Ragaz (ab Mitte 2017) und einzelne Taktverdichtungen am Abend (Fr. 300'000)

Zürichsee/Linth:

Ausbau Stadtbus Rapperswil-Jona (Fr. 400'000)

Halbstundentakt Uznach-Schmerikon, Erschliessung Linthpark (Fr. 450'000)

Wil-Uzwil:

Wil-Kirchberg: Ausbau Abend- und Sonntagsangebot (Fr. 400'000)

Der Kantonsrat hat das 5. öV-Programm 2014–2018 in der Septembersession 2013 beschlossen.

Insgesamt beträgt die Abgeltung der beschriebenen Angebote im Jahr 2017 geschätzte 8.15 Mio. Franken. Durch die Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden resultiert eine Nettobelastung des Kantons (Saldo) in der Höhe von 50 Prozent der Abgeltung oder rund 4.08 Mio. Franken. Der Einführungszeitpunkt und die Ausbauschritte ergeben sich aus dem 5. öV-Programm 2014–2018.

6 Rechtliches

6.1 Umfang der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Nach Art. 65 Bst. h der Verfassung des Kantons St.Gallen (sGS 111.1) in Verbindung mit Art. 16d Abs. 2 StVG genehmigt der Kantonsrat den AFP. Gegenstand der Genehmigung bilden die mit der Vorlage verbundenen Anträge (Art. 104 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Kantonsrates; abgekürzt GeschKR), nachdem der AFP vom Kantonsrat abschnittsweise durchberaten worden ist (Art. 104 Abs. 1 GeschKR).

In Bezug auf das Instrument der Genehmigung gilt, dass dieses – wie auch alle anderen Beschlussfassungsformen – nur wirksam sein kann, wenn im Rahmen der Beschlussfassung Entscheidungsfreiheit besteht beziehungsweise Ermessensspielraum gegeben ist. Wo weder Entscheidungsfreiheit (Frage nach dem «Ob überhaupt») besteht, noch Ermessensspielraum (Frage nach dem «Wie») gegeben ist, bliebe eine Genehmigung oder eine Nichtgenehmigung ohne Wirkung. Dies bedeutet, dass der AFP soweit der Genehmigung zugänglich ist, als dem Kantonsrat Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum zukommt. Dieser Sachverhalt bedeutet im Wesentlichen, dass die Genehmigung auf jene Elemente des AFP ausgerichtet ist, die Ausgaben zur Folge haben, welche nicht gebunden sind.¹¹ Dem ist sowohl bei der abschnittswisen Durchberatung des AFP wie auch bei Anträgen aus der Mitte des Rates Rechnung zu tragen. In Bezug auf die einzelnen Elemente des AFP ergibt sich Folgendes:

- Nach Art. 16e Bst. a StVG bilden Ertrag und Aufwand der laufenden Rechnung sowie Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung «für die bestehenden Staatsaufgaben» das erste Element des AFP. Es handelt sich dabei – wie in der Botschaft der Regierung zum IV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Politische Planung und Steuerung) vom 23. Oktober 2007 (ABI 2007, 3095 ff.; im Folgenden abgekürzt Botschaft IV. NT zum StVG) festgehalten wird – um den sogenannten «finanziellen Mehrjahresplan» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.3., 3106). Soweit der finanzielle Mehrjahresplan auf die gesetzlich geregelte Staatstätigkeit abgestützt ist oder auf genehmigten Investitionsvorhaben beruht, kommt dem AFP deklaratorischer Charakter zu, es sei denn, dass für die Planwerte Ermessensspielraum besteht, so dass Änderungen möglich sind. Gleiches gilt für die vom Bund zwingend vorgegebenen Staatsaufgaben.
- Art. 16e Bst. c und d StVG legen als weitere Elemente des AFP die Folgen für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung aus den Gesetzesvorhaben sowie aus den Vorhaben mit grosser finanzieller Tragweite fest. Es geht darum, dass diese Vorhaben eine «Quantifizierung der Auswirkungen» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.5., 3107) erfahren. Hier liegt in der Regel ebenfalls Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum vor, weshalb Beschlüsse über die Genehmigung möglich sind.

Aus den drei Elementen des AFP nach Art. 16e Bst. a bis d StVG resultieren die aggregierten finanziellen Ergebnisse für die drei Planjahre (vgl. Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.2., 3106).

¹¹ Zum Begriff der gebundenen in Abgrenzung zu den neuen Ausgaben vgl. Urteil des Bundesgerichtes vom 12. März 2009 (1C_467/2008, 1C_529/2008): «Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ... gelten Ausgaben dann als gebunden, wenn sie durch einen Rechtsatz prinzipiell und dem Umfang nach vorgeschrieben oder zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind. Gebunden ist eine Ausgabe ferner, wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grunderlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden. Es kann aber selbst dann, wenn das «Ob» weitgehend durch den Grunderlass präjudiziert ist, das «Wie» wichtig genug sein, um die Mitsprache des Volkes zu rechtfertigen. Immer dann, wenn der entscheidenden Behörde in Bezug auf den Umfang der Ausgabe, den Zeitpunkt ihrer Vornahme oder andere Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit zusteht, ist eine neue Ausgabe anzunehmen (BGE 125 I 87 E. 3b S. 90 f.; 117 Ia 59 E. 4c S. 62; 115 Ia 139 E. 2c S. 142; 113 Ia 390 E. 4 S. 396 f.; 112 Ia 50 E. 4a S. 51, mit Hinweisen). Letztlich ausschlaggebend ist, ob eine Ausgabe durch einen Grunderlass so stark vorherbestimmt ist, dass für ihre Vornahme in sachlicher, örtlicher und zeitlicher Hinsicht kein erheblicher Handlungsspielraum mehr besteht. Ist dies der Fall, liegt eine gebundene Ausgabe vor (BGE 123 I 78 E. 3b S. 81).»

6.2 Anträge betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Die Beschlussfassung des Kantonsrates in Form der Genehmigung ist im GeschKR für Erlasse, die der Genehmigung bedürfen, näher geregelt (Art. 2 Bst. f in Verbindung mit Art. 105 GeschKR). Hingegen bestehen keine ausdrücklichen Verfahrensregeln für die Genehmigung des AFP. Es ist indessen angezeigt, Art. 105 GeschKR auf das Genehmigungsverfahren beim AFP sachgemäss anzuwenden. Nach Art. 105 Abs. 2 GeschKR «können Anträge auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung oder Änderung einzelner Bestimmungen gestellt werden». Wird diese Regelung auf die Beratung des AFP sachgemäss übertragen, bedeutet dies, dass im Kantonsrat unter Berücksichtigung der Voraussetzung, dass Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum besteht, in Bezug auf die drei Elemente folgende Anträge möglich sind:

- Finanzieller Mehrjahresplan:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Planwertes
- Gesetzesvorhaben:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens
- Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens

Zunächst ist festzuhalten, dass die Aufhebung eines einzelnen Planwertes ausser Betracht fällt, weil eine solche für sich allein keinen Sinn macht; soll ein Planwert gestrichen werden, setzte dies nämlich die Aufhebung des ihn bewirkenden Vorhabens oder – im Rahmen des finanziellen Mehrjahresplans, der sich auf die bestehenden Staatsaufgaben bezieht – das Wegfallen der entsprechenden Staatsaufgabe voraus. Letzteres kann indessen nicht Gegenstand des AFP sein.

Schliesslich ist ein Hinweis auf die Folge bei Gutheissung eines Antrags auf Aufhebung eines Vorhabens zu machen. Stimmt der Kantonsrat einem solchen Antrag zu, bedeutet dies, dass das Vorhaben im AFP nicht mehr enthalten ist. Die Streichung kann jedoch nicht bedeuten, dass das Vorhaben, das auf einem früheren Beschluss des Kantonsrates, zum Beispiel einer gutgeheissenen Motion, basiert, nicht mehr weiter verfolgt wird. Ohne Aufhebung des früheren Beschlusses, beispielsweise der entsprechenden Motion, bleibt das Vorhaben pendent; es soll jedoch in der Planperiode, die sich aufgrund des in Art. 16d Abs. 1 StVG festgeschriebenen Umstandes, dass der AFP jährlich erstellt wird und damit eine «rollende Planung» darstellt, auf ein Jahr erstreckt, nicht realisiert oder weiter verfolgt werden. Solange ein vom Kantonsrat gefasster «Basisbeschluss» oder ein vom ihm erteilter Auftrag besteht, ist die Regierung verpflichtet, diesen im Rahmen der weiteren Aufgaben- und Finanzpläne zu berücksichtigen.

7 Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, auf den Aufgaben- und Finanzplan 2015–2017 einzutreten.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2015–2017

Entwurf der Regierung vom 10. Dezember 2013

Der Kantonsrat hat

von der Botschaft der Regierung vom 10. Dezember 2013 Kenntnis genommen und

erlässt

gestützt auf Art. 65 Bst. h der Kantonsverfassung vom 10. Juni 2001¹² und Art. 16d Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes vom 16. Juni 1994¹³

als Beschluss:

I.

Die Planwerte für die Jahre 2015 bis 2017 von laufender Rechnung und Investitionsrechnung gemäss Anhang 1 zu diesem Beschluss werden genehmigt.

II.

Dieser Beschluss gilt bis zur Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2016–2018.

¹² sGS 111.1.

¹³ sGS 140.1.

Anhang zum Kantonsratsbeschluss

1. Gesamtergebnis

	AFP 2015			AFP 2016			AFP 2017		
	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss
Laufende Rechnung Mio. Fr.	4'676.5	4'667.7	8.9	4'816.9	4'840.9	24.0	5'038.1	5'060.8	22.8
Investitionsrechnung Mio. Fr.	Ausgaben 272.3	Einnahmen 49.3	Netto- investitionen 223.0	Ausgaben 309.4	Einnahmen 48.1	Netto- investitionen 261.3	Ausgaben 433.8	Einnahmen 54.5	Netto- investitionen 379.3

2. Liste der Gesetzesvorhaben

Im oben dargestellten Gesamtergebnis sind folgende Nettoaufwendungen für Gesetzesvorhaben enthalten:

in Fr. (+ Mehraufwand bzw. Minderertrag / – Minderaufwand) n.v. steht für nicht verfügbar	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
Volkswirtschaftsdepartement			
II. Nachtrag zum Jagdgesetz	0	n.v.	n.v.
Agrarpolitik 2014–2017	+253'000	+253'000	+135'500
Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)	0	0	n.v.
Departement des Innern			
Revision Baugesetz (Teil Denkmalpflege und Kantons archäologie)	0	+237'000	+237'000
Nachtrag Gemeindegesetz	0	0	0
Bildungsdepartement			
Hochschulkonkordat (HFKG)	n.v.	n.v.	n.v.
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	0	n.v.	n.v.
Finanzdepartement			
Reduktion des Selbstbehalts bei freiwilligen Zuwendungen ...	0	+1'150'000	+1'150'000
Entlastungen beim steuerbaren Eigenmietwert	0	+1'150'000	+1'150'000
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	0	0	0
Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung	0	0	0
Baudepartement			
Nachtrag zum Energiegesetz	+3'300'000	+3'300'000	+3'300'000
Geoinformationsgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Kataster öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen	0	0	0
Revision Baugesetz	0	n.v.	n.v.
Gesetz über die Nutzung des Untergrundes	n.v.	n.v.	n.v.
Sicherheits- und Justizdepartement			
Neugestaltung der Verwaltungsjustiz	0	0	n.v.
Gesundheitsdepartement			
Revision Hundegesetz	0	0	0
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	0	0	0
Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung	0	0	0
Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.v.	n.v.	n.v.
Total laufende Rechnung	+3'553'000	+6'090'000	+5'972'500

3. Liste der Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

Im oben dargestellten Gesamtergebnis sind folgende Nettoaufwendungen für Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite enthalten:

in Fr. (+ Mehraufwand bzw. Minderertrag / – Minderaufwand)

	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
Volkswirtschaftsdepartement			
5. öV-Programm	0	0	+4'075'000
Total laufende Rechnung	0	0	+4'075'000

Beilage
Zahlenteil Erfolgsrechnung
und Investitionsrechnung

Inhaltsverzeichnis

Finanzierungsausweis / Mehrstufige Erfolgsrechnung .	55	3251	Stiftsarchiv	76
Erfolgsrechnung	59	3259	Lotteriefonds (SF)	76
0 Räte	61	340 Konkursamt	76	
010 Räte	61	3400	Konkursamt	76
0100 Kantonsrat	61	355 Amt für Handelsregister und Notariate	77	
0102 Regierung	61	3550	Amt für Handelsregister und Notariate	77
1 Staatskanzlei	62	4 Bildungsdepartement	78	
100 Staatskanzlei	62	400 Generalsekretariat BLD	78	
1000 Staatskanzlei	62	4000	Generalsekretariat BLD	78
1001 Fachstelle für Datenschutz	62	4003	Ausbildungsbeihilfen	78
105 Materialzentrale	62	405 Amt für Volksschule	78	
1050 Materialzentrale	63	4050	Amtsleitung AVS	79
2 Volkswirtschaftsdepartement	64	4051	Lehrmittelverlag	79
200 Generalsekretariat VD	64	4052	Weiterbildung Schule	79
2000 Generalsekretariat VD	64	4053	Sonderschulen	80
205 Amt für öffentlichen Verkehr	64	415 Amt für Berufsbildung	80	
2050 Amt für öffentlichen Verkehr	64	4150	Amtsleitung ABB	80
210 Kantonsforstamt	65	4151	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	80
2100 Kantonsforstamt	65	4152	Berufliche Grundbildung	81
2101 Staatswaldungen	65	4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung	81
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)	66	4156	Berufsfachschulen	81
212 Waldregionen	66	420 Amt für Mittelschulen	82	
2120 Zentrale Kosten Waldregionen	66	4200	Amtsleitung AMS	82
2121 Waldregion 1	66	4205	Mittelschulen	82
2122 Waldregion 2	66	423 Amt für Hochschulen	83	
2123 Waldregion 3	67	4230	Amtsleitung AHS	83
2124 Waldregion 4	67	4231	Universitäre Hochschulen	83
2125 Waldregion 5	68	4232	Fachhochschulen	83
215 Landwirtschaftsamt	68	430 Amt für Sport	84	
2150 Landwirtschaftsamt	68	4300	Amt für Sport	84
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG	69	4309	Sport-Toto-Fonds (SF)	84
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	69	5 Finanzdepartement	85	
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	69	500 Generalsekretariat FD	85	
2409 Jagdrechnung (SF)	70	5000	Generalsekretariat FD	85
245 Amt für Wirtschaft und Arbeit	70	5009	Kantonshilfskasse (SF)	85
2450 Amtsleitung/Zentrale Dienste	70	505 Zentrale Dienste	85	
2451 Standortförderung	70	5050	Personalamt	85
2452 Arbeitsbedingungen	71	5051	Amt für Finanzdienstleistungen	86
2455 Arbeitslosenversicherung	71	5052	Risk Management	86
2456 Arbeitslosenkasse	72	5054	Dienst für Informatikplanung	86
2458 Tourismusrechnung (SF)	72	5055	Finanzkontrolle	87
2459 Arbeitsmarktfonds (SF)	72	5056	Amt für Vermögensverwaltung	87
3 Departement des Innern	73	510 Kantonales Steueramt	87	
300 Generalsekretariat DI	73	5100	Amtsleitung KStA	87
3000 Generalsekretariat DI	73	5105	Kantonale Steuern	88
305 Sozialwerke	73	5106	Bundessteuern	88
3050 Sozialwerke des Bundes	73	550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag	88	
3051 Ergänzungsleistungen	73	5500	Vermögenserträge	88
3052 Pflegefinanzierung	74	5501	Passivzinsen	89
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	74	5502	Interne Verzinsung	89
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	74	5505	Abschreibungen	89
315 Amt für Gemeinden	74	5509	Verschiedene Aufwendungen und Erträge	89
3150 Amt für Gemeinden	74	560 Allgemeiner Personalaufwand	90	
320 Amt für Soziales	75	5600	Allgemeiner Personalaufwand	90
3200 Amt für Soziales	75	6 Baudepartement	91	
325 Amt für Kultur	75	600 Generalsekretariat BD	91	
3250 Amt für Kultur	75	6000	Generalsekretariat BD	91
		6001	Wohnbauförderung	91
		6009	Mietwohnungsfonds (SF)	91
		605 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation	92	
		6050	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation	92

610 Hochbauamt	92	905 Verwaltungsrechtspflege	111
6100 Amtsleitung HBA	92	9050 Versicherungsgericht	111
6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften	93	9051 Verwaltungsrekurskommission	112
6106 Bauten und Renovationen	93	9052 Verwaltungsgericht	112
615 Tiefbauamt	93	Investitionsrechnung	113
6150 Amtsleitung TBA	93	A Investitionen und Investitionsbeiträge	115
6152 Gemeindestrassen	94	A00 Allgemeine Verwaltung	115
6153 Kantonsstrassen	94	Schützengasse 1, St.Gallen, Erwerb und Umbau	115
6154 Nationalstrassen	94	Davidstrasse 31, St.Gallen, Erwerb	115
6156 Gewässer	95	Lämmlisbrunnenstrasse 54, St.Gallen, Innensanierung	115
6159 Steinbruch Starkenbach	96	A01 Öffentliche Sicherheit	115
620 Amt für Umwelt und Energie	96	Polizei-posten Wil, Neubau	115
6200 Amt für Umwelt und Energie	96	Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung	116
7 Sicherheits- und Justizdepartement	98	Strafanstalt Saxerriet, Neubau Unterhaltszentrum	116
700 Generalsekretariat SJD	98	A02 Bildung	116
7000 Generalsekretariat SJD	98	BWZ Toggenburg, Standort Lichtensteig	116
715 Migrationsamt	98	Landw. Zentrum SG Umbau und Erweiterung	116
7150 Migrationsamt	98	Gewerbl. BWZ St.Gallen Sanierung und Erweiterung	116
7151 Asylwesen	99	KS Heerbrugg Sanierung/Erweiterung	116
7152 Ausweisstelle	99	KS Sargans, Ausbau	117
720 Amt für Justizvollzug	99	KS Wattwil, Ausbau	117
7200 Amt für Justizvollzug	100	Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau	117
725 Kantonspolizei	100	HSR Rapperswil Forschungszentrum	117
7250 Kantonspolizei	100	A03 Kultur, Freizeit, Kirche	117
730 Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt	101	Klanghaus Toggenburg	117
7300 Strassenverkehr	101	Stadttheater St.Gallen	117
7301 Schifffahrt	102	A04 Gesundheit	118
7309 Strassenfonds (SF)	102	Kantonsspital St.Gallen, Erweiterung Haus 24	118
735 Strafuntersuchung	102	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung/Erweiterung Haus 02	118
7352 Staatsanwaltschaft	102	Kantonsspital St.Gallen, Erweiterung Notaufnahme	118
740 Amt für Militär und Zivilschutz	103	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Energiezentrale	118
7400 Amt für Militär und Zivilschutz	103	Kantonsspital St.Gallen Haus 07A, Neubau	118
8 Gesundheitsdepartement	105	Landspitäler Erneuerung/Erweiterung, 1. Teilkredit	118
800 Generalsekretariat GD	105	Spital Wil; Erneuerung/Umbau Notfall, Labor Verwaltung	119
8000 Generalsekretariat GD	105	Kantonsspital St.Gallen Neubau 3, Linearbeschleuniger	119
8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)	105	Psychiatrische Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	119
805 Amt für Gesundheitsvorsorge	105	Psychiatrische Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	119
8050 Amt für Gesundheitsvorsorge	105	A08 Volkswirtschaft	119
810 Aus- und Weiterbildung	106	Fischereizentrum Steinach, Neubau	119
8109 Andere Aus- und Weiterbildung	106	A10 Allgemeine Verwaltung	119
812 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	106	E-Government 2008–2012	120
8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	106	E-Government 2013–2017	120
8121 Tiergesundheit	107	Arbeitsplatz der Zukunft	120
8129 Tierseuchenkasse (SF)	107	A11 Öffentliche Sicherheit	120
820 Heimstätten Wil	107	Sicherheitsfunknetz POLYCOM	120
8221 Heimstätten Wil	107	KAPOgoesMOBILE	120
830 Amt für Gesundheitsversorgung	108	A12 Bildung	120
8300 Amtsleitung AfGVE	108	Schuladministrationslösung EDUC+ (Sekundarstufe II)	120
8301 Individuelle Prämienverbilligung	108	A22 Bildung	121
8302 Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken	108	HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung/ Erneuerung	121
8303 Innerkantonale Hospitalisation	108	Sprachheilschule St.Gallen, Neubau Mädchenhaus	121
8304 Ausserkantonale Hospitalisation	109	Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen	121
8305 Ambulante Versorgung	109	A23 Kultur, Freizeit, Kirche	121
8309 Zentrum für Labormedizin	109	Kunstmuseum St.Gallen	121
9 Gerichte	110	A26 Verkehr	121
900 Zivil- und Strafrechtspflege	110	Bahnhofplatz St.Gallen Bushof	122
9001 Kreisgerichte	110	S-Bahn St.Gallen 2013	122
9002 Kantonsgericht	110	S-Bahn Zürich 4. Teilergänzung	122
9004 Anklagekammer	111	Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie	122
9005 Schlichtungsstellen	111	Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2014	122
9006 Rechtsaufsicht	111	Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2015	122
		Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2016	123

	Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2017	123			
	HGV-Verlängerung Goldach–Rorschach, Publikumsanlagen Rorschach-Stadt	123			
B	Strassenbau	124	C06	Verkehr	126
B06	Verkehr	124		Schweiz. Südostbahn	126
	Kantonsstrassenbau	124	C07	Umwelt, Raumordnung	126
C	Finanzierungen	125		NRP-Darlehen	126
C00	Allgemeine Verwaltung	125	C08	Volkswirtschaft	126
	Ausfinanzierung St.Galler Pensionskasse	125		Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft	126
C02	Bildung	125		OLMA Messen St.Gallen	127
	Fachhochschule St.Gallen	125			
	Studiendarlehen	125		Erfolgsrechnung gemäss HRM2-Gliederung (Ebene Kanton)	129
C05	Soziale Wohlfahrt	125		Erfolgsrechnung (HRM2)	131
	Darlehen Behinderteneinrichtungen	126			

Finanzierungsausweis/
Mehrstufige Erfolgsrechnung

Finanzierungsausweis / Mehrstufige Erfolgsrechnung

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
Erfolgsrechnung				
Aufwand	4 580 586 000	4 676 521 500	4 816 901 300	5 038 058 400
Ertrag	4 550 527 000 –	4 667 656 800 –	4 840 859 300 –	5 060 835 900 –
Ertragsüberschuss			23 958 000	22 777 500
Aufwandüberschuss	30 059 000	8 864 700		
Investitionsrechnung				
Ausgaben	516 813 900	272 305 700	309 425 700	433 784 000
Einnahmen	59 412 400 –	49 272 400 –	48 113 100 –	54 501 300 –
Nettoinvestition	457 401 500	223 033 300	261 312 600	379 282 700
Finanzierung				
Nettoinvestition	457 401 500	223 033 300	261 312 600	379 282 700
Abschreibungen	127 950 500 –	152 413 100 –	182 626 600 –	234 573 600 –
Saldo Erfolgsrechnung	30 059 000	8 864 700	23 958 000 –	22 777 500 –
Finanzierungsfehlbetrag	359 510 000	79 484 900	54 728 000	121 931 600

Finanzierungsausweis / Mehrstufige Erfolgsrechnung

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
Mehrstufige Erfolgsrechnung (HRM2)				
30 Personalaufwand	704 663 400	689 009 000	699 842 100	702 911 700
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	443 710 800	449 670 500	453 365 400	453 595 100
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	105 449 600	129 708 900	158 792 000	212 191 100
35 Einlagen in Fonds/Spezialfinanzierungen	14 345 000	13 685 600	13 585 100	13 129 400
36 Transferaufwand	2 593 190 300	2 643 779 300	2 689 242 100	2 759 141 400
37 Durchlaufende Beiträge	263 840 900	255 756 900	254 973 900	250 330 900
39 Interne Verrechnungen	426 504 000	465 132 500	514 788 000	609 495 000
Betrieblicher Aufwand	4 551 704 000	4 646 742 700	4 784 588 600	5 000 794 600
40 Fiskalertrag	1 955 292 000 –	2 024 492 000 –	2 101 092 000 –	2 172 992 000 –
41 Regalien und Konzessionen	36 408 900 –	37 006 900 –	37 006 900 –	37 006 900 –
42 Entgelte	284 651 900 –	277 980 900 –	276 852 800 –	276 857 100 –
43 Verschiedene Erträge	20 014 200 –	31 440 800 –	32 903 100 –	32 628 900 –
45 Entnahmen aus Fonds/Spezialfinanzierungen	14 874 900 –	29 770 700 –	44 768 900 –	84 484 000 –
46 Transferertrag	1 354 890 500 –	1 373 318 400 –	1 409 212 100 –	1 440 251 400 –
47 Durchlaufende Beiträge	263 840 900 –	255 756 900 –	254 973 900 –	250 330 900 –
49 Interne Verrechnungen	426 504 000 –	465 132 500 –	514 788 000 –	609 495 000 –
Betrieblicher Ertrag	4 356 477 300 –	4 494 899 100 –	4 671 597 700 –	4 904 046 200 –
Aufwandüberschuss aus betrieblicher Tätigkeit	195 226 700	151 843 600	112 990 900	96 748 400
34 Finanzaufwand	28 882 000	29 778 800	32 312 700	37 263 800
44 Finanzertrag	118 449 700 –	122 157 700 –	126 661 600 –	131 189 700 –
Ertragsüberschuss aus Finanzierung	89 567 700 –	92 378 900 –	94 348 900 –	93 925 900 –
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	105 659 000	59 464 700	18 642 000	2 822 500
38 Ausserordentlicher Aufwand	0	0	0	0
48 Ausserordentlicher Ertrag	75 600 000 –	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –
Ausserordentl. Ergebnis (Ertragsüberschuss)	75 600 000 –	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –
Ertragsüberschuss Erfolgsrechnung	30 059 000	8 864 700	23 958 000	22 777 500
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	30 059 000	8 864 700	23 958 000	22 777 500
Der vollständig HRM2-konform gegliederte AFP15–17 kann auf der Homepage des Kantons St.Gallen (www.sg.ch) unter der Rubrik «Publikationen & Services» nachgeschlagen werden.				

Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnung

Räte

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
Kanton St.Gallen				
Aufwand	4 580 586 000	4 676 521 500	4 816 901 300	5 038 058 400
Ertrag	4 550 527 000 –	4 667 656 800 –	4 840 859 300 –	5 060 835 900 –
Ertragsüberschuss			23 958 000	22 777 500
Aufwandüberschuss	30 059 000 –	8 864 700 –		
0 Räte				
Aufwand	6 508 700	5 555 200	5 912 700	5 715 200
Ertrag	108 000 –	108 000 –	108 000 –	108 000 –
Aufwandüberschuss	6 400 700 –	5 447 200 –	5 804 700 –	5 607 200 –
010 Räte				
Aufwand	6 508 700	5 555 200	5 912 700	5 715 200
Ertrag	108 000 –	108 000 –	108 000 –	108 000 –
Aufwandüberschuss	6 400 700 –	5 447 200 –	5 804 700 –	5 607 200 –
0100 Kantonsrat				
Aufwand	3 131 700	2 172 500	2 439 500	2 322 500
Ertrag				
Aufwandüberschuss	3 131 700 –	2 172 500 –	2 439 500 –	2 322 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an				
Behörden und Kommissionen	1 034 500	1 034 500	1 169 800	1 034 500
301 Besoldungen	24 000	24 000	30 000	24 000
303 Arbeitgeberbeiträge	49 300	48 400	53 700	48 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	130 500	130 500	160 500	280 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	120 000	120 000	120 000	120 000
317 Spesenentschädigungen	242 800	238 500	259 400	238 500
318 Dienstleistungen und Honorare	22 000	22 000	22 000	22 000
319 Anderer Sachaufwand	147 000	93 000	162 500	93 000
360 Staatsbeiträge	439 000	439 000	439 000	439 000
390 Interne Verrechnungen	911 100	11 100	11 100	11 100
0102 Regierung				
Aufwand	3 377 000	3 382 700	3 473 200	3 392 700
Ertrag	108 000 –	108 000 –	108 000 –	108 000 –
Aufwandüberschuss	3 269 000 –	3 274 700 –	3 365 200 –	3 284 700 –
301 Besoldungen	2 307 300	2 307 300	2 331 200	2 307 300
303 Arbeitgeberbeiträge	380 700	386 400	393 000	396 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	133 000	133 000	133 000	133 000
318 Dienstleistungen und Honorare	130 000	130 000	130 000	130 000
319 Anderer Sachaufwand	250 000	250 000	310 000	250 000
390 Interne Verrechnungen	175 000	175 000	175 000	175 000
439 Andere Entgelte	108 000 –	108 000 –	108 000 –	108 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
1 Staatskanzlei				
Aufwand	16 247 500	16 274 000	16 325 300	16 149 600
Ertrag	10 791 800 –	10 828 700 –	10 827 500 –	10 769 200 –
Aufwandüberschuss	5 455 700 –	5 445 300 –	5 497 800 –	5 380 400 –
100 Staatskanzlei				
Aufwand	7 055 600	7 144 700	7 185 500	7 067 200
Ertrag	1 894 800 –	1 931 700 –	1 930 500 –	1 932 200 –
Aufwandüberschuss	5 160 800 –	5 213 000 –	5 255 000 –	5 135 000 –
1000 Staatskanzlei				
Aufwand	6 875 500	6 964 600	7 003 400	6 887 100
Ertrag	1 894 800 –	1 931 700 –	1 930 500 –	1 932 200 –
Aufwandüberschuss	4 980 700 –	5 032 900 –	5 072 900 –	4 954 900 –
301 Besoldungen	3 682 300	3 675 700	3 656 100	3 666 600
303 Arbeitgeberbeiträge	525 500	555 200	554 600	554 800
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 000	1 000	1 000	1 000
309 Anderer Personalaufwand	54 200	54 200	54 200	54 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 042 200	1 142 200	1 192 200	1 055 200
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	7 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	250 000	250 000	250 000	250 000
317 Spesenentschädigungen	70 900	70 900	70 900	70 900
318 Dienstleistungen und Honorare	350 500	349 500	358 500	368 500
319 Anderer Sachaufwand	735 100	727 100	727 100	727 100
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
390 Interne Verrechnungen	156 300	136 300	136 300	136 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	252 300 –	265 800 –	265 800 –	265 800 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	254 600 –	281 600 –	281 600 –	281 600 –
435 Verkaufserlöse	835 800 –	835 800 –	835 800 –	835 800 –
436 Kostenrückerstattungen	537 900 –	534 300 –	533 100 –	534 800 –
439 Andere Entgelte	3 200 –	3 200 –	3 200 –	3 200 –
490 Interne Verrechnungen	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
1001 Fachstelle für Datenschutz				
Aufwand	180 100	180 100	182 100	180 100
Ertrag				
Aufwandüberschuss	180 100 –	180 100 –	182 100 –	180 100 –
301 Besoldungen	129 500	129 500	131 200	129 500
303 Arbeitgeberbeiträge	18 100	18 100	18 400	18 100
309 Anderer Personalaufwand	200	200	200	200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	10 600	10 600	10 600	10 600
317 Spesenentschädigungen	1 500	1 500	1 500	1 500
318 Dienstleistungen und Honorare	10 700	10 700	10 700	10 700
319 Anderer Sachaufwand	6 500	6 500	6 500	6 500
105 Materialzentrale				
Aufwand	9 191 900	9 129 300	9 139 800	9 082 400
Ertrag	8 897 000 –	8 897 000 –	8 897 000 –	8 837 000 –
Aufwandüberschuss	294 900 –	232 300 –	242 800 –	245 400 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
1050 Materialzentrale				
Aufwand	9 191 900	9 129 300	9 139 800	9 082 400
Ertrag	8 897 000 –	8 897 000 –	8 897 000 –	8 837 000 –
Aufwandüberschuss	294 900 –	232 300 –	242 800 –	245 400 –
301 Besoldungen	795 800	789 200	797 100	791 400
303 Arbeitgeberbeiträge	124 700	123 700	126 300	124 600
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 363 500	3 298 500	3 298 500	3 248 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge		10 000	10 000	10 000
312 Informatik	61 100	61 100	61 100	61 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	14 000	14 000	14 000	14 000
317 Spesenentschädigungen	1 200	1 200	1 200	1 200
318 Dienstleistungen und Honorare	4 825 900	4 825 900	4 825 900	4 825 900
319 Anderer Sachaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	3 800	3 800	3 800	3 800
435 Verkaufserlöse	4 195 000 –	4 195 000 –	4 195 000 –	4 135 000 –
436 Kostenrückerstattungen	180 700 –	180 700 –	180 700 –	180 700 –
490 Interne Verrechnungen	4 521 300 –	4 521 300 –	4 521 300 –	4 521 300 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
2 Volkswirtschaftsdepartement				
Aufwand	454 901 500	454 477 200	473 292 200	483 644 200
Ertrag	344 231 300 –	341 232 600 –	348 262 800 –	355 241 500 –
Aufwandüberschuss	110 670 200 –	113 244 600 –	125 029 400 –	128 402 700 –
200 Generalsekretariat VD				
Aufwand	4 202 000	4 019 200	3 994 200	3 994 200
Ertrag	992 700 –	993 700 –	993 700 –	993 700 –
Aufwandüberschuss	3 209 300 –	3 025 500 –	3 000 500 –	3 000 500 –
2000 Generalsekretariat VD				
Aufwand	4 202 000	4 019 200	3 994 200	3 994 200
Ertrag	992 700 –	993 700 –	993 700 –	993 700 –
Aufwandüberschuss	3 209 300 –	3 025 500 –	3 000 500 –	3 000 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	6 200	6 200	6 200	6 200
301 Besoldungen	3 028 100	3 105 400	3 090 400	3 090 400
303 Arbeitgeberbeiträge	439 600	444 700	444 700	444 700
309 Anderer Personalaufwand	3 200	3 200	3 200	3 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	57 000	55 300	55 300	55 300
312 Informatik	221 100	241 600	231 600	231 600
317 Spesenentschädigungen	30 000	29 000	29 000	29 000
318 Dienstleistungen und Honorare	383 500	100 500	100 500	100 500
319 Anderer Sachaufwand	28 000	28 000	28 000	28 000
390 Interne Verrechnungen	5 300	5 300	5 300	5 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	114 500 –	114 500 –	114 500 –	114 500 –
435 Verkaufserlöse	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
436 Kostenrückerstattungen	20 000 –	21 000 –	21 000 –	21 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	10 900 –	10 900 –	10 900 –	10 900 –
451 Rückerstattungen der Kantone	179 000 –	179 000 –	179 000 –	179 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	139 300 –	139 300 –	139 300 –	139 300 –
490 Interne Verrechnungen	518 000 –	518 000 –	518 000 –	518 000 –
205 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	121 546 800	123 751 400	140 689 600	149 889 800
Ertrag	56 851 400 –	57 402 700 –	65 271 100 –	71 282 900 –
Aufwandüberschuss	64 695 400 –	66 348 700 –	75 418 500 –	78 606 900 –
2050 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	121 546 800	123 751 400	140 689 600	149 889 800
Ertrag	56 851 400 –	57 402 700 –	65 271 100 –	71 282 900 –
Aufwandüberschuss	64 695 400 –	66 348 700 –	75 418 500 –	78 606 900 –
301 Besoldungen	785 200	785 200	785 200	785 200
303 Arbeitgeberbeiträge	118 300	118 300	118 300	118 300
309 Anderer Personalaufwand	700	700	700	250 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 000	8 000	8 000	8 000
312 Informatik	58 300	38 300	68 300	258 300
317 Spesenentschädigungen	19 000	25 500	19 000	25 500
318 Dienstleistungen und Honorare	613 100	1 283 100	2 863 100	2 693 100
319 Anderer Sachaufwand	100 000	45 000	46 000	46 000
360 Staatsbeiträge	106 467 600	108 282 400	122 485 700	132 861 500
390 Interne Verrechnungen	13 376 600	13 164 900	14 295 300	12 843 200
421 Vermögenserträge aus Guthaben	2 409 800 –	2 161 000 –	1 771 900 –	1 771 900 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	54 281 600 –	54 411 700 –	61 139 200 –	67 321 000 –
489 Bevorschussungen	160 000 –	830 000 –	2 360 000 –	2 190 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
210 Kantonsforstamt				
Aufwand	14 325 900	13 852 600	14 001 700	14 031 600
Ertrag	8 194 300 –	7 533 500 –	8 080 200 –	8 085 100 –
Aufwandüberschuss	6 131 600 –	6 319 100 –	5 921 500 –	5 946 500 –
2100 Kantonsforstamt				
Aufwand	12 022 300	11 510 100	11 733 400	11 733 400
Ertrag	5 855 000 –	5 242 300 –	5 784 200 –	5 784 200 –
Aufwandüberschuss	6 167 300 –	6 267 800 –	5 949 200 –	5 949 200 –
301 Besoldungen	1 207 100	1 258 200	1 258 200	1 258 200
303 Arbeitgeberbeiträge	192 200	193 900	193 900	193 900
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	33 000	33 000	33 000	33 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	359 000	683 200	116 700	116 700
317 Spesenentschädigungen	35 000	35 000	35 000	35 000
318 Dienstleistungen und Honorare	381 000	381 000	381 000	381 000
319 Anderer Sachaufwand	73 000	73 000	73 000	73 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	9 726 900	8 837 700	9 627 500	9 627 500
390 Interne Verrechnungen	9 600	9 600	9 600	9 600
431 Gebühren für Amtshandlungen	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
436 Kostenrückerstattungen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
439 Andere Entgelte	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	5 400 000 –	4 787 300 –	5 329 200 –	5 329 200 –
490 Interne Verrechnungen	307 000 –	307 000 –	307 000 –	307 000 –
2101 Staatswaldungen				
Aufwand	2 124 700	2 163 700	2 089 700	2 119 700
Ertrag	2 160 400 –	2 112 400 –	2 117 400 –	2 122 400 –
Ertragsüberschuss	35 700		27 700	2 700
Aufwandüberschuss		51 300 –		
301 Besoldungen	885 700	907 300	907 300	907 300
303 Arbeitgeberbeiträge	109 000	109 600	109 600	109 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	20 000	20 000	20 000	20 000
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	2 000	2 000	2 000	2 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	77 000	152 000	78 000	108 000
313 Verbrauchsmaterialien	103 000	103 000	103 000	103 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	139 700	96 500	96 500	96 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	87 500	87 500	87 500	87 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	45 000	45 000	45 000	45 000
317 Spesenentschädigungen	20 000	20 000	20 000	20 000
318 Dienstleistungen und Honorare	407 700	392 700	392 700	392 700
319 Anderer Sachaufwand	156 400	156 400	156 400	156 400
329 Andere Passivzinsen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	65 000	65 000	65 000	65 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	25 400 –	25 400 –	25 400 –	25 400 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 040 000 –	1 045 000 –	1 050 000 –	1 055 000 –
435 Verkaufserlöse	690 000 –	690 000 –	690 000 –	690 000 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	374 000 –	321 000 –	321 000 –	321 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)				
Aufwand	178 900	178 800	178 600	178 500
Ertrag	178 900 –	178 800 –	178 600 –	178 500 –
390 Interne Verrechnungen	178 900	178 800	178 600	178 500
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	153 200 –	144 300 –	130 700 –	114 700 –
490 Interne Verrechnungen	5 700 –	14 500 –	27 900 –	43 800 –
212 Waldregionen				
Aufwand	9 381 000	9 417 400	9 449 200	9 449 200
Ertrag	4 928 400 –	4 981 500 –	5 005 100 –	5 005 100 –
Aufwandüberschuss	4 452 600 –	4 435 900 –	4 444 100 –	4 444 100 –
2120 Zentrale Kosten Waldregionen				
Aufwand				
Ertrag	2 804 300 –	2 792 900 –	2 798 600 –	2 798 600 –
Ertragsüberschuss	2 804 300	2 792 900	2 798 600	2 798 600
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 804 300 –	2 792 900 –	2 798 600 –	2 798 600 –
2121 Waldregion 1				
Aufwand	1 911 300	1 924 700	1 932 100	1 932 100
Ertrag	318 500 –	332 000 –	335 400 –	335 400 –
Aufwandüberschuss	1 592 800 –	1 592 700 –	1 596 700 –	1 596 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	892 800	904 100	904 100	904 100
303 Arbeitgeberbeiträge	136 300	138 100	138 100	138 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 700	4 700	4 700	4 700
309 Anderer Personalaufwand	10 000	10 000	10 000	10 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	64 400	64 700	67 700	67 700
313 Verbrauchsmaterialien	28 900	28 900	28 900	28 900
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	21 000	21 000	21 000	21 000
317 Spesenentschädigungen	67 000	67 000	67 000	67 000
318 Dienstleistungen und Honorare	507 800	507 500	508 900	508 900
319 Anderer Sachaufwand	6 000	6 000	6 000	6 000
390 Interne Verrechnungen	142 400	142 700	145 700	145 700
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	138 000 –	151 200 –	151 600 –	151 600 –
435 Verkaufserlöse	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
439 Andere Entgelte	24 900 –	24 900 –	24 900 –	24 900 –
490 Interne Verrechnungen	130 600 –	130 900 –	133 900 –	133 900 –
2122 Waldregion 2				
Aufwand	1 916 700	1 931 800	1 937 800	1 937 800
Ertrag	713 500 –	727 800 –	731 800 –	731 800 –
Aufwandüberschuss	1 203 200 –	1 204 000 –	1 206 000 –	1 206 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	1 308 600	1 320 000	1 320 000	1 320 000
303 Arbeitgeberbeiträge	209 200	211 100	211 100	211 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	6 400	6 400	6 400	6 400
309 Anderer Personalaufwand	5 700	5 700	5 700	5 700

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 500	12 500	12 500	12 500
312 Informatik	47 300	48 200	51 200	51 200
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	31 800	31 800	31 800	31 800
317 Spesenentschädigungen	87 000	87 000	87 000	87 000
318 Dienstleistungen und Honorare	68 500	68 500	68 500	68 500
319 Anderer Sachaufwand	1 600	1 600	1 600	1 600
390 Interne Verrechnungen	119 100	120 000	123 000	123 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	605 800 –	619 200 –	620 200 –	620 200 –
490 Interne Verrechnungen	107 700 –	108 600 –	111 600 –	111 600 –
2123 Waldregion 3				
Aufwand	2 105 500	2 119 400	2 125 600	2 125 600
Ertrag	570 400 –	583 700 –	587 600 –	587 600 –
Aufwandüberschuss	1 535 100 –	1 535 700 –	1 538 000 –	1 538 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	1 308 000	1 319 300	1 319 500	1 319 500
303 Arbeitgeberbeiträge	204 600	206 200	206 200	206 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	8 000	8 000	8 000	8 000
309 Anderer Personalaufwand	10 500	10 500	10 500	10 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	65 500	66 000	69 000	69 000
313 Verbrauchsmaterialien	4 000	4 000	4 000	4 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	35 000	35 000	35 000	35 000
317 Spesenentschädigungen	81 800	81 800	81 800	81 800
318 Dienstleistungen und Honorare	188 000	188 000	188 000	188 000
319 Anderer Sachaufwand	11 500	11 500	11 500	11 500
390 Interne Verrechnungen	158 600	159 100	162 100	162 100
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	423 100 –	435 900 –	436 800 –	436 800 –
490 Interne Verrechnungen	147 300 –	147 800 –	150 800 –	150 800 –
2124 Waldregion 4				
Aufwand	1 291 800	1 305 900	1 312 100	1 312 100
Ertrag	215 300 –	228 700 –	232 000 –	232 000 –
Aufwandüberschuss	1 076 500 –	1 077 200 –	1 080 100 –	1 080 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	805 400	816 700	816 600	816 600
303 Arbeitgeberbeiträge	126 700	128 500	128 500	128 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 000	4 000	4 000	4 000
309 Anderer Personalaufwand	5 100	5 100	5 100	5 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 900	10 900	10 900	10 900
312 Informatik	37 800	38 300	41 300	41 300
313 Verbrauchsmaterialien	2 500	2 500	2 500	2 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	22 000	22 000	22 000	22 000
317 Spesenentschädigungen	58 500	58 500	58 500	58 500
318 Dienstleistungen und Honorare	102 800	102 800	103 100	103 100
319 Anderer Sachaufwand	1 800	1 800	1 800	1 800
390 Interne Verrechnungen	98 300	98 800	101 800	101 800
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	127 700 –	140 600 –	140 900 –	140 900 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	86 600 –	87 100 –	90 100 –	90 100 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
2125 Waldregion 5				
Aufwand	2 155 700	2 135 600	2 141 600	2 141 600
Ertrag	306 400 –	316 400 –	319 700 –	319 700 –
Aufwandüberschuss	1 849 300 –	1 819 200 –	1 821 900 –	1 821 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	1 457 800	1 439 200	1 439 200	1 439 200
303 Arbeitgeberbeiträge	228 900	227 400	227 400	227 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	7 600	7 600	7 600	7 600
309 Anderer Personalaufwand	11 400	11 400	11 400	11 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	65 000	65 000	68 000	68 000
313 Verbrauchsmaterialien	6 000	6 000	6 000	6 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	60 000	60 000	60 000	60 000
317 Spesenentschädigungen	96 000	96 000	96 000	96 000
318 Dienstleistungen und Honorare	37 200	37 200	37 200	37 200
319 Anderer Sachaufwand	9 500	9 500	9 500	9 500
390 Interne Verrechnungen	150 300	150 300	153 300	153 300
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	169 000 –	179 000 –	179 300 –	179 300 –
436 Kostenrückerstattungen	500 –	500 –	500 –	500 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –	500 –
490 Interne Verrechnungen	136 400 –	136 400 –	139 400 –	139 400 –
215 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	229 245 600	226 698 200	231 390 600	232 384 700
Ertrag	215 882 900 –	213 420 900 –	214 862 900 –	215 799 900 –
Aufwandüberschuss	13 362 700 –	13 277 300 –	16 527 700 –	16 584 800 –
2150 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	219 477 900	217 277 400	218 743 800	219 828 700
Ertrag	212 085 000 –	209 626 000 –	211 068 000 –	212 005 000 –
Aufwandüberschuss	7 392 900 –	7 651 400 –	7 675 800 –	7 823 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 200	1 200	1 200	1 200
301 Besoldungen	1 485 600	1 419 100	1 419 100	1 419 100
303 Arbeitgeberbeiträge	242 400	232 400	232 400	232 400
309 Anderer Personalaufwand	1 700	129 200	129 200	129 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	56 800	39 800	33 800	39 800
312 Informatik	167 000	158 000	148 000	158 000
317 Spesenentschädigungen	38 600	38 600	38 600	38 600
318 Dienstleistungen und Honorare	52 100	20 600	20 600	22 100
319 Anderer Sachaufwand	34 000	41 000	41 000	41 000
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	5 000	5 000	5 000	5 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 000	20 000	20 000
340 Ertragsanteile des Bundes	15 000	15 000	15 000	15 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	10 000	10 000	10 000	10 000
360 Staatsbeiträge	9 479 900	13 414 900	16 210 300	18 525 700
370 Durchlaufende Beiträge	207 850 000	201 714 000	200 401 000	199 153 000
390 Interne Verrechnungen	18 600	18 600	18 600	18 600
421 Vermögenserträge aus Guthaben	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	170 000 –	172 000 –	172 000 –	172 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	200 000 –	7 515 000 –	10 270 000 –	12 455 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	207 850 000 –	201 714 000 –	200 401 000 –	199 153 000 –
490 Interne Verrechnungen	3 640 000 –			

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG				
Aufwand	9 767 700	9 420 800	12 646 800	12 556 000
Ertrag	3 797 900 –	3 794 900 –	3 794 900 –	3 794 900 –
Aufwandüberschuss	5 969 800 –	5 625 900 –	8 851 900 –	8 761 100 –
301 Besoldungen	6 175 800	6 071 100	6 071 100	6 071 100
303 Arbeitgeberbeiträge	945 500	956 100	956 100	956 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	800	800	800	800
309 Anderer Personalaufwand	11 000	129 300	129 300	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	169 000	169 000	169 000	169 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	220 100	142 500	180 500	208 000
312 Informatik	102 400	107 400	107 400	107 400
313 Verbrauchsmaterialien	669 700	681 500	669 500	669 500
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	27 700	50 500	50 500	50 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	199 300	188 900	188 900	188 900
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	23 700	23 700	23 700	23 700
317 Spesenentschädigungen	218 600	219 600	219 600	219 600
318 Dienstleistungen und Honorare	367 800	367 800	367 800	367 800
319 Anderer Sachaufwand	25 300	26 600	26 600	26 600
390 Interne Verrechnungen	611 000	286 000	3 486 000	3 486 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	33 500 –	33 500 –	33 500 –	33 500 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	346 000 –	346 000 –	346 000 –	346 000 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	118 000 –	118 000 –	118 000 –	118 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgbühren	899 000 –	899 000 –	899 000 –	899 000 –
435 Verkaufserlöse	652 600 –	652 600 –	652 600 –	652 600 –
436 Kostenrückerstattungen	1 339 900 –	1 337 900 –	1 337 900 –	1 337 900 –
439 Andere Entgelte	29 900 –	28 900 –	28 900 –	28 900 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	21 000 –	21 000 –	21 000 –	21 000 –
490 Interne Verrechnungen	358 000 –	358 000 –	358 000 –	358 000 –
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
Aufwand	12 251 800	12 590 300	12 419 100	12 570 100
Ertrag	9 567 400 –	8 845 300 –	8 390 400 –	8 440 400 –
Aufwandüberschuss	2 684 400 –	3 745 000 –	4 028 700 –	4 129 700 –
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
Aufwand	9 736 900	10 367 700	10 449 100	10 600 100
Ertrag	7 052 500 –	6 622 700 –	6 420 400 –	6 470 400 –
Aufwandüberschuss	2 684 400 –	3 745 000 –	4 028 700 –	4 129 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	35 000	35 000	35 000	35 000
301 Besoldungen	2 268 600	2 284 600	2 284 600	2 284 600
303 Arbeitgeberbeiträge	345 500	345 500	345 500	345 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	19 800	19 800	19 800	19 800
309 Anderer Personalaufwand	2 300	14 300	14 300	14 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	32 500	57 500	32 500	32 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	53 000	40 000	40 000	90 000
312 Informatik	164 200	159 200	159 200	159 200
313 Verbrauchsmaterialien	158 500	159 000	159 000	159 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	79 400	80 000	80 000	80 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	23 600	23 600	23 600	23 600
317 Spesenentschädigungen	160 500	160 500	160 500	160 500
318 Dienstleistungen und Honorare	518 200	373 400	385 800	385 800
319 Anderer Sachaufwand	161 800	151 300	151 300	151 300
351 Entschädigungen an Kantone	53 000	53 000	53 000	53 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
352 Entschädigungen an Gemeinden	16 000	16 000	16 000	16 000
360 Staatsbeiträge	1 595 000	4 995 000	5 095 000	5 195 000
390 Interne Verrechnungen	4 050 000	1 400 000	1 394 000	1 395 000
410 Regalien	774 000 –	772 000 –	772 000 –	772 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	28 000 –	28 000 –	28 000 –	28 000 –
435 Verkaufserlöse	78 500 –	68 500 –	68 500 –	68 500 –
436 Kostenrückerstattungen	8 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
437 Bussen	500 –	500 –	500 –	500 –
439 Andere Entgelte	31 100 –	31 100 –	31 100 –	31 100 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	3 047 900 –	2 927 900 –	2 977 900 –	3 027 900 –
490 Interne Verrechnungen	3 001 000 –	2 704 200 –	2 451 900 –	2 451 900 –
2409 Jagdrechnung (SF)				
Aufwand	2 514 900	2 222 600	1 970 000	1 970 000
Ertrag	2 514 900 –	2 222 600 –	1 970 000 –	1 970 000 –
342 Ertragsanteile der Gemeinden	330 000	330 000	330 000	330 000
390 Interne Verrechnungen	2 184 900	1 892 600	1 640 000	1 640 000
410 Regalien	1 970 000 –	1 970 000 –	1 970 000 –	1 970 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	543 600 –	251 200 –		
490 Interne Verrechnungen	1 300 –	1 400 –		
245 Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Aufwand	63 948 400	64 148 100	61 347 800	61 324 600
Ertrag	47 814 200 –	48 055 000 –	45 659 400 –	45 634 400 –
Aufwandüberschuss	16 134 200 –	16 093 100 –	15 688 400 –	15 690 200 –
2450 Amtsleitung/Zentrale Dienste				
Aufwand	2 663 100	2 607 400	2 578 600	2 578 600
Ertrag	1 826 000 –	1 770 000 –	1 749 000 –	1 749 000 –
Aufwandüberschuss	837 100 –	837 400 –	829 600 –	829 600 –
301 Besoldungen	1 996 500	2 000 800	2 000 800	2 000 800
303 Arbeitgeberbeiträge	307 000	307 000	307 000	307 000
309 Anderer Personalaufwand	1 900	1 900	1 900	1 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	30 000	30 000	30 000	30 000
312 Informatik	121 700	91 700	91 700	91 700
317 Spesenentschädigungen	23 000	23 000	23 000	23 000
318 Dienstleistungen und Honorare	78 000	78 000	49 200	49 200
319 Anderer Sachaufwand	93 000	63 000	63 000	63 000
390 Interne Verrechnungen	12 000	12 000	12 000	12 000
436 Kostenrückerstattungen	14 000 –			
490 Interne Verrechnungen	1 812 000 –	1 770 000 –	1 749 000 –	1 749 000 –
2451 Standortförderung				
Aufwand	8 636 800	8 560 800	6 864 100	6 700 900
Ertrag	2 698 000 –	2 731 500 –	1 551 700 –	1 486 700 –
Aufwandüberschuss	5 938 800 –	5 829 300 –	5 312 400 –	5 214 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	7 300			
301 Besoldungen	1 393 600	1 429 500	1 429 500	1 429 500
303 Arbeitgeberbeiträge	200 800	200 800	200 800	200 800
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	65 000	65 000	65 000	65 000
312 Informatik	99 700	309 700	139 700	139 700
317 Spesenentschädigungen	137 000	135 000	135 000	135 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
318 Dienstleistungen und Honorare	1 087 300	1 007 800	577 800	567 800
319 Anderer Sachaufwand	53 700	48 300	52 700	52 700
360 Staatsbeiträge	5 582 900	5 355 200	4 254 100	4 100 900
390 Interne Verrechnungen	8 000	8 000	8 000	8 000
436 Kostenrückerstattungen	20 000 –			
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 414 200 –	2 447 700 –	1 267 900 –	1 202 900 –
490 Interne Verrechnungen	263 800 –	283 800 –	283 800 –	283 800 –
2452 Arbeitsbedingungen				
Aufwand	2 584 100	2 552 200	2 552 200	2 552 200
Ertrag	1 575 800 –	1 575 800 –	1 555 800 –	1 555 800 –
Aufwandüberschuss	1 008 300 –	976 400 –	996 400 –	996 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 400	1 400	1 400	1 400
301 Besoldungen	1 928 000	1 917 000	1 917 000	1 917 000
303 Arbeitgeberbeiträge	285 700	278 800	278 800	278 800
309 Anderer Personalaufwand	2 100	2 100	2 100	2 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	32 000	32 000	32 000	32 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	22 000	22 000	22 000	22 000
312 Informatik	152 400	138 400	138 400	138 400
313 Verbrauchsmaterialien	5 500	5 500	5 500	5 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	12 400	12 400	12 400	12 400
317 Spesenentschädigungen	49 300	49 300	49 300	49 300
318 Dienstleistungen und Honorare	68 800	68 800	68 800	68 800
319 Anderer Sachaufwand	3 300	3 300	3 300	3 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	12 200	12 200	12 200	12 200
390 Interne Verrechnungen	9 000	9 000	9 000	9 000
411 Patente	16 500 –	16 500 –	16 500 –	16 500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	556 500 –	556 500 –	536 500 –	536 500 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
437 Bussen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
439 Andere Entgelte	28 800 –	28 800 –	28 800 –	28 800 –
450 Rückerstattungen des Bundes	830 000 –	830 000 –	830 000 –	830 000 –
490 Interne Verrechnungen	122 000 –	122 000 –	122 000 –	122 000 –
2455 Arbeitslosenversicherung				
Aufwand	38 447 500	39 050 700	38 491 700	38 634 400
Ertrag	29 197 500 –	29 700 700 –	29 041 700 –	29 084 400 –
Aufwandüberschuss	9 250 000 –	9 350 000 –	9 450 000 –	9 550 000 –
301 Besoldungen	18 470 000	18 470 700	18 470 700	18 470 700
303 Arbeitgeberbeiträge	2 800 900	2 801 200	2 801 200	2 801 200
309 Anderer Personalaufwand	384 900	384 900	384 900	384 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	286 900	286 900	286 900	286 900
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	93 000	68 000	68 000	68 000
312 Informatik	973 600	914 300	914 300	937 000
313 Verbrauchsmaterialien	97 800	97 800	97 800	97 800
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	85 000	66 000	66 000	66 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	33 600	33 600	33 600	33 600
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 500	1 500	1 500	1 500
317 Spesenentschädigungen	256 400	256 400	256 400	256 400
318 Dienstleistungen und Honorare	1 173 800	1 173 800	1 173 800	1 173 800
319 Anderer Sachaufwand	164 700	164 200	164 200	184 200
350 Entschädigungen an Bund	9 250 000	9 350 000	9 450 000	9 550 000
390 Interne Verrechnungen	4 375 400	4 981 400	4 322 400	4 322 400
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 900 –	1 900 –	1 900 –	1 900 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	49 100 –	49 100 –	49 100 –	49 100 –
439 Andere Entgelte	317 000 –	317 000 –	317 000 –	317 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
450 Rückerstattungen des Bundes	28 625 800 –	29 129 000 –	28 470 000 –	28 512 700 –
451 Rückerstattungen der Kantone	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
490 Interne Verrechnungen	3 700 –	3 700 –	3 700 –	3 700 –
2456 Arbeitslosenkasse				
Aufwand	6 927 000	7 076 100	6 913 700	6 912 000
Ertrag	7 827 000 –	7 976 100 –	7 813 700 –	7 812 000 –
Ertragsüberschuss	900 000	900 000	900 000	900 000
301 Besoldungen	4 727 200	4 727 200	4 727 200	4 727 200
303 Arbeitgeberbeiträge	672 100	672 100	672 100	672 100
309 Anderer Personalaufwand	51 400	51 400	51 400	51 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	60 000	60 000	60 000	60 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	12 000	12 000	12 000	12 000
312 Informatik	241 300	238 000	238 000	236 300
313 Verbrauchsmaterialien	19 000	19 000	19 000	19 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	13 000	13 000	13 000	13 000
317 Spesenentschädigungen	20 000	20 000	20 000	20 000
318 Dienstleistungen und Honorare	137 800	137 800	137 800	137 800
319 Anderer Sachaufwand	9 000	9 000	9 000	9 000
390 Interne Verrechnungen	964 200	1 116 600	954 200	954 200
436 Kostenrückerstattungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
439 Andere Entgelte	16 000 –	16 000 –	16 000 –	16 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	7 760 100 –	7 909 200 –	7 746 800 –	7 745 100 –
490 Interne Verrechnungen	900 –	900 –	900 –	900 –
2458 Tourismusrechnung (SF)				
Aufwand	4 491 900	4 102 800	3 749 500	3 748 700
Ertrag	4 491 900 –	4 102 800 –	3 749 500 –	3 748 700 –
318 Dienstleistungen und Honorare	710 000	310 000	260 000	260 000
360 Staatsbeiträge	3 509 800	3 503 100	3 200 000	3 200 000
390 Interne Verrechnungen	272 100	289 700	289 500	288 700
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	1 531 200 –	1 127 000 –	756 900 –	743 900 –
490 Interne Verrechnungen	1 760 700 –	1 775 800 –	1 792 600 –	1 804 800 –
2459 Arbeitsmarktfonds (SF)				
Aufwand	198 000	198 100	198 000	197 800
Ertrag	198 000 –	198 100 –	198 000 –	197 800 –
318 Dienstleistungen und Honorare	70 000	70 000	70 000	70 000
319 Anderer Sachaufwand	25 000	25 000	25 000	25 000
350 Entschädigungen an Bund	100 000	100 000	100 000	100 000
390 Interne Verrechnungen	3 000	3 100	3 000	2 800
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	193 500 –	185 300 –	173 900 –	163 800 –
490 Interne Verrechnungen	4 500 –	12 800 –	24 100 –	34 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
3 Departement des Innern				
Aufwand	861 596 900	879 178 100	887 957 500	905 855 800
Ertrag	260 543 700 –	266 334 700 –	273 356 500 –	276 680 900 –
Aufwandüberschuss	601 053 200 –	612 843 400 –	614 601 000 –	629 174 900 –
300 Generalsekretariat DI				
Aufwand	10 670 200	10 787 300	10 768 300	10 389 700
Ertrag	4 341 900 –	4 341 900 –	4 341 900 –	4 201 800 –
Aufwandüberschuss	6 328 300 –	6 445 400 –	6 426 400 –	6 187 900 –
3000 Generalsekretariat DI				
Aufwand	10 670 200	10 787 300	10 768 300	10 389 700
Ertrag	4 341 900 –	4 341 900 –	4 341 900 –	4 201 800 –
Aufwandüberschuss	6 328 300 –	6 445 400 –	6 426 400 –	6 187 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	4 000	7 000	7 000	4 000
301 Besoldungen	3 238 300	3 377 800	3 377 800	3 147 800
303 Arbeitgeberbeiträge	495 800	513 900	513 900	482 500
309 Anderer Personalaufwand	21 500	23 500	24 500	24 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	109 200	129 200	129 200	109 200
312 Informatik	326 500	380 700	360 700	271 500
317 Spesenentschädigungen	42 600	42 600	42 600	42 600
318 Dienstleistungen und Honorare	745 600	725 700	725 700	720 700
319 Anderer Sachaufwand	120 300	120 500	120 500	120 500
360 Staatsbeiträge	3 090 000	3 090 000	3 090 000	3 090 000
370 Durchlaufende Beiträge	2 356 800	2 356 800	2 356 800	2 356 800
390 Interne Verrechnungen	119 600	19 600	19 600	19 600
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
436 Kostenrückerstattungen	142 100 –	142 100 –	142 100 –	2 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 823 000 –	1 823 000 –	1 823 000 –	1 823 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	2 356 800 –	2 356 800 –	2 356 800 –	2 356 800 –
305 Sozialwerke				
Aufwand	372 406 000	384 710 000	391 129 000	406 222 000
Ertrag	149 117 000 –	154 310 000 –	160 455 000 –	166 941 000 –
Aufwandüberschuss	223 289 000 –	230 400 000 –	230 674 000 –	239 281 000 –
3050 Sozialwerke des Bundes				
Aufwand	9 176 000	9 386 000	9 596 000	9 806 000
Ertrag				
Aufwandüberschuss	9 176 000 –	9 386 000 –	9 596 000 –	9 806 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	200 000	210 000	220 000	230 000
360 Staatsbeiträge	8 976 000	9 176 000	9 376 000	9 576 000
3051 Ergänzungsleistungen				
Aufwand	298 130 000	307 024 000	309 833 000	321 216 000
Ertrag	84 967 000 –	86 960 000 –	89 705 000 –	92 691 000 –
Aufwandüberschuss	213 163 000 –	220 064 000 –	220 128 000 –	228 525 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	7 144 000	7 323 000	7 503 000	7 688 000
360 Staatsbeiträge	290 986 000	299 701 000	302 330 000	313 528 000
450 Rückerstattungen des Bundes	2 300 000 –	2 300 000 –	2 300 000 –	2 300 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	82 667 000 –	84 660 000 –	87 405 000 –	90 391 000 –

Konto	Voranschlag 2014	Aufgaben- und Finanzplan 2015	Aufgaben- und Finanzplan 2016	Aufgaben- und Finanzplan 2017
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
3052 Pflegefinanzierung				
Aufwand	65 100 000	68 300 000	71 700 000	75 200 000
Ertrag	64 150 000 –	67 350 000 –	70 750 000 –	74 250 000 –
Aufwandüberschuss	950 000 –	950 000 –	950 000 –	950 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	1 300 000	1 300 000	1 300 000	1 300 000
360 Staatsbeiträge	63 800 000	67 000 000	70 400 000	73 900 000
452 Rückerstattungen der Gemeinden	350 000 –	350 000 –	350 000 –	350 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	63 800 000 –	67 000 000 –	70 400 000 –	73 900 000 –
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	2 005 400	2 021 200	2 021 200	2 021 200
Ertrag	974 100 –	886 100 –	886 100 –	886 100 –
Aufwandüberschuss	1 031 300 –	1 135 100 –	1 135 100 –	1 135 100 –
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	2 005 400	2 021 200	2 021 200	2 021 200
Ertrag	974 100 –	886 100 –	886 100 –	886 100 –
Aufwandüberschuss	1 031 300 –	1 135 100 –	1 135 100 –	1 135 100 –
301 Besoldungen	1 339 800	1 353 300	1 353 300	1 353 300
303 Arbeitgeberbeiträge	208 700	210 700	210 700	210 700
309 Anderer Personalaufwand	1 600	1 600	1 600	1 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	15 000	15 000	15 000	15 000
312 Informatik	291 200	291 500	291 500	291 500
317 Spesenentschädigungen	4 000	4 000	4 000	4 000
318 Dienstleistungen und Honorare	12 300	12 300	12 300	12 300
319 Anderer Sachaufwand	120 000	120 000	120 000	120 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	10 800	10 800	10 800	10 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	808 000 –	720 000 –	720 000 –	720 000 –
436 Kostenrückerstattungen	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
439 Andere Entgelte	100 –	100 –	100 –	100 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	160 000 –	160 000 –	160 000 –	160 000 –
315 Amt für Gemeinden				
Aufwand	235 927 800	237 488 400	238 014 500	239 634 500
Ertrag	43 782 500 –	44 503 000 –	45 285 500 –	45 830 500 –
Aufwandüberschuss	192 145 300 –	192 985 400 –	192 729 000 –	193 804 000 –
3150 Amt für Gemeinden				
Aufwand	235 927 800	237 488 400	238 014 500	239 634 500
Ertrag	43 782 500 –	44 503 000 –	45 285 500 –	45 830 500 –
Aufwandüberschuss	192 145 300 –	192 985 400 –	192 729 000 –	193 804 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	3 000	8 000	12 000	12 000
301 Besoldungen	1 977 400	1 997 400	1 867 400	1 867 400
303 Arbeitgeberbeiträge	299 500	302 500	261 600	261 600
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	17 000	17 000
312 Informatik	88 300	88 300	88 300	88 300
317 Spesenentschädigungen	45 300	46 200	46 200	46 200
318 Dienstleistungen und Honorare	90 900	72 600	212 600	132 600
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
347 Finanz- und Lastenausgleich	233 150 000	234 750 000	235 200 000	236 900 000
360 Staatsbeiträge	250 000	200 000	300 000	300 000
390 Interne Verrechnungen	5 700	5 700	5 700	5 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	380 000 –	400 500 –	353 000 –	348 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
435 Verkaufserlöse	500 –	500 –	500 –	500 –
436 Kostenrückerstattungen			130 000 –	80 000 –
439 Andere Entgelte	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	41 400 000 –	42 100 000 –	42 800 000 –	43 400 000 –
320 Amt für Soziales				
Aufwand	166 282 700	169 327 100	169 385 900	168 083 900
Ertrag	13 401 100 –	13 341 800 –	13 294 800 –	9 486 700 –
Aufwandüberschuss	152 881 600 –	155 985 300 –	156 091 100 –	158 597 200 –
3200 Amt für Soziales				
Aufwand	166 282 700	169 327 100	169 385 900	168 083 900
Ertrag	13 401 100 –	13 341 800 –	13 294 800 –	9 486 700 –
Aufwandüberschuss	152 881 600 –	155 985 300 –	156 091 100 –	158 597 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	7 500	6 500	6 500	6 500
301 Besoldungen	3 692 000	3 729 300	3 729 300	3 729 300
303 Arbeitgeberbeiträge	591 500	597 400	597 400	597 400
309 Anderer Personalaufwand	12 600	12 600	12 600	12 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	46 000	47 000	47 000	47 000
312 Informatik	349 900	282 400	282 400	282 400
317 Spesenentschädigungen	65 500	66 500	66 500	66 500
318 Dienstleistungen und Honorare	590 500	650 500	650 500	650 500
319 Anderer Sachaufwand	62 100	57 300	57 500	57 700
360 Staatsbeiträge	150 023 300	153 055 800	153 114 400	155 612 200
370 Durchlaufende Beiträge	9 587 100	9 587 100	9 587 100	5 787 100
390 Interne Verrechnungen	1 254 700	1 234 700	1 234 700	1 234 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	9 500 –	9 500 –	9 500 –	9 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 883 600 –	1 821 800 –	1 772 300 –	1 761 700 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 839 900 –	1 842 400 –	1 844 900 –	1 847 400 –
470 Durchlaufende Beiträge	9 587 100 –	9 587 100 –	9 587 100 –	5 787 100 –
325 Amt für Kultur				
Aufwand	64 517 600	64 588 200	66 679 400	69 545 200
Ertrag	38 348 500 –	38 372 300 –	38 513 600 –	38 755 200 –
Aufwandüberschuss	26 169 100 –	26 215 900 –	28 165 800 –	30 790 000 –
3250 Amt für Kultur				
Aufwand	43 026 500	43 051 800	45 073 000	47 868 800
Ertrag	17 233 300 –	17 217 100 –	17 288 400 –	17 460 000 –
Aufwandüberschuss	25 793 200 –	25 834 700 –	27 784 600 –	30 408 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	21 000	21 000	23 000	23 000
301 Besoldungen	6 190 100	6 051 600	6 143 600	6 143 600
303 Arbeitgeberbeiträge	963 100	941 300	941 300	941 300
309 Anderer Personalaufwand	9 000	9 000	246 400	246 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 268 500	1 203 500	1 231 500	1 256 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	136 800	134 000	234 000	134 000
312 Informatik	1 462 000	2 099 200	1 561 000	1 883 300
313 Verbrauchsmaterialien	18 000	18 000	18 000	18 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	29 200	29 200	29 200	29 200
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	35 500			
317 Spesenentschädigungen	148 500	146 500	146 500	146 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 791 000	1 824 200	2 046 200	2 046 200

Konto	Voranschlag 2014	Aufgaben- und Finanzplan 2015	Aufgaben- und Finanzplan 2016	Aufgaben- und Finanzplan 2017
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
319 Anderer Sachaufwand	122 500	121 500	121 500	121 500
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	26 659 600	26 597 100	26 175 100	26 523 600
390 Interne Verrechnungen	4 169 700	3 853 700	6 153 700	8 353 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 011 600 –	1 036 600 –	1 061 600 –	1 086 600 –
435 Verkaufserlöse	7 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
436 Kostenrückerstattungen	95 400 –	171 400 –	171 400 –	171 400 –
439 Andere Entgelte	87 200 –	86 800 –	86 800 –	86 800 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	3 560 800 –	3 568 000 –	3 575 100 –	3 582 300 –
490 Interne Verrechnungen	12 466 300 –	12 339 300 –	12 378 500 –	12 517 900 –
3251 Stiftsarchiv				
Aufwand	615 100	620 400	620 400	620 400
Ertrag	239 200 –	239 200 –	239 200 –	239 200 –
Aufwandüberschuss	375 900 –	381 200 –	381 200 –	381 200 –
301 Besoldungen	452 800	457 500	457 500	457 500
303 Arbeitgeberbeiträge	64 700	65 300	65 300	65 300
309 Anderer Personalaufwand	500	500	500	500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	27 000	27 000	27 000	27 000
312 Informatik	51 000	51 000	51 000	51 000
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	9 600	9 600	9 600	9 600
390 Interne Verrechnungen	1 500	1 500	1 500	1 500
436 Kostenrückerstattungen	231 200 –	231 200 –	231 200 –	231 200 –
439 Andere Entgelte	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
3259 Lotteriefonds (SF)				
Aufwand	20 876 000	20 916 000	20 986 000	21 056 000
Ertrag	20 876 000 –	20 916 000 –	20 986 000 –	21 056 000 –
370 Durchlaufende Beiträge	810 000	810 000	810 000	810 000
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	7 596 900	7 761 400	7 791 700	7 721 800
390 Interne Verrechnungen	12 469 100	12 344 600	12 384 300	12 524 200
435 Verkaufserlöse	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
439 Andere Entgelte	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	810 000 –	810 000 –	810 000 –	810 000 –
490 Interne Verrechnungen	30 000 –	70 000 –	140 000 –	210 000 –
340 Konkursamt				
Aufwand	2 911 300	3 263 700	2 966 700	2 966 700
Ertrag	1 952 000 –	1 953 000 –	1 953 000 –	1 953 000 –
Aufwandüberschuss	959 300 –	1 310 700 –	1 013 700 –	1 013 700 –
3400 Konkursamt				
Aufwand	2 911 300	3 263 700	2 966 700	2 966 700
Ertrag	1 952 000 –	1 953 000 –	1 953 000 –	1 953 000 –
Aufwandüberschuss	959 300 –	1 310 700 –	1 013 700 –	1 013 700 –
301 Besoldungen	2 036 400	2 057 000	2 057 000	2 057 000
303 Arbeitgeberbeiträge	301 800	304 700	304 700	304 700
309 Anderer Personalaufwand	2 500	2 500	2 500	2 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	60 500	60 500	62 300	62 300
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	500	500	500	500
312 Informatik	158 600	458 600	158 600	158 600
317 Spesenentschädigungen	29 000	33 500	34 500	34 500
318 Dienstleistungen und Honorare	27 100	31 500	31 700	31 700

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
319 Anderer Sachaufwand	3 000	3 000	3 000	3 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	235 000	255 000	255 000	255 000
390 Interne Verrechnungen	56 900	56 900	56 900	56 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 949 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
355 Amt für Handelsregister und Notariate				
Aufwand	6 875 900	6 992 200	6 992 500	6 992 600
Ertrag	8 626 600 –	8 626 600 –	8 626 600 –	8 626 600 –
Ertragsüberschuss	1 750 700	1 634 400	1 634 100	1 634 000
3550 Amt für Handelsregister und Notariate				
Aufwand	6 875 900	6 992 200	6 992 500	6 992 600
Ertrag	8 626 600 –	8 626 600 –	8 626 600 –	8 626 600 –
Ertragsüberschuss	1 750 700	1 634 400	1 634 100	1 634 000
301 Besoldungen	4 318 500	4 362 100	4 362 100	4 362 100
303 Arbeitgeberbeiträge	613 300	619 400	619 400	619 400
309 Anderer Personalaufwand	6 000	6 000	6 000	6 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	115 600	115 600	115 900	116 000
312 Informatik	590 700	724 400	724 400	724 400
313 Verbrauchsmaterialien	1 100	1 000	1 000	1 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 000	4 000	4 000	4 000
317 Spesenentschädigungen	28 800	28 800	28 800	28 800
318 Dienstleistungen und Honorare	638 000	638 000	638 000	638 000
319 Anderer Sachaufwand	10 000	10 000	10 000	10 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	49 700	49 700	49 700	49 700
340 Ertragsanteile des Bundes	340 000	340 000	340 000	340 000
390 Interne Verrechnungen	160 200	93 200	93 200	93 200
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	7 948 000 –	7 948 000 –	7 948 000 –	7 948 000 –
436 Kostenrückerstattungen	677 200 –	677 200 –	677 200 –	677 200 –
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
4 Bildungsdepartement				
Aufwand	862 522 300	851 494 300	853 819 900	858 676 400
Ertrag	309 860 100 –	306 070 000 –	307 795 700 –	309 181 700 –
Aufwandüberschuss	552 662 200 –	545 424 300 –	546 024 200 –	549 494 700 –
400 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	20 291 500	20 114 100	19 651 500	19 229 100
Ertrag	2 437 500 –	2 606 500 –	2 631 500 –	2 657 500 –
Aufwandüberschuss	17 854 000 –	17 507 600 –	17 020 000 –	16 571 600 –
4000 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	8 608 500	8 822 100	8 743 500	8 707 100
Ertrag	705 500 –	819 500 –	814 500 –	809 500 –
Aufwandüberschuss	7 903 000 –	8 002 600 –	7 929 000 –	7 897 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	419 000	419 000	419 000	419 000
301 Besoldungen	5 254 800	5 254 800	5 254 800	5 254 800
303 Arbeitgeberbeiträge	776 600	776 600	776 600	776 600
309 Anderer Personalaufwand	29 200	29 200	29 200	29 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	324 500	325 000	325 000	325 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	4 000	5 000	5 000	5 000
312 Informatik	492 200	656 200	556 200	506 200
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 000	2 000	2 000	2 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13 100	13 100	13 100	13 100
317 Spesenentschädigungen	136 000	136 000	136 000	136 000
318 Dienstleistungen und Honorare	731 300	773 000	793 200	805 900
319 Anderer Sachaufwand	104 400	166 800	168 000	168 900
360 Staatsbeiträge	175 000	219 000	219 000	219 000
390 Interne Verrechnungen	146 400	46 400	46 400	46 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
435 Verkaufserlöse	231 000 –	225 000 –	220 000 –	215 000 –
436 Kostenrückerstattungen	61 000 –	61 000 –	61 000 –	61 000 –
439 Andere Entgelte	800 –	800 –	800 –	800 –
490 Interne Verrechnungen	397 700 –	517 700 –	517 700 –	517 700 –
4003 Ausbildungsbeihilfen				
Aufwand	11 683 000	11 292 000	10 908 000	10 522 000
Ertrag	1 732 000 –	1 787 000 –	1 817 000 –	1 848 000 –
Aufwandüberschuss	9 951 000 –	9 505 000 –	9 091 000 –	8 674 000 –
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	30 000	30 000	30 000	30 000
360 Staatsbeiträge	11 500 000	11 030 000	10 600 000	10 165 000
390 Interne Verrechnungen	153 000	232 000	278 000	327 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	92 000 –	142 000 –	172 000 –	203 000 –
436 Kostenrückerstattungen	90 000 –	95 000 –	95 000 –	95 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 548 000 –	1 548 000 –	1 548 000 –	1 548 000 –
405 Amt für Volksschule				
Aufwand	158 262 400	157 086 800	154 864 800	154 873 300
Ertrag	66 237 600 –	61 711 100 –	61 681 100 –	61 681 100 –
Aufwandüberschuss	92 024 800 –	95 375 700 –	93 183 700 –	93 192 200 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
4050 Amtsleitung AVS				
Aufwand	23 560 700	23 386 100	20 984 100	20 992 600
Ertrag	535 200 –	535 200 –	535 200 –	535 200 –
Aufwandüberschuss	23 025 500 –	22 850 900 –	20 448 900 –	20 457 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	124 700	147 700	147 700	147 700
301 Besoldungen	3 094 100	3 094 100	3 469 100	3 469 100
303 Arbeitgeberbeiträge	517 500	516 800	581 800	581 800
309 Anderer Personalaufwand	2 700	2 700	2 700	2 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	110 000	80 000	70 000	60 000
312 Informatik	94 000	96 000	96 000	96 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	7 500	7 500	7 500	7 500
317 Spesenentschädigungen	140 000	140 000	140 000	140 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 937 400	1 737 600	1 737 600	1 737 600
319 Anderer Sachaufwand	511 000	511 000	511 000	511 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	187 000	200 500	200 500	200 500
360 Staatsbeiträge	6 800 900	6 818 300	3 986 300	4 004 800
390 Interne Verrechnungen	10 033 400	10 033 400	10 033 400	10 033 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	18 000 –	18 000 –	18 000 –	18 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	65 000 –	65 000 –	65 000 –	65 000 –
436 Kostenrückerstattungen	452 000 –	452 000 –	452 000 –	452 000 –
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –
4051 Lehrmittelverlag				
Aufwand	10 992 000	10 892 000	10 892 000	10 892 000
Ertrag	14 488 500 –	14 488 500 –	14 488 500 –	14 488 500 –
Ertragsüberschuss	3 496 500	3 596 500	3 596 500	3 596 500
301 Besoldungen	1 181 100	1 181 100	1 181 100	1 181 100
303 Arbeitgeberbeiträge	144 700	144 700	144 700	144 700
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 017 600	7 931 600	7 917 600	7 931 600
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	106 500	106 500	106 500	106 500
313 Verbrauchsmaterialien	26 500	26 500	26 500	26 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	126 500	126 500	126 500	126 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 271 000	1 271 000	1 271 000	1 271 000
319 Anderer Sachaufwand	65 000	51 000	65 000	51 000
360 Staatsbeiträge	29 000	29 000	29 000	29 000
390 Interne Verrechnungen	16 200	16 200	16 200	16 200
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
435 Verkaufserlöse	4 473 500 –	4 473 500 –	4 473 500 –	4 473 500 –
490 Interne Verrechnungen	10 000 000 –	10 000 000 –	10 000 000 –	10 000 000 –
4052 Weiterbildung Schule				
Aufwand	2 503 300	2 395 300	2 575 300	2 575 300
Ertrag	89 900 –	63 400 –	63 400 –	63 400 –
Aufwandüberschuss	2 413 400 –	2 331 900 –	2 511 900 –	2 511 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	22 000	22 000	22 000	22 000
301 Besoldungen	833 600	833 600	833 600	833 600
303 Arbeitgeberbeiträge	68 700	68 700	68 700	68 700
309 Anderer Personalaufwand	500	500	500	500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	127 000	127 000	127 000	127 000
312 Informatik	25 200	25 200	25 200	25 200

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
317 Spesenentschädigungen	106 300	106 300	106 300	106 300
318 Dienstleistungen und Honorare	1 193 900	1 125 900	1 305 900	1 305 900
319 Anderer Sachaufwand	7 100	7 100	7 100	7 100
352 Entschädigungen an Gemeinden	118 200	78 200	78 200	78 200
390 Interne Verrechnungen	300	300	300	300
436 Kostenrückerstattungen	50 800 –	50 800 –	50 800 –	50 800 –
439 Andere Entgelte	39 100 –	12 600 –	12 600 –	12 600 –
4053 Sonderschulen				
Aufwand	121 206 400	120 413 400	120 413 400	120 413 400
Ertrag	51 124 000 –	46 624 000 –	46 594 000 –	46 594 000 –
Aufwandüberschuss	70 082 400 –	73 789 400 –	73 819 400 –	73 819 400 –
318 Dienstleistungen und Honorare	110 000	110 000	110 000	110 000
360 Staatsbeiträge	119 793 000	117 200 000	117 200 000	117 200 000
390 Interne Verrechnungen	1 303 400	3 103 400	3 103 400	3 103 400
436 Kostenrückerstattungen	30 000 –	30 000 –		
460 Beiträge für eigene Rechnung	51 094 000 –	46 594 000 –	46 594 000 –	46 594 000 –
415 Amt für Berufsbildung				
Aufwand	267 384 400	257 850 700	256 231 000	258 271 700
Ertrag	129 583 000 –	128 803 000 –	128 443 700 –	128 443 700 –
Aufwandüberschuss	137 801 400 –	129 047 700 –	127 787 300 –	129 828 000 –
4150 Amtsleitung ABB				
Aufwand	5 135 700	5 423 000	5 343 000	5 084 000
Ertrag	54 262 300 –	53 811 300 –	53 647 300 –	53 647 300 –
Ertragsüberschuss	49 126 600	48 388 300	48 304 300	48 563 300
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	99 000	99 000	99 000	99 000
301 Besoldungen	3 190 800	3 190 800	3 190 800	3 190 800
303 Arbeitgeberbeiträge	499 000	499 000	499 000	499 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	150 000	150 000	150 000	150 000
312 Informatik	706 200	993 500	913 500	654 500
317 Spesenentschädigungen	121 000	121 000	121 000	121 000
318 Dienstleistungen und Honorare	223 600	223 600	223 600	223 600
319 Anderer Sachaufwand	88 000	88 000	88 000	88 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	57 100	57 100	57 100	57 100
431 Gebühren für Amtshandlungen	42 300 –	42 300 –	42 300 –	42 300 –
436 Kostenrückerstattungen	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
439 Andere Entgelte	1 500 –	1 500 –	1 500 –	1 500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	54 215 000 –	53 764 000 –	53 600 000 –	53 600 000 –
4151 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung				
Aufwand	9 338 700	9 391 900	9 291 900	9 291 900
Ertrag	517 500 –	517 500 –	517 500 –	517 500 –
Aufwandüberschuss	8 821 200 –	8 874 400 –	8 774 400 –	8 774 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	5 900	5 900	5 900	5 900
301 Besoldungen	6 730 000	6 730 000	6 730 000	6 730 000
303 Arbeitgeberbeiträge	1 064 000	1 064 000	1 064 000	1 064 000
309 Anderer Personalaufwand	47 000	47 000	47 000	47 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	308 000	308 000	298 000	298 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
312 Informatik	613 700	666 900	666 900	666 900
313 Verbrauchsmaterialien	2 200	2 200	2 200	2 200
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	183 600	183 600	173 600	173 600
318 Dienstleistungen und Honorare	136 500	136 500	76 500	76 500
319 Anderer Sachaufwand	229 200	229 200	209 200	209 200
390 Interne Verrechnungen	8 600	8 600	8 600	8 600
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	506 500 –	506 500 –	506 500 –	506 500 –
439 Andere Entgelte	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
4152 Berufliche Grundbildung				
Aufwand	33 220 000	32 113 700	32 278 200	32 278 200
Ertrag	60 000 –	60 000 –		
Aufwandüberschuss	33 160 000 –	32 053 700 –	32 278 200 –	32 278 200 –
360 Staatsbeiträge	33 220 000	32 113 700	32 278 200	32 278 200
460 Beiträge für eigene Rechnung	60 000 –	60 000 –		
4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung				
Aufwand	25 108 500	22 196 900	22 079 600	22 079 600
Ertrag				
Aufwandüberschuss	25 108 500 –	22 196 900 –	22 079 600 –	22 079 600 –
360 Staatsbeiträge	17 540 000	14 940 000	14 840 000	14 840 000
390 Interne Verrechnungen	7 568 500	7 256 900	7 239 600	7 239 600
4156 Berufsfachschulen				
Aufwand	194 581 500	188 725 200	187 238 300	189 538 000
Ertrag	74 743 200 –	74 414 200 –	74 278 900 –	74 278 900 –
Aufwandüberschuss	119 838 300 –	114 311 000 –	112 959 400 –	115 259 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	241 300	245 300	245 300	245 300
301 Besoldungen	122 239 200	120 575 700	119 556 100	119 556 100
303 Arbeitgeberbeiträge	18 377 700	18 170 300	17 995 600	17 995 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	15 000	15 000	15 000	15 000
309 Anderer Personalaufwand	1 100 500	1 122 600	1 098 600	1 098 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 659 500	10 217 300	10 189 800	10 189 800
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 600 100	1 469 000	1 399 000	1 399 000
312 Informatik	1 088 700	1 038 700	1 039 700	1 039 700
313 Verbrauchsmaterialien	3 998 900	3 990 100	3 991 100	3 991 100
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	772 500	722 500	722 500	722 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 677 500	2 494 500	2 336 100	2 336 100
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	9 881 200	9 881 200	9 881 200	9 881 200
317 Spesenentschädigungen	3 026 200	3 031 400	3 025 400	3 025 400
318 Dienstleistungen und Honorare	4 955 100	4 925 700	4 917 200	4 917 200
319 Anderer Sachaufwand	3 088 500	3 088 500	3 088 300	3 088 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	24 000	24 000	24 000	24 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	204 300	204 300	204 300	204 300
381 Zuweisung an Rückstellungen	341 500	290 400	290 400	290 400
389 Bevorschussungen	55 500	55 500	55 500	55 500
390 Interne Verrechnungen	10 234 300	7 163 200	7 163 200	9 462 900
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	500 –	500 –	500 –	500 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 026 200 –	1 024 200 –	1 024 200 –	1 024 200 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	
431	Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
432	Spitaltaxen und Kostgelder	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
433	Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	22 746 400 –	22 869 700 –	22 871 700 –	22 871 700 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	3 538 400 –	3 513 400 –	3 510 400 –	3 510 400 –
435	Verkaufserlöse	2 979 100 –	2 950 400 –	2 948 400 –	2 948 400 –
436	Kostenrückerstattungen	2 542 100 –	2 531 100 –	2 531 100 –	2 531 100 –
439	Andere Entgelte	116 600 –	116 600 –	116 600 –	116 600 –
451	Rückerstattungen der Kantone	30 150 100 –	30 126 100 –	30 011 100 –	30 011 100 –
452	Rückerstattungen der Gemeinden	72 000 –	72 000 –	72 000 –	72 000 –
481	Entnahme aus Rückstellungen	314 600 –	284 600 –	284 600 –	284 600 –
489	Bevorschussungen	8 200 –	8 200 –	8 200 –	8 200 –
490	Interne Verrechnungen	11 238 000 –	10 906 400 –	10 889 100 –	10 889 100 –
420	Amt für Mittelschulen				
	Aufwand	110 583 800	109 860 000	114 367 200	112 736 300
	Ertrag	10 617 700 –	9 753 900 –	9 753 900 –	9 753 900 –
	Aufwandüberschuss	99 966 100 –	100 106 100 –	104 613 300 –	102 982 400 –
4200	Amtsleitung AMS				
	Aufwand	1 079 400	1 113 400	1 113 400	1 112 500
	Ertrag	700 –	700 –	700 –	700 –
	Aufwandüberschuss	1 078 700 –	1 112 700 –	1 112 700 –	1 111 800 –
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	80 000	80 000	80 000	80 000
301	Besoldungen	729 500	729 500	729 500	729 500
303	Arbeitgeberbeiträge	117 500	117 500	117 500	117 500
309	Anderer Personalaufwand	800	800	800	800
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 000	12 000	12 000	12 000
312	Informatik	25 400	25 400	25 400	24 500
317	Spesenentschädigungen	36 500	36 500	36 500	36 500
318	Dienstleistungen und Honorare	63 900	97 900	97 900	97 900
319	Anderer Sachaufwand	13 000	13 000	13 000	13 000
390	Interne Verrechnungen	800	800	800	800
431	Gebühren für Amtshandlungen	500 –	500 –	500 –	500 –
439	Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –
4205	Mittelschulen				
	Aufwand	109 504 400	108 746 600	113 253 800	111 623 800
	Ertrag	10 617 000 –	9 753 200 –	9 753 200 –	9 753 200 –
	Aufwandüberschuss	98 887 400 –	98 993 400 –	103 500 600 –	101 870 600 –
301	Besoldungen	71 993 000	72 220 600	72 050 700	70 655 600
303	Arbeitgeberbeiträge	11 078 200	11 115 100	11 089 200	10 875 000
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	5 900	5 900	5 900	5 900
309	Anderer Personalaufwand	514 500	544 500	514 500	544 500
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 184 600	3 203 500	3 203 500	3 203 500
311	Möblier, Maschinen und Fahrzeuge	480 800	567 300	367 300	367 300
312	Informatik	499 800	599 800	549 800	499 800
313	Verbrauchsmaterialien	1 364 700	1 364 700	1 364 700	1 364 700
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	252 400	240 000	240 000	240 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	980 100	980 100	980 100	980 100
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	792 200	792 200	792 200	792 200
317	Spesenentschädigungen	826 400	804 000	797 000	797 000
318	Dienstleistungen und Honorare	976 800	956 800	956 800	956 800
319	Anderer Sachaufwand	184 000	184 000	184 000	184 000
351	Entschädigungen an Kantone	891 700	891 700	891 700	891 700
352	Entschädigungen an Gemeinden	310 000	310 000	310 000	310 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
360 Staatsbeiträge	5 012 900	5 012 900	5 012 900	5 012 900
390 Interne Verrechnungen	10 156 400	8 953 500	13 943 500	13 942 800
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	41 200 –	41 200 –	41 200 –	41 200 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	2 464 800 –	2 464 800 –	2 464 800 –	2 464 800 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	163 600 –	165 600 –	165 600 –	165 600 –
435 Verkaufserlöse	363 100 –	363 100 –	363 100 –	363 100 –
436 Kostenrückerstattungen	636 600 –	636 600 –	636 600 –	636 600 –
439 Andere Entgelte	14 500 –	14 500 –	14 500 –	14 500 –
451 Rückerstattungen der Kantone	3 462 700 –	3 462 700 –	3 462 700 –	3 462 700 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	2 718 000 –	1 852 200 –	1 852 200 –	1 852 200 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	12 300 –	12 300 –	12 300 –	12 300 –
490 Interne Verrechnungen	740 000 –	740 000 –	740 000 –	740 000 –
423 Amt für Hochschulen				
Aufwand	297 444 400	299 500 700	301 543 400	306 359 000
Ertrag	94 890 000 –	97 070 000 –	99 100 000 –	100 400 000 –
Aufwandüberschuss	202 554 400 –	202 430 700 –	202 443 400 –	205 959 000 –
4230 Amtsleitung AHS				
Aufwand	895 100	894 800	894 800	894 800
Ertrag				
Aufwandüberschuss	895 100 –	894 800 –	894 800 –	894 800 –
301 Besoldungen	657 700	657 700	657 700	657 700
303 Arbeitgeberbeiträge	103 700	103 700	103 700	103 700
309 Anderer Personalaufwand	4 700	4 700	4 700	4 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 100	7 800	7 800	7 800
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	24 000	24 000	24 000	24 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 000	2 000	2 000	2 000
317 Spesenentschädigungen	23 000	23 000	23 000	23 000
318 Dienstleistungen und Honorare	64 700	64 700	64 700	64 700
319 Anderer Sachaufwand	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	200	200	200	200
4231 Universitäre Hochschulen				
Aufwand	155 015 500	157 192 700	158 131 900	159 980 100
Ertrag	66 340 000 –	67 700 000 –	69 200 000 –	70 100 000 –
Aufwandüberschuss	88 675 500 –	89 492 700 –	88 931 900 –	89 880 100 –
360 Staatsbeiträge	155 015 500	157 192 700	158 131 900	159 980 100
460 Beiträge für eigene Rechnung	66 340 000 –	67 700 000 –	69 200 000 –	70 100 000 –
4232 Fachhochschulen				
Aufwand	141 533 800	141 413 200	142 516 700	145 484 100
Ertrag	28 550 000 –	29 370 000 –	29 900 000 –	30 300 000 –
Aufwandüberschuss	112 983 800 –	112 043 200 –	112 616 700 –	115 184 100 –
360 Staatsbeiträge	112 039 300	111 098 700	111 672 200	114 239 600
370 Durchlaufende Beiträge	28 550 000	29 370 000	29 900 000	30 300 000
390 Interne Verrechnungen	944 500	944 500	944 500	944 500
470 Durchlaufende Beiträge	28 550 000 –	29 370 000 –	29 900 000 –	30 300 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
430 Amt für Sport				
Aufwand	8 555 800	7 082 000	7 162 000	7 207 000
Ertrag	6 094 300 –	6 125 500 –	6 185 500 –	6 245 500 –
Aufwandüberschuss	2 461 500 –	956 500 –	976 500 –	961 500 –
4300 Amt für Sport				
Aufwand	3 447 000	1 942 000	1 962 000	1 947 000
Ertrag	985 500 –	985 500 –	985 500 –	985 500 –
Aufwandüberschuss	2 461 500 –	956 500 –	976 500 –	961 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	307 000	307 000	307 000	307 000
301 Besoldungen	692 400	692 400	692 400	692 400
303 Arbeitgeberbeiträge	115 600	115 600	115 600	115 600
309 Anderer Personalaufwand	1 400	1 400	1 400	1 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	18 000	18 000	18 000	18 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	36 600	36 600	36 600	36 600
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	73 000	53 000	73 000	53 000
318 Dienstleistungen und Honorare	672 500	607 500	607 500	607 500
319 Anderer Sachaufwand	9 000	9 000	9 000	9 000
360 Staatsbeiträge	124 000	89 000	89 000	94 000
390 Interne Verrechnungen	1 390 500	5 500	5 500	5 500
436 Kostenrückerstattungen	443 500 –	443 500 –	443 500 –	443 500 –
439 Andere Entgelte	700 –	700 –	700 –	700 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	356 300 –	356 300 –	356 300 –	356 300 –
490 Interne Verrechnungen	185 000 –	185 000 –	185 000 –	185 000 –
4309 Sport-Toto-Fonds (SF)				
Aufwand	5 108 800	5 140 000	5 200 000	5 260 000
Ertrag	5 108 800 –	5 140 000 –	5 200 000 –	5 260 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	113 000	115 000	115 000	115 000
360 Staatsbeiträge	4 310 000	4 295 000	4 295 000	4 295 000
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	170 800	215 200	274 900	334 700
390 Interne Verrechnungen	515 000	514 800	515 100	515 300
439 Andere Entgelte	85 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	5 000 000 –	5 000 000 –	5 000 000 –	5 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	23 800 –	60 000 –	120 000 –	180 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
5 Finanzdepartement				
Aufwand	645 756 100	679 753 200	734 957 000	819 635 000
Ertrag	2 706 598 000 –	2 789 827 700 –	2 899 421 000 –	3 018 347 100 –
Ertragsüberschuss	2 060 841 900	2 110 074 500	2 164 464 000	2 198 712 100
500 Generalsekretariat FD				
Aufwand	2 959 600	3 002 200	2 957 300	2 970 300
Ertrag	1 623 100 –	1 670 100 –	1 630 000 –	1 630 000 –
Aufwandüberschuss	1 336 500 –	1 332 100 –	1 327 300 –	1 340 300 –
5000 Generalsekretariat FD				
Aufwand	2 897 300	2 899 900	2 895 100	2 908 100
Ertrag	1 560 800 –	1 567 800 –	1 567 800 –	1 567 800 –
Aufwandüberschuss	1 336 500 –	1 332 100 –	1 327 300 –	1 340 300 –
301 Besoldungen	1 099 500	1 095 100	1 097 300	1 103 300
303 Arbeitgeberbeiträge	150 000	150 000	150 000	150 000
309 Anderer Personalaufwand	11 000	11 000	11 000	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	22 000	22 000	22 000	22 000
312 Informatik	62 100	62 100	62 100	62 100
317 Spesenentschädigungen	2 500	2 500	2 500	2 500
318 Dienstleistungen und Honorare	13 500	13 500	13 500	13 500
319 Anderer Sachaufwand	120 700	127 700	120 700	127 700
342 Ertragsanteile der Gemeinden	3 700	3 700	3 700	3 700
360 Staatsbeiträge	100 000	100 000	100 000	100 000
370 Durchlaufende Beiträge	1 300 000	1 300 000	1 300 000	1 300 000
390 Interne Verrechnungen	12 300	12 300	12 300	12 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	102 000 –	109 000 –	109 000 –	109 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	7 800 –	7 800 –	7 800 –	7 800 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	1 300 000 –	1 300 000 –	1 300 000 –	1 300 000 –
5009 Kantonshilfskasse (SF)				
Aufwand	62 300	102 300	62 200	62 200
Ertrag	62 300 –	102 300 –	62 200 –	62 200 –
360 Staatsbeiträge	60 000	100 000	60 000	60 000
390 Interne Verrechnungen	2 300	2 300	2 200	2 200
460 Beiträge für eigene Rechnung	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	38 800 –	73 100 –	24 200 –	15 500 –
490 Interne Verrechnungen	13 500 –	19 200 –	28 000 –	36 700 –
505 Zentrale Dienste				
Aufwand	36 572 900	45 866 800	43 757 800	42 032 200
Ertrag	19 977 800 –	20 840 000 –	19 388 000 –	18 479 700 –
Aufwandüberschuss	16 595 100 –	25 026 800 –	24 369 800 –	23 552 500 –
5050 Personalamt				
Aufwand	5 908 800	5 870 600	5 783 300	5 855 200
Ertrag	1 285 400 –	1 225 400 –	1 225 400 –	1 225 400 –
Aufwandüberschuss	4 623 400 –	4 645 200 –	4 557 900 –	4 629 800 –
301 Besoldungen	2 482 500	2 489 300	2 499 900	2 491 400
303 Arbeitgeberbeiträge	403 300	403 300	403 300	403 300

Konto	Voranschlag 2014	Aufgaben- und Finanzplan 2015	Aufgaben- und Finanzplan 2016	Aufgaben- und Finanzplan 2017	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
309	Anderer Personalaufwand	1 030 800	1 032 900	1 035 000	1 037 100
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	62 100	62 100	62 100	62 100
311	Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	3 000	3 000	3 000	3 000
312	Informatik	1 234 700	1 187 600	1 177 600	1 165 900
317	Spesenentschädigungen	227 600	227 600	177 600	227 600
318	Dienstleistungen und Honorare	363 000	363 000	323 000	363 000
319	Anderer Sachaufwand	18 100	18 100	18 100	18 100
390	Interne Verrechnungen	83 700	83 700	83 700	83 700
433	Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	260 000 –	260 000 –	260 000 –	260 000 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	574 400 –	574 400 –	574 400 –	574 400 –
436	Kostenrückerstattungen	355 000 –	295 000 –	295 000 –	295 000 –
451	Rückerstattungen der Kantone	12 000 –	12 000 –	12 000 –	12 000 –
490	Interne Verrechnungen	84 000 –	84 000 –	84 000 –	84 000 –
5051	Amt für Finanzdienstleistungen				
	Aufwand	1 889 700	2 392 900	2 132 100	2 024 500
	Ertrag	376 200 –	363 300 –	337 300 –	294 500 –
	Aufwandüberschuss	1 513 500 –	2 029 600 –	1 794 800 –	1 730 000 –
301	Besoldungen	706 600	712 000	717 800	720 400
303	Arbeitgeberbeiträge	99 800	104 300	108 400	112 900
309	Anderer Personalaufwand	800	800	800	800
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	192 400	193 400	193 400	194 400
312	Informatik	882 000	1 374 300	1 103 600	987 900
317	Spesenentschädigungen	800	800	800	800
318	Dienstleistungen und Honorare	2 900	2 900	2 900	2 900
319	Anderer Sachaufwand	500	500	500	500
390	Interne Verrechnungen	3 900	3 900	3 900	3 900
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	107 500 –	104 800 –	101 800 –	99 000 –
436	Kostenrückerstattungen	500 –	500 –	500 –	500 –
439	Andere Entgelte	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
490	Interne Verrechnungen	253 200 –	243 000 –	220 000 –	180 000 –
5052	Risk Management				
	Aufwand	9 500 500	10 512 100	9 076 600	8 081 600
	Ertrag	9 500 500 –	10 512 100 –	9 076 600 –	8 081 600 –
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	6 000	3 000	3 000	3 000
312	Informatik	21 900	21 900	21 900	21 900
318	Dienstleistungen und Honorare	1 871 100	1 912 200	1 912 200	1 912 200
319	Anderer Sachaufwand	4 725 500	6 354 000	5 154 000	4 654 000
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	10 000	10 000	10 000	10 000
381	Zuweisung an Rückstellungen	2 866 000	2 211 000	1 975 500	1 480 500
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	6 436 000 –	6 483 000 –	6 488 000 –	6 493 000 –
436	Kostenrückerstattungen	52 000 –	52 000 –	52 000 –	52 000 –
439	Andere Entgelte		500 –	500 –	500 –
481	Entnahme aus Rückstellungen	3 012 500 –	3 976 600 –	2 536 100 –	1 536 100 –
5054	Dienst für Informatikplanung				
	Aufwand	14 786 100	22 553 900	22 231 200	21 518 900
	Ertrag	667 600 –	667 600 –	667 600 –	667 600 –
	Aufwandüberschuss	14 118 500 –	21 886 300 –	21 563 600 –	20 851 300 –
301	Besoldungen	1 569 000	1 569 200	1 584 300	1 582 300
303	Arbeitgeberbeiträge	253 400	253 300	254 100	253 800
309	Anderer Personalaufwand	1 100	1 100	1 100	1 100
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	15 000	10 000	10 000	10 000
312	Informatik	7 765 100	9 603 300	8 464 300	7 754 300
317	Spesenentschädigungen	18 000	16 000	16 000	16 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
318 Dienstleistungen und Honorare	13 000	13 000	13 000	13 000
319 Anderer Sachaufwand	2 100	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	5 149 400	11 086 000	11 886 400	11 886 400
436 Kostenrückerstattungen	556 000 –	556 000 –	556 000 –	556 000 –
490 Interne Verrechnungen	111 600 –	111 600 –	111 600 –	111 600 –
5055 Finanzkontrolle				
Aufwand	2 486 800	2 496 000	2 503 000	2 510 100
Ertrag	703 400 –	628 900 –	628 900 –	628 900 –
Aufwandüberschuss	1 783 400 –	1 867 100 –	1 874 100 –	1 881 200 –
301 Besoldungen	2 044 100	2 049 700	2 055 700	2 061 700
303 Arbeitgeberbeiträge	304 000	307 500	308 400	309 400
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	17 000	17 000	17 000	17 000
312 Informatik	72 300	72 300	72 300	72 300
317 Spesenentschädigungen	34 000	34 100	34 200	34 300
318 Dienstleistungen und Honorare	7 200	7 200	7 200	7 200
319 Anderer Sachaufwand	4 700	4 700	4 700	4 700
390 Interne Verrechnungen	2 000	2 000	2 000	2 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	670 900 –	597 900 –	597 900 –	597 900 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	26 500 –	28 000 –	28 000 –	28 000 –
5056 Amt für Vermögensverwaltung				
Aufwand	2 001 000	2 041 300	2 031 600	2 041 900
Ertrag	7 444 700 –	7 442 700 –	7 452 200 –	7 581 700 –
Ertragsüberschuss	5 443 700	5 401 400	5 420 600	5 539 800
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	40 000	40 000	40 000	40 000
301 Besoldungen	1 417 000	1 445 700	1 427 500	1 427 800
303 Arbeitgeberbeiträge	219 600	229 500	236 300	244 600
309 Anderer Personalaufwand	1 800	1 800	1 800	1 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	13 500	13 500	13 500	13 500
312 Informatik	233 100	234 800	236 500	238 200
317 Spesenentschädigungen	21 000	21 000	21 000	21 000
318 Dienstleistungen und Honorare	34 400	34 400	34 400	34 400
319 Anderer Sachaufwand	3 800	3 800	3 800	3 800
390 Interne Verrechnungen	16 800	16 800	16 800	16 800
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	7 420 000 –	7 420 000 –	7 430 000 –	7 560 000 –
439 Andere Entgelte	24 600 –	22 600 –	22 100 –	21 600 –
510 Kantonales Steueramt				
Aufwand	429 626 100	445 817 500	464 900 600	486 948 000
Ertrag	1 929 743 500 –	2 004 713 500 –	2 086 413 500 –	2 164 193 500 –
Ertragsüberschuss	1 500 117 400	1 558 896 000	1 621 512 900	1 677 245 500
5100 Amtsleitung KStA				
Aufwand	64 221 100	62 542 500	63 925 600	64 473 000
Ertrag	338 500 –	338 500 –	338 500 –	318 500 –
Aufwandüberschuss	63 882 600 –	62 204 000 –	63 587 100 –	64 154 500 –
301 Besoldungen	20 926 200	21 311 200	21 311 200	21 311 200
303 Arbeitgeberbeiträge	3 119 200	3 179 200	3 239 200	3 299 200
309 Anderer Personalaufwand	89 100	89 600	89 600	89 600

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	570 000	570 000	570 000	570 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	40 000	40 000		
312 Informatik	15 857 900	17 195 500	18 700 600	19 030 000
317 Spesenentschädigungen	620 000	620 000	620 000	620 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 754 700	3 585 000	3 585 000	3 585 000
319 Anderer Sachaufwand	47 000	47 000	47 000	47 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	18 683 000	15 391 000	15 249 000	15 407 000
390 Interne Verrechnungen	514 000	514 000	514 000	514 000
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	195 000 –	195 000 –	195 000 –	195 000 –
435 Verkaufserlöse	22 500 –	22 500 –	22 500 –	2 500 –
436 Kostenrückerstattungen	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
5105 Kantonale Steuern				
Aufwand	365 405 000	383 275 000	400 975 000	422 475 000
Ertrag	1 810 705 000 –	1 879 375 000 –	1 955 475 000 –	2 026 875 000 –
Ertragsüberschuss	1 445 300 000	1 496 100 000	1 554 500 000	1 604 400 000
318 Dienstleistungen und Honorare	5 700 000	5 800 000	6 000 000	6 200 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	3 508 000	3 500 000	3 500 000	3 500 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	11 867 000	11 855 000	11 855 000	11 855 000
340 Ertragsanteile des Bundes	16 600 000	17 100 000	17 600 000	18 300 000
341 Ertragsanteile der Kantone	4 000 000	4 100 000	4 200 000	4 400 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	291 510 000	306 600 000	321 400 000	339 400 000
344 Ertragsanteile Dritter	31 720 000	33 820 000	35 920 000	38 320 000
360 Staatsbeiträge	500 000	500 000	500 000	500 000
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	1 068 800 000 –	1 099 300 000 –	1 139 000 000 –	1 166 500 000 –
401 Gewinn- und Kapitalsteuern	382 700 000 –	411 400 000 –	438 700 000 –	470 800 000 –
402 Quellensteuern	188 700 000 –	194 300 000 –	200 100 000 –	208 100 000 –
403 Grundstückgewinnsteuern	120 900 000 –	124 800 000 –	128 100 000 –	131 900 000 –
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	40 000 000 –	40 000 000 –	40 000 000 –	40 000 000 –
408 Steuerstrafen	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	4 965 000 –	4 935 000 –	4 935 000 –	4 935 000 –
436 Kostenrückerstattungen	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
437 Bussen	2 500 000 –	2 500 000 –	2 500 000 –	2 500 000 –
5106 Bundessteuern				
Aufwand				
Ertrag	118 700 000 –	125 000 000 –	130 600 000 –	137 000 000 –
Ertragsüberschuss	118 700 000	125 000 000	130 600 000	137 000 000
440 Anteile an Bundeseinnahmen	118 700 000 –	125 000 000 –	130 600 000 –	137 000 000 –
550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag				
Aufwand	167 968 200	176 941 400	208 556 800	269 837 400
Ertrag	754 021 400 –	761 371 900 –	790 757 300 –	832 811 700 –
Ertragsüberschuss	586 053 200	584 430 500	582 200 500	562 974 300
5500 Vermögenserträge				
Aufwand	339 600	376 900	415 600	455 700
Ertrag	68 073 000 –	68 957 900 –	70 114 800 –	71 027 200 –
Ertragsüberschuss	67 733 400	68 581 000	69 699 200	70 571 500
318 Dienstleistungen und Honorare	40 000	40 000	40 000	40 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	299 600	336 900	375 600	415 700
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	500 000 –	280 000 –	200 000 –	200 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
421 Vermögenserträge aus Guthaben	461 000 –	1 061 000 –	1 821 000 –	2 276 000 –
422 Vermögenserträge aus Anlagen des Finanzvermögens	4 146 700 –	4 145 100 –	4 145 100 –	4 145 100 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	1 951 000 –	2 427 800 –	2 874 600 –	3 301 500 –
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsverm.	58 592 500 –	58 592 500 –	58 592 500 –	58 592 500 –
428 Zins aus Sonderrechnungen	100 –	100 –	200 –	200 –
490 Interne Verrechnungen	2 421 700 –	2 451 400 –	2 481 400 –	2 511 900 –
5501 Passivzinsen				
Aufwand	25 008 400	25 875 900	28 371 100	33 282 100
Ertrag				
Aufwandüberschuss	25 008 400 –	25 875 900 –	28 371 100 –	33 282 100 –
318 Dienstleistungen und Honorare	749 800	749 800	749 800	749 800
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	79 000	211 000	422 000	633 000
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	24 122 000	24 869 500	27 169 500	31 869 500
328 Zins auf Sonderrechnungen	57 600	45 600	29 800	29 800
5502 Interne Verzinsung				
Aufwand	420 600	1 061 800	1 891 300	2 381 800
Ertrag	243 000 –	572 000 –	808 000 –	1 227 000 –
Aufwandüberschuss	177 600 –	489 800 –	1 083 300 –	1 154 800 –
390 Interne Verrechnungen	420 600	1 061 800	1 891 300	2 381 800
490 Interne Verrechnungen	243 000 –	572 000 –	808 000 –	1 227 000 –
5505 Abschreibungen				
Aufwand	127 950 500	152 413 100	182 626 600	234 573 600
Ertrag	127 950 500 –	152 413 100 –	182 626 600 –	234 573 600 –
331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	127 950 500	152 413 100	182 626 600	234 573 600
490 Interne Verrechnungen	127 950 500 –	152 413 100 –	182 626 600 –	234 573 600 –
5509 Verschiedene Aufwendungen und Erträge				
Aufwand	14 249 100	2 786 300 –	4 747 800 –	855 800 –
Ertrag	557 754 900 –	539 428 900 –	537 207 900 –	525 983 900 –
Ertragsüberschuss	543 505 800	542 215 200	541 955 700	526 839 700
309 Anderer Personalaufwand		6 500 000 –	3 183 000 –	3 183 000 –
312 Informatik	648 000 –	5 183 400 –	6 761 900 –	2 869 900 –
318 Dienstleistungen und Honorare	78 300	78 300	78 300	78 300
319 Anderer Sachaufwand		3 500 000 –	3 500 000 –	3 500 000 –
347 Finanz- und Lastenausgleich	7 438 000	7 438 000	7 438 000	7 438 000
360 Staatsbeiträge		2 500 000 –	6 200 000 –	6 200 000 –
390 Interne Verrechnungen	7 380 800	7 380 800	7 380 800	7 380 800
410 Regalien	146 000 –	146 000 –	146 000 –	146 000 –
412 Konzessionen	3 500 000 –	3 500 000 –	3 500 000 –	3 500 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	600 –	600 –	600 –	600 –
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsverm.	40 530 000 –	40 530 000 –	40 530 000 –	40 530 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	8 500 000 –	8 700 000 –	8 700 000 –	8 700 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	29 756 300 –	30 686 300 –	31 465 300 –	32 241 300 –
447 Finanz- und Lastenausgleich	399 621 000 –	405 165 000 –	410 165 000 –	415 165 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
481 Entnahme aus Rückstellungen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
488 Entnahme aus Eigenkapital	75 600 000 –	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –
560 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	8 629 300	8 125 300	14 784 500	17 847 100
Ertrag	1 232 200 –	1 232 200 –	1 232 200 –	1 232 200 –
Aufwandüberschuss	7 397 100 –	6 893 100 –	13 552 300 –	16 614 900 –
5600 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	8 629 300	8 125 300	14 784 500	17 847 100
Ertrag	1 232 200 –	1 232 200 –	1 232 200 –	1 232 200 –
Aufwandüberschuss	7 397 100 –	6 893 100 –	13 552 300 –	16 614 900 –
301 Besoldungen	210 000	210 000	210 000	210 000
303 Arbeitgeberbeiträge	86 800	86 800	86 800	86 800
307 Rentenleistungen	2 125 000	2 125 000	2 125 000	2 125 000
308 Pauschale Besoldungs- korrekturen	4 615 100	4 106 100	10 800 300	13 907 900
309 Anderer Personalaufwand	1 545 000	1 550 000	1 515 000	1 470 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	8 400	8 400	8 400	8 400
317 Spesenentschädigungen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	38 000	38 000	38 000	38 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	208 800 –	208 800 –	208 800 –	208 800 –
436 Kostenrückerstattungen	1 015 000 –	1 015 000 –	1 015 000 –	1 015 000 –
439 Andere Entgelte	8 400 –	8 400 –	8 400 –	8 400 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
6 Baudepartement				
Aufwand	373 438 300	412 613 000	439 862 800	489 321 700
Ertrag	291 766 500 –	322 960 000 –	350 180 100 –	394 982 800 –
Aufwandüberschuss	81 671 800 –	89 653 000 –	89 682 700 –	94 338 900 –
600 Generalsekretariat BD				
Aufwand	6 162 200	6 307 100	6 350 700	6 362 400
Ertrag	835 500 –	841 300 –	847 100 –	855 000 –
Aufwandüberschuss	5 326 700 –	5 465 800 –	5 503 600 –	5 507 400 –
6000 Generalsekretariat BD				
Aufwand	4 981 700	5 402 000	5 430 800	5 431 800
Ertrag	132 900 –	132 900 –	132 900 –	132 900 –
Aufwandüberschuss	4 848 800 –	5 269 100 –	5 297 900 –	5 298 900 –
301 Besoldungen	3 043 400	3 243 800	3 164 000	3 164 000
303 Arbeitgeberbeiträge	447 500	479 700	467 400	467 400
309 Anderer Personalaufwand	15 000	15 200	15 100	15 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	38 000	38 000	38 000	38 000
312 Informatik	656 800	848 800	968 800	968 800
317 Spesenentschädigungen	74 000	74 000	74 000	74 000
318 Dienstleistungen und Honorare	312 000	312 000	312 000	312 000
319 Anderer Sachaufwand	166 000	167 500	168 500	169 500
360 Staatsbeiträge	136 000	130 000	130 000	130 000
390 Interne Verrechnungen	93 000	93 000	93 000	93 000
410 Regalien	2 400 –	2 400 –	2 400 –	2 400 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
436 Kostenrückerstattungen	5 500 –	5 500 –	5 500 –	5 500 –
439 Andere Entgelte	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
6001 Wohnbauförderung				
Aufwand	1 002 900	724 200	734 700	742 500
Ertrag	525 000 –	527 500 –	529 000 –	534 000 –
Aufwandüberschuss	477 900 –	196 700 –	205 700 –	208 500 –
301 Besoldungen	251 400			
303 Arbeitgeberbeiträge	24 300			
309 Anderer Personalaufwand	200			
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 500	4 500	4 000	3 800
312 Informatik	14 000	14 000	30 700	30 700
317 Spesenentschädigungen	2 000	2 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 500	1 500	1 500	1 500
319 Anderer Sachaufwand	2 200	2 200	1 500	1 500
340 Ertragsanteile des Bundes	40 000	40 000	40 000	40 000
341 Ertragsanteile der Kantone	2 000	2 000	2 000	2 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	15 000	15 000	15 000	15 000
360 Staatsbeiträge	415 800	413 000	409 000	412 000
370 Durchlaufende Beiträge	230 000	230 000	230 000	235 000
436 Kostenrückerstattungen	57 000 –	57 000 –	57 000 –	57 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	64 000 –	63 000 –	60 000 –	57 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	230 000 –	230 000 –	230 000 –	235 000 –
490 Interne Verrechnungen	174 000 –	177 500 –	182 000 –	185 000 –
6009 Mietwohnungsfonds (SF)				
Aufwand	177 600	180 900	185 200	188 100
Ertrag	177 600 –	180 900 –	185 200 –	188 100 –
390 Interne Verrechnungen	177 600	180 900	185 200	188 100
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	172 200 –	167 200 –	159 100 –	150 900 –
490 Interne Verrechnungen	5 400 –	13 700 –	26 100 –	37 200 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
605 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 724 000	9 404 800	9 188 800	9 250 800
Ertrag	2 724 000 –	2 147 000 –	2 147 000 –	2 147 000 –
Aufwandüberschuss	7 000 000 –	7 257 800 –	7 041 800 –	7 103 800 –
6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 724 000	9 404 800	9 188 800	9 250 800
Ertrag	2 724 000 –	2 147 000 –	2 147 000 –	2 147 000 –
Aufwandüberschuss	7 000 000 –	7 257 800 –	7 041 800 –	7 103 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	6 000	1 000	1 000	1 000
301 Besoldungen	5 417 100	5 488 100	5 488 100	5 488 100
303 Arbeitgeberbeiträge	846 000	847 300	847 300	847 300
309 Anderer Personalaufwand	5 000	5 000	5 000	5 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	72 000	72 000	72 000	72 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge		45 000		
312 Informatik	929 000	453 000	453 000	453 000
313 Verbrauchsmaterialien	6 000	3 000	3 000	3 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	101 000	101 000	101 000	101 000
318 Dienstleistungen und Honorare	754 100	464 100	327 100	394 100
319 Anderer Sachaufwand	119 300	129 300	119 300	119 300
341 Ertragsanteile der Kantone	56 500	56 500	56 500	51 500
344 Ertragsanteile Dritter	4 000	4 000	4 000	4 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	40 000	40 000	40 000	40 000
360 Staatsbeiträge	1 101 500	1 429 000	1 405 000	1 405 000
390 Interne Verrechnungen	262 500	262 500	262 500	262 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 431 500 –	1 431 500 –	1 431 500 –	1 431 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
435 Verkaufserlöse	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
439 Andere Entgelte	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	18 000 –	18 000 –	18 000 –	18 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 177 000 –	600 000 –	600 000 –	600 000 –
490 Interne Verrechnungen	9 500 –	9 500 –	9 500 –	9 500 –
610 Hochbauamt				
Aufwand	126 291 100	146 478 400	147 847 300	155 237 900
Ertrag	87 377 800 –	101 201 000 –	104 548 000 –	108 163 200 –
Aufwandüberschuss	38 913 300 –	45 277 400 –	43 299 300 –	47 074 700 –
6100 Amtsleitung HBA				
Aufwand	17 687 600	28 630 200	28 416 200	28 416 200
Ertrag	9 016 500 –	20 016 500 –	20 016 500 –	20 016 500 –
Aufwandüberschuss	8 671 100 –	8 613 700 –	8 399 700 –	8 399 700 –
301 Besoldungen	6 416 700	6 508 700	6 508 700	6 508 700
303 Arbeitgeberbeiträge	1 021 300	1 005 000	1 005 000	1 005 000
309 Anderer Personalaufwand	8 400	9 000	9 000	9 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	60 000	60 000	60 000	60 000
312 Informatik	505 000	580 300	366 300	366 300
317 Spesenentschädigungen	80 000	80 000	80 000	80 000
318 Dienstleistungen und Honorare	9 536 000	20 327 000	20 327 000	20 327 000
319 Anderer Sachaufwand	60 000	60 000	60 000	60 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
390 Interne Verrechnungen	200	200	200	200
436 Kostenrückerstattungen	11 500 –	11 500 –	11 500 –	11 500 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
489 Bevorschussungen	9 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften				
Aufwand	80 603 500	89 848 200	91 431 100	98 821 700
Ertrag	50 361 300 –	53 184 500 –	56 531 500 –	60 146 700 –
Aufwandüberschuss	30 242 200 –	36 663 700 –	34 899 600 –	38 675 000 –
301 Besoldungen	1 454 400	1 316 100	1 278 700	1 278 700
303 Arbeitgeberbeiträge	195 600	201 800	201 800	201 800
309 Anderer Personalaufwand	131 800	132 000	132 000	132 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	371 000	399 000	371 000	371 000
313 Verbrauchsmaterialien	1 340 000	940 000	940 000	940 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	903 000	903 000	903 000	903 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 233 000	2 238 000	2 238 000	2 238 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	15 610 000	14 193 000	14 430 000	14 590 000
317 Spesenentschädigungen	8 800	8 800	8 800	8 800
318 Dienstleistungen und Honorare	2 933 000	2 933 000	2 933 000	2 933 000
319 Anderer Sachaufwand	86 000	86 000	86 000	86 000
390 Interne Verrechnungen	55 336 900	66 497 500	67 908 800	75 139 400
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	4 120 000 –	4 520 000 –	4 520 000 –	4 520 000 –
424 Gewinne auf Anlagen des Finanzvermögens	1 300 000 –	500 000 –	500 000 –	500 000 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	39 820 400 –	43 055 200 –	46 402 200 –	50 017 400 –
436 Kostenrückerstattungen	536 000 –	536 000 –	536 000 –	536 000 –
439 Andere Entgelte	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 574 900 –	4 563 300 –	4 563 300 –	4 563 300 –
6106 Bauten und Renovationen				
Aufwand	28 000 000	28 000 000	28 000 000	28 000 000
Ertrag	28 000 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	28 000 000	28 000 000	28 000 000	28 000 000
490 Interne Verrechnungen	28 000 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –
615 Tiefbauamt				
Aufwand	193 138 100	210 880 000	237 268 300	279 246 900
Ertrag	179 345 700 –	196 422 700 –	220 325 000 –	261 499 100 –
Aufwandüberschuss	13 792 400 –	14 457 300 –	16 943 300 –	17 747 800 –
6150 Amtsleitung TBA				
Aufwand	8 971 000	9 047 700	9 069 700	9 126 100
Ertrag	7 571 000 –	7 647 700 –	7 669 700 –	7 726 100 –
Aufwandüberschuss	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –
301 Besoldungen	6 763 400	6 855 600	6 855 600	6 855 600
303 Arbeitgeberbeiträge	1 066 900	1 058 500	1 058 500	1 058 500
309 Anderer Personalaufwand	95 000	95 000	95 000	95 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	97 000	97 000	97 000	97 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	30 000	30 000	30 000	30 000
312 Informatik	390 800	412 800	412 800	412 800
313 Verbrauchsmaterialien	17 500	14 500	18 500	14 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	19 000	19 000	19 000	19 000
317 Spesenentschädigungen	216 000	218 000	218 000	218 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
318 Dienstleistungen und Honorare	198 300	214 100	232 100	292 400
319 Anderer Sachaufwand	18 000	18 000	18 000	18 000
390 Interne Verrechnungen	59 100	15 200	15 200	15 300
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 300 –	1 300 –	1 300 –	1 300 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	78 000 –	78 000 –	78 000 –	78 000 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	7 009 300 –	7 086 400 –	7 108 400 –	7 164 800 –
439 Andere Entgelte	11 400 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
490 Interne Verrechnungen	461 000 –	461 000 –	461 000 –	461 000 –
6152 Gemeindestrassen				
Aufwand	16 294 600	16 337 100	16 379 600	16 422 100
Ertrag	16 294 600 –	16 337 100 –	16 379 600 –	16 422 100 –
360 Staatsbeiträge	16 294 600	16 337 100	16 379 600	16 422 100
490 Interne Verrechnungen	16 294 600 –	16 337 100 –	16 379 600 –	16 422 100 –
6153 Kantonsstrassen				
Aufwand	102 615 100	117 495 100	135 185 100	176 057 600
Ertrag	102 615 100 –	117 495 100 –	135 185 100 –	176 057 600 –
301 Besoldungen	9 862 200	9 862 200	9 862 200	9 862 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 437 500	1 437 500	1 437 500	1 437 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	65 500	65 500	65 500	65 500
309 Anderer Personalaufwand	12 000	12 000	12 000	12 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	44 000	44 000	44 000	44 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 797 000	1 950 000	1 950 000	1 950 000
312 Informatik	287 300	289 800	289 800	292 300
313 Verbrauchsmaterialien	6 291 000	6 177 000	6 177 000	6 177 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	25 715 500	24 780 000	24 780 000	24 780 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 150 500	4 102 000	4 102 000	4 102 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	232 200	222 200	222 200	222 200
317 Spesenentschädigungen	235 000	235 000	235 000	235 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 895 800	1 787 300	1 787 300	1 787 300
319 Anderer Sachaufwand	41 000	41 000	41 000	41 000
351 Entschädigungen an Kantone	620 000	620 000	620 000	620 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	2 200 000	2 200 000	2 200 000	2 200 000
360 Staatsbeiträge	680 000	700 000	700 000	700 000
390 Interne Verrechnungen	47 048 600	62 969 600	80 659 600	121 529 600
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	313 000 –	313 000 –	313 000 –	313 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 272 000 –	1 292 000 –	1 292 000 –	1 292 000 –
435 Verkaufserlöse	534 000 –	534 000 –	534 000 –	534 000 –
436 Kostenrückerstattungen	395 000 –	400 000 –	400 000 –	400 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	205 000 –	205 000 –	205 000 –	205 000 –
439 Andere Entgelte	370 000 –	370 000 –	370 000 –	370 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
490 Interne Verrechnungen	99 446 100 –	114 301 100 –	131 991 100 –	172 863 600 –
6154 Nationalstrassen				
Aufwand	38 842 000	38 843 700	40 656 500	40 659 200
Ertrag	38 842 000 –	38 843 700 –	40 656 500 –	40 659 200 –
301 Besoldungen	11 581 800	11 581 800	11 581 800	11 581 800
303 Arbeitgeberbeiträge	1 685 500	1 685 500	1 685 500	1 685 500

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	84 000	84 000	84 000	84 000
309	Anderer Personalaufwand	202 500	202 500	202 500	202 500
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 000	35 000	35 000	35 000
311	Möbilen, Maschinen und Fahrzeuge	2 845 000	2 845 000	2 845 000	2 845 000
312	Informatik	315 700	255 700	258 200	258 200
313	Verbrauchsmaterialien	6 700 000	6 700 000	6 700 000	6 700 000
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	4 400 000	4 400 000	6 200 000	6 200 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 790 000	4 790 000	4 790 000	4 790 000
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	220 000	220 000	220 000	220 000
317	Spesenentschädigungen	250 000	250 000	250 000	250 000
318	Dienstleistungen und Honorare	1 442 000	1 492 000	1 492 000	1 492 000
319	Anderer Sachaufwand	26 000	26 000	26 000	26 000
351	Entschädigungen an Kantone	2 350 000	2 350 000	2 350 000	2 350 000
390	Interne Verrechnungen	1 914 500	1 926 200	1 936 500	1 939 200
427	Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	980 000 –	980 000 –	980 000 –	980 000 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	558 000 –	558 000 –	558 000 –	558 000 –
435	Verkaufserlöse	800 000 –	800 000 –	800 000 –	800 000 –
436	Kostenrückerstattungen	1 900 000 –	1 900 000 –	1 900 000 –	1 900 000 –
439	Andere Entgelte	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
450	Rückerstattungen des Bundes	32 140 000 –	32 140 000 –	33 950 000 –	33 950 000 –
451	Rückerstattungen der Kantone	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –
490	Interne Verrechnungen	974 000 –	975 700 –	978 500 –	981 200 –
6156	Gewässer				
	Aufwand	23 980 900	26 810 800	33 631 800	34 636 300
	Ertrag	11 588 500 –	13 753 500 –	18 088 500 –	18 288 500 –
	Aufwandüberschuss	12 392 400 –	13 057 300 –	15 543 300 –	16 347 800 –
301	Besoldungen	1 341 300	1 341 300	1 341 300	1 341 300
303	Arbeitgeberbeiträge	216 000	216 000	216 000	216 000
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	600	600	600	600
309	Anderer Personalaufwand	1 100	1 100	1 100	1 100
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 300	12 300	12 300	12 300
311	Möbilen, Maschinen und Fahrzeuge	1 100	1 000	1 000	1 000
312	Informatik	41 400	41 400	41 400	41 400
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	870 000	5 690 000	11 020 000	12 020 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	600 000	600 000	600 000	600 000
317	Spesenentschädigungen	60 000	60 000	60 000	60 000
318	Dienstleistungen und Honorare	1 198 000	1 223 000	1 208 000	1 208 000
319	Anderer Sachaufwand	4 100	4 100	4 100	4 100
360	Staatsbeiträge	13 073 500	11 058 500	12 593 500	12 593 500
370	Durchlaufende Beiträge	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000
390	Interne Verrechnungen	3 561 500	3 561 500	3 532 500	3 537 000
431	Gebühren für Amtshandlungen	40 000 –	40 000 –	40 000 –	40 000 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 610 000 –	1 610 000 –	1 610 000 –	1 610 000 –
436	Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439	Andere Entgelte	301 000 –	201 000 –	201 000 –	201 000 –
460	Beiträge für eigene Rechnung	6 623 500 –	8 888 500 –	13 223 500 –	13 423 500 –
470	Durchlaufende Beiträge	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
490	Interne Verrechnungen	9 000 –	9 000 –	9 000 –	9 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
6159 Steinbruch Starkenbach				
Aufwand	2 434 500	2 345 600	2 345 600	2 345 600
Ertrag	2 434 500 –	2 345 600 –	2 345 600 –	2 345 600 –
301 Besoldungen	767 700	767 700	767 700	767 700
303 Arbeitgeberbeiträge	123 200	123 200	123 200	123 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	8 500	8 500	8 500	8 500
309 Anderer Personalaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 000	12 000	12 000	12 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	34 000	150 000	150 000	150 000
312 Informatik	21 700	21 700	21 700	21 700
313 Verbrauchsmaterialien	459 000	463 000	463 000	463 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	490 000	270 000	270 000	270 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	90 400	100 000	100 000	100 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 500	1 500	1 500	1 500
317 Spesenentschädigungen	5 500	5 500	5 500	5 500
318 Dienstleistungen und Honorare	344 600	345 500	345 500	345 500
319 Anderer Sachaufwand	35 400	36 000	36 000	36 000
390 Interne Verrechnungen	40 000	40 000	40 000	40 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	9 600 –	9 600 –	9 600 –	9 600 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	311 000 –	317 000 –	317 000 –	317 000 –
435 Verkaufserlöse	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	108 900 –	14 000 –	14 000 –	14 000 –
620 Amt für Umwelt und Energie				
Aufwand	38 122 900	39 542 700	39 207 700	39 223 700
Ertrag	21 483 500 –	22 348 000 –	22 313 000 –	22 318 500 –
Aufwandüberschuss	16 639 400 –	17 194 700 –	16 894 700 –	16 905 200 –
6200 Amt für Umwelt und Energie				
Aufwand	38 122 900	39 542 700	39 207 700	39 223 700
Ertrag	21 483 500 –	22 348 000 –	22 313 000 –	22 318 500 –
Aufwandüberschuss	16 639 400 –	17 194 700 –	16 894 700 –	16 905 200 –
301 Besoldungen	11 095 500	11 226 500	11 226 500	11 226 500
303 Arbeitgeberbeiträge	1 779 900	1 793 300	1 793 300	1 793 300
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	2 000	2 000	2 000	2 000
309 Anderer Personalaufwand	86 000	86 000	86 000	86 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	138 000	138 000	138 000	138 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	470 000	703 000	305 000	410 000
312 Informatik	699 200	955 400	795 400	810 400
313 Verbrauchsmaterialien	106 000	106 000	106 000	106 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	383 000	83 000	59 000	234 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	209 000	209 000	219 000	219 000
317 Spesenentschädigungen	138 000	139 000	139 000	139 000
318 Dienstleistungen und Honorare	4 117 400	3 040 600	3 031 600	3 038 600
319 Anderer Sachaufwand	136 000	136 000	136 000	136 000
340 Ertragsanteile des Bundes	57 000	57 000	57 000	57 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	3 300 000	3 500 000	3 500 000	3 500 000
344 Ertragsanteile Dritter	160 000	160 000	160 000	160 000
351 Entschädigungen an Kantone	380 000	380 000	380 000	380 000
360 Staatsbeiträge	7 228 000	9 558 000	9 804 000	9 518 000
370 Durchlaufende Beiträge	7 369 000	7 001 000	7 001 000	7 001 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
390 Interne Verrechnungen	268 900	268 900	268 900	268 900
412 Konzessionen	8 305 000 –	8 905 000 –	8 905 000 –	8 905 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	2 237 500 –	2 237 500 –	2 237 500 –	2 237 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
435 Verkaufserlöse	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
436 Kostenrückerstattungen	33 000 –	33 000 –	33 000 –	33 000 –
439 Andere Entgelte	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
450 Rückerstattungen des Bundes	820 700 –	653 200 –	653 200 –	653 200 –
451 Rückerstattungen der Kantone	405 800 –	405 800 –	405 800 –	405 800 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	441 000 –	441 000 –	441 000 –	441 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 200 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	7 369 000 –	7 001 000 –	7 001 000 –	7 001 000 –
490 Interne Verrechnungen	530 000 –	530 000 –	495 000 –	500 500 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
7 Sicherheits- und Justizdepartement				
Aufwand	560 267 300	580 536 200	601 150 100	641 817 400
Ertrag	442 659 700 –	460 518 800 –	478 621 800 –	520 591 800 –
Aufwandüberschuss	117 607 600 –	120 017 400 –	122 528 300 –	121 225 600 –
700 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 364 000	4 068 600	5 368 600	4 068 600
Ertrag	91 200 –	91 200 –	91 200 –	91 200 –
Aufwandüberschuss	4 272 800 –	3 977 400 –	5 277 400 –	3 977 400 –
7000 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 364 000	4 068 600	5 368 600	4 068 600
Ertrag	91 200 –	91 200 –	91 200 –	91 200 –
Aufwandüberschuss	4 272 800 –	3 977 400 –	5 277 400 –	3 977 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	45 000	45 000	45 000	45 000
301 Besoldungen	2 566 900	2 597 200	2 597 200	2 597 200
303 Arbeitgeberbeiträge	348 600	319 600	319 600	319 600
309 Anderer Personalaufwand	22 000	22 000	22 000	22 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	33 000	33 000	33 000	33 000
312 Informatik	142 800	142 800	1 442 800	142 800
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	6 400	6 400	6 400	6 400
317 Spesenentschädigungen	8 500	8 500	8 500	8 500
318 Dienstleistungen und Honorare	359 700	173 000	173 000	173 000
319 Anderer Sachaufwand	195 500	185 500	185 500	185 500
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
360 Staatsbeiträge	525 000	525 000	525 000	525 000
390 Interne Verrechnungen	110 100	10 100	10 100	10 100
431 Gebühren für Amtshandlungen	36 000 –	36 000 –	36 000 –	36 000 –
436 Kostenrückerstattungen	55 000 –	55 000 –	55 000 –	55 000 –
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –
715 Migrationsamt				
Aufwand	60 435 300	61 555 300	61 640 300	61 080 300
Ertrag	55 176 300 –	54 687 600 –	54 787 600 –	54 787 600 –
Aufwandüberschuss	5 259 000 –	6 867 700 –	6 852 700 –	6 292 700 –
7150 Migrationswesen				
Aufwand	8 155 800	8 550 900	8 255 900	8 105 900
Ertrag	5 755 100 –	5 455 100 –	5 555 100 –	5 555 100 –
Aufwandüberschuss	2 400 700 –	3 095 800 –	2 700 800 –	2 550 800 –
301 Besoldungen	3 846 200	3 886 300	3 886 300	3 886 300
303 Arbeitgeberbeiträge	525 900	525 900	525 900	525 900
309 Anderer Personalaufwand	7 700	7 700	7 700	7 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	193 600	193 600	193 600	193 600
312 Informatik	810 200	1 285 200	990 200	840 200
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	19 000	19 000	19 000	19 000
318 Dienstleistungen und Honorare	372 600	372 600	372 600	372 600
319 Anderer Sachaufwand	18 300	18 300	18 300	18 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 000	20 000	20 000
340 Ertragsanteile des Bundes	600 000	600 000	600 000	600 000
360 Staatsbeiträge	400 000	400 000	400 000	400 000
390 Interne Verrechnungen	1 337 300	1 217 300	1 217 300	1 217 300
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	
431	Gebühren für Amtshandlungen	3 203 000 –	2 903 000 –	3 003 000 –	3 003 000 –
436	Kostenrückerstattungen	597 000 –	597 000 –	597 000 –	597 000 –
439	Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
450	Rückerstattungen des Bundes	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –
7151	Asylwesen				
	Aufwand	48 433 000	49 000 200	49 330 200	49 120 200
	Ertrag	43 160 600 –	43 181 900 –	43 181 900 –	43 181 900 –
	Aufwandüberschuss	5 272 400 –	5 818 300 –	6 148 300 –	5 938 300 –
301	Besoldungen	6 441 600	6 754 800	6 754 800	6 754 800
303	Arbeitgeberbeiträge	940 900	974 800	974 800	974 800
309	Anderer Personalaufwand	21 600	21 600	21 600	21 600
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	72 400	74 800	74 800	74 800
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	122 500	79 700	209 700	199 700
312	Informatik	592 500	442 500	642 500	442 500
313	Verbrauchsmaterialien	2 086 400	2 169 000	2 169 000	2 169 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	273 000	283 000	283 000	283 000
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	327 500	365 000	365 000	365 000
317	Spesenentschädigungen	44 500	45 800	45 800	45 800
318	Dienstleistungen und Honorare	4 618 100	4 853 900	4 853 900	4 853 900
319	Anderer Sachaufwand	32 500	33 600	33 600	33 600
352	Entschädigungen an Gemeinden	31 505 000	31 505 000	31 505 000	31 505 000
360	Staatsbeiträge	409 500	451 700	451 700	451 700
390	Interne Verrechnungen	945 000	945 000	945 000	945 000
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	500 –	500 –	500 –	500 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
432	Spitaltaxen und Kostgelder	45 200 –	48 700 –	48 700 –	48 700 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	26 400 –	26 500 –	26 500 –	26 500 –
435	Verkaufserlöse	109 500 –	114 400 –	114 400 –	114 400 –
436	Kostenrückerstattungen	234 000 –	246 700 –	246 700 –	246 700 –
439	Andere Entgelte	7 000 –	7 100 –	7 100 –	7 100 –
450	Rückerstattungen des Bundes	950 000 –	950 000 –	950 000 –	950 000 –
451	Rückerstattungen der Kantone	941 000 –	941 000 –	941 000 –	941 000 –
460	Beiträge für eigene Rechnung	40 845 000 –	40 845 000 –	40 845 000 –	40 845 000 –
7152	Ausweisstelle				
	Aufwand	3 846 500	4 004 200	4 054 200	3 854 200
	Ertrag	6 260 600 –	6 050 600 –	6 050 600 –	6 050 600 –
	Ertragsüberschuss	2 414 100	2 046 400	1 996 400	2 196 400
301	Besoldungen	946 600	959 100	959 100	959 100
303	Arbeitgeberbeiträge	146 000	146 000	146 000	146 000
309	Anderer Personalaufwand	2 900	2 900	2 900	2 900
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	20 000	20 000	20 000	20 000
312	Informatik	115 800	261 000	311 000	111 000
317	Spesenentschädigungen	4 000	4 000	4 000	4 000
318	Dienstleistungen und Honorare	11 000	11 000	11 000	11 000
340	Ertragsanteile des Bundes	2 600 000	2 600 000	2 600 000	2 600 000
390	Interne Verrechnungen	200	200	200	200
431	Gebühren für Amtshandlungen	5 860 000 –	5 650 000 –	5 650 000 –	5 650 000 –
436	Kostenrückerstattungen	400 600 –	400 600 –	400 600 –	400 600 –
720	Amt für Justizvollzug				
	Aufwand	62 182 500	61 484 500	61 952 800	62 022 500
	Ertrag	35 815 900 –	35 898 400 –	35 998 400 –	36 078 400 –
	Aufwandüberschuss	26 366 600 –	25 586 100 –	25 954 400 –	25 944 100 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
7200 Amt für Justizvollzug				
Aufwand	62 182 500	61 484 500	61 952 800	62 022 500
Ertrag	35 815 900 –	35 898 400 –	35 998 400 –	36 078 400 –
Aufwandüberschuss	26 366 600 –	25 586 100 –	25 954 400 –	25 944 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 000	1 000	1 000	1 000
301 Besoldungen	21 435 600	21 599 000	21 599 000	21 599 000
303 Arbeitgeberbeiträge	3 140 000	3 140 000	3 140 000	3 140 000
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	43 200	43 200	43 200	43 200
309 Anderer Personalaufwand	199 200	215 600	222 200	220 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	157 200	157 200	157 200	157 200
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 079 800	925 400	1 236 600	1 252 900
312 Informatik	647 900	657 700	657 700	657 700
313 Verbrauchsmaterialien	5 308 400	5 329 400	5 381 400	5 381 400
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	38 000	38 000	38 000	38 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	1 205 700	1 036 600	1 124 600	1 149 600
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	600	600	600	600
317 Spesenentschädigungen	184 000	184 000	184 000	184 000
318 Dienstleistungen und Honorare	24 603 300	25 513 200	25 463 700	25 463 700
319 Anderer Sachaufwand	134 000	134 000	134 000	134 000
329 Andere Passivzinsen	10 000	10 000	10 000	10 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	9 500	9 500	9 500	9 500
360 Staatsbeiträge	460 000	490 000	520 000	520 000
390 Interne Verrechnungen	3 525 100	2 000 100	2 030 100	2 060 100
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	63 800 –	63 800 –	63 800 –	63 800 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	25 450 400 –	25 450 400 –	25 450 400 –	25 450 400 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	169 500 –	169 500 –	169 500 –	169 500 –
435 Verkaufserlöse	5 598 000 –	5 680 500 –	5 750 500 –	5 800 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 096 400 –	1 096 400 –	1 096 400 –	1 096 400 –
439 Andere Entgelte	39 300 –	39 300 –	39 300 –	39 300 –
451 Rückerstattungen der Kantone	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	130 500 –	130 500 –	130 500 –	130 500 –
490 Interne Verrechnungen	3 237 800 –	3 237 800 –	3 267 800 –	3 297 800 –
725 Kantonspolizei				
Aufwand	136 131 500	139 843 800	141 907 300	143 794 200
Ertrag	76 979 900 –	78 972 700 –	77 877 700 –	78 048 500 –
Aufwandüberschuss	59 151 600 –	60 871 100 –	64 029 600 –	65 745 700 –
7250 Kantonspolizei				
Aufwand	136 131 500	139 843 800	141 907 300	143 794 200
Ertrag	76 979 900 –	78 972 700 –	77 877 700 –	78 048 500 –
Aufwandüberschuss	59 151 600 –	60 871 100 –	64 029 600 –	65 745 700 –
301 Besoldungen	82 867 500	84 161 300	85 656 000	87 247 300
303 Arbeitgeberbeiträge	12 324 400	12 516 800	12 777 200	13 014 900
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 233 100	1 501 300	1 561 800	1 466 300
309 Anderer Personalaufwand	1 365 900	1 484 600	1 489 600	1 489 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	638 200	693 200	674 400	641 100
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	4 796 300	4 362 700	3 994 800	3 283 900
312 Informatik	10 095 200	10 547 400	11 561 400	11 206 400
313 Verbrauchsmaterialien	1 637 400	1 786 300	1 738 300	1 762 500

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	114 800	104 300	104 100	104 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 493 800	2 292 900	2 300 900	2 303 900
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	604 200	613 900	614 900	615 900
317 Spesenentschädigungen	949 700	986 000	977 900	984 000
318 Dienstleistungen und Honorare	4 375 100	4 690 100	4 700 400	4 710 700
319 Anderer Sachaufwand	566 200	540 700	535 700	535 700
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 006 900	1 006 900	945 700	945 700
342 Ertragsanteile der Gemeinden	1 315 000	1 315 000	1 317 000	1 320 000
350 Entschädigungen an Bund	175 500	178 500	180 000	181 500
351 Entschädigungen an Kantone	1 195 800	1 593 000	1 596 500	1 600 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	4 130 000	6 630 000	6 630 000	6 630 000
390 Interne Verrechnungen	4 246 500	2 838 900	2 550 700	3 750 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 867 100 –	3 857 100 –	3 858 100 –	3 859 100 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 561 900 –	1 561 900 –	1 561 900 –	1 561 900 –
435 Verkaufserlöse	78 800 –	68 800 –	68 800 –	68 800 –
436 Kostenrückerstattungen	3 940 700 –	3 909 500 –	3 909 500 –	3 909 500 –
437 Bussen	21 830 000 –	21 830 000 –	20 565 000 –	20 565 000 –
439 Andere Entgelte	53 100 –	56 600 –	56 600 –	56 600 –
450 Rückerstattungen des Bundes	1 653 400 –	1 653 400 –	1 653 400 –	1 653 400 –
451 Rückerstattungen der Kantone	935 900 –	1 038 200 –	1 038 200 –	1 038 200 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	3 735 900 –	3 731 300 –	3 736 700 –	3 742 100 –
490 Interne Verrechnungen	39 323 100 –	41 265 900 –	41 429 500 –	41 593 900 –
730 Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt				
Aufwand	221 967 700	240 531 100	259 055 000	300 229 700
Ertrag	234 669 200 –	253 144 300 –	271 992 300 –	313 631 500 –
Ertragsüberschuss	12 701 500	12 613 200	12 937 300	13 401 800
7300 Strassenverkehr				
Aufwand	26 164 400	26 305 700	26 586 600	26 372 100
Ertrag	37 702 800 –	38 521 800 –	38 796 800 –	38 796 800 –
Ertragsüberschuss	11 538 400	12 216 100	12 210 200	12 424 700
301 Besoldungen	11 780 500	12 480 500	12 480 500	12 480 500
303 Arbeitgeberbeiträge	1 686 000	1 672 000	1 672 000	1 672 000
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	50 500	43 500	43 500	43 500
309 Anderer Personalaufwand	182 700	229 100	229 100	229 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	593 900	598 900	519 300	599 300
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	198 900	110 400	60 300	210 300
312 Informatik	3 587 300	3 194 300	3 599 300	3 159 300
313 Verbrauchsmaterialien	483 900	461 800	467 300	461 800
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	35 000	30 000	30 000	30 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	418 400	385 500	385 600	385 600
317 Spesenentschädigungen	185 200	186 200	186 200	186 200
318 Dienstleistungen und Honorare	3 188 000	3 143 000	3 143 000	3 144 000
319 Anderer Sachaufwand	109 900	106 200	106 200	106 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	180 000	180 000	180 000	180 000
340 Ertragsanteile des Bundes	1 750 000	1 750 000	1 750 000	1 750 000
390 Interne Verrechnungen	1 734 200	1 734 300	1 734 300	1 734 300
406 Besitz- und Aufwandsteuern	1 700 000 –	1 700 000 –	1 700 000 –	1 700 000 –
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	31 575 500 –	32 404 500 –	32 679 500 –	32 679 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 647 000 –	1 652 000 –	1 652 000 –	1 652 000 –
435 Verkaufserlöse	4 500 –	4 500 –	4 500 –	4 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 907 700 –	1 897 700 –	1 897 700 –	1 897 700 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	
439	Andere Entgelte	378 000 –	373 000 –	373 000 –	373 000 –
450	Rückerstattungen des Bundes	490 000 –	490 000 –	490 000 –	490 000 –
7301	Schifffahrt				
	Aufwand	1 700 900	2 471 400	2 141 400	1 891 400
	Ertrag	2 864 000 –	2 868 500 –	2 868 500 –	2 868 500 –
	Ertragsüberschuss	1 163 100	397 100	727 100	977 100
301	Besoldungen	771 900	771 900	771 900	771 900
303	Arbeitgeberbeiträge	114 100	108 100	108 100	108 100
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 500	4 500	4 500	4 500
309	Anderer Personalaufwand	4 700	4 700	4 700	4 700
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	32 000	32 000	32 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	4 000	455 500	455 500	205 500
312	Informatik	104 800	434 800	104 800	104 800
313	Verbrauchsmaterialien	36 000	40 000	40 000	40 000
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	62 000	62 000	62 000	62 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	142 000	141 000	141 000	141 000
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	56 000	56 000	56 000	56 000
317	Spesenentschädigungen	29 500	29 500	29 500	29 500
318	Dienstleistungen und Honorare	48 300	48 300	48 300	48 300
319	Anderer Sachaufwand	5 200	5 200	5 200	5 200
360	Staatsbeiträge	257 000	257 000	257 000	257 000
390	Interne Verrechnungen	20 900	20 900	20 900	20 900
406	Besitz- und Aufwandsteuern	2 350 000 –	2 350 000 –	2 350 000 –	2 350 000 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	427 000 –	431 500 –	431 500 –	431 500 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
435	Verkaufserlöse	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
436	Kostenrückerstattungen	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
439	Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
7309	Strassenfonds (SF)				
	Aufwand	194 102 400	211 754 000	230 327 000	271 966 200
	Ertrag	194 102 400 –	211 754 000 –	230 327 000 –	271 966 200 –
390	Interne Verrechnungen	194 102 400	211 754 000	230 327 000	271 966 200
406	Besitz- und Aufwandsteuern	144 642 000 –	145 142 000 –	145 642 000 –	146 142 000 –
440	Anteile an Bundeseinnahmen	22 270 000 –	22 722 000 –	23 022 000 –	23 170 000 –
460	Beiträge für eigene Rechnung	16 823 800 –	18 280 700 –	18 311 400 –	18 278 800 –
482	Entnahme aus Spezialfinanzierungen	8 698 200 –	23 439 200 –	40 581 200 –	81 352 300 –
490	Interne Verrechnungen	1 668 400 –	2 170 100 –	2 770 400 –	3 023 100 –
735	Strafuntersuchung				
	Aufwand	59 099 400	60 278 400	60 708 300	60 104 300
	Ertrag	28 837 200 –	29 175 200 –	29 325 200 –	29 405 200 –
	Aufwandüberschuss	30 262 200 –	31 103 200 –	31 383 100 –	30 699 100 –
7352	Staatsanwaltschaft				
	Aufwand	59 099 400	60 278 400	60 708 300	60 104 300
	Ertrag	28 837 200 –	29 175 200 –	29 325 200 –	29 405 200 –
	Aufwandüberschuss	30 262 200 –	31 103 200 –	31 383 100 –	30 699 100 –
301	Besoldungen	22 676 500	22 966 400	22 966 300	22 966 300
303	Arbeitgeberbeiträge	3 410 900	3 468 900	3 468 900	3 468 900
309	Anderer Personalaufwand	60 700	60 700	60 700	60 700

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	280 000	280 000	280 000	280 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	37 500	35 000	35 000	35 000
312	Informatik	1 646 700	2 170 200	2 450 200	1 766 200
313	Verbrauchsmaterialien	700	700	700	700
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	32 500	32 600	32 600	32 600
317	Spesenentschädigungen	134 000	134 000	134 000	134 000
318	Dienstleistungen und Honorare	21 336 900	21 586 900	21 736 900	21 786 900
319	Anderer Sachaufwand	110 100	110 100	110 100	110 100
320	Zins auf laufenden Verpflichtungen	5 000	5 000	5 000	5 000
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	7 131 000	7 191 000	7 191 000	7 221 000
350	Entschädigungen an Bund	68 900	68 900	68 900	68 900
390	Interne Verrechnungen	2 168 000	2 168 000	2 168 000	2 168 000
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	200 -	200 -	200 -	200 -
421	Vermögenserträge aus Guthaben	325 000 -	343 000 -	343 000 -	343 000 -
431	Gebühren für Amtshandlungen	8 598 000 -	8 748 000 -	8 798 000 -	8 798 000 -
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	100 000 -	100 000 -	100 000 -	100 000 -
435	Verkaufserlöse	461 000 -	461 000 -	461 000 -	461 000 -
436	Kostenrückerstattungen	6 849 000 -	6 919 000 -	6 919 000 -	6 959 000 -
437	Bussen	11 583 000 -	11 683 000 -	11 783 000 -	11 823 000 -
439	Andere Entgelte	163 000 -	163 000 -	163 000 -	163 000 -
490	Interne Verrechnungen	758 000 -	758 000 -	758 000 -	758 000 -
740	Amt für Militär und Zivilschutz				
	Aufwand	16 086 900	12 774 500	10 517 800	10 517 800
	Ertrag	11 090 000 -	8 549 400 -	8 549 400 -	8 549 400 -
	Aufwandüberschuss	4 996 900 -	4 225 100 -	1 968 400 -	1 968 400 -
7400	Amt für Militär und Zivilschutz				
	Aufwand	16 086 900	12 774 500	10 517 800	10 517 800
	Ertrag	11 090 000 -	8 549 400 -	8 549 400 -	8 549 400 -
	Aufwandüberschuss	4 996 900 -	4 225 100 -	1 968 400 -	1 968 400 -
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	9 500	6 500	6 500	6 500
301	Besoldungen	5 117 200	5 167 500	5 167 500	5 167 500
303	Arbeitgeberbeiträge	796 800	796 800	796 800	796 800
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	22 700	27 700	22 700	22 700
309	Anderer Personalaufwand	5 500	5 500	5 500	5 500
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	102 400	93 400	93 400	93 400
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	151 400	46 000	99 000	97 000
312	Informatik	325 700	325 700	325 700	325 700
313	Verbrauchsmaterialien	88 100	88 800	88 900	89 000
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	22 500	20 000	20 000	20 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	284 300	286 400	285 400	285 400
317	Spesenentschädigungen	236 500	210 100	208 300	209 600
318	Dienstleistungen und Honorare	654 900	571 400	547 400	548 000
319	Anderer Sachaufwand	1 402 600	1 523 700	754 300 -	754 300 -
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	11 000	11 000	11 000	11 000
340	Ertragsanteile des Bundes	35 000	35 000	35 000	35 000
350	Entschädigungen an Bund	74 300	80 300	80 300	80 300
352	Entschädigungen an Gemeinden	31 000	31 000	31 000	31 000
360	Staatsbeiträge	151 900	151 900	151 900	151 900
370	Durchlaufende Beiträge	2 788 000	388 000	388 000	388 000
380	Zuweisung an Sondervermögen	2 686 900	2 680 700	2 680 700	2 680 700
390	Interne Verrechnungen	1 088 700	227 100	227 100	227 100
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	100 -	100 -	100 -	100 -
430	Ersatzabgaben	3 000 000 -	3 000 000 -	3 000 000 -	3 000 000 -
431	Gebühren für Amtshandlungen	216 500 -	217 000 -	217 000 -	217 000 -

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	12 500 –	12 500 –	12 500 –	12 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 186 000 –	1 098 300 –	1 098 300 –	1 098 300 –
435 Verkaufserlöse	10 200 –	10 200 –	10 200 –	10 200 –
436 Kostenrückerstattungen	95 200 –	86 800 –	86 800 –	86 800 –
437 Bussen	260 000 –	260 000 –	260 000 –	260 000 –
439 Andere Entgelte	16 500 –	15 500 –	15 500 –	15 500 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	3 350 000 –	3 350 000 –	3 350 000 –	3 350 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	96 000 –	96 000 –	96 000 –	96 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	2 788 000 –	388 000 –	388 000 –	388 000 –
490 Interne Verrechnungen	59 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
8 Gesundheitsdepartement				
Aufwand	755 752 000	752 795 400	759 828 900	773 448 200
Ertrag	170 043 400 –	155 776 800 –	158 211 400 –	160 858 400 –
Aufwandüberschuss	585 708 600 –	597 018 600 –	601 617 500 –	612 589 800 –
800 Generalsekretariat GD				
Aufwand	15 856 300	15 497 900	15 532 300	15 546 900
Ertrag	2 265 600 –	2 234 700 –	2 255 600 –	2 280 700 –
Aufwandüberschuss	13 590 700 –	13 263 200 –	13 276 700 –	13 266 200 –
8000 Generalsekretariat GD				
Aufwand	13 928 800	13 601 300	13 614 800	13 604 300
Ertrag	338 100 –	338 100 –	338 100 –	338 100 –
Aufwandüberschuss	13 590 700 –	13 263 200 –	13 276 700 –	13 266 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	28 000	28 000	28 000	28 000
301 Besoldungen	3 799 100	3 820 300	3 823 800	3 813 300
303 Arbeitgeberbeiträge	535 300	535 900	535 900	535 900
309 Anderer Personalaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	86 000	86 000	86 000	86 000
312 Informatik	528 900	379 600	379 600	379 600
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	117 000	117 000	117 000	117 000
318 Dienstleistungen und Honorare	2 328 200	2 338 200	2 348 200	2 348 200
319 Anderer Sachaufwand	509 800	89 800	89 800	89 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	5 866 100	6 076 100	6 076 100	6 076 100
390 Interne Verrechnungen	106 400	106 400	106 400	106 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	220 000 –	220 000 –	220 000 –	220 000 –
436 Kostenrückerstattungen	91 100 –	91 100 –	91 100 –	91 100 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	22 000 –	22 000 –	22 000 –	22 000 –
8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)				
Aufwand	1 927 500	1 896 600	1 917 500	1 942 600
Ertrag	1 927 500 –	1 896 600 –	1 917 500 –	1 942 600 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	50 000	50 000	50 000	50 000
360 Staatsbeiträge	1 374 500	1 374 500	1 374 500	1 374 500
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	498 100	466 700	487 200	511 800
390 Interne Verrechnungen	3 900	4 400	4 800	5 300
436 Kostenrückerstattungen	35 200 –	34 400 –	34 400 –	34 400 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	1 691 600 –	1 650 000 –	1 650 000 –	1 650 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	195 000 –	195 000 –	195 000 –	195 000 –
490 Interne Verrechnungen	5 700 –	17 200 –	38 100 –	63 200 –
805 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 047 300	3 853 800	3 609 700	3 439 200
Ertrag	1 047 400 –	855 900 –	603 000 –	439 600 –
Aufwandüberschuss	2 999 900 –	2 997 900 –	3 006 700 –	2 999 600 –
8050 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 047 300	3 853 800	3 609 700	3 439 200
Ertrag	1 047 400 –	855 900 –	603 000 –	439 600 –
Aufwandüberschuss	2 999 900 –	2 997 900 –	3 006 700 –	2 999 600 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	4 000	4 000	4 000	4 000
301	Besoldungen	1 719 800	1 678 900	1 516 700	1 442 700
303	Arbeitgeberbeiträge	276 900	272 000	242 600	233 500
309	Anderer Personalaufwand	2 400	2 400	2 400	2 400
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	40 000	40 000	40 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	500	500	500	500
312	Informatik	94 100	94 100	94 100	94 100
313	Verbrauchsmaterialien	40 000	40 000	40 000	40 000
317	Spesenentschädigungen	60 000	60 000	56 500	55 000
318	Dienstleistungen und Honorare	960 500	812 500	764 500	678 600
319	Anderer Sachaufwand	56 900	57 200	56 200	56 200
360	Staatsbeiträge	750 000	750 000	750 000	750 000
390	Interne Verrechnungen	42 200	42 200	42 200	42 200
435	Verkaufserlöse	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
436	Kostenrückerstattungen	503 400 –	444 700 –	281 000 –	277 700 –
439	Andere Entgelte	409 900 –	277 100 –	187 900 –	27 800 –
452	Rückerstattungen der Gemeinden	126 100 –	126 100 –	126 100 –	126 100 –
810	Aus- und Weiterbildung				
	Aufwand	92 000	92 000	92 000	92 000
	Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
	Aufwandüberschuss	87 000 –	87 000 –	87 000 –	87 000 –
8109	Andere Aus- und Weiterbildung				
	Aufwand	92 000	92 000	92 000	92 000
	Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
	Aufwandüberschuss	87 000 –	87 000 –	87 000 –	87 000 –
360	Staatsbeiträge	92 000	92 000	92 000	92 000
436	Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
812	Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
	Aufwand	19 742 500	19 568 900	19 431 000	19 455 700
	Ertrag	10 224 500 –	10 540 000 –	10 564 500 –	10 589 400 –
	Aufwandüberschuss	9 518 000 –	9 028 900 –	8 866 500 –	8 866 300 –
8120	Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
	Aufwand	14 550 000	14 560 900	14 398 500	14 398 300
	Ertrag	5 032 000 –	5 532 000 –	5 532 000 –	5 532 000 –
	Aufwandüberschuss	9 518 000 –	9 028 900 –	8 866 500 –	8 866 300 –
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	2 000	2 000	2 000	2 000
301	Besoldungen	8 364 000	8 374 100	8 377 500	8 377 300
303	Arbeitgeberbeiträge	1 289 800	1 290 500	1 290 700	1 290 700
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	10 000	10 000	10 000	10 000
309	Anderer Personalaufwand	49 400	349 400	349 400	349 400
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	82 000	82 000	82 000	82 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	385 000	385 000	385 000	385 000
312	Informatik	1 150 700	715 800	554 800	554 800
313	Verbrauchsmaterialien	479 600	479 600	479 600	479 600
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	250 000	270 000	270 000	270 000
317	Spesenentschädigungen	283 000	283 000	283 000	283 000
318	Dienstleistungen und Honorare	1 052 400	1 057 400	1 052 400	1 052 400
319	Anderer Sachaufwand	50 000	250 000	250 000	250 000

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	12 000	12 000	12 000	12 000
390 Interne Verrechnungen	1 090 100	1 000 100	1 000 100	1 000 100
421 Vermögenserträge aus Guthaben	500 –	500 –	500 –	500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 375 000 –	3 375 000 –	3 375 000 –	3 375 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
436 Kostenrückerstattungen	31 000 –	31 000 –	31 000 –	31 000 –
439 Andere Entgelte	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung		500 000 –	500 000 –	500 000 –
490 Interne Verrechnungen	415 500 –	415 500 –	415 500 –	415 500 –
8121 Tiergesundheit				
Aufwand	2 403 500	2 373 500	2 373 500	2 373 500
Ertrag	2 403 500 –	2 373 500 –	2 373 500 –	2 373 500 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	5 000	5 000	5 000	5 000
313 Verbrauchsmaterialien	45 000	45 000	45 000	45 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 457 000	1 427 000	1 427 000	1 427 000
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	891 000	891 000	891 000	891 000
390 Interne Verrechnungen	1 500	1 500	1 500	1 500
490 Interne Verrechnungen	2 403 500 –	2 373 500 –	2 373 500 –	2 373 500 –
8129 Tierseuchenkasse (SF)				
Aufwand	2 789 000	2 634 500	2 659 000	2 683 900
Ertrag	2 789 000 –	2 634 500 –	2 659 000 –	2 683 900 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	129 300	4 700	29 200	54 000
390 Interne Verrechnungen	2 659 700	2 629 800	2 629 800	2 629 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	200 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –
490 Interne Verrechnungen	1 009 000 –	1 024 500 –	1 049 000 –	1 073 900 –
820 Heimstätten Wil				
Aufwand	17 091 800			
Ertrag	17 089 500 –			
Aufwandüberschuss	2 300 –			
8221 Heimstätten Wil				
Aufwand	17 091 800			
Ertrag	17 089 500 –			
Aufwandüberschuss	2 300 –			
301 Besoldungen	10 565 200			
303 Arbeitgeberbeiträge	1 446 400			
309 Anderer Personalaufwand	267 300			
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	74 500			
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	278 500			
312 Informatik	247 800			
313 Verbrauchsmaterialien	1 587 200			
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	792 700			
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	631 300			
317 Spesenentschädigungen	119 100			
318 Dienstleistungen und Honorare	953 300			
319 Anderer Sachaufwand	128 500			
432 Spitaltaxen und Kostgelder	4 739 400 –			

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	92 000 –			
435 Verkaufserlöse	1 209 500 –			
436 Kostenrückerstattungen	1 083 500 –			
439 Andere Entgelte	49 000 –			
460 Beiträge für eigene Rechnung	9 916 100 –			
830 Amt für Gesundheitsversorgung				
Aufwand	698 922 100	713 782 800	721 163 900	734 914 400
Ertrag	139 411 400 –	142 141 200 –	144 783 300 –	147 543 700 –
Aufwandüberschuss	559 510 700 –	571 641 600 –	576 380 600 –	587 370 700 –
8300 Amtsleitung AfGVE				
Aufwand	1 207 500	2 007 500	1 211 800	1 209 400
Ertrag	249 600 –	249 600 –	249 600 –	249 600 –
Aufwandüberschuss	957 900 –	1 757 900 –	962 200 –	959 800 –
301 Besoldungen	803 600	803 600	807 900	805 500
303 Arbeitgeberbeiträge	124 000	124 000	124 000	124 000
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	56 200	56 200	56 200	56 200
312 Informatik	25 000	25 000	25 000	25 000
317 Spesenentschädigungen	3 000	3 000	3 000	3 000
318 Dienstleistungen und Honorare	187 800	187 800	187 800	187 800
360 Staatsbeiträge		800 000		
390 Interne Verrechnungen	7 000	7 000	7 000	7 000
436 Kostenrückerstattungen	249 600 –	249 600 –	249 600 –	249 600 –
8301 Individuelle Prämienverbilligung				
Aufwand	196 446 300	197 948 600	202 109 100	206 351 600
Ertrag	136 407 700 –	139 135 800 –	141 918 500 –	144 756 900 –
Aufwandüberschuss	60 038 600 –	58 812 800 –	60 190 600 –	61 594 700 –
318 Dienstleistungen und Honorare	3 224 300	3 242 600	3 261 100	3 279 600
360 Staatsbeiträge	193 222 000	194 706 000	198 848 000	203 072 000
460 Beiträge für eigene Rechnung	136 407 700 –	139 135 800 –	141 918 500 –	144 756 900 –
8302 Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken				
Aufwand	834 100	834 100	834 100	837 500
Ertrag	834 100 –	834 100 –	834 100 –	837 500 –
301 Besoldungen	695 200	695 200	695 200	698 800
303 Arbeitgeberbeiträge	63 600	63 600	63 600	63 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 500	3 500	3 500	3 500
312 Informatik	12 600	12 600	12 600	12 400
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 100	3 100	3 100	3 100
319 Anderer Sachaufwand	37 500	37 500	37 500	37 500
390 Interne Verrechnungen	10 600	10 600	10 600	10 600
436 Kostenrückerstattungen	833 000 –	833 000 –	833 000 –	836 400 –
490 Interne Verrechnungen	1 100 –	1 100 –	1 100 –	1 100 –
8303 Innerkantonale Hospitalisation				
Aufwand	401 009 000	411 260 300	414 313 600	421 863 700
Ertrag				
Aufwandüberschuss	401 009 000 –	411 260 300 –	414 313 600 –	421 863 700 –
360 Staatsbeiträge	401 009 000	411 260 300	414 313 600	421 863 700

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
8304 Ausserkantonale Hospitalisation				
Aufwand	95 000 000	97 240 700	98 203 700	100 160 600
Ertrag	1 310 000 –	1 250 000 –	1 280 000 –	1 320 000 –
Aufwandüberschuss	93 690 000 –	95 990 700 –	96 923 700 –	98 840 600 –
360 Staatsbeiträge	95 000 000	97 240 700	98 203 700	100 160 600
451 Rückerstattungen der Kantone	1 310 000 –	1 250 000 –	1 280 000 –	1 320 000 –
8305 Ambulante Versorgung				
Aufwand	4 425 200	4 491 600	4 491 600	4 491 600
Ertrag				
Aufwandüberschuss	4 425 200 –	4 491 600 –	4 491 600 –	4 491 600 –
360 Staatsbeiträge	4 425 200	4 491 600	4 491 600	4 491 600
8309 Zentrum für Labormedizin				
Aufwand				
Ertrag	610 000 –	671 700 –	501 100 –	379 700 –
Ertragsüberschuss	610 000	671 700	501 100	379 700
460 Beiträge für eigene Rechnung	610 000 –	671 700 –	501 100 –	379 700 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
9 Gerichte				
Aufwand	43 595 400	43 844 900	43 794 900	43 794 900
Ertrag	13 924 500 –	13 999 500 –	14 074 500 –	14 074 500 –
Aufwandüberschuss	29 670 900 –	29 845 400 –	29 720 400 –	29 720 400 –
900 Zivil- und Strafrechtspflege				
Aufwand	35 912 500	36 084 900	36 034 900	36 034 900
Ertrag	13 183 300 –	13 258 300 –	13 333 300 –	13 333 300 –
Aufwandüberschuss	22 729 200 –	22 826 600 –	22 701 600 –	22 701 600 –
9001 Kreisgerichte				
Aufwand	23 101 600	23 139 500	23 099 500	23 099 500
Ertrag	9 572 400 –	9 637 400 –	9 702 400 –	9 702 400 –
Aufwandüberschuss	13 529 200 –	13 502 100 –	13 397 100 –	13 397 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	401 000	451 000	451 000	451 000
301 Besoldungen	13 422 100	13 422 100	13 422 100	13 422 100
303 Arbeitgeberbeiträge	2 084 700	2 092 300	2 092 300	2 092 300
309 Anderer Personalaufwand	23 400	23 400	23 400	23 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	268 000	268 000	268 000	268 000
312 Informatik	815 700	836 000	836 000	836 000
317 Spesenentschädigungen	88 800	88 800	88 800	88 800
318 Dienstleistungen und Honorare	4 629 400	4 629 400	4 629 400	4 629 400
319 Anderer Sachaufwand	6 300	6 300	6 300	6 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	443 300	403 300	363 300	363 300
390 Interne Verrechnungen	918 900	918 900	918 900	918 900
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	700 –	700 –	700 –	700 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	12 500 –	12 500 –	12 500 –	12 500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	6 102 600 –	6 102 600 –	6 102 600 –	6 102 600 –
436 Kostenrückerstattungen	2 203 200 –	2 268 200 –	2 333 200 –	2 333 200 –
439 Andere Entgelte	47 100 –	47 100 –	47 100 –	47 100 –
490 Interne Verrechnungen	1 206 300 –	1 206 300 –	1 206 300 –	1 206 300 –
9002 Kantonsgericht				
Aufwand	9 163 100	9 297 600	9 287 600	9 287 600
Ertrag	2 756 900 –	2 766 900 –	2 776 900 –	2 776 900 –
Aufwandüberschuss	6 406 200 –	6 530 700 –	6 510 700 –	6 510 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	300 000	300 000	300 000	300 000
301 Besoldungen	6 077 500	6 247 900	6 247 900	6 247 900
303 Arbeitgeberbeiträge	968 800	992 900	992 900	992 900
309 Anderer Personalaufwand	97 000	127 000	127 000	127 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	125 000	125 000	125 000	125 000
312 Informatik	300 300	300 300	300 300	300 300
317 Spesenentschädigungen	11 100	11 100	11 100	11 100
318 Dienstleistungen und Honorare	779 500	779 500	779 500	779 500
319 Anderer Sachaufwand	25 000	25 000	25 000	25 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	150 000	140 000	130 000	130 000
390 Interne Verrechnungen	328 900	248 900	248 900	248 900
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 162 000 –	1 162 000 –	1 162 000 –	1 162 000 –
436 Kostenrückerstattungen	395 000 –	405 000 –	415 000 –	415 000 –
437 Bussen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	4 000 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –
490 Interne Verrechnungen	1 193 800 –	1 193 800 –	1 193 800 –	1 193 800 –

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
9004 Anklagekammer				
Aufwand	894 900	894 900	894 900	894 900
Ertrag	193 000 –	193 000 –	193 000 –	193 000 –
Aufwandüberschuss	701 900 –	701 900 –	701 900 –	701 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	200 000	200 000	200 000	200 000
303 Arbeitgeberbeiträge	12 900	12 900	12 900	12 900
317 Spesenentschädigungen	800	800	800	800
319 Anderer Sachaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	680 200	680 200	680 200	680 200
490 Interne Verrechnungen	193 000 –	193 000 –	193 000 –	193 000 –
9005 Schlichtungsstellen				
Aufwand	2 418 500	2 418 500	2 418 500	2 418 500
Ertrag	488 000 –	488 000 –	488 000 –	488 000 –
Aufwandüberschuss	1 930 500 –	1 930 500 –	1 930 500 –	1 930 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 060 000	1 060 000	1 060 000	1 060 000
301 Besoldungen	189 000	189 000	189 000	189 000
303 Arbeitgeberbeiträge	98 200	98 200	98 200	98 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 500	12 500	12 500	12 500
312 Informatik	12 100	12 100	12 100	12 100
317 Spesenentschädigungen	86 000	86 000	86 000	86 000
318 Dienstleistungen und Honorare	388 700	388 700	388 700	388 700
352 Entschädigungen an Gemeinden	572 000	572 000	572 000	572 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	488 000 –	488 000 –	488 000 –	488 000 –
9006 Rechtsaufsicht				
Aufwand	334 400	334 400	334 400	334 400
Ertrag	173 000 –	173 000 –	173 000 –	173 000 –
Aufwandüberschuss	161 400 –	161 400 –	161 400 –	161 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	145 000	145 000	145 000	145 000
303 Arbeitgeberbeiträge	9 200	9 200	9 200	9 200
317 Spesenentschädigungen	200	200	200	200
319 Anderer Sachaufwand	30 000	30 000	30 000	30 000
390 Interne Verrechnungen	150 000	150 000	150 000	150 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	170 000 –	170 000 –	170 000 –	170 000 –
437 Bussen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
905 Verwaltungsrechtspflege				
Aufwand	7 682 900	7 760 000	7 760 000	7 760 000
Ertrag	741 200 –	741 200 –	741 200 –	741 200 –
Aufwandüberschuss	6 941 700 –	7 018 800 –	7 018 800 –	7 018 800 –
9050 Versicherungsgericht				
Aufwand	3 888 500	3 900 000	3 900 000	3 900 000
Ertrag	200 100 –	200 100 –	200 100 –	200 100 –
Aufwandüberschuss	3 688 400 –	3 699 900 –	3 699 900 –	3 699 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	3 000	3 000	3 000	3 000
301 Besoldungen	2 992 100	3 002 100	3 002 100	3 002 100
303 Arbeitgeberbeiträge	482 600	484 100	484 100	484 100
309 Anderer Personalaufwand	2 700	2 700	2 700	2 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	48 000	48 000	48 000	48 000

Erfolgsrechnung

Gerichte

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
312 Informatik	124 500	124 500	124 500	124 500
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	209 200	209 200	209 200	209 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	16 400	16 400	16 400	16 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
439 Andere Entgelte	100 –	100 –	100 –	100 –
9051 Verwaltungsrekurskommission				
Aufwand	2 238 600	2 304 200	2 304 200	2 304 200
Ertrag	232 100 –	232 100 –	232 100 –	232 100 –
Aufwandüberschuss	2 006 500 –	2 072 100 –	2 072 100 –	2 072 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	260 000	260 000	260 000	260 000
301 Besoldungen	1 513 700	1 570 800	1 570 800	1 570 800
303 Arbeitgeberbeiträge	245 200	253 700	253 700	253 700
309 Anderer Personalaufwand	1 100	1 100	1 100	1 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	34 000	34 000	34 000	34 000
312 Informatik	48 600	48 600	48 600	48 600
317 Spesenentschädigungen	25 000	25 000	25 000	25 000
318 Dienstleistungen und Honorare	79 400	79 400	79 400	79 400
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	15 000	15 000	15 000	15 000
390 Interne Verrechnungen	16 600	16 600	16 600	16 600
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	230 000 –	230 000 –	230 000 –	230 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
9052 Verwaltungsgericht				
Aufwand	1 555 800	1 555 800	1 555 800	1 555 800
Ertrag	309 000 –	309 000 –	309 000 –	309 000 –
Aufwandüberschuss	1 246 800 –	1 246 800 –	1 246 800 –	1 246 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	230 000	230 000	230 000	230 000
301 Besoldungen	1 021 500	1 021 500	1 021 500	1 021 500
303 Arbeitgeberbeiträge	167 300	167 300	167 300	167 300
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	40 000	40 000	40 000
312 Informatik	37 600	37 600	37 600	37 600
317 Spesenentschädigungen	14 000	14 000	14 000	14 000
318 Dienstleistungen und Honorare	29 400	29 400	29 400	29 400
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	9 300	9 300	9 300	9 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
439 Andere Entgelte	9 000 –	9 000 –	9 000 –	9 000 –

Investitionsrechnung

Investitionsrechnung

Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
Kanton St.Gallen				
Ausgaben	516 813 900	272 305 700	309 425 700	433 784 000
Einnahmen	59 412 400 –	49 272 400 –	48 113 100 –	54 501 300 –
Ausgabenüberschuss	457 401 500 –	223 033 300 –	261 312 600 –	379 282 700 –
A Investitionen und Investitionsbeiträge				
Ausgaben	116 213 900	168 135 700	186 755 700	266 014 000
Einnahmen	16 580 100 –	10 071 100 –	7 811 800 –	9 000 000 –
Ausgabenüberschuss	99 633 800 –	158 064 600 –	178 943 900 –	257 014 000 –
A00 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	24 500 000	3 200 000	8 300 000	8 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	24 500 000 –	3 200 000 –	8 300 000 –	8 000 000 –
A0029001 Schützengasse 1 St.Gallen Erwerb und Umbau				
Ausgaben			6 000 000	8 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			6 000 000 –	8 000 000 –
503 Hochbauten			6 000 000	8 000 000
A0029002 Davidstrasse 31 St.Gallen Erwerb				
Ausgaben	24 000 000	1 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	24 000 000 –	1 000 000 –		
503 Hochbauten	24 000 000	1 000 000		
A0029003 Lämmli brunnenstrasse 54, St.Gallen, Innensanierung				
Ausgaben	500 000	2 200 000	2 300 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	500 000 –	2 200 000 –	2 300 000 –	
503 Hochbauten	500 000	2 200 000	2 300 000	
A01 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben	700 000	5 000 000	10 300 000	15 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	700 000 –	5 000 000 –	10 300 000 –	15 000 000 –
A0110004 Polizeiposten Wil, Neubau				
Ausgaben	700 000	2 500 000	2 800 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	700 000 –	2 500 000 –	2 800 000 –	
503 Hochbauten	700 000	2 500 000	2 800 000	

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A0130002 Regionalgefängnis Altstätten Erweiterung				
Ausgaben			5 000 000	15 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			5 000 000 –	15 000 000 –
503 Hochbauten			5 000 000	15 000 000
A0130003 Strafanstalt Saxerriet Neubau Unterhaltszentrum				
Ausgaben		2 500 000	2 500 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 500 000 –	2 500 000 –	
503 Hochbauten		2 500 000	2 500 000	
A02 Bildung				
Ausgaben	27 700 000	33 600 000	53 300 000	66 000 000
Einnahmen	12 600 000 –	6 300 000 –	3 900 000 –	
Ausgabenüberschuss	15 100 000 –	27 300 000 –	49 400 000 –	66 000 000 –
A0230002 BWZ Toggenburg Standort Lichtensteig				
Ausgaben			3 000 000	10 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			3 000 000 –	10 000 000 –
503 Hochbauten			3 000 000	10 000 000
A0230003 Landw. Zentrum SG Umbau und Erweiterung				
Ausgaben	4 000 000	8 000 000	11 000 000	9 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	4 000 000 –	8 000 000 –	11 000 000 –	9 000 000 –
503 Hochbauten	4 000 000	8 000 000	11 000 000	9 000 000
A0230005 Gewerbl. BWZ St.Gallen Sanierung und Erweiterung				
Ausgaben			10 000 000	20 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			10 000 000 –	20 000 000 –
503 Hochbauten			10 000 000	20 000 000
A0252001 KS Heerbrugg Sanierung / Erweiterung				
Ausgaben	4 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	4 000 000 –			
503 Hochbauten	4 000 000			

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A0252002 KS Sargans, Ausbau				
Ausgaben	10 000 000	10 000 000	15 000 000	15 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	10 000 000 –	10 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –
503 Hochbauten	10 000 000	10 000 000	15 000 000	15 000 000
A0252003 KS Wattwil, Ausbau				
Ausgaben			6 000 000	12 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			6 000 000 –	12 000 000 –
503 Hochbauten			6 000 000	12 000 000
A0273000 Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau				
Ausgaben				
Einnahmen	6 300 000 –			
Einnahmenüberschuss	6 300 000			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	6 300 000 –			
A0273001 HSR Rapperswil Forschungszentrum				
Ausgaben	9 700 000	15 600 000	8 300 000	
Einnahmen	6 300 000 –	6 300 000 –	3 900 000 –	
Ausgabenüberschuss	3 400 000 –	9 300 000 –	4 400 000 –	
503 Hochbauten	9 700 000	15 600 000	8 300 000	
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	6 300 000 –	6 300 000 –	3 900 000 –	
A03 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben		5 000 000	12 300 000	22 800 000
Einnahmen				5 000 000 –
Ausgabenüberschuss		5 000 000 –	12 300 000 –	17 800 000 –
A0329001 Klanghaus Toggenburg				
Ausgaben		5 000 000	9 000 000	14 000 000
Einnahmen				5 000 000 –
Ausgabenüberschuss		5 000 000 –	9 000 000 –	9 000 000 –
503 Hochbauten		5 000 000	9 000 000	14 000 000
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung				5 000 000 –
A0329002 Stadttheater St.Gallen				
Ausgaben			3 300 000	8 800 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			3 300 000 –	8 800 000 –
503 Hochbauten			3 300 000	8 800 000

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Vorschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A04				
Gesundheit				
Ausgaben	10 500 000	82 100 000	72 500 000	126 700 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	10 500 000 –	82 100 000 –	72 500 000 –	126 700 000 –
A0411001				
Kantonsspital St.Gallen Erweiterung Haus 24				
Ausgaben	3 500 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 500 000 –			
503 Hochbauten	3 500 000			
A0411012				
Kantonsspital St.Gallen Sanierung / Erweiterung Haus 02				
Ausgaben				3 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				3 500 000 –
503 Hochbauten				3 500 000
A0411014				
Kantonsspital St.Gallen Erweiterung Notaufnahme				
Ausgaben	3 200 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 200 000 –			
503 Hochbauten	3 200 000			
A0411017				
Kantonsspital St.Gallen Sanierung Energiezentrale				
Ausgaben			4 000 000	8 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			4 000 000 –	8 000 000 –
503 Hochbauten			4 000 000	8 000 000
A0411019				
Kantonsspital St.Gallen Haus 07A, Neubau				
Ausgaben		30 000 000	10 000 000	20 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		30 000 000 –	10 000 000 –	20 000 000 –
503 Hochbauten		30 000 000	10 000 000	20 000 000
A0411021				
Landspitäler, Erneuerung / Erweiterung, 1. Teilkredit				
Ausgaben		42 000 000	47 000 000	85 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		42 000 000 –	47 000 000 –	85 000 000 –
503 Hochbauten		42 000 000	47 000 000	85 000 000

Investitionsrechnung

Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A0411022 Spital Wil; Erneuerung / Umbau Notfall, Labor, Verwaltung				
Ausgaben		1 000 000	3 500 000	2 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 000 000 –	3 500 000 –	2 500 000 –
503 Hochbauten		1 000 000	3 500 000	2 500 000
A0411023 Kantonsspital St.Gallen Neubau 3, Linearbeschleuniger				
Ausgaben				5 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				5 000 000 –
503 Hochbauten				5 000 000
A0413002 Psych. Klinik Pfäfers Sanierung Klostergebäude				
Ausgaben	3 800 000	7 000 000	4 500 000	700 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 800 000 –	7 000 000 –	4 500 000 –	700 000 –
503 Hochbauten	3 800 000	7 000 000	4 500 000	700 000
A0413004 Psych. Klinik Wil Teilsanierung Haus A01				
Ausgaben		2 100 000	3 500 000	2 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 100 000 –	3 500 000 –	2 000 000 –
503 Hochbauten		2 100 000	3 500 000	2 000 000
A08 Volkswirtschaft				
Ausgaben	3 000 000	6 000 000	2 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	6 000 000 –	2 000 000 –	
A0820000 Fischereizentrum Steinach Neubau				
Ausgaben	3 000 000	6 000 000	2 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	6 000 000 –	2 000 000 –	
503 Hochbauten	3 000 000	6 000 000	2 000 000	
A10 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	23 150 000	9 800 000	10 900 000	1 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	23 150 000 –	9 800 000 –	10 900 000 –	1 000 000 –

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A1022000 E-Government 2008–2012				
Ausgaben	350 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	350 000 –			
506 Technische Einrichtungen	350 000			
A1022001 E-Government 2013–2017				
Ausgaben	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –
506 Technische Einrichtungen	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
A1022003 Arbeitsplatz der Zukunft				
Ausgaben	21 800 000	8 800 000	9 900 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	21 800 000 –	8 800 000 –	9 900 000 –	
506 Technische Einrichtungen	21 800 000	8 800 000	9 900 000	
A11 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben	3 545 000	1 208 000	1 740 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 545 000 –	1 208 000 –	1 740 000 –	
A1111002 Sicherheitsfunknetz POLYCOM				
Ausgaben	2 500 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 500 000 –			
506 Technische Einrichtungen	2 500 000			
A1111003 KAPOgoesMOBILE				
Ausgaben	1 045 000	1 208 000	1 740 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 045 000 –	1 208 000 –	1 740 000 –	
506 Technische Einrichtungen	1 045 000	1 208 000	1 740 000	
A12 Bildung				
Ausgaben	1 400 000	1 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 400 000 –	1 000 000 –		
A1230001 Schuladministrationslösung EDUC+ (Sekundarstufe II)				
Ausgaben	1 400 000	1 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 400 000 –	1 000 000 –		
506 Technische Einrichtungen	1 400 000	1 000 000		

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A22 Bildung				
Ausgaben	8 533 500	8 817 000	913 300	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	8 533 500 –	8 817 000 –	913 300 –	
A2220000 HPV Gossau-Untertoggenburg- Wil, Erweiterung / Erneuerung				
Ausgaben	3 000 000	5 000 000	913 300	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	5 000 000 –	913 300 –	
560 Investitionsbeiträge	3 000 000	5 000 000	913 300	
A2220001 Sprachheilschule St.Gallen Neubau Mädchenhaus				
Ausgaben	2 700 000	3 817 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 700 000 –	3 817 000 –		
560 Investitionsbeiträge	2 700 000	3 817 000		
A2273002 Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen				
Ausgaben	2 833 500			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 833 500 –			
560 Investitionsbeiträge	2 833 500			
A23 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben				13 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				13 000 000 –
A2311002 Kunstmuseum St.Gallen				
Ausgaben				13 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				13 000 000 –
560 Investitionsbeiträge				13 000 000
A26 Verkehr				
Ausgaben	13 185 400	12 410 700	14 502 400	13 514 000
Einnahmen	3 980 100 –	3 771 100 –	3 911 800 –	4 000 000 –
Ausgabenüberschuss	9 205 300 –	8 639 600 –	10 590 600 –	9 514 000 –

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Vorschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A2629007 Bahnhofplatz St.Gallen Bushof				
Ausgaben		1 613 000	1 613 000	1 622 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 613 000 –	1 613 000 –	1 622 000 –
560 Investitionsbeiträge		1 613 000	1 613 000	1 622 000
A2629008 S-Bahn St.Gallen 2013				
Ausgaben	3 327 200			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 327 200 –			
560 Investitionsbeiträge	3 327 200			
A2629013 S-Bahn Zürich 4. Teilergänzung				
Ausgaben	935 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	935 000 –			
560 Investitionsbeiträge	935 000			
A2629015 Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie				
Ausgaben	963 000	1 455 500	1 465 700	292 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	963 000 –	1 455 500 –	1 465 700 –	292 000 –
560 Investitionsbeiträge	963 000	1 455 500	1 465 700	292 000
A2629016 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2014				
Ausgaben	7 960 200			
Einnahmen	3 980 100 –			
Ausgabenüberschuss	3 980 100 –			
560 Investitionsbeiträge	7 960 200			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	3 980 100 –			
A2629017 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2015				
Ausgaben		7 542 200		
Einnahmen		3 771 100 –		
Ausgabenüberschuss		3 771 100 –		
560 Investitionsbeiträge		7 542 200		
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		3 771 100 –		

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
A2629018 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2016				
Ausgaben			7 823 700	
Einnahmen			3 911 800 –	
Ausgabenüberschuss			3 911 900 –	
560 Investitionsbeiträge			7 823 700	
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung			3 911 800 –	
A2629020 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2017				
Ausgaben				8 000 000
Einnahmen				4 000 000 –
Ausgabenüberschuss				4 000 000 –
560 Investitionsbeiträge				8 000 000
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung				4 000 000 –
A2629021 HGV-Verlängerung Goldach- Rorschach, Publikumsanlagen Rorschach-Stadt				
Ausgaben		1 800 000	3 600 000	3 600 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 800 000 –	3 600 000 –	3 600 000 –
560 Investitionsbeiträge		1 800 000	3 600 000	3 600 000

Investitionsrechnung
Strassenbau

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
B Strassenbau				
Ausgaben	68 190 000	81 000 000	99 500 000	145 200 000
Einnahmen	21 861 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –	25 200 000 –
Ausgabenüberschuss	46 329 000 –	62 000 000 –	79 500 000 –	120 000 000 –
B06 Verkehr				
Ausgaben	68 190 000	81 000 000	99 500 000	145 200 000
Einnahmen	21 861 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –	25 200 000 –
Ausgabenüberschuss	46 329 000 –	62 000 000 –	79 500 000 –	120 000 000 –
B0613000 Kantonsstrassenbau				
Ausgaben	68 190 000	81 000 000	99 500 000	145 200 000
Einnahmen	21 861 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –	25 200 000 –
Ausgabenüberschuss	46 329 000 –	62 000 000 –	79 500 000 –	120 000 000 –
501 Tiefbauten	68 190 000	80 000 000	95 000 000	145 200 000
503 Hochbauten		1 000 000	4 500 000	
631 Kostenrückerstattungen für Tiefbauten	2 225 000 –			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	19 636 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –	25 200 000 –

Investitionsrechnung

Finanzierungen

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
C				
Finanzierungen				
Ausgaben	332 410 000	23 170 000	23 170 000	22 570 000
Einnahmen	20 971 300 –	20 201 300 –	20 301 300 –	20 301 300 –
Ausgabenüberschuss	311 438 700 –	2 968 700 –	2 868 700 –	2 268 700 –
C00				
Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	300 000 000			
Einnahmen	15 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –
Einnahmenüberschuss		15 000 000	15 000 000	15 000 000
Ausgabenüberschuss	285 000 000 –			
C0022000				
Ausfinanzierung St.Galler Pensionskasse				
Ausgaben	300 000 000			
Einnahmen	15 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –
Einnahmenüberschuss		15 000 000	15 000 000	15 000 000
Ausgabenüberschuss	285 000 000 –			
523				
Darlehen und Beteiligungen an eigenen Anstalten	300 000 000			
623				
Rückzahlungen eigener Anstalten von Darlehen	15 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –
C02				
Bildung				
Ausgaben	1 720 000	1 720 000	1 720 000	1 720 000
Einnahmen	4 296 400 –	4 296 400 –	4 296 400 –	4 296 400 –
Einnahmenüberschuss	2 576 400	2 576 400	2 576 400	2 576 400
C0273000				
Fachhochschule St.Gallen				
Ausgaben				
Einnahmen	3 096 400 –	3 096 400 –	3 096 400 –	3 096 400 –
Einnahmenüberschuss	3 096 400	3 096 400	3 096 400	3 096 400
621				
Rückzahlungen Kantone von Darlehen	3 096 400 –	3 096 400 –	3 096 400 –	3 096 400 –
C0299000				
Studiendarlehen				
Ausgaben	1 720 000	1 720 000	1 720 000	1 720 000
Einnahmen	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
Ausgabenüberschuss	520 000 –	520 000 –	520 000 –	520 000 –
526				
Darlehen an private Haushalte	1 720 000	1 720 000	1 720 000	1 720 000
626				
Rückzahlungen privater Haushalte von Darlehen	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
C05				
Soziale Wohlfahrt				
Ausgaben	27 600 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000
Einnahmen	770 000 –			
Ausgabenüberschuss	26 830 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –

Investitionsrechnung
Finanzierungen

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
C0550000 Darlehen an Behinderten- einrichtungen				
Ausgaben	27 600 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000
Einnahmen	770 000 –			
Ausgabenüberschuss	26 830 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
525 Darlehen an private Institutionen	27 600 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000
625 Rückzahlungen privater Institutionen von Darlehen	770 000 –			
C06 Verkehr				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000
C0629000 Schweiz. Südostbahn				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Darlehen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
C07 Umwelt, Raumordnung				
Ausgaben	2 240 000	600 000	600 000	
Einnahmen	504 900 –	504 900 –	604 900 –	604 900 –
Einnahmenüberschuss			4 900	604 900
Ausgabenüberschuss	1 735 100 –	95 100 –		
C0791000 NRP-Darlehen				
Ausgaben	2 240 000	600 000	600 000	
Einnahmen	504 900 –	504 900 –	604 900 –	604 900 –
Einnahmenüberschuss			4 900	604 900
Ausgabenüberschuss	1 735 100 –	95 100 –		
525 Darlehen an private Institutionen	2 240 000	600 000	600 000	
625 Rückzahlungen privater Institutionen von Darlehen	504 900 –	504 900 –	604 900 –	604 900 –
C08 Volkswirtschaft				
Ausgaben	850 000	850 000	850 000	850 000
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Ausgabenüberschuss	550 000 –	550 000 –	550 000 –	550 000 –
C0812000 Landwirtschaftliche Kredit- genossenschaft				
Ausgaben	850 000	850 000	850 000	850 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	850 000 –	850 000 –	850 000 –	850 000 –
524 Darlehen und Beteiligungen an gemischtwirt. Unternehmen	850 000	850 000	850 000	850 000

Investitionsrechnung
Finanzierungen

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
C0890001 OLMA Messen St.Gallen				
Ausgaben				
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Einnahmenüberschuss	300 000	300 000	300 000	300 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Darlehen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –

Erfolgsrechnung
gemäss HRM2-Gliederung
(Ebene Kanton)

Erfolgsrechnung gemäss HRM2-Gliederung

Konto	Vorschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
Kanton St.Gallen (HRM2)				
Aufwand	4 580 586 000	4 676 521 500	4 816 901 300	5 038 058 400
Ertrag	4 550 527 000 –	4 667 656 800 –	4 840 859 300 –	5 060 835 900 –
Ertragsüberschuss			23 958 000	22 777 500
Aufwandüberschuss	30 059 000 –	8 864 700 –		
300 Behörden, Kommissionen und Richter	18 143 300	18 212 000	18 377 200	18 215 000
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebs- personals	413 194 200	406 357 000	414 483 300	418 870 200
302 Löhne der Lehrkräfte	166 514 500	164 987 100	163 931 600	162 536 500
304 Zulagen	6 967 100	6 746 100	6 746 000	6 746 000
305 Arbeitgeberbeiträge	89 770 100	88 565 100	88 694 300	88 747 100
306 Arbeitgeberleistungen	2 125 000	2 125 000	2 125 000	2 125 000
309 Übriger Personalaufwand	7 949 200	2 016 700	5 484 700	5 671 900
310 Material- und Warenaufwand	57 887 500	56 047 500	56 003 800	55 903 700
311 Nicht aktivierbare Anlagen	22 202 300	22 889 500	21 094 200	22 911 600
312 Ver- und Entsorgung	11 438 500	10 827 100	10 836 600	10 827 100
313 Dienstleistungen und Honorare	118 113 400	132 853 000	134 278 600	131 797 000
314 Baulicher Unterhalt	79 045 300	81 340 900	88 379 500	89 579 500
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	6 815 900	976 700	865 800	868 800
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützung- gebühren	28 470 900	26 424 300	26 662 300	26 823 300
317 Spesenentschädigungen	12 066 300	11 927 900	11 876 000	11 897 600
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	21 242 600	21 260 600	21 149 400	21 179 400
319 Verschiedener Betriebsaufwand	86 428 100	85 123 000	82 219 200	81 807 100
330 Sachanlagen VV	105 449 600	129 708 900	158 792 000	212 191 100
340 Zinsaufwand	27 792 600	28 652 100	31 147 300	36 058 300
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungs- kosten	789 800	789 800	789 800	789 800
344 Wertberichtigungen Anlagen FV	299 600	336 900	375 600	415 700
350 Einlagen in Fonds und Spezial- finanzierungen	13 717 600	13 214 200	13 068 700	12 563 600
351 Einlagen in Fonds und Spezial- finanzierungen	627 400	471 400	516 400	565 800
360 Ertragsanteile an Dritte	354 453 200	372 443 200	389 945 200	411 243 200
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	85 080 000	84 975 000	85 146 500	85 623 000
362 Finanz- und Lastenausgleich	240 588 000	242 188 000	242 638 000	244 338 000
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1 890 568 200	1 920 408 900	1 956 868 300	1 996 595 200
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	22 500 900	22 704 200	23 834 600	22 382 500
369 Verschiedener Transferaufwand		1 060 000	9 190 500 –	1 040 500 –
370 Durchlaufende Beiträge	263 840 900	255 756 900	254 973 900	250 330 900
399 Übrige interne Verrechnungen	426 504 000	465 132 500	514 788 000	609 495 000
400 Direkte Steuern natürliche Personen	1 259 500 000 –	1 295 600 000 –	1 341 100 000 –	1 376 600 000 –
401 Direkte Steuern juristische Personen	382 700 000 –	411 400 000 –	438 700 000 –	470 800 000 –
402 übrige Direkte Steuern	164 400 000 –	168 300 000 –	171 600 000 –	175 400 000 –
403 Besitz- und Aufwandsteuern	148 692 000 –	149 192 000 –	149 692 000 –	150 192 000 –
410 Regalien	2 892 400 –	2 890 400 –	2 890 400 –	2 890 400 –
412 Konzessionen	8 321 500 –	8 921 500 –	8 921 500 –	8 921 500 –
413 Ertragsanteile an Lotterien, Sport-Toto, Wetten	25 195 000 –	25 195 000 –	25 195 000 –	25 195 000 –
420 Ersatzabgaben	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
421 Gebühren für Amtshandlungen	82 450 300 –	82 698 300 –	83 056 800 –	83 052 800 –
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	31 631 000 –	26 891 600 –	26 891 600 –	26 891 600 –
423 Schul- und Kursgelder	25 681 700 –	25 805 000 –	25 807 000 –	25 807 000 –
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	42 092 200 –	42 214 700 –	42 251 600 –	42 408 800 –
425 Erlös aus Verkäufen	25 005 100 –	23 831 300 –	23 894 300 –	23 859 300 –
426 Rückerstattungen	35 774 200 –	34 651 900 –	34 617 500 –	34 463 600 –
427 Bussen	36 197 500 –	36 297 500 –	35 132 500 –	35 172 500 –
429 Übrige Entgelte	2 819 900 –	2 590 600 –	2 201 500 –	2 201 500 –
430 Verschiedene betriebliche Erträge	3 634 900 –	3 314 400 –	3 224 700 –	3 064 100 –
431 Aktivierung Eigenleistungen	16 379 300 –	28 126 400 –	29 678 400 –	29 564 800 –
440 Zinsertrag	6 843 300 –	7 191 700 –	7 871 800 –	8 326 800 –
441 Realisierte Gewinne FV	1 300 000 –	500 000 –	500 000 –	500 000 –
442 Beteiligungsertrag FV	3 234 600 –	3 234 600 –	3 234 600 –	3 234 600 –
443 Liegenschaftenertrag FV	4 120 000 –	4 520 000 –	4 520 000 –	4 520 000 –

Erfolgsrechnung gemäss HRM2-Gliederung

Konto	Voranschlag 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.
445 Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	44 679 700 –	45 206 500 –	45 683 300 –	46 141 200 –
446 Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	15 955 800 –	15 955 800 –	15 955 800 –	15 955 800 –
447 Liegenschaftenertrag VV	42 316 300 –	45 549 100 –	48 896 100 –	52 511 300 –
450 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	3 544 200 –	4 383 400 –	2 942 900 –	1 942 900 –
451 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	11 330 700 –	25 387 300 –	41 826 000 –	82 541 100 –
460 Ertragsanteile	216 297 900 –	223 938 300 –	230 617 300 –	237 941 300 –
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	126 472 700 –	126 104 400 –	127 010 400 –	127 093 800 –
462 Finanz- und Lastenausgleich	399 621 000 –	405 165 000 –	410 165 000 –	415 165 000 –
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	612 498 900 –	616 810 700 –	640 119 400 –	654 676 300 –
469 Verschiedener Transferertrag		1 300 000 –	1 300 000 –	5 375 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	263 840 900 –	255 756 900 –	254 973 900 –	250 330 900 –
489 Entnahmen aus dem Eigenkapital	75 600 000 –	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –
499 Übrige interne Verrechnungen	426 504 000 –	465 132 500 –	514 788 000 –	609 495 000 –

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Erfolgsrechnung

0 Räte

61

0100 Kantonsrat

300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen

Im 4. Jahr der Amtsdauer 2012–2016 zusätzliche Session vor Ablauf der Amtsdauer.

312 Informatik

Grundsätzlicher Umbau des Ratsinformationssystems aufgrund zwingender Anpassung an die aktuelle FileNet-Version.

1 Staatskanzlei

- 62 **1000 Staatskanzlei**
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen
Abstimmungsunterlagen für die National- und Ständeratswahlen im 2015 und für die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen im 2016.

2 Volkswirtschaftsdepartement

64 **2000 Generalsekretariat VD**
318 Dienstleistungen und Honorare
 Wegfall Kosten für Durchführung Wettbewerb Expo 2027 Bodensee Ostschweiz, weil die Aufwände integral im Voranschlag 2014 eingestellt sind. Für den Voranschlag 2015 müssen evtl. noch zusätzliche Mittel für Kommunikationsmassnahmen eingeplant werden.

64 **2050 Amt für öffentlichen Verkehr** Veränderung
AFP 2015 Veränderung
AFP 2016 Veränderung
AFP 2017

309 Anderer Personalaufwand
 Mit dem Gesetzesvorhaben «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI) weist der Bund den Kantonen die Aufgabe der Planung der weiteren Ausbauschnitte der Bahninfrastruktur in den Planungsregionen zu. Diese neue Aufgabe umfasst die Planung des Regionalverkehrsangebots, der notwendigen Infrastrukturen und schliesst die Abstimmung mit dem Fern- und Güterverkehr ein. Im Übrigen wechselt gemäss Sparpaket II die Koordination und Planung des Ortsverkehrs ebenfalls ins Amt für öffentlichen Verkehr. Dies bedingt die Aufstockung der Personalressourcen um 170 Stellenprozente.

312 Informatik
 Ablösung und Erweiterung der öV-Datenbank.

318 Dienstleistungen und Honorare
 Die Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten (Auflage- und Bauprojekte) des Konzepts Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung führen in den Jahren 2015 bis 2017 zu einem ansteigenden Mittelbedarf, der mit der letzten Projektierungsetappe im Jahr 2017 wieder leicht sinkt (vergleiche Bevorschussung der Projektierungskosten im Konto 2050.489).

360 Staatsbeiträge

– Laufende Beiträge: Abgeltungen für bestelltes Verkehrsangebot	–755'000	+13'830'000	+4'325'000
– Laufende Beiträge: Tarifverbund	–148'000	–150'000	–154'000
– Investitionsbeiträge: Infrastruktur Bushaltestellen	+625'000	+875'000	–1'150'000
– Investitionsbeiträge: Schweizerische Bundesbahnen	+900'000	–150'000	–750'000
– Investitionsbeiträge: konzessionierte Transportunternehmen	+1'192'800	–201'700	–45'200
– Vorhaben 5. öV-Programm: gezielter Ausbau von Angeboten an Abenden und Wochenenden	0	0	+8'150'000
Total	+1'814'800	+14'203'300	+10'375'800

Mit der Neuordnung der öV-Finanzierung im Rahmen des Sparpakets II übernimmt der Kanton die Finanzierung des Ortsverkehrs, wodurch die Abgeltung im Jahr 2016 um 10.4 Mio. Franken steigt. Durch betriebsnotwendige Infrastrukturausbauten erhöht sich der Abgeltungsbedarf ab 2016 zusätzlich. Ausserdem führt die reduzierte Bundesbeteiligung an der Finanzierung des gemeinsam bestellten Regionalverkehrs (Kantonsquote, maximale Bundesbeteiligung) zu einem höheren Kantonsanteil und damit zu einem höheren Abgeltungsbedarf. Ob der Ausbau in diesem Umfang möglich ist, hängt von der generellen Haushaltslage, der Nachfrage- bzw. Ertragsentwicklung und der Verlässlichkeit der Bundesfinanzierung im Regionalverkehr ab. Gemäss Entlastungsprogramm 2013 werden die in der Botschaft über das 5. Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Jahren 2014 bis 2018 vorgesehenen Angebotsausbauten im Regionalverkehr im Planjahr 2016 nicht umgesetzt, weshalb sich der Abgeltungsbedarf ab dem Jahr 2016 um 3.5 Mio. Franken reduziert. Grössere Projekte für den Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur sowie der Nachholbedarf beim Substanzerhalt, der

64 **2050 Amt für öffentlichen Verkehr (Fortsetzung)**

360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)

Erneuerung und dem Ausbau der Privatbahninfrastruktur lösen höhere Infrastrukturbeiträge im Jahr 2015 aus. Der Effekt der erwähnten Veränderungen halbiert sich durch die Beiträge der Gemeinden, vergleiche Konto 2050.460.

421 Vermögenserträge aus Guthaben

Mit dem Ablauf der Darlehen aus der Finanzierung von Fahrzeugbeschaffungen der Appenzeller Bahnen AG, der Schweizerischen Südostbahn AG und der RTB Rheintal Bus AG fallen ab 2015 die betreffenden Rückzahlungsbeiträge weg.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Die Übernahme des Ortsverkehrs durch den Kanton sowie die steigenden Abgeltungen und Staatsbeiträge an die Privatbahninfrastruktur führen zu höheren Gemeindebeiträgen (vergleiche Konto 2050.360).

489 Bevorschussungen

Bevorschussung von Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten (Auflage- und Bauprojekte) des Konzepts Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung (vergleiche Begründung Projektierungskosten im Konto 2050.318).

65 **2100 Kantonsforstamt**

312 Informatik

	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
– Anpassungen waldIT: Modul 4, Schnittstellen	+248'500	–248'500	0
– Anpassung waldIT: Modul 5, E-Waldmanagement	–262'000	0	0
– Erneuerung waldIT: Ersatz Geräte 2. Tranche	+236'000	–236'000	0
– Aktenmanagement ECM	+100'000	–100'000	0
– Supportkosten Informatikinfrastruktur und waldIT	+1'700	+18'000	0

Total	+324'200	–566'500	0
------------------------	-----------------	-----------------	----------

360 Staatsbeiträge

– Waldwirtschaft	+61'800	–171'200	0
Die Erhöhung der Beiträge für die Waldwirtschaft im Planjahr 2015 bewegt sich im Rahmen der zweiten NFA-Programmvereinbarung 2012–15 mit dem Bund. Die Planwerte 2016 und 2017 entsprechen je einem Viertel der vergangenen NFA-Periode.			

– Schutzwald	–961'000	+961'000	0
Nachdem beim Schutzwald im Jahr 2013 mehr als ein Viertel der Beiträge der NFA-Programmvereinbarung 2012–15 eingesetzt worden sind, wird dies im Planjahr 2015 entsprechend kompensiert. In den Planjahren 2016 und 2017 entspricht der Planwert je einem Viertel der vergangenen NFA-Periode.			

– Erhöhung Beitrag an Försterschule Maienfeld für Weiterbildung	+10'000	0	0
---	---------	---	---

Total	–889'200	+789'800	0
------------------------	-----------------	-----------------	----------

65	2100 Kantonsforstamt (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	– Schutzwald	–511'000	+511'000	0
	– Waldwirtschaft	–101'700	+30'900	0
	Total	–612'700	+541'900	0

Begründung analog Konto 2100.360. Vorbehalten bleiben die Verhandlungen mit dem Bund für die neue NFA-Periode 2016–19.

66	212 Waldregionen 1 bis 5	VA 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
	LK1 Hoheitliche Aufgaben:				
	– Kanton (75 Prozent)	4'344'600	4'328'000	4'336'300	4'336'300
	– Gemeinden (25 Prozent)	1'448'200	1'442'600	1'445'400	1'445'400
	LK2 Unterstützungsaufgaben:				
	– Gemeinden (35 Prozent)	475'000	472'900	473'900	473'900
	– Waldeigentümer (65 Prozent)	882'100	878'300	880'100	880'100
	Waldrat und zentrale Aufgaben:				
	– Kanton (100 Prozent)	107'000	107'000	107'000	107'000
		7'256'900	7'228'800	7'242'700	7'242'700

abzüglich Gemeinde- und Waldeigentümeranteile –2'804'300 –2'792'900 –2'798'600 –2'798'600

Globalkredit Kanton St.Gallen 4'452'600 4'435'900 4'444'100 4'444'100

	Waldregion 1	VA 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
	LK1 Hoheitliche Aufgaben	1'225'700	1'225'700	1'228'700	1'228'700
	LK2 Unterstützungsaufgaben	345'700	345'600	346'600	346'600
	Waldrat	21'400	21'400	21'400	21'400
	Der Globalkredit beträgt	1'592'800	1'592'700	1'596'700	1'596'700

	Waldregion 2	VA 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
	LK1 Hoheitliche Aufgaben	973'300	973'900	975'600	975'600
	LK2 Unterstützungsaufgaben	208'500	208'700	209'000	209'000
	Waldrat	21'400	21'400	21'400	21'400
	Der Globalkredit beträgt	1'203'200	1'204'000	1'206'000	1'206'000

	Waldregion 3	VA 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
	LK1 Hoheitliche Aufgaben	1'273'800	1'274'300	1'276'200	1'276'200
	LK2 Unterstützungsaufgaben	239'900	240'000	240'400	240'400
	Waldrat	21'400	21'400	21'400	21'400
	Der Globalkredit beträgt	1'535'100	1'535'700	1'538'000	1'538'000

	Waldregion 4	VA 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
	LK1 Hoheitliche Aufgaben	865'500	866'100	868'400	868'400
	LK2 Unterstützungsaufgaben	189'600	189'700	190'300	190'300
	Waldrat	21'400	21'400	21'400	21'400
	Der Globalkredit beträgt	1'076'500	1'077'200	1'080'100	1'080'100

66	212 Waldregion 1 bis 5 (Fortsetzung)				
	Waldregion 5	VA 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
	LK1 Hoheitliche Aufgaben	1'454'500	1'430'700	1'432'800	1'432'800
	LK2 Unterstützungsaufgaben	373'400	367'100	367'700	367'700
	Waldrat und zentrale Aufgaben	21'400	21'400	21'400	21'400
	Der Globalkredit beträgt	1'849'300	1'819'200	1'821'900	1'821'900

68	2150 Landwirtschaftsamt		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	309 Anderer Personalaufwand				
	Im Zuge des Vollzugs der Bundesgesetzgebung «Agrarpolitik 2014–2017» (AP14–17), die fünf grundlegend neue Beitragsarten mit sich bringt, ist die Aufstockung des Personalbestands um 100 Stellenprozente vorgesehen.				
	360 Staatsbeiträge				
	– Auszahlungen gemäss Gesetz zur Abgeltung ökologischer Leistungen (GAÖL) neu durch das Amt für Natur, Jagd und Fischerei (vergleiche Konto 2400.360)		–3'640'000	0	0
	– Aviforum, Beitrag zur Förderung der Geflügelzucht (Leistungsvereinbarung bis 2015)		0	–19'900	0
	– Landschaftsqualitätsbeiträge gemäss Agrarpolitik 2014–17 (AP14–17)		+3'400'000	+2'500'000	+1'800'000
	– Vernetzungsbeiträge gemäss AP14–17		+4'300'000	+400'000	+500'000
	– Beiträge an Strukturverbesserungen gemäss Entlastungsprogramm 2013		–110'000	–100'000	0
	– Beitrag an die Verwaltungskosten der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft (Anpassung an Teuerung)		+15'000	+15'300	+15'400
	– Initiierung von Landschaftsqualitätsbeitrags-Projekten (LQB) im Jahr 2014 aufgrund AP14–17		–30'000	0	0
	Total		+3'935'000	+2'795'400	+2'315'400
	460 Beiträge für eigene Rechnung				
	– Vernetzungsbeiträge Bundes- und Gemeindeanteil		+4'085'000	+380'000	+475'000
	– LQB Bundes- und Gemeindeanteil		+3'230'000	+2'375'000	+1'710'000
	Total		+7'315'000	+2'755'000	+2'185'000

69	2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG				
	301 Besoldungen				
	Die Kosten für befristet angestelltes Fachpersonal für die Erarbeitung von LQB-Projekten (Landschaftsqualitätsbeiträge) sind im Voranschlag 2014 enthalten, in den Planjahren 2015 und 2016 jedoch im Gesetzesvorhaben «AP14–17» berücksichtigt, vergleiche Konto 2156.309.				
	309 Anderer Personalaufwand				
	Vergleiche Konto 2156.301.				

69	2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Kostenabnahme durch Schwankungen beim Mitteleinsatz bei Jagdprojekten.			
	360 Staatsbeiträge			
	Auszahlungen gemäss Gesetz zur Abgeltung ökologischer Leistungen (GAöL) neu durch das Amt für Natur, Jagd und Fischerei (bisher Landwirtschaftsamt, vergleiche Konto 2150.360).			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	Analoge Begründung wie im Konto 2400.360.			
70	2409 Jagdrechnung (SF)			
	482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen			
	Da der Jagdfonds aufgebraucht ist, sind ab dem Planjahr 2016 keine Entnahmen mehr möglich.			
70	2451 Standortförderung	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	312 Informatik			
	– Weniger Weiterentwicklungen des Immoweb.SG	–5'000	0	0
	– Weiterentwicklungen des Customer Relationship Management (CRM)	+15'000	+30'000	0
	– Umsetzung der strategischen Informatikplanung (SIP) im Planjahr 2015	+200'000	–200'000	0
	Total	+210'000	–170'000	0
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Abschluss von Projekten im Bereich Wissens- und Technologietransfer (Matrix Technologien und Branchen sowie Aufbau von Tools)	0	–65'000	0
	– Wirtschaftsstandort 2025	0	–340'000	0
	– Minderausgaben aufgrund Entlastungsprogramm 2013 im Bereich Absatzhelfer ..	0	–45'000	0
	– Weiterentwicklung der Flächenpotenzialanalyse	0	+20'000	0
	Total	0	–430'000	0
	360 Staatsbeiträge			
	– Betrieb des Forschungs- und Innovationszentrums Rheintal (RhySearch) gemäss Businessplan	+200'000	+500'000	0
	– Bundesgelder für Umsetzung Neue Regionalpolitik (saldoneutral), vergleiche Konto 2451.460	+33'500	–1'179'800	–65'000
	– Abschluss bestehender und Initiierung neuer Arealentwicklungen	+25'000	+15'000	0
	– Minderausgaben aufgrund Entlastungsprogramm 2013 in den Bereichen Internationalisierung, Wirtschaftsstandort 2025, Gründer-/Technologiezentren sowie Innovationszellen	–405'000	–390'000	–175'000
	– Abnehmende Zinskostenbeiträge durch Amortisation bestehender Bundesdarlehen	–98'500	–63'500	–70'700
	– Neue Zinskostenbeiträge durch Vergabe neuer Bundesdarlehen	+17'300	+17'200	+157'500
	Total	–227'700	–1'101'100	–153'200

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
70	2451 Standortförderung (Fortsetzung)			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	– Bundesgelder für Umsetzungsprogramm Neue Regionalpolitik (saldoneutral), ver- gleiche Konto 2451.360	0	–1'179'800	0
71	2455 Arbeitslosenversicherung			
	Da die Verwaltungskosten für den Rechnungsabschnitt 2455 Arbeitslosenversicherung vom Bund (SECO) refinanziert werden, sind sie für den Kanton kostenneutral. Aus diesem Grund wird hier auf die Abweichungsbegründung einzelner Kontengruppen verzichtet. Jedoch hat der Kanton einen Beitrag an den Bund auszurichten (vergleiche Konto 2455.350), als finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Art. 92 Abs. 7bis AVIG) und die arbeitsmarktlichen Massnahmen (Art. 59d AVIG). Die Gesamtbeiträge aller Kantone an den Bund machen 0.053 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme aus. Der Verteiler innerhalb der Kantone basiert auf der Anzahl kontrollierter Tage der Arbeitslosigkeit.			
72	2456 Arbeitslosenkasse			
	Für den Rechnungsabschnitt 2456 Arbeitslosenkasse refinanziert grundsätzlich der Bund (SECO) die Verwaltungskosten. Darum wird hier auf die Abweichungsbegründung einzelner Kontengruppen verzichtet. Für die Arbeitslosenkasse hat das Volkswirtschaftsdepartement seit dem Jahr 2009 mit dem Bund eine pauschalisierte Leistungsentschädigung vereinbart, die sich nach der Anzahl und Art der erbrachten Leistungen richtet. Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Aufwand und der Entschädigung des Bundes kann für den Kanton zu einem Gewinn oder einem Verlust führen. Aufgrund von Erfahrungswerten aus den Vorjahren, der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des Konjunkturzyklus und den Vorgaben aus dem Entlastungsprogramm 2013 ist ein Gewinn von Fr. 900'000 pro Jahr budgetiert.			
72	2458 Tourismusrechnung (SF)	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Beteiligung am Auftritt an der Zuger Messe im Voranschlag 2014	–400'000	0	0
	360 Staatsbeiträge			
	– Abschluss diverser touristischer Einzel- projekte mit A-Fonds-Perdu-Beiträgen . . .	0	–300'000	0
	– Abschluss diverser touristischer Einzel- projekte mit Zinskostenbeiträgen	0	–3'100	0
	Total	0	–303'100	0
	482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen			
	– Rückgang der Entnahme durch die Abnah- me von Drittaufträgen und Staatsbeiträgen	–404'200	–370'100	0

3 Departement des Innern

73 **3000 Generalsekretariat DI**
301 Besoldungen
 Die Veränderungen bei den Besoldungen ergeben sich aus der refinanzierten Stelle im Kompetenzzentrum Integration und Gleichstellung. Diese Stelle ist bis Ende 2016 besetzt. Das Zusatzpersonal für die Erneuerungswahlen (2015 und 2016) trägt ebenfalls zu den Schwankungen bei.

436 Kostenrückerstattungen
 Es handelt sich um die refinanzierte Stelle im Kompetenzzentrum Integration und Gleichstellung (KIG).

73 **3050 Sozialwerke des Bundes**
360 Staatsbeiträge
 Kinderzulagen: Mehraufwendungen bedingt durch die starke Zunahme der Anzahl Bezüger (mittellose Nichterwerbstätige).

73	3051 Ergänzungsleistungen	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Infolge der demographischen Entwicklung und der Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer steigt die Bezügerzahl laufend. Dies führt zur Zunahme der Durchführungskosten. Die Zunahme der Bezügerzahlen schwankt von Jahr zu Jahr relativ stark.			
	360 Staatsbeiträge			
	– Ergänzungsleistungen zur AHV	+6'918'000	+7'275'000	+7'657'000
	– Ergänzungsleistungen zur IV	+1'174'000	+3'094'000	+3'541'000
	– Ausserordentliche Ergänzungsleistungen	+623'000	–7'740'000	0
	Total	+8'715'000	+2'629'000	+11'198'000

1. Mit der Umsetzung des Entlastungsprogramms 2013 werden ab dem Jahr 2016 die ausserordentlichen Ergänzungsleistungen gestrichen.

2. EL AHV: Aufgrund der Analysen kann davon ausgegangen werden, dass die Pflegefinanzierung nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung der Kosten der EL AHV im Heim hat. Die Plandaten konnten entsprechend nach unten korrigiert werden. Trotzdem vermag dieser Einmaleffekt die strukturellen Kostenentwicklungen in der EL nicht zu eliminieren.

EL IV: Die Erhöhung ist auf die Kostenverschiebung infolge des Gesetzes für Menschen mit einer Behinderung zurückzuführen. Ursprünglich wurde mit einer grösseren Entlastung im Jahr 2014 gerechnet, welche sich nun teilweise auf das Jahr 2015 verschiebt.

460 Beiträge für eigene Rechnung
 Da die Beiträge für die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV steigen, erhöhen sich auch die Beiträge des Bundes an diese Ausgaben. Der Bund beteiligt sich nicht an den Krankheitskosten.

74 **3052 Pflegefinanzierung**
360 Staatsbeiträge
 Kostensteigerungen aufgrund a) der Zunahme der Zahl der Anspruchsberechtigten aufgrund der demographischen Entwicklung, b) der Zunahme der Pflegebedürftigkeit und folglich höherer Beiträge der öffentlichen Hand an die Anspruchsberechtigten und c) der Preisentwicklung und folglich höherer Beiträge der öffentlichen Hand an die Anspruchsberechtigten. Vollzug erst seit dem Jahr 2011, weshalb jährliches Wachstum erst grob geschätzt werden kann (ca. 5%).

460 Beiträge für eigene Rechnung
 Die Gemeinden übernehmen ab 1. Januar 2014 die Kosten der Pflegefinanzierung. Da die Kosten steigen, erhöht sich auch die Rückzahlung.

74	3150 Amt für Gemeinden	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	301 Besoldungen			
	– Stellenkürzung gemäss EP13	0	–130'000	0
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Projektkosten (einmalig)	0	+110'000	0
	– Aufträge an Dritte	0	+30'000	0
	Total	0	+140'000	0

Die Erneuerungswahlen für GPK- und Behördenmitglieder (Amtsdauer 2017–2020) finden im Jahr 2016 statt. Ein Bedarf an Weiterbildungsveranstaltungen wird somit in den Jahren 2016/2017 vorhanden sein. Mehrertrag im Konto 3150.436. Mehraufwendungen bei den Aufträgen an Dritten bedingt durch externe Unterstützung zum Wirksamkeitsbericht 2016.

	347 Finanz- und Lastenausgleich			
	– Ressourcenausgleich	+350'000	+1'400'000	+2'700'000
	– Indiv. Sonderlastenausgleich	+100'000	+100'000	+100'000
	– Sonderlastenausgleich Weite	+700'000	+100'000	+300'000
	– Sonderlastenausgleich Schule	–400'000	–2'100'000	–2'500'000
	– Sonderlastenausgleich Stadt	+100'000	+50'000	0
	– Soziodemographischer SLA	+650'000	+800'000	+1'000'000
	– Partieller Steuerfussausgleich	+100'000	+100'000	+100'000
	Total	+1'600'000	+450'000	+1'700'000

Die Parameter des Finanzausgleichs wurden für alle Planjahre konstant gehalten. Die Bevölkerungsentwicklung wurde auf Basis regionaler Szenarien für die einzelnen Gemeinden prognostiziert. Die Entwicklung der Schülerzahlen wurde individuell pro Gemeinde prognostiziert. Bei allen anderen Bestimmungsfaktoren wurden den Prognosen für alle Gemeinden dieselben Veränderungsdaten zu Grunde gelegt.

Im Ressourcenausgleich wird mit einem wachsenden Finanzbedarf gerechnet, der durch Veränderungen in der Steuerkraft, aber auch durch Veränderungen in den Steuerfüssen ausgelöst wird. Da die Schülerzahlen in Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Schülerquoten eher rückläufig sind, dagegen aber die Schülerzahlen in Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Schülerquoten steigen, verringern sich die Unterschiede und damit sinkt der Mittelbedarf im Sonderlastenausgleich Schule.

	360 Staatsbeiträge			
	– Strukturprojektphase wird erfahrungsgemäss im Jahr der Erneuerungswahlen abgeschlossen.	0	+100'000	0
	436 Kostenrückerstattungen			
	– Die Erneuerungswahlen für GPK- und Behördenmitglieder (Amtsdauer 2017–2020) finden im Jahr 2016 statt. Ein Bedarf an Weiterbildungsveranstaltungen wird somit in den Jahren 2016/2017 vorhanden sein	0	+130'000	0

75 **3200 Amt für Soziales**

	360 Staatsbeiträge			
	Ab 2015 Leistungsvereinbarung mit der OdA GS Berufsbildung gestützt auf Sozialhilfegesetz für Sozialberufe und Gesundheitsgesetz für Gesundheitsberufe. Ausrichtung des bisherigen GD-Beitrags je hälftig durch GD (–Fr. 210'000) und DI, Amt für Soziales (+Fr. 210'000).			

75 **3200 Amt für Soziales (Fortsetzung)**
360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)

Kinder- und Jugendheimaufenthalte: Die Entlastungsmassnahme E20, Einsparungen bei St.Galler Einrichtungen für schutzbedürftige Personen, im Jahr 2016 von Fr. 200'000 wird durch exogene Mengen- und Kostensteigerungen überdeckt. Insbesondere teure Platzierungen in inner- und ausserkantonalen Spezial-Einrichtungen nehmen zu. Jährlicher Mengenzuwachs von rund 1'500 Aufenthaltstagen (+2.4%) und durchschnittliche Kostensteigerungen von rund 4% jährlich (insbesondere aufgrund erhöhter Betreuungsintensität) führen zu jährlichem Beitragswachstum von rund Fr. 470'000. Betriebsbeiträge an Einrichtungen für Menschen mit Behinderung: 2015 Mehraufwendungen von 0.42 Mio. Franken für die Heimstätten Wil aufgrund der Verselbständigung und höhere Beiträge von rund 2.5 Mio. Franken aufgrund von Taxanpassungen und Neuankennungen von Einrichtungen, die teilweise zu einer Entlastung der Ergänzungsleistungen führen, sowie jährliche Mehraufwendungen von rund 2.6 Mio. Franken aufgrund der Zunahme von Aufenthalten in inner- und ausserkantonalen Einrichtungen. Diese Mehraufwendungen werden durch die Entlastungsmassnahme E19, Einsparungen bei St.Galler Einrichtungen für Menschen mit Behinderung mit überdurchschnittlichen Kosten, im Jahr 2015 um 3.5 Mio. Franken und im Jahr 2016 um 3.3. Mo. Franken reduziert.

	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
75 3250 Amt für Kultur			
301 Besoldungen			
– Besoldungen	–138'500	+92'000	0
Entlastungsmassnahme E21: Freien Zugang zu Informationen und Wissen sichern: Abbau 0.5-Stelle in der Kantonsbibliothek. Weitere Stellenkürzungen im Zentrum für das Buch und der Vadianischen Sammlung. Mit dem neuen Bibliotheksgesetz, in Vollzug ab 2014, soll ab 2016 die Fachstelle Bibliotheken in der Kantonsbibliothek um 80% aufgestockt werden.			
309 Anderer Personalaufwand			
– Anderer Personalaufwand	0	+237'400	0
Im Rahmen des neuen Planungs- und Baugesetzes, dessen Vollzugsbeginn auf 2016 geplant ist, fallen für die Denkmalpflege und Archäologie neue Aufgaben an.			
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
– Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	–2'800	+100'000	–100'000
2016: Anschaffung einer zeitgemässen audiovisuellen Infrastruktur und damit weitere Etablierung des Staatsarchivs als Kompetenzzentrum für Bildarchiv und Digitalisierung des audiovisuellen Erbes.			
312 Informatik			
– Informatik-Betriebskosten	+135'400	–208'200	+22'300
– Informatik-Investitionskosten	+501'800	–330'000	+300'000
Total	+637'200	–538'200	+322'300

Auf das Jahr 2015 geplant – Staatsarchiv: Weiterführung Langzeitarchivierung (für 2014 gemäss Projektphase keine Mittel benötigt); weitere Etablierung Recordsmanagement; Kantonsbibliothek: Erweiterung RFID-Systems (Kennzeichnung der Medien, erleichterte Ausleihe und Rückgabe, erste Implementierung 2014), Ablösung der Bibliothekssoftware Aleph; Amtsleitung: Releasewechsel der zentralen Fachanwendung Scope. Für das Jahr 2016: Weiterführung Langzeitarchivierung im Staatsarchiv, diverse Kleinstvorhaben in den Abteilungen. Für das Jahr 2017 – Staatsarchiv: Konzept bzw. Pilotphase Digitalisierung Ratsprotokolle; Amtsleitung/Kulturförderung: Vereinfachte Auslehnung aus Kunstinventar, Gesuchsverwaltung Kulturförderung (Online-Einreichung). Die zusätzlichen Informatikvorhaben führen im Folgejahr zu zusätzlichen Betriebskosten. Die geplante Ablösung der Bibliothekssoftware Aleph auf das Jahr 2015 wird im Folgejahr 2016 voraussichtlich mit geringeren Wartungs- und Supportkosten einhergehen.

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
75	3250 Amt für Kultur (Fortsetzung)			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Dienstleistungen und Honorare	+33'200	+222'000	0
	Archäologie und Denkmalpflege: Intensivierung ab dem Jahr 2015. Bauuntersuchungen, Baubegleitungen, aber auch Dokumentationen des baugeschichtlichen und archäologischen Kulturgutes. Kantonsbibliothek: Reinigungsdienst für das Provisorium in der Hauptpost, einlaufend ab Sommer 2014. Entlastungsmassnahmen E24 (Kulturelle Vielfalt fördern und kulturelle Akzente setzen), Reduktion von Aufträgen an Dritte.			
	360 Staatsbeiträge			
	– Laufende Beiträge	+97'500	+98'000	+348'500
	– Investitionsbeiträge	–160'000	–520'000	0
	Total	–62'500	–422'000	+348'500

Ab dem Jahr 2014 einlaufend die Entlastungsmassnahme E24 (LB. 3.16, Kulturelle Vielfalt fördern und Akzente setzen): Abbau bei den Projektbeiträgen und Jahresbeiträgen (auch Kürzungen bei den Schwerpunktprojekten Klanghaus und Lokremise). Ab dem Jahr 2016 Berücksichtigung eines Jahresbeitrags an die Dauerausstellung der Kantonsarchäologie im Historischen und Völkerkundemuseum St.Gallen (+ Fr. 250'000 zu 40 Prozent aus dem Lotteriefonds refinanziert).

Der Jahresbeitrag an die Genossenschaft Konzert und Theater St. Gallen unterliegt den Besoldungsänderungen für das Staatspersonal. In Voranschlag 2014 wie auch in Aufgaben- und Finanzplan 2015–2017 wird vorerst die individuelle Besoldungsänderung berücksichtigt. Das Bibliotheksgesetz, in Vollzug ab 2014, ermöglicht die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen. Derzeit wird eine Bibliotheksstrategie erarbeitet, um ab 2015 die Beiträge auszurichten.

Die Entlastungsmassnahme E22 (LB 3.14 Kulturelles Erbe pflegen und vermitteln) sieht eine Streichung der Staatsbeiträge der Denkmalpflege vor (2015 einlaufend Fr. 160'000, ab 2016 Fr. 680'000).

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
76	3259 Lotteriefonds (SF)			
	382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen			
	– Zuweisung an Spezialfinanzierungen	+164'500	+30'300	–69'900
	Einlage in bzw. Ausgabe aus dem Lotteriefonds (Ausgleich des Rechnungsabschnitts 3259).			

76	3400 Konkursamt			
	312 Informatik			
	Die Ablösung der Fachapplikation «KASoft» im Jahr 2015 führt zu Mehraufwendungen.			

77	3550 Amt für Handelsregister und Notariate			
	312 Informatik			
	Im Jahr 2015 wird die Ablösung von HR-Net anstehen, da der Hersteller eine neue Version auf das Jahr 2014 angekündigt hat und in der Regel die alten Versionen nach einem Jahr nicht mehr unterstützt werden.			

4 Bildungsdepartement

- 78 **4000 Generalsekretariat BLD**
312 Informatik
Anpassung bzw. Ergänzung der Software Kompass: Einführung von digitalen Dossiers, damit eine möglichst medienbruchfreie Bearbeitung der Stipendiengesuche realisiert werden kann.
- 78 **4003 Ausbildungsbeihilfen**
360 Staatsbeiträge
Stipendien: Verzicht auf den Zuschlag für zusätzliche Lebenshaltungskosten (Massnahme E27 des Entlastungspakets 2013).
- 79 **4050 Amtsleitung AVS**
301 Besoldungen
Nach dem Entscheid des Kantonsrats ab dem Jahr 2016 auf eine flächendeckende obligatorische Schulevaluation in der Volksschule zu verzichten (Massnahme E28bis des Entlastungsprogramms 2013) ist für die Schulaufsicht eine Ersatzlösung zur Gewinnung von Steuerungswissen und zur Sicherung der Schulqualität notwendig. Minderaufwand im Konto 4050.360.
318 Dienstleistungen und Honorare
Umsetzung Sonderpädagogik-Konzept: Einmalige Kosten von Fr. 200'000 im Jahr 2014 für die Einführung des standardisierten Abklärungsverfahrens, Einführungskurse, Beratungen etc.
360 Staatsbeiträge
Ab 2016: Verzicht auf den Staatsbeitrag an die kath. Kantonssekundarschule sowie Verzicht auf eine flächendeckende obligatorische Schulevaluation in der Volksschule (Massnahmen E28 sowie E28bis des Entlastungsprogramms 2013).
- 79 **4052 Weiterbildung Schule**
318 Dienstleistungen und Honorare
Mehraufwand ab 2016 für die Umsetzung der Einführung des Lehrplans 21.
- 80 **4053 Sonderschulen**
360 Staatsbeiträge
Ab dem Jahr 2015 wird das neue Sonderpädagogik-Konzept (SOK) umgesetzt. Dies hat auch eine Veränderung der Finanzierungsströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden zur Folge. Die Gemeinden übernehmen Kosten, die bisher vom Kanton finanziert wurden. Dafür entfällt der Gemeindebeitrag für Jugendliche über 16 Jahre, da diese nicht mehr schulpflichtig sind. Minderertrag im Konto 4053.460.
460 Beiträge für eigene Rechnung
Siehe Begründung zu Konto 4053.360.
- 80 **4150 Amtsleitung ABB**
312 Informatik
Kosten für die Software «Kompass 3 Upgrade» und Folgeprojekte. Die Software unterstützt Berufsbildungsämter beim Vollzug des Berufsbildungsgesetzes und dient zur Unterstützung in den Bereichen Lehraufsicht, Lehrabschlussprüfungen, Berufsberatung, Kurswesen, Rechnungswesen, Beitragswesen, Stipendien und Studiendarlehen.
460 Beiträge für eigene Rechnung
Die Finanzierung des Bundes für das Projekt Case Management / Plan B endet im Jahr 2015. Das Bundesprojekt stellt ein strukturiertes Verfahren dar, um adäquate Massnahmen für Jugendliche sicherzustellen, deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist.

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
81	4152 Berufliche Grundbildung			
	360 Staatsbeiträge			
	– Berufsfachschulen	–506'300	+164'500	0
	Umsetzung der Massnahme K16 des Sparpakets II; Erhöhung der zumutbaren Reisezeit Wohnort-Schulort für Lernende.			
	– Überbetriebliche Kurse	–100'000	0	0
	Rückgang der Anzahl Lernenden infolge der demographischen Entwicklung.			
	– Qualifikationsverfahren	+40'000	0	0
	– Bildung der Bildungsverantwortlichen . . .	–540'000	0	0
	Umsetzung der Massnahme E31 des Ent- lastungspakets 2013; Wiedereinführung der Kostenpflicht für Berufsbildnerkurse.			
	Total	–1'106'300	+164'500	0
81	4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung			
	360 Staatsbeiträge			
	2014: Temporärer Mehraufwand wegen der Annäherung an die periodengerechte Ver- buchung der Beiträge.			
81	4156 Berufsfachschulen	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	301 Besoldungen			
	Rückgang der Anzahl Lernenden infolge der demographischen Entwicklung.			
	303 Arbeitgeberbeiträge			
	Siehe Begründung zu Konto 4156.301.			
	310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen			
	2014: Beschaffung von Informatik-Lehrmitteln am Berufs- und Weiterbildungszentrum für Gesundheits- und Sozialberufe St.Gallen.			
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	Grundausstattung Unterrichtsräume: Geringere Ersatzbeschaffungen am Kaufmänni- schen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen und am Berufs- und Weiterbil- dungszentrum Rapperswil-Jona.			
	315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt			
	Der Unterhalts- und Sanierungsaufwand am Kaufmännischen Berufs- und Weiterbil- dungszentrum St.Gallen kann in den Jahren 2015 und 2016 reduziert werden.			
	433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren			
	Leichtes Wachstum im Bereich der Weiterbildung.			
	451 Rückerstattungen der Kantone			
	– Grundbildung	–124'000	–115'000	0
	Rückgang der ausserkantonalen Lernenden.			
	– Höhere Berufs- und Weiterbildung	+100'000	0	0
	Mehreinnahmen für ausserkantonale Teilnehmende.			
	Total	–24'000	–115'000	0

4205 Mittelschulen**301 Besoldungen**

Entwicklung der Lehrerbesoldungen aufgrund der mutmasslichen Klassenzahlen:

- VA 2014: 208.9 Klassen,
- AFP 2015: 210.1 Klassen,
- AFP 2016: 209.4 Klassen,
- AFP 2017: 204.9 Klassen.

303 Arbeitgeberbeiträge

Siehe Begründung zu Konto 4205.301.

311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge

Umsetzung der Massnahme K20, Klassenzusammenlegungen einzelner Lektionen (Referatesystem) des Sparpakets II; Anschaffung von Mobilien in den Jahren 2014 und 2015.

312 Informatik

2015: Kleinstvorhabenprojekt an der Kantonsschule Wil für Ersatzbeschaffungen.

452 Rückerstattungen der Gemeinden

Kostendeckende Führung des Untergymnasiums St.Gallen; Umsetzung der Massnahme E29bis des Entlastungsprogramms 2013. Im Zusammenhang mit der Anpassung des Tarifs sollen auch die Abrechnungsmodalitäten angepasst werden: Künftig soll die Abrechnung semesterweise erfolgen. Durch diese Umstellung werden im Rechnungsjahr 2014 einmalig drei Semesterbeiträge der Schulgemeinden fällig.

4231 Universitäre Hochschulen**360 Staatsbeiträge**

- Universität St.Gallen: Staatsbeitrag brutto
Jährlich 0.5 % Besoldungsanpassungen.
Ausbau des Lehrkörpers zur Verbesserung des Betreuungsverhältnisses. Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Studiengebühren. Umsetzung der Massnahme E33 aus dem Entlastungsprogramm 2013; im Jahr 2016 weitere Kürzung des Staatsbeitrags um 1.5 Mio. Franken.
- Beiträge aufgrund der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV
Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausserkantonalen Universitäten.

Veränderung
AFP 2015Veränderung
AFP 2016Veränderung
AFP 2017

+997'200

+389'200

+1'398'200

+1'180'000

+550'000

+450'000

Total**+2'177'200****+939'200****+1'848'200****460 Beiträge für eigene Rechnung**

- Bundesbeiträge
Höhere Bundesbeiträge gemäss Angaben des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).
- IUV-Beiträge
Mehr ausserkantonale Studierende an der Universität St.Gallen.

+700'000

+1'000'000

+500'000

+660'000

+500'000

+400'000

Total**+1'360'000****+1'500'000****+900'000**

4232 Fachhochschulen**360 Staatsbeiträge**

	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
– SB an Kt. Fachhochschulen	–1'475'600	+73'500	+1'967'400
Jährlich 0.5 % Besoldungsanpassungen. Betrieb des neuen Forschungszentrums in Rapperswil ab Mitte 2016. Teilweiser Wegfall vorübergehender Massnahmen aus dem Sparpaket II (Übergangsmass- nahmen). Nachholbedarf bei den Sach- investitionen. Umsetzung der Massnahmen E34 und E35 aus dem Entlastungspro- gramm 2013; im Jahr 2016 weitere Kürzung der Staatsbeiträge der Fachhochschulen um 1.5 Mio. Franken sowie Kürzung des Staatsbeitrags der Pädagogischen Hoch- schule im Jahr 2016 um 1 Mio. Franken.			
– Ausserkantonale Fachhochschulen	+535'000	+500'000	+600'000
Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausserkantonalen Fach- hochschulen sowie jährliche Erhöhung der Tarife gemäss der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) um ca. ein Prozent.			
Total	–940'600	+573'500	+2'567'400

5 Finanzdepartement

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
86	5051 Amt für Finanzdienstleistungen			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+480'000	–280'000	–125'000
	– Informatik-Betriebskosten	+12'300	+9'300	+9'300
	Total	+492'300	–270'700	–115'700

Diverse Informatikprojekte im Umfeld der Fachapplikation SAP-ERP (u.a. Kreditoren-Workflow; Archivierung Phase II; MIS; eRechnung, Upgrade PM1e sowie Erweiterung HIFIPLAN). Abgestufte Kostensteigerung im Bereich der SAP-Lizenzen sowie steigender Verbrauch für die kantonale Rechnungswesenarchivierung.

86	5052 Risk Management			
	319 Anderer Sachaufwand			

Im Jahr 2015 wird der Abschluss eines Schadenfalls (Segmentsrechnung Grundversicherung) erwartet. Die sukzessive Abnahme der Zahlungen für alte Spitalhaftpflichtfälle (1990–1999) kreuzt sich mit einer leichten Zunahme der eigenfinanzierten Spitalhaftpflichtfälle (ab 2012) und mit schwankenden Schadenzahlungen für die Spitalhaftpflichtfälle 2000–2008.

381 Zuweisung an Rückstellungen

Die Zuweisung an die Rückstellungen reduziert sich in der Segmentsrechnung «Eigenfinanzierung Spitalhaftpflichtfälle» infolge der im Verlauf zunehmenden Schadenzahlungen. In der Segmentsrechnung «Grundversicherung» dürften sich hingegen wiederum geringe Zuweisungen an die Rückstellungen ergeben, nachdem die alten «Spitalhaftpflichtfälle» (1990–1999) langsam aber sicher abgeschlossen sein werden.

481 Entnahme aus Rückstellungen

Die aggregierte Entnahme aus Rückstellungen ist v.a. auf die Entnahme aus Rückstellungen aus den Grundversicherungen und aus dem Abbau der Forderungen gegenüber der Zürich (Spitalhaftpflichtversicherung/Finite Risk) zurückzuführen. In den Grundversicherungen werden sukzessive – jedoch abnehmend – die Spitalhaftpflichtfälle aus der Periode 1990–1999 bezahlt. Die Bezahlung der Spitalhaftpflichtfälle aus der Periode 2000–2008 führt ebenfalls zu entsprechenden Entnahmen aus Rückstellungen.

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
86	5054 Dienst für Informatikplanung			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+1'226'000	+430'000	–660'000
	Für die Jahre 2015 bis 2017 sind grössere Vorhaben wie der Ersatz der Telefonie (Fr. 1'800'000), Einführung Business Intelligence / Datawarehouse (Fr. 800'000), Weiterentwicklungen im Bereich Identity und Access Management (Fr. 750'000) sowie weitere Ausbauschritte der kantonalen Register (Fr. 550'000) geplant.			
	– Informatik-Betriebskosten	+612'200	–1'569'000	–50'000
	Für das Jahr 2015 sind zwingend notwendige Release-Wechsel in den Bereichen Enterprise Content Management (Fr. 400'000), Internet/Intranet (Fr. 500'000) und Kollaborationswerkzeuge (Fr. 800'000) geplant.			

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
86	5054 Dienst für Informatikplanung (Fortsetzung)			
	312 Informatik (Fortsetzung)			
	Durch den Abbau der Redundanzen im Bereich Intranet, teilweiser bis gänzlicher Verzicht auf zentrale Informatik-Dienstleistungen in den Bereichen Geodaten und Informatik Controlling können ab 2015 Betriebskosten reduziert werden (EP 2013, E40).			
	Total	+1'838'200	-1'139'000	-710'000
87	5056 Amt für Vermögensverwaltung			
	434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren			
	Die Entschädigung für die Vermögensverwaltung wird im Bereich Liegenschaften infolge der Vergrößerung des verwalteten Liegenschaftenbestands durch Neubauten voraussichtlich leicht zunehmen.			
87	5100 Amtsleitung KStA	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	301 Besoldungen			
	– 2. Tranche zusätzliche Steuerkommissäre (EP 2013/E38)	+900'000	0	0
	– Neue Fachapplikation Quellensteuer (Sparpaket II/K32)	-220'000	0	0
	– Veranlagungsunterstützung juristische Personen (Sparpaket II/K36)	-330'000	0	0
	– Treueprämien pauschal	+35'000	0	0
	Total	+385'000	0	0
	Veränderung aufgrund Massnahmen im Sparpaket II und Entlastungsprogramm 2013.			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+150'000	+830'000	0
	Ab 2016 soll eine erste Tranche von bisher zurückgestellten Projekten realisiert werden.			
	– Informatik-Betriebskosten	+1'187'600	+675'100	+329'400
	Im 2015 startet der Produktivbetrieb der neuen Fachapplikationen eDesk (+Fr. 650'000) und abx.tax-gov.quest (+Fr. 200'000). Zudem ist bei SN neue Steuern aufgrund der steigenden Einwohnerzahl und dem steigenden Wert der Vertragssoftware jedes Jahr mit einer Zunahme von rund Fr. 200'000 zu rechnen.			
	Total	+1'337'600	+1'505'100	+329'400
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Aufgrund der geplanten Realisierung des Projektes eDesk (Sparpaket II/K35) wird im Jahr 2015 mit einer Einsparung von rund Fr. 153'000 gerechnet.			

87 **5100** **Amtsleitung KStA (Fortsetzung)**

352 Entschädigungen an Gemeinden

2015: Wegfall Bezugsprovision direkte Bundessteuer an Gemeinden von 2.8 Mio. Franken (EP 2013/E37). Zudem Einsparungen bei den Veranlagungsentschädigungen an Gemeindesteuerämter aufgrund Einführung eDesk-Veranlagungsunterstützung (Sparpaket II/K35 – 2015: 10 %, folgende Jahre 15 %). Es wird weiterhin mit einer leichten Zunahme der Anzahl Steuerpflichtigen gerechnet, was dann wieder zu etwas geringeren Mehraufwänden führt.

88 **5105**

Kantonale Steuern

Veränderung
AFP 2015

Veränderung
AFP 2016

Veränderung
AFP 2017

318 Dienstleistungen und Honorare

Die Bezugsprovisionen der Quellensteuer widerspiegeln die Entwicklung des Quellensteuerertrages. Die Bezugsprovision beträgt nicht genau 3% des Bruttoertrages, da verschiedene Faktoren wie ergänzende ordentliche Veranlagungen, Ermessensveranlagungen und Netto-Zuweisungen aus anderen Kantonen zu Abweichungen führen.

340 Ertragsanteile des Bundes

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

341 Ertragsanteile der Kantone

Die Ertragsanteile der Kantone aus den Quellensteuern ergeben sich aufgrund interkantonaler Verrechnungen. Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

342 Ertragsanteile der Gemeinden

– aus Quellensteuern	+2'900'000	+3'100'000	+4'200'000
– aus Grundstückgewinnsteuern	+1'090'000	+1'100'000	+1'300'000
– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+11'100'000	+10'600'000	+12'500'000

Total **+15'090'000 +14'800'000 +18'000'000**

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Total erhöhen sich die Ertragsanteile der Gemeinden gemäss AFP 2015 gegenüber dem Voranschlag 2014 um 15.1 Mio. Franken. Zwischen dem AFP 2015 und dem AFP 2016 beträgt die Erhöhung 14.8 Mio. Franken; zwischen dem AFP 2016 und dem AFP 2017 ergibt sich eine Erhöhung von 18.0 Mio. Franken.

344 Ertragsanteile Dritter

– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+1'900'000	+1'900'000	+2'100'000
– aus Quellensteuern	+200'000	+200'000	+300'000

Total **+2'100'000 +2'100'000 +2'400'000**

Die Ertragsanteile Dritter beinhalten jenen Anteil an den Gewinn- und Kapitalsteuern, der an die mit hohen Steuern belasteten Kirchgemeinden fällt (22.5 Prozent der festen Zuschläge von 220 Prozent der einfachen Steuer) sowie den Fiskalausgleich an Österreich von 12.5 Prozent des Steueraufkommens von österreichischen Grenzgängern in privatrechtlichem Arbeitsverhältnis.

Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Insgesamt erhöhen sich die Ertragsanteile Dritter im AFP 2015 gegenüber dem Voranschlag 2014 um 2.1 Mio. Franken. Zwischen dem AFP 2015 und dem AFP 2016 erhöhen sich die Ertragsanteile ebenfalls um 2.1 Mio. Franken; zwischen dem AFP 2016 und dem AFP 2017 ergibt sich eine Erhöhung von 2.4 Mio. Franken.

5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)**400 Einkommens- und Vermögenssteuern**

	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
– Sollbetrag Jahressteuern	+26'700	+37'100	+26'000
– Sollbetrag Nachzahlungen	+3'800	+2'600	+1'500
Total	+30'500	+39'700	+27'500

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2013 sowie der angenommenen Einkommens- und Vermögensveränderungen wird für den AFP 2015 mit einem Einkommenszuwachs von 1.5 Prozent (progressionsbereinigt 2.25 Prozent) und mit einem Vermögenszuwachs von 2.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich gegenüber dem Voranschlag 2014 um 3.8 Mio. Franken. Für den AFP 2016 wird mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Vorjahr von ebenfalls 1.5 Prozent (progressionsbereinigt 2.25 Prozent) und mit einem Vermögenszuwachs von 2.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich im AFP 2016 gegenüber dem AFP 2015 um 2.6 Mio. Franken; im AFP 2017 wird mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Vorjahr von 1.75% (progressionsbereinigt 2.5%) und einem Vermögenszuwachs von wiederum 2.0% gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich im AFP 2017 gegenüber dem AFP 2016 um 1.5 Mio. Franken. Diese Finanzplanwerte basieren auf einem Kantonssteuerfuss von 115 Prozent.

401 Gewinn- und Kapitalsteuern

– Sollbetrag Kantonssteuern	+9'800'000	+9'400'000	+11'000'000
– Steuerzuschlag Kantonssteuern	+18'900'000	+17'900'000	+21'100'000
Total	+28'700'000	+27'300'000	+32'100'000

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2013 sowie der angenommenen Gewinnveränderungen wird für den AFP 2015 mit einem Gewinnzuwachs von 5.0 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2014 gerechnet. Für den AFP 2016 wird ebenfalls mit einem Gewinnzuwachs von 5.0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Für den AFP 2017 wird mit einem Gewinnzuwachs gegenüber dem Vorjahr von 7.5 Prozent gerechnet. Diese Finanzplanwerte basieren auf einem Kantonssteuerfuss von 115 Prozent.

402 Quellensteuern

Beim Quellensteuer-Ertrag auf Erwerbseinkünften von natürlichen Personen mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz wird gemäss mutmasslicher Rechnung 2013 für den AFP 2015 mit einer Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 2014 um 3.0 Prozent gerechnet. Für den AFP 2016 wird ebenfalls mit einer Erhöhung von 3.0 Prozent gerechnet. Für den AFP 2017 wird mit einem Zuwachs von 4.0 Prozent gerechnet.

403 Grundstückgewinnsteuern

– Sollbetrag Kantonssteuern	+1'800'000	+1'400'000	+1'300'000
– Steuerzuschlag Kantonssteuern	+2'100'000	+1'900'000	+2'500'000
Total	+3'900'000	+3'300'000	+3'800'000

Die Immobilien- und Baubranche im Kanton St.Gallen befindet sich nach wie vor in einer positiven Entwicklung. Es ist jedoch eine Verlangsamung des Zuwachses zu erwarten. Für den AFP 2015 und 2016 wird deshalb mit einem Wachstum von je 2.0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Für den AFP 2017 wird mit einem Zuwachs von 3.0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

88	5106 Bundessteuern			
	440 Anteile an Bundeseinnahmen	Die zu erwartenden Anteile an der direkten Bundessteuer basieren auf kantonsinternen Berechnungen sowie bezüglich Zuwachsprognosen auf den Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes kann im AFP 2015 mit einem Mehrertrag von 6.3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2014 gerechnet werden. Im AFP 2016 wird mit einem Mehrertrag von 5.6 Mio. Franken gegenüber dem AFP 2015 gerechnet; im AFP 2017 wird mit einem Mehrertrag von 6.4 Mio. Franken gegenüber dem AFP 2016 gerechnet.		
88	5500 Vermögenserträge			
	420 Vermögenserträge aus Post und Banken	Aufgrund der sinkenden Liquidität reduziert sich auch der Zinsertrag auf den Bankkonten mit Sonderkonditionen.		
	421 Vermögenserträge aus Guthaben	Die freie Liquidität kann aufgrund des erwarteten Zinsanstiegs wieder direkt im Geldmarkt angelegt werden, was wiederum zu höheren Zinserträgen führen wird.		
	425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	Steigende Zinserträge auf Darlehen an Behinderteneinrichtungen.		
89	5501 Passivzinsen			
	320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	Mehraufwand aufgrund steigendem Zinsniveau.		
	322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	Aufgrund des bevorstehenden Investitionsbedarfs muss das notwendige Fremdkapital beschafft werden, was zu einem entsprechenden Anstieg der Passivzinsen führt.		
89	5505 Abschreibungen	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen			
	Kantonsstrassen	+15'671'000	+17'500'000	+40'500'000
	Hochbauten			
	– 2005–2014 Universität St.Gallen, Erweiterung WBZ Holzweid	–887'400	0	0
	– 2006–2015 Spital Linth, Erneuerung und Sanierung	–193'600	–3'568'900	0
	– 2006–2015 Universität St.Gallen, Sanie- rung und Erweiterung	–4'100	–7'849'800	0
	– 2008–2017 KS Sargans/BWZ Sarganser- land, Erwerb und Sanierung Sporthallen .	0	0	–1'000
	– 2008–2017 Psych.Klinik Pfäfers, Neubau Zentrum für Alterspsychiatrie	0	0	+100
	– 2010–2014 PHSG, Umbau und Erweite- rung Mensa Gossau	–811'000	0	0
	– 2015–2024 Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	+2'500'000	0	0
	– 2015–2024 Fischereizentrum Steinach, Neubau	+1'095'000	0	0
	– 2016–2020 Lämmli Brunnenstrasse 54, St.Gallen, Innensanierung	0	+1'000'000	0
	– 2016–2025 Psych.Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	0	+1'600'000	0
	– 2016–2025 KS Sargans, Ausbau und Sanierung	0	+4'990'000	0

5505 Abschreibungen (Fortsetzung)**331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)****Hochbauten (Fortsetzung)**

	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
– 2016–2025 Klanghaus Toggenburg, Neubau	0	+2'300'000	0
– 2016–2025 Landw.Zentrum Salez, Umbau und Erweiterung	0	+3'200'000	0
– 2016–2040 Kantonsspital St.Gallen, Haus 07A Neubau 1. Teilkredit	0	+6'000'000	0
– 2016–2040 Landspitäler (Altstätten, Grabs, Linth, Wattwil), Erneuerung und Erweite- rung 1. Teilkredit	0	+4'200'000	0
– 2017–2021 Psych.Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	0	0	+1'600'000
– 2017–2021 Spital Wil, Umbau und Erweite- rung Notfall, Labor, Verwaltung	0	0	+1'600'000
– 2017–2021 Polizeiposten Wil, Erwerb und Umbau	0	0	+1'200'000
– 2017–2026 Theater St.Gallen, Umbau und Sanierung	0	0	+2'200'000
– 2017–2026 BWZ Toggenburg, Erneuerung und Erweiterung	0	0	+2'300'000
– 2017–2041 Landspitäler (Altstätten, Grabs, Linth, Wattwil), Erneuerung und Erweite- rung 2. Teilkredit	0	0	+4'000'000

Technische Einrichtungen

– 2007–2016 Kantonale Notrufzentrale, Ersatz Einsatzleitsystem	–659'200	–288'200	0
– 2015–2019 KAPOgoesMobile	+798'600	0	0
– 2015–2020 Arbeitsplatz der Zukunft 2015	+6'266'700	0	0

Investitionsbeiträge

– 2005–2014 Polysportives Zentrum Ostschweiz St.Gallen	–1'385'000	0	0
– 2010–2014 Südostbahn, technische Verbesserungen 2009	–1'084'900	0	0
– 2011–2015 Südostbahn, technische Verbesserungen 2010	–100	–1'569'300	0
– 2012–2016 S-Bahn Zürich, 4. Teil- ergänzung	0	–200	–644'700
– 2012–2016 Südostbahn, technische Verbesserungen 2011	0	–100	–1'507'400
– 2015–2019 Südostbahn, technische Verbesserungen 2013	+873'300	0	0
– 2015–2019 Heilpädagogische Vereinigung Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung Schule und Neubau Internat	+1'800'000	0	0
– 2016–2020 Südostbahn, Investitions- vereinbarung 2014	0	+900'000	0
– 2016–2020 HGV-Verlängerung Goldach- Rorschach, Publikumsanlagen Rorschach Stadt	0	+1'800'000	0
– 2017–2021 Südostbahn, Investitionsverein- barung 2015	0	0	+700'000

Total	+23'979'300	+30'213'500	+51'947'000
------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

309 Anderer Personalaufwand

Mit der Massnahme E66 «Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung» des Entlastungsprogramms 2013 soll der Haushalt ab 2015 um insgesamt 10 Mio. Franken entlastet werden. Dafür wird ein pauschaler Sparbeitrag von 6.5 Mio. Franken im Personalaufwand zentral eingestellt (restliche 3.5 Mio. Franken im Sachaufwand, vgl. Konto 5509.319). Ab 2016 läuft die mit dem Voranschlag 2013 vom Kantonsrat beschlossene Kürzung des Personalaufwands von 1 Prozent aus, welche die Regierung in den Jahren 2014 und 2015 weitergezogen hat. Da die aus dieser Sparmassnahme resultierenden, dezentral eingestellten Personalaufwandreduktionen an die Umsetzung der Massnahme E66 angerechnet werden können (sofern sie dauerhaft sind), fällt die zentral eingestellte Reduktion des Personalaufwands ab 2016 entsprechend geringer aus.

312 Informatik

– Informatik-Investitionskosten	+216'600	–1'578'500	+3'892'000
– Informatik-Betriebskosten	–4'752'000	0	0
Total	–4'535'400	–1'578'500	+3'892'000

Im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2015–2017 sind die einzelnen Informatik-Investitionsvorhaben in den entsprechenden Ämtern, Abteilungen und Anstalten erfasst. Für das Jahr 2015 unterschreitet diese Detailplanung den jährlichen Plafonds (rund 10.5 Mio. Franken) für neue Informatikvorhaben um rund Fr. 216'600. Aus diesem Grund wurde zentral eine entsprechende Pauschalerhöhung erfasst. Im Jahre 2016 musste eine pauschale Reduktion von rund 1.3 Mio. Franken und im Jahr 2017 eine Erhöhung von rund 2.5 Mio. Franken erfasst werden, um den Plafonds zu erreichen. Im Bereich der Informatik-Betriebskosten läuft Ende 2014 die zentral vereinnahmte Kostenreduktion für das SBI2008 von jährlich Fr. 648'000 aus. Zusätzlich wurden die Auswirkungen des Sonderkredits «Arbeitsplatz der Zukunft» zentral eingestellt, d.h. Korrektur der dezentral in den Rechnungsabschnitten eingestellten Betriebskosten der alten Plattform «SBI2008» von –11.3 Mio. Franken sowie die erwarteten neuen Betriebskosten für den APZ von 5.9 Mio. Franken. Das ergibt netto einen Minderaufwand von 5.4 Mio. Franken.

319 Anderer Sachaufwand

Zentral eingestellter pauschaler Sparbeitrag von 3.5 Mio. Franken aus der Umsetzung der Massnahme E66 des Entlastungsprogramms 2013 (vgl. auch Konto 5509.309).

360 Staatsbeiträge

Zentral eingestellter pauschaler Sparbeitrag von 2.5 Mio. Franken (2015) bzw. 6.2 Mio. Franken (ab 2016) aus der Umsetzung der Massnahme E67 «Gezielte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden» des Entlastungsprogramms 2013.

434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren

Es wird von einem leichten Anstieg der Abgeltung für die Staatsgarantie der St.Galler Kantonalbank AG ausgegangen.

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Gemäss Schätzung der Eidg. Steuerverwaltung werden die Kantonsanteile an der Verrechnungssteuer sowie der EU-Zinsbesteuerung jährlich leicht ansteigen.

447 Finanz- und Lastenausgleich

Aufgrund der allgemeinen Schätzung der FKF wird für den Kanton St.Gallen mit einem leichten Anstieg des Anteils am NFA im Bereich des Ressourcenausgleichs gerechnet.

488 Entnahme aus Eigenkapital

Im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans wird jeweils keine Entnahme aus dem freien Eigenkapital geplant. Im Bereich des besonderen Eigenkapitals muss zusätzlich zur jährlichen Entnahme von 25.6 Mio. Franken für die Finanzierung der Massnahme «Ü1-Bezug aus dem besonderen Eigenkapital zur Finanzierung des Vergütungsanteils für stationäre Spitalbehandlungen» (EP 2013) noch 25 Mio. Franken (2014) und 17 Mio. Franken (2015) entnommen werden.

5600 Allgemeiner Personalaufwand**308 Pauschale Besoldungskorrekturen**

	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
– Stufenanstieg netto 0.10 %	+618'700	+618'700	+618'700
– Beförderungsquote 0.40 %	+2'488'900	+2'488'900	+2'488'900
– Einführung Telearbeit	–30'000	0	0
– Besoldungskürzung um 1%	–3'586'600	+3'586'600	0
Total	–509'000	+6'694'200	+3'107'600

Der Stufenanstieg führt zu einem jährlichen, kumulativen Wachstum von 0.62 Mio. Franken. Das Gleiche gilt für den jährlichen Zuwachs der Beförderungsquote um 2.49 Mio. Franken. Die geschätzten Mehrkosten für die Einführung der Telearbeit aufgrund des neuen Personalrechts werden im AFP 2015–2017 nicht mehr fortgeschrieben. Die Besoldungskürzung betrifft die Kontengruppe 30. Das Finanz-, das Bildungs- sowie das Gesundheitsdepartement haben diese Besoldungskürzungen bereits in den AFP-Zahlen weitergezogen. Für die übrigen Departemente wird die Kürzung zentral budgetiert. Ab 2016 läuft die mit dem Voranschlag 2013 vom Kantonsrat beschlossene Kürzung des Personalaufwands von 1 Prozent aus, welche die Regierung in den Jahren 2014 und 2015 weitergezogen hat. Da die aus dieser Sparmassnahme resultierenden, dezentral eingestellten Personalaufwandreduktionen an die Umsetzung der Massnahme E66 angerechnet werden können (sofern sie dauerhaft sind), fällt die zentral eingestellte Reduktion des Personalaufwands ab 2016 entsprechend geringer aus (siehe auch Konto 5509.309).

6 Baudepartement

- 91 **6000 Generalsekretariat BD**
- 301 Besoldungen**
Aus Datenschutzgründen wird der Personalaufwand der Wohnbauförderung ab 2015 im Rechnungsabschnitt Generalsekretariat integriert, vgl. Konto 6001.301.
Entlastungsprogramm 2013 (EP 2013), Massnahme E44: Abbau einer Vollzeitstelle (Nichtwiederbesetzung nach Pensionierung 2015).
- 312 Informatik**
Prozess- und Statistikintegration von Änderungen am Baubewilligungsverfahren; Ablösung Statistikmodul.
- 91 **6001 Wohnbauförderung**
- 301 Besoldungen**
Aus Datenschutzgründen wird der Personalaufwand der Wohnbauförderung ab 2015 im Rechnungsabschnitt Generalsekretariat integriert, vgl. Konto 6000.301.
- 92 **6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation**
- 312 Informatik**
2014: Projekt GeoGov-Bus Kanton St.Gallen.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Gesamtüberarbeitung Richtplan (vgl. RRB 2009/320, 2011/98, 2011/422, 2013/451):
Der Grossteil der Aufwände für externe Beratungsaufträge fällt in den Jahren 2014 und 2015 an.
- 360 Staatsbeiträge**
Amtliche Vermessung: Auszahlungen Bundes- und Staatsbeiträge im Rahmen des Projekts Periodische Nachführung (Programmvereinbarung 2012–2015).
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Bundesbeiträge gemäss Programmvereinbarung 2012–2015.
- 92 **6100 Amtsleitung HBA**
- 312 Informatik**
2015: Release oder Ersatz der Software des Facility Managements.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Für Projektierungskosten wird im AFP der Pauschalbetrag von 20 Mio. Franken eingestellt, vgl. Konto 6100.489.
- 489 Bevorschussungen**
Ausgleich (buchhalterisch: Aktivierung) Projektierungskosten, vgl. Konto 6100.318.
- 93 **6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften**
- 301 Besoldungen**
2014: Ende eines befristeten Anstellungsverhältnisses, Pensionierungen beim Betriebspersonal (werden durch Dienstleistungsaufträge kompensiert).
- 313 Verbrauchsmaterialien**
Die zentrale Berücksichtigung des pauschalen Einsparungsbetrags von Fr. 1'670'000 gemäss Sparpaket II, Massnahme K40 «Aufbau Energiemanagement und Betriebsoptimierung» entspricht einer weiteren Steigerung der Einsparungen gegenüber 2014 von Fr. 400'000. Tatsächlich fallen die Minderaufwände bei den Energiekosten dezentral in den Nutzerdepartementen an. Das Baudepartement wird der Regierung über die Einsparergebnisse des gesamten Kantons jährlich umfassend Bericht erstatten. Nach Vorliegen erster Projektergebnisse können die Einsparungsbeträge ab der Voranschlagstellung 2015 dezentral in den Budgets der Nutzerdepartemente berücksichtigt werden.

		Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
93	6105	Verwaltung der Staatsliegenschaften (Fortsetzung)		
	316	Mieten, Pachten und Benützungskosten		
		Reduktion Mietaufwand um 1.5 Mio. Franken gemäss Sparpaket II; vertraglich fixierte Teuerungsanpassungen.		
	423	Liegenschaftserträge des Finanzvermögens		
		Neuer Mietvertrag Bahnhofplatz 5, St.Gallen.		
	424	Gewinne auf Anlagen des Finanzvermögens		
		2014: Verkauf von 2 Liegenschaften; 2015–17: Durchschnittswert.		
	427	Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens		
		–436'600	–126'000	–8'000
		– Nutzungsentschädigung Hochschulbauten		
		–475'700	–137'600	–8'900
		– Nutzungsentschädigung Fachhochschul-		
		bauten		
		+3'241'300	+2'681'000	+2'697'000
		– Nutzungsentschädigung Spitalbauten . . .		
		+881'200	+904'400	+909'700
		– Nutzungsentschädigung Psychatriebauten		
		+24'600	+25'200	+25'400
		– Nutzungsentschädigung Laborbauten . . .		
	Total	+3'234'800	+3'347'000	+3'615'200
		Nutzungsentschädigungen veränderlich infolge Zinsschwankungen und angepassten Liegenschaftswerten.		
94	6153	Kantonsstrassen		
	311	Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge		
		2014: Kürzung bei der Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten gemäss Sparvorgaben. Der Finanzplan entspricht dem durchschnittlichen Bedarf der Mehrjahresplanung.		
	313	Verbrauchsmaterialien		
		Minderverbrauch von Bau- und Signalisationsmaterialien.		
	314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt		
		Mehrfjahresplanung für die dringenden Strassensanierungen gemäss aktueller Zustandserfassung der Kantonsstrassen.		
	318	Dienstleistungen und Honorare		
		Minderaufwand für Ingenieurhonorare und für Grenzbereinigungen aufgrund amtlicher Vermessungen.		
94	6154	Nationalstrassen		
	314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt		
		Der Aufwand variiert je nach Auftragsvolumen des Bundesamtes für Strassen ASTRA. Die Kosten werden vom ASTRA zurückerstattet, vgl. Konto 6154.450.		
	450	Rückerstattungen des Bundes		
		Mehrertrag aus Rückerstattungen des ASTRA für Einzelmassnahmen ausserhalb der Leistungsvereinbarung, vgl. Konto 6154.314.		
95	6156	Gewässer		
	314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt		
		Mehrfjahresplanung der Projektierungs- und Baukosten für den Ausbau von Kantonsgewässern gemäss neuem Wasserbaugesetz. Die entsprechenden Gemeinde- und Bundesbeiträge sind in Konto 6156.460 geplant.		
	360	Staatsbeiträge		
		Mehrfjahresplanung der Beitragszusicherungen an Gemeinden für Wasserbauprojekte unter Berücksichtigung der Programmvereinbarungen mit dem Bund. Die entsprechenden Bundesbeiträge sind in Konto 6156.460 geplant. Der Finanzplan 2015 ist durch die beiden Massnahmen aus dem Sparpaket II/Entlastungsprogramm 2013 um total 3 Mio. Franken gekürzt. Für die Jahre 2016 und 2017 verbleibt die Kürzung gemäss Entlastungsprogramm 2013 (Massnahme E49) von Fr. 1'500'000.		

95	6156 Gewässer (Fortsetzung) 439 Andere Entgelte Geringere Auflösung von nicht beanspruchten zugesicherten Staatsbeiträgen. 460 Beiträge für eigene Rechnung Die Gemeinde- und Bundesbeiträge sind abhängig von den Projekten für den Ausbau an Kantonsgewässern, vgl. Konto 6156.314, 6156.360.			
96	6159 Steinbruch Starckenbach 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten gemäss Mehrjahresplanung. 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt Geplante Investitionen für die Teilautomatisierung von Produktionsanlagen und für das Erweiterungsprojekt.			
96	6200 Amt für Umwelt und Energie 301 Besoldungen Ab 2015 Wegfall der dezentralen Berücksichtigung der kantonsweiten Sparvorgabe von 1% im Personalbereich. 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge – Fahrzeuge: +50'000 –110'000 0 2015: Ersatz Schadendienst-Pikettfahrzeug inkl. Notfallausrüstung; Ersatz Probenahmefahrzeug Messstationen OSTLUFT – Techn. Instrumente / Geräte: +183'000 –288'000 +105'000 2015: erhöhter Bedarf an Labor-, Probenahmegeräten; Umrüstung Messstationen Bodenfeuchte auf Digitalbetrieb 2015 und 2017: Beschaffung Luft-Multimesstation (OSTLUFT)	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	Total +233'000 –398'000 +105'000			
	312 Informatik Die Software für die zentrale Verwaltung der Messdaten von Anlagen und Messstationen «MeDat» ist seit 2004 in Betrieb und hat strategische Bedeutung für das Amt. Die notwendige Erneuerung wurde bereits verschoben und ist nun in den Jahren 2015–2017 geplant.			
	314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt 2017: Mit der Erneuerung der Strasse durch die Gemeinde Bad Ragaz wird der letzte Abschnitt der Dorfbadleitung saniert (Kantonsseigentum).			
	318 Dienstleistungen und Honorare Nach bereits erfolgten Aufwandreduktionen ab 2015 weitere Kürzungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit gemäss EP 2013, Massnahme E51.			
	342 Ertragsanteile der Gemeinden 2015: Erhöhung Wasserzins für Wasserkraftanlagen, vgl. Konto 6200.412.			

96	6200	Amt für Umwelt und Energie (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017
	360	Staatsbeiträge			
		– Staatsbeiträge an priv. Institutionen: 2014: Erneuerung Thermalwasserleitung Therme Pfäfers durch Grand Resort Bad Ragaz AG: Anteil Kanton	–1'850'000	0	0
		– Staatsbeiträge für Abwasseranlagen: Beiträge für 2014 und 2015 auf 50'000 re- duziert gemäss Sparpaket II; Auszahlungen enden 2016.	0	+236'000	–286'000
		– Staatsbeiträge gem. Unternehmen: Aufwandsabhängige Leistungsaufträge Kanton und jährlicher Sockelbeitrag an Energieagentur SG GmbH	+80'000	+10'000	0
		Total	–1'770'000	+246'000	–286'000
	412	Konzessionen 2015: Erhöhung Wasserzins für Wasserkraftanlagen, vgl. Konto 6200.342.			
	450	Rückerstattungen des Bundes 2014: Abschluss Zustandsmessungen kleiner Fliessgewässer im Rahmen der Revision des Gewässerschutzgesetzes.			

7 Sicherheits- und Justizdepartement

- 98 **7000 Generalsekretariat SJD**
- 312 Informatik**
Im 2016 ist die Einführung eines Major-Releases der Geschäftsverwaltung JURIS der Organe der Rechtspflege (OdR) geplant.
 - 318 Dienstleistungen und Honorare**
Einmaliges Vorprojekt für den Major-Release JURIS der OdR aus dem Voranschlag 2014 entfällt.
- 98 **7150 Migrationswesen**
- 312 Informatik**
2015: Ersatz der Grossbildschirme, Erweiterung des Arbeitgebermoduls beim Online-Schalter, Prozessintegration und elektronischer Dokumentenaustausch mit der Kantonspolizei, dem Amt für Justizvollzug und der Staatsanwaltschaft sowie Projekt für Datenhaltung und Langzeitarchivierung für Ausländerdossier.
2016: Prozessintegration und elektronischer Dokumentenaustausch mit den Gerichten.
 - 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Es werden weniger Bewilligungen erwartet.
- 99 **7151 Asylwesen**
- 301 Besoldungen**
Das zusätzlich geplante Zentrum ist im Voranschlag 2014 für 9 Monate (ab April) budgetiert. Entsprechend höhere Kosten aufgrund ganzjährigem Betrieb.
 - 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Fahrzeuersatz in den Zentren.
 - 312 Informatik**
Im Jahr 2016 ist das Projekt «Prozessintegration der Zentren» geplant.
 - 318 Dienstleistungen und Honorare**
Gleiche Begründung wie in Konto 7151.301.
- 99 **7152 Ausweisstelle**
- 312 Informatik**
In den Jahren 2015 und 2016 wird aufgrund von Vorgaben des Bundes die neue ID- und Passlösung umgesetzt.
 - 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Es wird ein Rückgang bei den biometrischen Ausweisen erwartet.
- 100 **7200 Amt für Justizvollzug**
- 301 Besoldungen**
2015: Ein zusätzlicher Werkmeister für die geschlossene Betreuungsabteilung im Massnahmenzentrum Bitzi.
 - 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Ersatzanschaffungen verschiedener Maschinen, Fahrzeuge und technischer Geräte vor allem in den Landwirtschafts- und Gewerbebetrieben der Anstalten.
 - 315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt**
Einmaliger Aufwand aus dem Voranschlag 2014 entfällt.
 - 318 Dienstleistungen und Honorare**
Es muss mit einer weiteren Erhöhung der Tarife/Kostgelder in den psychiatrischen Kliniken und Justizvollzugseinrichtungen gerechnet werden.

Kantonspolizei**301 Besoldungen**

Laufende Übernahme der neu ausgebildeten Polizeischüler. Weiterführung des Korpsausbaus gemäss Bericht Innere Sicherheit II vom 13. Januar 2013 (40.09.01) in reduzierter Form mit jeweils 10 zusätzlichen Stellen. Die Regierung wird mit dem Bericht zum Postulat 43.11.01 («Sicherheitslandschaft Schweiz: Zusammenarbeit Bund und Kantone») eine aktualisierte Lagebeurteilung unterbreiten und eine neue Einschätzung des Personalbedarfs der Kantonspolizei vornehmen. Ab 2015 zwei zusätzliche Fachspezialisten.

303 Arbeitgeberbeiträge

Begründung wie in Konto 7250.301.

306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen

Einerseits gleiche Begründung wie in Konto 7250.301; andererseits werden im 2016 die zehnjährigen Unterzugswesten ersetzt.

309 Anderer Personalaufwand

Die im Voranschlag 2014 aufgrund der Sparvorgabe im Personalaufwand verschobenen Aus- und Weiterbildungen werden nun nachgeholt.

311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge

Generell: Ersatz bestehender Geräte und Fahrzeuge gemäss Fahrzeugkonzept und Altersstruktur sowie Neu- und Ersatzanschaffungen verschiedener technischer Geräte. Einmaliger Mehraufwand für die Umsetzung von EP 2013 Massnahme E52 aus dem Voranschlag 2014 entfällt.

2016 und 2017: Minderaufwand aufgrund der Sparvorgaben.

312 Informatik

Mehraufwand für den Betrieb von KAPOgoesMOBILE. Laufende Harmonisierung der Polizeiinformatik im Bereich Fachapplikationen (Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen). 2016 und 2017: Ersatz des KAPO-Personalinformationssystems (ohne Löhne) sowie des Dienstplanungs- und Zeiterfassungssystems. Einführung einer elektronischen Geschäftsverwaltung sowie eines Systems für Führungsinformationen.

313 Verbrauchsmaterialien

Mehraufwand für Treibstoff sowie Umrüstung der Gefängnisse auf dem Platz St.Gallen auf flammhemmendes Bettzeug und vandalensichere Matratzen.

315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt

Die Wartung der zusätzlichen Geschwindigkeitsmessenanlagen (EP 2013 Massnahme E52) wird neu in Konto 7250.312 verbucht.

318 Dienstleistungen und Honorare

Mehraufwand im Bereich Digitale Forensik, Ausschaffungen, DNA-Analysen und Portogebühren.

351 Entschädigungen an Kantone

Beiträge an die Polizeischule Ostschweiz.

352 Entschädigungen an Gemeinden

Höhere Kosten für Entschädigung an die Stadt St.Gallen (Teuerung).

437 Bussen

Umsetzung EP 2013 Massnahme E52.

451 Rückerstattungen der Kantone

Mehreinnahmen für den Betrieb der Kantonalen Notrufzentrale für Appenzell Inner- und Ausserrhoden.

- 101 **7300 Strassenverkehr**
- 301 Besoldungen**
Damit der Rückstand bei den Fahrzeugprüfungen nicht weiter anwächst, werden sechs zusätzliche Verkehrsexperten benötigt. Mehreinnahmen in gleicher Höhe in Konto 7300.431.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Ersatz der Dienstfahrzeuge in den Prüfstellen im 2017.
- 312 Informatik**
2015: Anpassung von Cari an die Neuerungen im Bundesgesetz über die Binnenschiffahrt.
2016: Einführung computerunterstützter Führerprüfung, Anbindung von Cari ans Kantonale Einwohnerregister (KEWR), Ersatz der Drucker für die Erstellung der Führerausweise im Kreditkartenformat aufgrund neuer Sicherheitsanforderungen.
2017: Ersatz Statistikmodul zu Cari.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Mehreinnahmen aufgrund steigender Anzahl Geschäftsfälle, infolge Umsetzung EP 2013 Massnahme E57 (Via Sicura II / Verkürzung der Prüfzeiten) sowie der zusätzlichen Verkehrsexperten.
- 102 **7301 Schifffahrt**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
2015: Revision der Rettungsboote in Unterterzen (Walensee), Schmerikon und Rapperswil-Jona (beide Zürichsee).
2016: Ersatz des Polizeibootes für den Walensee.
2017: Revision des Polizeibootes in Rorschach (Bodensee) sowie Ersatz des Weidlings für den Linthkanal.
- 312 Informatik**
Einführung des Schiffsführerausweises im Kreditkartenformat sowie der computerunterstützten Schiffsabnahme.
- 102 **7309 Strassenfonds (SF)**
- 406 Besitz- und Aufwandsteuern**
Voraussichtliche Zunahme des Fahrzeugbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen.
- 440 Anteile an Bundeseinnahmen**
Bundesbeiträge an der LSVA gemäss Angaben der Oberzolldirektion.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Anteil des Kantons St.Gallen am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil.
- 482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen**
Ausgleich der Unterdeckung des Strassenfonds.
- 102 **7352 Staatsanwaltschaft**
- 301 Besoldungen**
Aufrechnung des Anteils an der pauschalen Kürzung des Personalaufwandes von 6.9 Mio. Franken, welcher im AFP 2015–17 zentral beim FD budgetiert ist.
- 312 Informatik**
2015: Einführung eines Workflow für die Applikation JURIS, der die Prozesse unterstützt und soweit möglich automatisiert; Projektungskredite für die Anwendungen i2-Analysetool und Scanning.
2016: Die Nutzung der Anwendungen i2-Analysetool und Scanning soll auf weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (1. Etappe). Bisher war damit nur die Gruppe Wirtschaftsdelikte beim kantonalen Untersuchungsamt ausgerüstet.
2017: Die Nutzung der Anwendung i2-Analysetool soll auf weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (2. Etappe)

- 102 **7352 Staatsanwaltschaft (Fortsetzung)**
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Zunahme der Fälle mit amtlicher Verteidigung und entsprechende Mehrausgaben für Anwaltshonorare gemäss der ab 2011 geltenden Schweiz. Strafprozessordnung (demgegenüber Mehrertrag für Rückerstattungen, Konto 7352.436) sowie der ausseramtlichen Entschädigungen aus privater Verteidigung; Mehraufwand für den Straf- und Massnahmenvollzug bei Jugendlichen infolge höherer Kosten für stationäre Massnahmen (Unterbringungen) infolge des kontinuierlichen Anstiegs der Tarife.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Zusätzlicher Mehrertrag infolge erwarteter Zunahme der Fallzahlen.
- 437 Bussen**
Mehrertrag infolge Zunahme der Fälle mit Bussen, unbedingten Geldstrafen und Widerruf von bedingten Geldstrafen.
- 103 **7400 Amt für Militär und Zivilschutz**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Einmalige Aufwendungen aus dem Voranschlag 2014 entfallen.
- 319 Anderer Sachaufwand**
2015: Mehraufwand für Rückerstattungen der Wehrpflichtersatzabgabe.
2016: Umsetzung EP 2013 Massnahme E53 (Regionalisierung / Kantonalisierung des Zivilschutzes).

8 Gesundheitsdepartement

- 105 **8000 Generalsekretariat GD**
- 312 Informatik**

Das Projekt Modellregion e-Health-Service-Plattform war auf drei Jahre beschränkt und läuft Ende 2014 aus, dadurch entfallen die entsprechenden Betriebskosten.
 - 319 Anderer Sachaufwand**

Ab dem Jahr 2015 wird der Beitrag an die OdA GS (Organisation der Arbeitswelt für Gesundheits- und Sozialberufe) je hälftig durch das Gesundheitsdepartement und das Departement des Innern getragen, der Beitrag des Gesundheitsdepartements wird ab diesem Zeitpunkt im Konto 8000.360 geführt.
 - 360 Staatsbeiträge**

Siehe Ausführungen zum Konto 8000.319.
- 105 **8050 Amt für Gesundheitsvorsorge**
- 301 Besoldungen**

Auslaufen der Projekte «Kinder im Gleichgewicht (KIG)» und «Tabakpräventionsprogramm», den Minderaufwänden in den Konten 8050.301 und 8050.318 stehen entsprechende Mindererträge in den Konten 8050.436 und 8050.439 gegenüber.
 - 318 Dienstleistungen und Honorare**

Siehe Begründungen zum Konto 8050.301.
 - 436 Kostenrückerstattungen**

Siehe Begründungen zum Konto 8050.301.
 - 439 Andere Entgelte**

Siehe Begründungen zum Konto 8050.301.
- 106 **8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen**
- 309 Anderer Personalaufwand**

Das Hundegesetz des Kantons St.Gallen stammt aus dem Jahre 1985, viele Bestimmungen darin sind nach wie vor zweckmässig. Im Bereich der auffälligen Hunde sind jedoch der Vollzug und die Verantwortung neu zu regeln und an die heutigen Vorgaben der Tierschutz- und Tierseuchenvorschriften einerseits und an die Strafprozessordnung andererseits anzupassen. Mit der Zuweisung der Vollzugszuständigkeit bei der Anordnung von Massnahmen bei auffälligen und gefährlichen Hunden an das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) sowie dem Auftrag, die Prävention zu fördern, soll ein Drittel der Einnahmen aus den Hundesteuern (ca. Fr. 500'000) an den Kanton überwiesen werden. Diese Einnahmen von ca. Fr. 500'000 (Konto 8120.460) durch die Hundesteuern decken die Kosten von Fr. 300'000 im Konto 8120.309 «Anderer Personalaufwand» und Fr. 200'000 Konto 8120.319 «Anderer Sachaufwand». Demzufolge sind netto keine Kosten zu erwarten.
 - 312 Informatik**

Ab 2014 wird das Projekt «Geschäfts-Management-System» budgetwirksam. Im Anschaffungsjahr 2014 fallen hohe Investitionskosten an, die sich im zweiten Jahr (2015) verringern werden. Ab dem Jahr 2016 fallen nur noch Betriebskosten an.
 - 319 Anderer Sachaufwand**

Siehe Begründungen zum Konto 8120.309.
 - 460 Beiträge für eigene Rechnung**

Siehe Begründungen zum Konto 8120.309.

- 107 **8129 Tierseuchenkasse (SF)**
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen
 Mit der Senkung des Kantonsbeitrags bezahlen auch die Tierhalter und die Gemeinden weniger in die Tierseuchenkasse ein. Die Einnahmen entsprechen den voraussichtlichen Ausgaben, soweit eine Prognose überhaupt möglich ist. Grössere Seuchenereignisse können in Zukunft jederzeit eintreten, dies hätte wieder eine Erhöhung der Beiträge von Kanton, Tierhaltern und Gemeinden zur Folge.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
 Mit der Aufhebung des Viehhandels-Konkordates entfallen die Umsatzgebühren, somit verbleiben lediglich die Patentgebühren.
- 107 **8221 Heimstätten Wil**
 Die Heimstätten Wil sind heute als unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt organisiert. Da der Betrieb von Heimen grundsätzlich nicht zum Aufgabengebiet des Kantons gehört, handelt es sich bei den Heimstätten Wil um einen Sonderfall. Die Führung der Heimstätten Wil als kantonale Institution sollte deshalb von Anfang an nur eine vorübergehende Lösung darstellen, weshalb auf den 1. Januar 2015 die rechtliche Verselbständigung der Institution in eine privatrechtliche Stiftung vorgesehen ist. Damit kann eine Trennung zwischen Aufsicht und Planung einerseits und der operativen Führung andererseits sowie eine Gleichstellung mit den privaten Behinderteneinrichtungen erreicht werden.
 Der Beschluss zur Errichtung einer privatrechtlichen Stiftung setzt vorgängig die Aufhebung der Verordnung über die Organisation der Heimstätten Wil voraus. Es braucht weder ein entsprechendes Gesetz noch eine Anpassung eines bestehenden Gesetzes, womit die Zuständigkeit für die Überführung bei der Regierung liegt. Der Kanton wird sich an der neuen Trägerschaft nicht beteiligen, allerdings sind die Heimstätten Wil mit einem angemessenen Stiftungskapital auszustatten. Da sich der Wert der einzubringenden Mobilien, Geräte und Maschinen nur auf rund 0.45 Mio. Franken beläuft, ist von einer zusätzlichen Bareinlage von Seiten des Kantons im Umfang von 0.8 Mio. Franken auszugehen. Vor diesem Hintergrund entfällt ab dem AFP 2015 auch die Notwendigkeit einer Detailbudgetierung, an Stelle dessen ist im Amt für Gesundheitsversorgung die einmalige Bareinlage von 0.8 Mio. Franken eingestellt.
- 108 **8300 Amtsleitung AfGVE**
360 Staatsbeiträge
 Siehe zusammenfassende Bemerkungen zu Beginn des Rechnungsabschnitts 8221.
- 108 **8301 Individuelle Prämienverbilligung**
360 Staatsbeiträge
 Der Betrag für das Volumen der individuellen Prämienverbilligung (IPV) richtet sich nach den Hochrechnungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) für die voraussichtliche Höhe des IPV-Bundesbeitrages. Dieser wird im Jahr 2015 bei rund 139.1 Mio. Franken liegen (siehe Konto 8301.460). Dies entspricht einer Zunahme von 2 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2014. In den Folgejahren wird von einer jährlichen Wachstumsrate von 2 Prozent ausgegangen. Dieselben Wachstumsraten werden auch bei der Entwicklung des IPV-Volumens des Kantons zu Grunde gelegt. Analog zu den Voranschlägen 2011 bis 2014 muss gegenüber der Nettobelastung (gemäss IPV-Obergrenze) eine Einsparung von 3.5 Mio. Franken vorgenommen werden (RRB 2010/349). Dazu kommt eine weitere Einsparung im Rahmen des Entlastungsprogramms 2013 von 6.5 Mio. Franken. Damit resultiert für den Kanton im Bereich der IPV eine Nettobelastung von 55.6 Mio. Franken (2015), 56.9 Mio. Franken (2016) und 58.3 Mio. Franken (2017).
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
 Siehe Begründungen zu Konto 8301.360.

- 108 **8303 Innerkantonale Hospitalisation**
- Erhöhung des kantonalen Vergütungsanteils für krankenversicherte st.gallische Patienten von 54 % im Jahr 2014 auf 55 % (ab 2015)
 - Die Anzahl Austritte im DRG-Bereich nehmen um rund 0.5% zu
 - Beim Case Mix Index wird von einer Zunahme um rund 1.0% ausgegangen
 - Die Anzahl Pfl egetage im Bereich Psychiatrie/Rehabilitation nehmen um rund 1.0% zu

Demgegenüber erfolgt im Bereich der Beiträge zur Sicherstellung der Versorgung (Psychiatrieverbände, Ostschweizer Kinderspital, Kinderschutzzentrum und Geriatrische Klinik) ein Rückgang im AFP 2015–2017 (verglichen mit dem VA 2014).

- 109 **8304 Ausserkantonale Hospitalisation**
- Der Kostenanstieg ist auf den höheren kantonalen Vergütungsanteil, auf höhere Fallzahlen im SwissDRG-Bereich, auf einen höheren CMI, auf eine höhere Baserate und auf die höhere Anzahl Pfl egetage im Bereich Psychiatrie/Rehabilitation zurückzuführen.

109 **8309 Zentrum für Labormedizin**

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
1. Gemeinwirtschaftliche Leistungen				
1.1. Bereitschaftsdienst / Notfalldienst	420'000	430'000	440'000	440'000 ¹⁾
1.2. Aus- und Weiterbildung	340'000	500'000	510'000	520'000 ²⁾
1.3. Forschung/Innovation/Entwicklung	30'000	35'000	40'000	45'000
Total	790'000	965'000	990'000	1'005'000
2. Human-med. Laborleistungen				
2.1. Einnahmen aus Unters. Klinische Chemie und Haematologie	-15'700'000	-21'300'000	-21'350'000	-21'400'000 ³⁾
2.2. Einnahmen aus Unters. Klinische Mikrobiologie und Immunologie	-9'990'000	-9'340'000	-9'350'000	-9'360'000 ³⁾
2.3. Übrige Erträge	-280'000	-250'000	-260'000	-270'000
2.4. Materialkosten	9'053'000	9'900'000	9'920'000	9'950'000
2.5. Personalkosten	10'900'000	11'970'000	12'000'000	12'050'000
2.6. Investitionen in Geräte, Abschreibungstranche	850'000	870'000	900'000	930'000
2.7. Übrige Kosten	3'080'000	4'800'000	4'850'000	4'900'000
Total	-2'087'000	-3'350'000	-3'290'000	-3'200'000

¹⁾ Mehrkosten nPG (Inkonvenienzen).

²⁾ neu 2 Ausbildungsstellen zum FAMH und zus. Entlohnung BMA-Praktikantinnen, sowie Mehrkosten nPG.

³⁾ Entwicklung abhängig von der Art und Anzahl Analysen.

109 **8309 Zentrum für Labormedizin (Fortsetzung)**

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	AFP 2017
3. Veterinär-med. Laborleistungen				
3.1. Einnahmen aus Untersuchungen	-1'600'000	-1'550'000	-1'570'000	-1'600'000 ³⁾
3.2. Uebrige Erträge	-1'000	-1'000	-1'000	-1'000
3.3. Materialkosten	405'000	320'000	330'000	340'000
3.4. Personalkosten	932'000	1'150'000	1'160'000	1'170'000
3.5. Investitionen in Geräte, Abschreibungstranche	90'000	100'000	105'000	110'000
3.6. Übrige Kosten	165'000	150'000	160'000	175'000
Total	-9'000	169'000	184'000	194'000
4. Hochbauten				
4.1. Baulicher und betrieblicher Unterhalt	86'500	96'300	96'300	96'300
4.2. Nutzungsentschädigung	198'700	213'000	238'600	245'000 ⁴⁾
4.3. Mietvertrag Klin. Chemie / KSSG	90'000	910'000	910'000	910'000 ⁵⁾
Total	375'200	1'219'300	1'244'900	1'251'300
5. Sonderkredit				
5.1. Laborinformatik; Abschreibungstranche	250'000	250'000	250'000	250'000 ⁶⁾
5.2. SAP FI/CO/MM/SI-H, Abschreibungstranche	70'000	75'000	120'000	120'000 ⁷⁾
Total	320'000	325'000	370'000	370'000
Rundung	800			
Globalkredit	-610'000	-671'700	-501'100	-379'700

³⁾ Entwicklung abhängig von der Art und Anzahl Analysen.

⁴⁾ Entwicklung abhängig von der Veränderung des SWAP-Zinssatzes.

⁵⁾ neue Vereinbarung mit KSSG.

⁶⁾ Projekt «INLAB++» geschätzt, da noch zu definieren.

⁷⁾ Projekt SAP MM, geplant ab 2016.

9 Gerichte

110

9002 Kantonsgericht

301 Besoldungen

Aufrechnung 1%ige Kürzung des Personalaufwands aufgrund der zentralen Budgetierung im FD.

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Investitionsrechnung

Die Detailzahlen zu den einzelnen Investitionsprojekten können dem Zahlenteil der Investitionsrechnung ab Seite 113 entnommen werden.

